



STADT COTTBUS CHÓŚEBUZ

Beschluss STVV 15.07.2015

Haushaltsplan der Stadt Cottbus Wirtschaftspläne und Bilanzen (Teil III)

2015



Inhaltsübersicht

Seite

III. **Wirtschaftspläne /Bilanzen**

III.1.	Wirtschaftspläne/Bilanzen der Sondervermögen mit Sonderrechnungen	2
	Kommunales Rechenzentrum	3
	Tierpark	17
	Jugendkulturzentrum Glad-House	30
	Sportstättenbetrieb	43
	Grün- und Parkanlagen	55
III.2.	Wirtschaftspläne/Bilanzen der Unternehmen	66
	Institut für interdisziplinäre Medizinererweiter- und fortbildung und klinische Versorgung gGmbH	67
	Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH	77
	Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH	91
	LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co.KG	108
	Stadtwerke Cottbus GmbH	114
	Cottbusverkehr GmbH	127
	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg	143
	Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH	198
	EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH	208
	Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH	221
	CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH	235

III.1. Wirtschaftspläne / Bilanzen der Sondervermögen mit Sonderrechnung

Kommunales Rechenzentrum

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus



Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chóóebuz

Wirtschaftsplan
für das Wirtschaftsjahr
2015

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan

Kommunales Rechenzentrum

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2015

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 25.03.2015 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>7.008.400 €</u>
die Aufwendungen	<u>7.008.400 €</u>
der Jahresgewinn	<u>0 €</u>
der Jahresverlust	<u>0 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>12.000 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-411.300 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>399.300 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Holger Kelch
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2015

Nr.		V-IST 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Umsatzerlöse	518.706	467.110	597.900	614.600	614.200	622.800
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	5.750.274	5.573.200	6.410.500	6.375.800	5.812.900	5.804.300
4.	Sonstige betriebliche Erträge	5.581.006	5.290.900	6.007.800	6.003.000	5.544.100	5.594.500
	dav. BKZ Stadt	159.095	282.300	402.700	372.800	268.800	209.800
	dav. Auflösung von Sonderposten						
5.	Materialaufwand	317.610	18.710	187.000	193.100	179.200	180.300
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	274.424	5.000	36.000	41.600	27.100	27.700
	b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	43.186	13.710	151.000	151.500	152.100	152.600
6.	Personalaufwand	1.390.706	1.640.000	1.942.000	2.090.000	2.225.000	2.294.000
	a) Löhne und Gehälter						
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung						
	dav. f. Altersversorgung						
7.	Abschreibungen	168.998	288.300	414.700	379.800	275.800	216.800
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.428.244	4.093.300	4.464.700	4.327.500	3.747.100	3.736.000
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	-36.577	0	0	0	0	0
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis						
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	0	0	0
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19.	Sonstige Steuern						
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-36.577	0	0	0	0	0
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-36.577	0	0	0	0	0

Finanzplan 2015

Nr.	2011	V-IST 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-36.576,89	0	0	0	0	0
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	168.998	288.300	414.700	379.800	275.800	216.800
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-159.095	-282.300	-402.700	-372.800	-268.800	-209.800
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	90.000					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens						
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-455.124					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	560.870					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	169.073	6.000	12.000	7.000	7.000	7.000
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens						
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-422.087	-30.200	-148.200	-125.200	-67.300	-55.900
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-481.399	-124.000	-263.100	-256.400	-40.400	-17.400
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-903.486	-154.200	-411.300	-381.600	-107.700	-73.300
21.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen	-903.486	-154.200	-411.300	-381.600	-107.700	-73.300
22.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
23.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
24.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	779.492	148.200	399.300	374.600	100.700	66.300
25.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
26.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	779.492	148.200	399.300	374.600	100.700	66.300
27.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
28.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
29.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
30.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
32.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit						
33.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	779.492	148.200	399.300	374.600	100.700	66.300
34.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
35.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
36.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
37.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	45.079	0	0	0	0	0
38.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	62.965	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
39.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	108.044	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
40.							

Vorbericht 2015

Im Jahr 2015 erbringt das KRZ Cottbus IT-Leistungen für die Stadtverwaltung Cottbus als auch für 165 weitere Auftraggeber aus dem kommunalen Umfeld. Primäres Ziel ist die stetige Weiterentwicklung als serviceorientierter kommunaler IT-Dienstleister in Brandenburg. Die Schwerpunktsetzung für das Wirtschaftsjahr 2015 umfasst:

- die Ausschreibung sowie die technisch-organisatorische Migrationsvorbereitung für das Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten, um einen möglichst naht- und reibungslosen Betrieb und Umstieg zum 01.01.2016 zu gewährleisten,
- Sicherstellung des reibungslosen Testbetriebs für das Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten im Parallelbetrieb zum bestehenden Verfahren,
- Projektgruppenarbeit zwischen KRZ und Stadtverwaltung Cottbus zur Vorbereitung der Ausschreibung und Implementierung eines integrierten Finanzverfahrens,
- Ausbau des Leistungsportfolios in Bezug auf kommunale Fachverfahren, Einführung und Betrieb neuer Verfahren und Module z.B. im Bereich AutiSta/ ePR,
- Übernahme von Druck - & Kuvertierleistungen für die Stadtverwaltung Cottbus,
- Angebote zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit umliegenden Gebietskörperschaften auf Basis öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, Erzielung von Synergieeffekten bei Anwendung gleicher Fachverfahren - Erarbeitung von Vorschlägen zu landeseinheitlichen/ regional einheitlichen Fachverfahren.

Der Wirtschaftsplan 2015 des Kommunalen Rechenzentrums Cottbus basiert auf der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg. Die im Wirtschaftsplan 2015 unteretzten finanziellen Aufwendungen sowie Erträge sichern in vollem Umfang die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Rechenzentrums. Von dem städtischen Zuschussvolumen entfallen rund 6,0 Mio. € auf den Betriebskostenzuschuss und 399,3 T € auf den Investitionszuschuss. Der Investitionszuschuss wird im Jahr 2015 vorrangig zur Anschaffung der Softwarelizenzen für das Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten und in diesem Zusammenhang notwendige Schnittstellen und Plattformanpassungen verwendet. In der Jahresscheibe 2016 wird der Erwerb der Softwarelizenzen für ein neues Finanzverfahren avisiert, sowie die Parametrisierung und weitere Maßnahmen zur Einbettung der Software in das konkrete betriebliche Umfeld. Diese Aufwendungen nehmen einen erheblichen Anteil an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein. In den Folgejahren werden die Kosten für den Betrieb der ehem. Fachverfahren entsprechend des Projektfortschrittes reduziert. Da die Überführung und Migration der Fachverfahren phasenweise durch die Stadtverwaltung Cottbus beauftragt wurde, wird der bestehende Vertrag zu KM-V entsprechend mit Pflege und Support bis zum 31.12.2016 geführt. Voraussetzung der Realisierung vorgenannter Vorhaben ist sowohl eine entsprechende Personalausstattung, als auch -qualifizierung. Dies berücksichtigend ist der Stellenplan zur Sicherstellung des Plattformbetriebes und des Fachsupports für das Integrierte Finanzwesen ab 2015 (um 2 Stellen) erweitert worden.

Der Gesamtaufwand im Wirtschaftsjahr 2015 beläuft sich auf rund 7,0 Mio. €. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen rund 56,13% zur Deckung der vertraglich vereinbarten Aufwendungen entsprechend des Rahmen- und Kooperationsvertrages mit der T-Systems International GmbH. Erstmals wurden alle Planansätze des Kontos Datenverarbeitung sowie IT-Investitionen der Fachbereiche zentral im Wirtschaftsplan des KRZ gebündelt. Daher ergibt sich eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses in 2015 um 425,6 T€ (siehe Anlage I) und des Investitionszuschuss in 2015 um 96,5 T€ (siehe Anlage II). Der Stellenplan weist 2 Zugänge in 2015 aus. Die Stelle des Werkleiters als auch die des Mitarbeiters für Druck- & Kuvertierung konnten im Jahr 2014 nicht besetzt werden und finden im Stellenplan 2015 Berücksichtigung. Neben dem Mitarbeiter für Produktionsdruck wird dem Plattformbetrieb eine weitere Stelle im Bereich Citrix-/Xen-Virtualisierung zugefügt. Für die Vorhaben im Zusammenhang mit der Übernahme der Ulmer Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten, Veranlagung und Finanzwesen sind 2 weitere Stellen im Fachsupport/Vorverfahren und Datenbankmanagement geplant (jeweils 1 Stelle in 2015 und 1 Stelle in 2016). Überdies ist beabsichtigt, die Stelle der kaufmännischen Angestellten zu entfristen. Weiterhin wird sich das KRZ Cottbus der Aufgabe als Ausbildungsbetrieb stellen und seiner kommunalpolitischen Aufgabe in dieser Beziehung gerecht werden. Mit Ausbildungsbeginn im dritten Quartal 2015 suchen wir eine/n Systemelektroniker/in.

Es wird eine kostendeckende Bewirtschaftung des Eigenbetriebes avisiert. Im Wirtschaftsjahr 2015 erwirtschaftet der Eigenbetrieb vorrangig Umsatzerlöse aus der Erbringung von Leistungen für 165 externe Kommunen sowie für 11 Landkreise im Zusammenhang mit dem Standesamtswesen AutiSta und der Führung des elektronischen Personenstandregisters.

Da von einer Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen im Vorjahr abgesehen wurde, entfällt die hierfür nach § 14 Absatz 2 Nr. 5 Eigenbetriebsverordnung Brandenburg erforderliche Anlage.

Wir beurteilen die voraussichtliche Lage des Rechenzentrums positiv und chancenreich. Im kommunalen Bereich bietet die Branche ein sehr großes Wachstumspotential. Insgesamt sind strategische oder bestandsgefährdende Risiken derzeit nicht erkennbar. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich der Eigenbetrieb über den städtischen Betriebskostenzuschuss und den Investitionszuschuss, deren Höhe jährlich im Voraus durch die Stadtverordneten im Wirtschaftsplan beschlossen wird. Liquiditätsrisiken sind in den Folgejahren nicht zu erwarten. Neben den üblichen im Zusammenhang mit dem Rechenzentrumsbetrieb stehenden Risiken wird der terminierte Betrieb im Zusammenhang mit der Migration und dem Betrieb der Fachverfahren aus dem Rechenzentrum in Ulm als Risiko identifiziert. Diesen Risiken wird durch die Erweiterung der Stellen im Bereich Plattform & Anwendungssupport in der Wirtschaftsplanung 2015 entgegengewirkt. Zusammenfassend geht die Werkleitung von einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung aus. Das Jahresergebnis wird analog dem Vorjahr auf neue Rechnung vorgetragen.

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsjahr 2015

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -						
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine	keine	keine	

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	V-IST 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinden - davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinden	6.360.498	5.439.100	6.407.100	6.377.600	5.644.800	5.660.800
2.	Sonstige Einnahmen der Gemeinden	779.492	148.200	399.300	374.600	100.700	66.300
3.	Einnahmen der Gemeinden	5.581.006	5.290.900	6.007.800	6.003.000	5.544.100	5.594.500
	Einnahmen gesamt	6.360.498	5.439.100	6.407.100	6.377.600	5.644.800	5.660.800
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen	22.108	26.700	30.000	31.000	32.000	33.000
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	22.108	26.700	30.000	31.000	32.000	33.000
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden		2.900	3.000	3.100	3.200	3.200
	Auszahlungen gesamt	22.108	29.600	33.000	34.100	35.200	36.200

Stellenplan 2015

Stellenübersicht (in Vollzeiteinheiten) Wirtschaftsjahr 2015

Tariflich Beschäftigte

Entgelt- gruppe	Plan 2014	Tatsächlich besetzte Stellen zum 31.12.2014	PLAN 2015	Erläuterungen
1	2	3	4	5
2 Ü				
3				
4				
5				
6				
7				
8	2	1	1	
9	3	1	2	1x Mitarbeiter Produktionsdruck
10	13	15	16	1x Mitarbeiter Fachsupport
11	10	10	11	1x Mitarbeiter Plattformbetrieb
12	2	2	2	
13				
14			1	1x Werkleiter
15	1			
Insgesamt	31	29	33	

Stellenplan (in Vollzeiteinheiten) Haushaltsjahr 2015

Teil 2. Besondere Abschnitte

1. Probebeamte, Anwärter und Auszubildende				
Bezeichnung	Art der Vergütung	Anzahl	beschäftigt am 01.10 des Vorjahres	Erläuterungen
Systemelektroniker/in	Ausbildungsvergütung nach TVöD	1		

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/ Arbeitsleistung freigestellt sind			
Wahlbeamte und Laufbahngruppen/ Entgeltgruppen	Stellen im Haushaltsjahr	Stellen im Vorjahr	Erläuterungen

Investitionsplan 2015

Nr.		Planjahr 2015 €	Folgejahre			Summe Jahre €
			2016 €	2017 €	2018 €	
	Konzessionen, ähnliche Rechte & Lizenzen	263.100	256.400	40.400	17.400	566.500
1	Software-Lizenzen Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten	132.000				132.000
2	Software-Lizenzen Fachverfahren Integriertes Finanzwesen	0	200.000			200.000
3	Sonstige Software & Schnittstellen (dar. KIRP-OWI, MESO Gebührenkasse)	40.000	20.000	15.000	15.000	90.000
4	Anpassung des Moduls Zentralregister	6.000				6.000
5	FB 53 Projektwechsel Octaware	49.500				49.500
6	FB 50 Softwaremodul Plausibilisierung Statistik	6.000				6.000
7	FB 50 Ausgabeschnittstelle Doppik, Lizenzen für Arbeitsplatzenerweiterung (2AP)	13.300	27.400	25.400	2.400	68.500
8	BOB\ Beteiligungsmanagement - 5 Softwarelizenzen "Jedox" (Controllingdatenbar	1.800				1.800
9	BOB\Zentrales Controlling - zusätzl. Lizenzen "Contract"	0	9.000			9.000
10	FB 20 Softwarelizenzen aviso	14.500				14.500
	Technische Anlagen und Maschinen	54.300	59.300	18.900	7.500	140.000
1	Plattformaufrüstung: Netzwerkerweiterung, Speicher- & Plattenenerweiterung	20.000	25.000	7.500	7.500	60.000
2	Erweiterung Speicherkapazität (Festplatten Netappshelf)	34.300	34.300	11.400		80.000
3						
	Betriebs- und Geschäftsausstattungen	93.900	65.900	48.400	48.400	255.800
1	Hardware (Arbeitsplatzausstattung dar. FB 50, FB 51, FB 10, Rolloutvorbereitung)	30.600	28.900	11.400	11.400	82.300
2	BOB\ Recht - Ersatzbeschaffung Smartphone	800				800
3	Büroausstattung (dar. Schließanlage)	20.500				20.500
4	Poolbudget IT-Ausstattung Fachbereiche	30.000	30.000	30.000	30.000	120.000
5	Geringwertige Wirtschaftsgüter	12.000	7.000	7.000	7.000	33.000
	Investitionen gesamt	411.300	381.600	107.700	73.300	962.300
	Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	411.300	381.600	107.700	73.300	973.900
	<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i>	12.000	7.000	7.000	7.000	33.000
	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen	12.000	7.000	7.000	7.000	33.000
	<i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i>					
	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					
	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens					
	sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
	<i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i>	399.300	374.600	100.700	66.300	940.900
	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen					
	Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	399.300	374.600	100.700	66.300	940.900
	<i>Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven</i>					

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2015

Bezeichnung	2015	2016	2017	2018
Umsatzerlöse	597.900	614.600	614.200	622.800
Sonstige betriebliche Erträge	6.410.500	6.375.800	5.812.900	5.804.300
Materialaufwand	187.000	193.100	179.200	180.300
Personalkosten	1.942.000	2.090.000	2.225.000	2.294.000
Abschreibungen	414.700	379.800	275.800	216.800
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.464.700	4.327.500	3.747.100	3.736.000
Rahmenvertrag T-Systems inkl. Teilvertrag TDN	2.506.000	2.425.000	2.106.000	2.106.000
Miete & Leasing v. Hardware & Software, Leitungsgebühren	480.000	481.000	482.000	483.000
Wartung, Pflege, Updates, Support Software	535.000	471.900	357.500	358.100
dar. Verträge mit der KIRU/ IIRU Ulm	275.000	125.000	0	0
Service & Wartung Hardware	10.500	10.600	10.700	10.800
IT-Unterstützungs- & Beratungsleistungen, Projektkoordination	227.600	134.100	66.000	46.000
Sonstige EDV-Aufwendungen	10.000	95.300	10.600	10.900
Datenverarbeitungsaufwendungen Stadtverwaltung Cottbus (siehe Anlage)	425.600	430.400	434.200	435.200
Leasing Betriebsfahrzeug	17.200	18.500	19.500	20.500
Schulungen/ Fortbildungen/ Reisekosten	30.000	30.000	25.000	25.000
Miete, Mietnebenkosten & Reinigung	136.000	138.000	139.000	140.000
Telefon- und Internetkosten	21.500	23.000	24.500	26.000
Büromaterial, Porto, Verpackung und Bücher	4.000	4.200	4.400	4.600
Beratungs- und Prüfungskosten	22.000	23.000	24.000	25.000
Verwaltungskostenersatzung Fachbereiche	30.000	31.000	32.000	33.000
Sonstiger Geschäftsaufwand	9.300	11.500	11.700	11.900

Übersicht geplante EDV-Aufwendungen

Bereich	Produkt	Konto	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
GBL OBM	011. 111. 020	5431010 10000	41.000	41.000	41.000	41.000
RSTU	011. 111. 070	5431010 10000	8.000	8.000	8.000	8.000
	011. 111. 090	5431010 10000	9.700	11.600	11.600	11.600
	011. 111. 091	5431010 10000	10.100	10.100	10.100	10.100
RPA	011. 111. 110	5431010 10000	3.600	3.600	3.600	3.600
FB 10	011. 111. 050	5431010 10000	13.400	13.400	13.400	13.400
FB 20	011. 111. 080	5431010 10000	22.800	22.800	22.800	22.800
FB 32	012. 122. 020	5431010 10000	3.600	3.600	3.600	3.600
	012. 122. 030	5431010 10000	14.000	14.000	14.000	14.000
	057. 573. 010	5431010 10000	1.300	1.300	1.300	1.300
FB 33	012. 121. 010	5431010 10000	2.100	2.100	2.100	2.100
	012. 121. 020	5431010 10000	1.300	1.300	1.300	1.300
	012. 122. 050	5431010 10000	18.000	18.000	18.000	18.000
	012. 122. 060	5431010 10000	13.000	13.000	13.000	13.000
	012. 122. 070	5431010 10000	8.500	8.500	8.500	8.500
	012. 122. 080	5431010 10000	34.200	34.200	34.200	34.200
	035. 351. 020	5431010 10000	10.700	10.700	10.700	10.700
FB 72	055. 555. 010	5431010 10000	2.100	2.100	2.100	2.100
	055. 552. 010	5431010 10000	2.000	2.000	2.000	2.000
	055. 554. 010	5431010 10000	1.000	1.000	1.000	1.000
	055. 555. 010	5431010 10000	400	400	400	400
FB 41	027. 272. 010	5431010 10000	17.100	17.100	17.100	17.100
	027. 271. 010	5431010 10000	900	900	900	900
	026. 263. 010	5431010 10000	800	800	800	800
FB 50	031. 311. 020	5431010 10000	900	900	900	900
	035. 351. 999	5431010 10000	55.800	58.400	60.000	61.000
FB 51	036. 367. 999	5271127 10000	47.500	47.500	49.000	49.000
FB 53	041. 412. 010	5431010 10000	300	300	300	300
	041. 414. 999	5431010 10000	9.400	9.400	9.400	9.400
FB 23	011. 111. 100	5431010 10000	20.000	20.000	20.000	20.000
FB 61	051. 511. 010	5431010 10000	4.500	4.600	4.800	4.800
FB 62	051. 511. 030	5221220 10000	20.000	20.000	20.000	20.000
FB 63	052. 521. 010	5431010 10000	12.300	12.500	13.000	13.000
	052. 523. 010	5431010 10000	1.000	1.000	1.000	1.000
FB 66	054. 541. 999	5431010 10000	13.000	13.000	13.000	13.000
	055. 553. 010	5431010 10000	1.300	1.300	1.300	1.300
Summe			425.600	430.400	434.200	435.200

Übersicht Investitionsplanung 2015-2018 Stadtverwaltung Cottbus

FB	Produkt	Bezeichnung	investiv (Finanzhaushalt) 2015			investiv (Finanzhaushalt) 2016			investiv (Finanzhaushalt) 2017			investiv (Finanzhaushalt) 2018		
			gesamt	FM	davon EM	gesamt	FM	davon EM	gesamt	FM	davon EM	gesamt	FM	davon EM
RSTU	011 111 060	Kommunales Rechenzentrum Cottbus	302,8		302,8	334,3		334,3	71,4		71,4	60,0		60,0
BOB	011 111 070	Recht - Ersatzbeschaffung Smartphone	0,8		0,8									
	011 111 090	Beteiligungsmanagement - 5 Softwarelizenzen "Jedox" (Controllingdatenbank)	1,8		1,8									
	011 111 091	Zentrales Controlling - zusätzl. Lizenzen "Contract"				9,0		9,0						
	10 011 111 050	Pidion Business Pads 3 Stk. Archicart (mobile Inventarisierung)	5,8		5,8									
	20 011 111 080	TUI - Finanzmanagement/Kasse (avviso)	14,5		14,5									
50	035 351 999	Allg. Sozialverwaltung - Ausst.- Thincienten+Monitore (in 2015 6 AP, 2 AP Folgejahre)	1,8		1,8	0,9		0,9	0,9		0,9	0,9		0,9
50	035 351 999	Allgemeine Sozialverwaltung - 2 neue Lizenzen pro AP (2,4 T€) 2015: Ausgabeschnittstelle Doppik 5,0 T€, Softwaremodul Plausibilisierung Statistik 6,0 T€ 6 neue Lizenzen (6 AP)	19,3		19,3	27,4		27,4	25,4		25,4	2,4		2,4
51	036 367 999	2016: Schnittstelle Einnahmeverwaltung 25,0 T€												
53	041 414 999	2017: Schnittstelle Papierlose Akte 3,0 T€ Jugendhilfeverwaltung - PC, Monitore, Drucker TUI - Gesundheitsverwaltung - Projektwechsel zu Octoware, SW arbeitsmed.Bereich, dig.Diktiertechnik	3,0		3,0	3,0		3,0	3,0		3,0	3,0		3,0
			49,5		49,5									

Übernahme in den Investitionszuschuss des KRZ

96,5

40,3

29,3

6,3

BILANZ zum 31. Dezember 2013

Anlage 1

Tierpark

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Tierpark Cottbus

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chósebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan Tierpark Cottbus

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2015

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 29.04.2015 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>2.408.200 €</u>
die Aufwendungen	<u>2.589.000 €</u>
der Jahresgewinn	<u> </u>
der Jahresverlust	<u>-180.800 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-76.117 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-675.603 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>675.603 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Holger Kelch
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2015

Nr.		Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Umsatzerlöse	549.919,99	585.000	646.400	726.000	746.000	776.000
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	1.545.237,94	1.561.468	1.761.800	1.565.800	1.553.800	1.560.800
	dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		51.668	76.000	89.000	96.000	102.000
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren						
	b) Aufwend. f. bezogene Leistungen						
6.	Personalaufwand	1.328.855,10	1.451.020	1.539.000	1.570.000	1.601.000	1.633.000
	a) Löhne und Gehälter	1.084.995,84					
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung	243.859,26					
	dav. f. Altersversorgung						
7.	Abschreibungen	155.112,33	169.418	190.000	203.000	210.000	216.000
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	691.269,72	661.985	860.000	650.000	630.000	630.000
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	-80.079,22	-135.955	-180.800	-131.200	-141.200	-142.200
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	622,39					
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis	622,39					
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-79.456,83	-135.955	-180.800	-131.200	-141.200	-142.200
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis						
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19.	Sonstige Steuern	2.342,68					
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-81.799,51	-135.955	-180.800	-131.200	-141.200	-142.200
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-81.799,51	-135.955	-180.800	-131.200	-141.200	-142.200

Finanzplan 2015

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 TEUR	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-82	-135.955	-180.800	-131.200	-141.200	-142.200
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	155	169.418	190.000	203.000	210.000	216.000
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-33	-51.668	-76.000	-89.000	-96.000	-102.000
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-19	-22.361	-9.317			
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	0					
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-52					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	66					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	36	-40.566	-76.117	-17.200	-27.200	-28.200
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens						
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	=						
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-501	-516.321	-675.603	-469.500	-894.500	-593.100
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	=						
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-501	-516.321	-675.603	-469.500	-894.500	-593.100
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen	-501	-516.321	-675.603	-469.500	-894.500	-593.100
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	409	516.321	675.603	469.500	894.500	593.100
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	=	409	516.321	675.603	469.500	894.500	593.100
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	=						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	409	516.321	675.603	469.500	894.500	593.100
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	=						
38.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
39.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-55	-40.566	-76.117	-17.200	-27.200	-28.200
40.	= Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	126	70.000	170.000	93.883	76.683	49.483
	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	70	29.434	93.883	76.683	49.483	21.283

Vorbericht 2015

Vorbericht 2015

Einleitung und Vorbemerkung

Seit dem 1. Januar 2009 ist der Tierpark Cottbus als Eigenbetrieb der Stadt Cottbus organisiert. Für den Wirtschaftsplan 2015 konnte auf die Erfahrungen und vorläufigen Zahlen des Jahres 2014, auf die geprüften Jahresabschlüsse 2009 – 2013 sowie auf die praktischen Erfahrungen seit 2009 zurückgegriffen werden.

Neben kurz-, mittel- und langfristigen, plan- und kalkulierbaren Einflüssen unterliegen die Wirtschaftsplanung und insbesondere die Entwicklung der Umsatzerlöse des Eigenbetriebes in nicht unerheblichem Maße auch den Wetterverhältnissen im Wirtschaftsjahr. Abweichungen – positiv wie negativ – sind für ein Einzeljahr nicht immer zu vermeiden.

Erträge und Betriebskostenzuschuss

Die Einnahmen des Tierparks gliedern sich in

Betriebskostenzuschuss

Umsatzerlöse aus Eintritten

sonstige Umsatzerlöse (u.a. Futterautomaten)

sonstige Einnahmen (Pachteinnahmen, Spenden, Auflösung Sonderposten, ...)

Betriebskostenzuschuss:

Der bis 2018 verstetigte Basis-Betriebskostenzuschuss beträgt 1.404.400 €. Als mittelfristig eingeplante, nur temporär veranschlagte und somit nicht verstetigte Erhöhung dieses Zuschusses sind für 2015 zu nennen:

230.000 € Sanierung Sanitärtrakt Sozialgebäude/Umkleidebereiche (davon 200.000 € regulär in 2015 geplant plus 30.000 € aus 2014)

Damit beträgt 2015 der Betriebskostenzuschuss 1.634.400 €.

Umsatzerlöse

Die Planung der Umsatzerlöse 2015 basiert auf konstanten Eintrittspreisen gegenüber 2014, der positiven Umsatzerlösentwicklung insbesondere der Jahre 2013 und 2014 und kaufmännischer Vorsicht. Die guten Umsatzerlöse des Rekord- und Jubiläumsjahres 2014 werden grundsätzlich auch für die Folgejahre als realistisch erzielbar angesehen und so geplant, da die Entwicklung als systematisch und dauerhaft eingeschätzt wird. Nicht zuletzt steht auch in 2015 mit der Eröffnung des Tigerfreigeländes ein weiterer Höhepunkt an, die Eröffnung des 1. Bauabschnittes Raubtierhaus wirkt weiterhin positiv nach. Auf Grund kaufmännischer Vorsicht wird gegenüber dem Rekordjahr 2014 ein um rund 7 % niedrigerer Umsatzerlös für den Wirtschaftsplan 2015 kalkuliert.

Sonstige Einnahmen

Unter sonstigen Einnahmen sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zahlenmäßig am höchsten. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den durch Investitionen aus dem Investitionshaushalt oder Schenkungen (z. B. durch den Förderverein) zu bildenden Abschreibungen. Die Einnahmen aus Auflösung von Sonderposten sind für den Eigenbetrieb ergebnisneutral, da ihnen Abschreibungen als Aufwand in gleicher Höhe gegenüberstehen. Weiterhin gehören zu den Sonstigen Einnahmen Pachteinnahmen Gaststätte, Betriebskostenabrechnung Gaststätte, Spenden, Tierpatenschaften.

Hinweis: Im Erfolgsplan wird unter Nr. 4 unter „Sonstige betriebliche Erträge“ der städtische Zuschuss zusammen mit den sonstigen Einnahmen, aber ohne die Umsatzerlöse aufgeführt.

Aufwendungen

Der Personalaufwand bildet mit 1.539.000 € den mit großem Abstand größten Einzelposten. Der Personalaufwand in Summe entspricht – seit Jahren konstant und finanziell untersetzt – 31 Vollzeitstellen (VZE) des Mitarbeiterstamms plus der befristeten, üblicherweise 12 monatigen Beschäftigung des ausgelernten Azubis als „Jungfacharbeiter“ nach Ausbildungsende. In der Stellenübersicht wird der Mitarbeiterstamm ohne befristete Beschäftigte dargestellt. In der Mittelfristplanung sind dem Personalaufwand 2016 ff. jährliche Steigerungen um 2 % zugrunde gelegt.

Nach dem Personalaufwand folgen die Aufwendungen für Futter, Energie, Reparatur/Instandhaltung und Bewachung, die mit weiteren kleineren Positionen im Erfolgsplan unter 8. zusammengefasst sind. Hier ergeben sich gegenüber den Vorjahren keine grundlegenden Veränderungen. In dieser Position sind als Besonderheit in 2015 zusätzlich 230.000 € (und in 2016 30.000 €) für die Sanierung Sanitärtrakt/Sozialgebäude enthalten.

Der Aufwand für Abschreibungen gliedert sich in „Altabschreibungen“ (Anlagevermögen vor Eigenbetriebsgründung) und Abschreibungen für verschiedene Kleininvestitionen der letzten Jahre. Denjenigen Investitionen, die über den Investitionskostenzuschuss getätigt werden können, stehen entsprechende Auflösungen von Sonderposten gegenüber.

Investitionsplan

Zuschüsse für Investitionen werden wie in den vergangenen Jahren separat vom Betriebskostenzuschuss im eigentlichen Sinne ausgewiesen. Für die Investitionen nach Investitionsplan werden Sonderposten gebildet und parallel zum Anfall der Abschreibungen aufgelöst. Diese Investitionen sind also für den Eigenbetrieb ergebnisneutral. Der in 2014 mit der Eröffnung des Anbaus abgeschlossene und weitgehend auch abgerechnete 1. Bauabschnitt Raubtierhaus kann in 2015 durch den BA Ib (Tigerfreigelände) ergänzt werden. Diese Investition in Höhe von 380.000 € wurde durch eine Erweiterung der bestehenden INTERREG IVA-Maßnahme möglich und soll bis Mitte 2015 fertiggestellt und abgerechnet sein. Im Investitionsplan 2015 ist der volle Betrag von 380.000 € ausgewiesen. Der erwartete Fördersatz beträgt 85 %. Für den 2. Bauabschnitt (BA II: Sanierung Altbau und Riesenotter) sind von 2015 bis 2018 insgesamt 1.850.000 € als Gesamtvolumen eingeplant. Diese Maßnahme ist als INTERREG V-Projekt mit einem erwarteten Fördersatz von 85 % geplant. Im Jahr 2015 sind für dieses Projekt 150.000 € vorgesehen, die im Wesentlichen einer Vorplanung als Grundlage für einen Förderantrag dienen sollen. Die 150.000 € erhöhen sich in 2015 um 15.000 €, die als Verwaltungskostenerstattung für Aufwendungen des FB 23 eingestellt sind. Die im Bereich Technische Anlagen und Maschinen geplanten 54.800 € gehören zu Ersatze- bzw. Neubeschaffungen des Bereiches Technik/Maschinen/Fahrzeuge. Der Investitionsplan 2015 führt weiterhin zwei Positionen des Jahres 2014 auf, die bis zum 31.12.2014 noch nicht vollständig abgewickelt waren.

Eigenkapitalentwicklung

Im Wirtschaftsjahr ist ein Verlust in Höhe von 180.800 € geplant. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen und führt zu einer Reduktion des Eigenkapitals.

Kredite

Der Eigenbetrieb Tierpark Cottbus hat keine Kredite aufgenommen. Daher entfällt eine entsprechende Anlage lt. Eigenbetriebsverordnung.

Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Der Eigenbetrieb beginnt das Wirtschaftsjahr 2015 – auch mit Blick auf ein sehr erfolgreiches

Jahr 2014 - mit ausreichender Liquidität. Bei Erfüllung des Wirtschaftsplanes ist eine Veränderung des Zahlungsmittelbestandes auf rund 93.883 € zum Jahresende 2015 zu erwarten. Damit ist die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes jederzeit gewährleistet.

Tierbestand

Im Tierbestand sind im Jahr 2015 keine den Personal- oder Sachaufwand maßgeblich beeinflussende Veränderungen geplant, auch wenn wir natürlich sehr auf einen Kater für unsere Malayischen Tiger hoffen. Mögliche weitere Bestandsveränderungen beziehen sich vornehmlich auf das Zusammenstellen von Zuchtpaaren, andere Bestandsergänzungen oder die Abgabe eigener Nachzuchttiere.

Ausblick

Nach den Rekordjahren 2013 und (nach vorläufigen Zahlen) 2014 blickt der Eigenbetrieb weiterhin optimistisch in die Zukunft. Der Zuwachs an Besuchern und damit Umsatzerlösen erfolgt schrittweise, kontinuierlich und nach unserer Einschätzung vor allem nachhaltig. Dies ermöglicht zusammen mit einem gesicherten kommunalen Betriebskostenzuschuss die Fortsetzung der guten Arbeit und Entwicklung der letzten Jahre. Es bleibt auch im Geschäftsjahr 2015 ehrgeiziges Ziel, möglichst viele Cottbuser, Gäste und Touristen in den Cottbuser Tierpark zu locken, die hier Erholung finden, ihr Wissen um Tier und Natur erweitern und unsere Ziele im Natur- und Artenschutz sowie in der Forschung unterstützen können. Neue Besucherpotentiale werden weiterhin vor allem in Polen sowie in den Urlaubsgebieten der Cottbuser Umgebung gesehen. Die Zusammenarbeit mit Polen und hier vor allem mit der Euroregion Spree-Neiße-Bober findet auf unterschiedlichen Ebenen statt und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Bewahrung und Schärfung unseres tiergärtnerischen Profils bleibt fortwährend eine wichtige und zuweilen schwierige Aufgabe. Die Strukturen des Eigenbetriebes haben sich bewährt und funktionieren gut. Für die weitere Arbeit wünscht sich der Eigenbetrieb Tierpark weiterhin Vertrauen in seine Arbeit, ein möglichst hohes Maß an Planungssicherheit und die weiterhin gute und effiziente Zusammenarbeit der mit dem Eigenbetrieb beschäftigten städtischen Strukturen.

Cottbus, 5. März 2015

Dr. Jens Kämmerling
(Werkleiter und Tierparkdirektor)

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres		Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -				
		2015	2016	2017	2018	2019
2014						
2014						
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme		keine	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Einzahlungen						
	Zuschüsse der Gemeinden	1.828.211	1972821	2.310.003	1.893.900	2298900	1.997.500
	davon als Kapitalzuschüsse						
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste						
	davon als Investitionszuschüsse	404.703	516.321	675.603	469.500	894.500	593.100
	davon als Betriebskostenzuschüsse	1.423.508	1.456.500	1.634.400	1.424.400	1.404.400	1.404.400
	davon als Verlustausgleichszuschüsse						
2.	Darlehen der Gemeinden						
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden						
	Einzahlungen gesamt	1.828.211	1.972.821	2.310.003	1.893.900	2.298.900	1.997.500
1.	Auszahlungen						
	Ablieferungen an die Gemeinden						
	- von Gewinnen						
	- von Konzessionsabgaben						
	- von Verwaltungskostenbeiträgen	39.368	47.940	41.426	40.000	40.000	40.000
	- bei Eigenkapitalentnahmen						
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen						
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden						
	Auszahlungen gesamt	39.368	47.940	41.426	40.000	40.000	40.000

Stellenübersicht 2015

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppen	2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	Erläuterungen
2	1	1	1	
2 Ü	1			
3				
4				
5	23	23	23	
6	1	1	1	
7				
8	1			
9	3	4	3	
10	1	1	1	
11				
12				
13				
14	1	1	1	
gesamt	32	31	30	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwärter und Auszubildende

Bezeichnung	Art der Vergütung	Plan 2015 Anzahl Stellen	Beschäftigt am 01.10. des Vorjahres Anzahl Stellen	Erläuterungen
Azubi		3	4	*

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Erläuterungen
2 Ü	1		Freizeitphase ATZ (bis 31.05.2015)

* Abweichung vom Plan auf Grund Wiederholungsprüfung

Investitionsplan 2015

Nr.	Maßnahme	Planjahr 2015 €	Folgejahre			Summe Jahre €
			2016 €	2017 €	2018 €	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1	Raubtierhaus BA I *	545.000	400.000	800.000	500.000	2.245.000
2	Raubtierhaus BA II **	380.000				380.000
3		165.000	400.000	800.000	500.000	1.865.000
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1	Fahrzeuge/Technik	130.603	69.500	94.500	93.100	387.703
2	Container-Multicar aus 2014 (Auslieferung ca. März 2015)	54.800	69.500	94.500	93.100	311.900
3	Haustechnik Gaststätte aus 2014	63.675				63.675
4		12.128				12.128
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt		675.603	469.500	894.500	593.100	2.632.703
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		675.603	469.500	894.500	593.100	2.632.703
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens						
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus Sonderposten						
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
		675.603	469.500	894.500	593.100	2.632.703
		675.603	469.500	894.500	593.100	2.632.703

* Außenanlage 380.000 EUR, Fördermittel 323,0 TEUR (85 % von 380 TEUR) werden in HH erst mit Erhalt des Fördermittelbescheides eingestellt

** Fördermittel werden in Höhe von 85 % erwartet; in 2015 150, TEUR plus 15,0 TEUR VKE an FB 23

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2015

Umsatzerlöse	646.400,00 €
Eintritt	640.000,00 €
Futterautomaten	5.000,00 €
sonstiger Verkauf	1.400,00 €
sonstiger betrieblicher Ertrag	1.761.800,00 €
Betriebskostenzuschuss Stadt	1.634.400,00 €
Erträge Auflösung Sonderposten	76.000,00 €
Tierverkäufe	5.000,00 €
Tierpatenschaften	10.000,00 €
Spenden	10.000,00 €
sonstiges	26.400,00 €
sonstiger betrieblicher Aufwand	860.000,00 €
Wasser; Abwasser , Strom, Müll	92.000,00 €
Heizung, Fernwärme, Gas	75.400,00 €
Futter	124.500,00 €
Sanierung Sanitärtrakt	230.000,00 €
Reinigung	15.000,00 €
Kassierung, Aufwand Kassensystem	32.000,00 €
Bewachung	36.000,00 €
Reparaturen, Instandhaltung	53.000,00 €
Ämterumlage	26.500,00 €
Parkpflege	13.500,00 €
KfZ-Kosten (Sprit, Steuern, Reparatur; Versicherung)	23.100,00 €
Prüfung, Buchführung	25.000,00 €
Werbekosten	13.000,00 €
Telefon, Porto, Bürobedarf, Reisekosten	13.650,00 €
Tierarzt, Medikamente	16.500,00 €
PC-Wartung KRZ	9.600,00 €
sonstiger Aufwand	61.250,00 €

Tierpark Cottbus - Eigenbetrieb der Stadt Cottbus-, Cottbus
Bilanz zum 31. Dezember 2013
(mit Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2012)

AKTIVA**A. ANLAGEVERMÖGEN****SACHANLAGEN**

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
2. Maschinen und maschinelle Anlagen
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

B. UMLAUFVERMÖGEN**I. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen an die Stadt Cottbus
3. Sonstige Vermögensgegenstände

II. KASSENBESTAND UND GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN**C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR	EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. EIGENKAPITAL					
I. STAMMKAPITAL					
			25.000,00		25.000,00
II. RÜCKLAGEN					
Allgemeine Rücklage			2.744.843,68		2.744.843,68
III. VERLUSTVORTRAG			219.963,42		238.959,22
IV. GEWINN / VERLUST					
Gewinn des Vorjahres			18.995,80		97.272,81
Einstellung in den Verlustvortrag			<u>18.995,80</u>	<u>0,00</u>	<u>97.272,81</u>
					0,00
Jahresgewinn/- verlust				81.799,51	18.995,80
				2.468.080,75	2.549.880,26
B. SONDERPOSTEN FÜR ZUSCHÜSSE				939.535,86	563.555,58
C. RÜCKSTELLUNGEN					
Sonstige Rückstellungen				81.000,00	100.000,00
D. VERBINDLICHKEITEN					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			73.095,58		29.488,88
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
EUR 73.095,58 (EUR 29.488,88)					
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Cottbus			14.400,15		599,24
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 14.400,15 (EUR 599,24)					
3. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>8.191,49</u>	95.687,22	250,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 8.191,49 (EUR 250,00)					
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
				17.393,67	13.472,50
				3.601.697,50	3.257.246,46

Jugendkulturzentrum Glad-House

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Jugendkulturzentrum Glad-House

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chośebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Arbeitsstand: 08.01.2015

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Eräuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan Jugendkulturzentrum Glad-House

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2015

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 25.03.2015 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>1.275.540 €</u>
die Aufwendungen	<u>1.327.140 €</u>
der Jahresgewinn	<u> </u>
der Jahresverlust	<u>-51.600 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>0 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-14.000 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>14.000 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Holger Kelch
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2015

Nr.	Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1. Umsatzerlöse	520.607	561.500	553.000	553.000	553.000	553.000
2. Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	660.759	653.200	722.540	734.740	742.220	749.620
dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	74.779	79.000	82.040	89.240	91.720	94.120
5. Materialaufwand	273.532	267.700	267.500	267.500	267.500	267.500
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	65.750	75.700	64.000	64.000	64.000	64.000
b) Aufw. f. bezogene Leistungen	207.782	192.000	203.500	203.500	203.500	203.500
6. Personalaufwand	530.621	534.300	552.100	557.100	562.100	567.100
a) Löhne und Gehälter	530.621	534.300	552.100	557.100	562.100	567.100
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	126.427	125.000	133.640	140.840	143.320	145.720
7. Abschreibungen	378.347	362.200	373.900	373.900	373.900	373.900
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
Betriebsergebnis	-127.561	-74.500	-51.600	-51.600	-51.600	-51.600
9. Erträge aus Beteiligungen						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
dav. an verbundene Unternehmen						
Finanzergebnis						
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-127.561	-74.500	-51.600	-51.600	-51.600	-51.600
15. Außerordentliche Erträge						
16. Außerordentliche Aufwendungen						
17. Außerordentliches Ergebnis						
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19. Sonstige Steuern						
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	-127.561	-74.500	-51.600	-51.600	-51.600	-51.600
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-127.561	-74.500	-51.600	-51.600	-51.600	-51.600

Finanzplan 2015

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 TEUR	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-128	-74.500	-51.600	-51.600	-51.600	-51.600
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	126	125.000	133.640	140.840	143.320	145.720
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-75	-79.000	-82.040	89.240	91.720	94.120
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	7					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens						
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	185					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-114					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1	-28.500	0	0	0	0
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens						
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-128	-10.000	-14.000	-36.000	-34.000	-19.000
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-128	-10.000	-14.000	-36.000	-34.000	-19.000
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-128	-10.000	-14.000	-36.000	-34.000	-19.000
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	148	10.000	14.000	36.000	34.000	19.000
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	148	10.000	14.000	36.000	34.000	19.000
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	148	10.000	14.000	36.000	34.000	19.000
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	22	-28.500				
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	74	90.400	3.000	3.000	3.000	3.000
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	96	61.900	3.000	3.000	3.000	3.000

Vorbericht 2015

1. Das Jugendkulturzentrum Glad-House ist ein Eigenbetrieb der Stadt Cottbus, der die Aufgabe hat, kulturelle und kulturpädagogische Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene zu organisieren. Dies wird durch Musik- und andere Veranstaltungen, einen nichtgewerblichen kommunalen Kinospielbetrieb und Angebote in einer Literatur- und Medienwerkstatt realisiert.

Der Eigenbetrieb verfügt über eine selbstorganisierte veranstaltungsbezogene Gastronomie.

2. Die Gemeinnützigkeit wurde durch das Finanzamt lt. Bescheid vom 21.02.2014 anerkannt. Steuerpflichtig ist das Glad-House mit der Gastronomie.

3. Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes sind zuständig:

- a) Stadtverordnetenversammlung
- b) Werksausschuss
- c) Werkleitung

Als Werkleiter des Eigenbetriebes wurde Jürgen Dulitz eingesetzt. Er trägt die Verantwortung für die wirtschaftliche Führung des Jugendkulturzentrums Glad-House nach kaufmännischen Grundsätzen für die laufende Betriebsführung und die Personalangelegenheiten.

4. Die Eigenwirtschaftung einschließlich der Einwerbung von Drittmitteln (Projektförderung, Spenden, Sponsoring u.ä.) beträgt 553.000 € für die Planungsperiode. Das entspricht 43,3 % der Gesamtleistung.

5. Dieser Wirtschaftsplan geht von einer Förderung von 90.000 € durch das Kulturministerium des Landes aus. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber den Vorjahren von 15.000 €, die im Rahmen der Neuausrichtung für die Landesförderung der Soziokultur angestrebt wird. Diese Mittel dienen vorrangig der finanziellen Unterstützung der kulturellen Bildungsangebote der Einrichtung.

6. Das Zuschussvolumen der Stadt Cottbus beläuft sich auf 550.500 € (Betriebskostenzuschuss). Die erforderliche Steigerung um 69,3 T€ gegenüber dem Plan 2014 hebt Zuschussreduzierungen der Jahre 2008 bis 2012 teilweise auf und ist der tariflichen Entwicklung der Personalkosten, der Übernahme der Kosten für die Auszubildenden sowie höheren Aufwendungen für Wartungen und allgemeine Betriebskosten geschuldet. Ämterumlagen in Höhe von geplanten 22,8 T€ fließen wieder an die Stadt zurück.

Die Senkung der Zuschüsse um 100 T€ in den Jahren 2008 bis 2012 bei gleichzeitiger Steigerung von Betriebskosten und der Notwendigkeit, die tarifliche Entwicklung durch den Eigenbetrieb selbst aufzufangen hat zum einen zu einer schrittweisen Reduzierung von festangestelltem Personal geführt und zum anderen Liquiditätsreserven der Wirtschaftsjahre bis 2011 abgeschmolzen. Für Ende 2014 ist davon auszugehen, dass keine Liquiditätsreserven mehr vorhanden sein werden.

Soll der Eigenbetrieb mit seinem gemeinnützigen, soziokulturellen Profil und in der gegenwärtigen Angebotsstruktur (Veranstaltungsangebote, Obenkino und Kulturwerkstatt) und -vielfalt handlungsfähig bleiben, ist die teilweise Rücknahme der Kürzungen einerseits und eine Erhöhung der Landeszuwendungen andererseits unumgänglich.

7. Die Ertragslage bei den Veranstaltungs- und gastronomischen Erlösen soll 2015 gegenüber dem Ist 2013 leicht ansteigen.

Wirkt sich die stärkere Ausrichtung der Angebote des Jugendkulturzentrums auf Veranstaltungen mit soziokulturellem Profil auch eher erlösmindernd aus, kann zugleich festgestellt werden, dass dieses Angebot von den entsprechenden Zielgruppen honoriert wird und das Alleinstellungsmerkmal gemäß der Satzung des Eigenbetriebes darstellt.

Auch für die nächsten Jahre soll sich die Ertragslage auf einem Niveau um 550 T€ stabilisieren. Werden die Zuschüsse nicht angepasst, hätte dies Auswirkungen auf die Personalstärke und damit auf das Profil des Eigenbetriebes. Eine Reduzierung von Angeboten wäre zwangsläufig die Folge. Andererseits ist festzuhalten, dass die vorhandene räumliche und technische Infrastruktur mindestens den momentanen Umfang an eigenen Mitarbeitern benötigt, um effizient ausgelastet zu werden.

8. Für 2015 plant der Eigenbetrieb Investitionen in Höhe von insgesamt 14.000 €. Insbesondere ist eine Ersatzbeschaffung der Hebebühne aus dem Baujahr 1989 geplant, die der Veranstaltungsvor- und nachbereitung dient. Diese ist jährlich vom TÜV zu prüfen und eine weitere Nutzungsgenehmigung des Gerätes ist auf Grund des Alters und des Verschleißes fragwürdig.

Schrittweise soll auch in diesem Jahr die Lichttechnik im Haus auf LED umgerüstet werden, um die Stromkosten zu verringern. Eine eventuelle Kofinanzierung aus Mitteln der Soziokultur für investive Maßnahmen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur wird geprüft.

1.500 € sollen für Software (Antivirenprogramm) und Ersatzbeschaffung von PC-Technik dienen.

9. Der Eigenbetrieb beabsichtigt nicht Darlehn aufzunehmen und hat keine laufenden Darlehnsverpflichtungen. Auf die entsprechende Anlage lt. EigV wird daher verzichtet.

10. Vorliegender Wirtschaftsplan soll die Liquidität des Eigenbetriebes für 2015 sichern.

11. Das Jahresergebnis in Höhe eines Fehlbetrages von 51,6 T€ bildet ausschließlich Verluste aus Abschreibungen ab und soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -			
	2015	2016	2017	2018
keine				
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinde davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich Liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon Stadt davon Land davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinde Sonstige Einzahlungen der Gemeinde	585.200 35.000 550.200 	566.200 10.000 556.200 	654.500 14.000 640.500 550.500 90.000	681.500 36.000 645.500 555.500 90.000	684.500 34.000 650.500 560.500 90.000	674.500 19.000 655.500 565.500 90.000
	Einzahlungen gesamt	585.200	566.200	654.500	681.500	684.500	674.500
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinde - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen Tilgung von Darlehen der Gemeinde sonstige Auszahlungen an die Gemeinde	11.169 	11.300 	17.800 17.800	17.500 17.500	17.500 17.500	17.500 17.500
	Auszahlungen gesamt	11.169	11.300	17.800	17.500	17.500	17.500

Stellenübersicht 2015

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

	Plan 2014	Plan 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	
Entgeltgruppen	Anzahl Stellen	Anzahl Stellen		Erläuterungen
2 Ü				
3				
4				
5	3	4	4	
6	1	1	1	
7				
8	5	4	4	
9	1	1	1	
10				
11	1	1	1	
12				
13				
14				
gesamt	11	11	11	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwärter und Auszubildende

		Plan 2015	Beschäftigt am 01.10. des Vorjahres	
Bezeichnung	Art der Vergütung	Anzahl Stellen	Anzahl Stellen	Erläuterungen
Azubi		2	2	

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Erläuterungen

Investitionsplan 2015

Nr. Maßnahme	Planjahr 2015 €	2016 €	Folgejahre 2017 €	2018 €	Summe Jahre €
Gebäude und bauliche Anlagen					
1					
2					
3					
5					
6					
Technische Anlagen und Maschinen					
1 Hebebühne	10.000	34.000			44.000
2 Klimaanlage Obenkino	10.000	34.000			10.000 34.000
3					
5					
6					
Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
1 Veranstaltungstechnik	4.000	2.000	34.000	19.000	59.000
2 Büroausstattung / Computertechnik	2.500		32.000	17.000	51.500
3	1.500	2.000	2.000	2.000	7.500
4					
6					
Investitionen gesamt	14.000	36.000	34.000	19.000	103.000
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	14.000	36.000	34.000	19.000	103.000
<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i> Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens <i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i> Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit <i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i> Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven					
	14.000	36.000	34.000	19.000	103.000
	14.000	36.000	34.000	19.000	103.000

Erfolgsplan 2015	
<u>A. Erträge</u>	
<u>1. Umsatzerlöse</u>	
1.1. Erträge aus Kulturbetrieb	255.000,00 €
1.2. Erträge aus Vermietungen	23.000,00 €
1.3. Umsatz aus Gastronomie	275.000,00 €
1.4. Erlöse Verwaltung	0,00 €
<i>Umsatzerlöse gesamt:</i>	<i>553.000,00 €</i>
<u>2. Sonstige betriebliche Erträge</u>	
2.1. Zuschuss der Stadt Cottbus	550.500,00 €
2.2. Förderung MfWFK	90.000,00 €
2.3. Zuschuß Zivi/Freiwillige	0,00 €
2.4. periodenfremde Erträge	0,00 €
2.5. Ertr. Aufl. Sopo (stfr. Rückl.)	82.040,00 €
2.6. Zuschuss Spende	0,00 €
2.7. Projektförderung	0,00 €
2.8. Versicherungsentschädigung	0,00 €
<i>Sonstige betriebliche Erträge gesamt:</i>	<i>722.540,00 €</i>
<i>Erträge gesamt:</i>	<i>1.275.540,00 €</i>
<u>B. Aufwendungen</u>	
<u>1. Materialaufwand</u>	
<i>1.1. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</i>	
1.1.1. Wareneinsatz	60.000,00 €
1.1.2. Verbrauchsmaterial Gastronomie	2.000,00 €
1.1.3. Betriebsbedarf Gastronomie	2.000,00 €
1.1.4. Aufwendungen für Spiel u. Gestaltung	0,00 €
1.1.5. Fahrtkosten Gastronomie	0,00 €
<i>Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsst.</i>	<i>64.000,00 €</i>
<i>2.2. Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	
1.2.1. Aufwand Werkverträge	28.000,00 €
1.2.2. Werterhaltung u. Reparaturen Gastronomie	4.000,00 €
1.2.3. Nebenkosten Getränkeausschank	86.000,00 €
1.2.4. Gagen und Künstlerhonorare	70.000,00 €
1.2.5. Sonstige Honorare	15.500,00 €
<i>Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	<i>203.500,00 €</i>
<i>Materialaufwand gesamt:</i>	<i>267.500,00 €</i>
<u>2. Personalaufwand</u>	
<i>2.1. Löhne und Gehälter</i>	
2.1.1. Aufwand Mitarbeiter	548.500,00 €
2.1.2. Aufwand ABM Kräfte	0,00 €
2.1.3. Aufwand Zivildienstleistende/Freiwillige	3.600,00 €
<i>Personalaufwand gesamt:</i>	<i>552.100,00 €</i>
<u>3. Abschreibungen</u>	
3.1. Abschreibungen auf Betriebsausstattung	48.540,00 €
3.2. Abschreibung auf Gebäude	85.100,00 €
<i>Abschreibungen gesamt:</i>	<i>133.640,00 €</i>

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	Plan 2015
4.1. Raumkosten	
4.1.1. Instandhaltung Gebäude u. Anlagen	2.000,00 €
4.1.2. Heizkosten	28.000,00 €
4.1.3. Wasser/Abwasser	3.500,00 €
4.1.4. Reinigung	11.500,00 €
4.1.5. Entsorgung	2.200,00 €
4.1.6. Strom	25.000,00 €
4.1.7. Betriebsbedarf beweglicher Anlagen	4.800,00 €
4.1.8. Kleinmaterial Gebäude u. Anlagen	400,00 €
4.1.9. Wartung/Reparatur bewegl. Anlagen	14.000,00 €
Summe Raumkosten:	91.400,00 €
4.2. Verschiedene betriebliche Kosten	
4.2.1. Mitgliedsbeiträge(Verbandsarbeit)	1.700,00 €
4.2.2. Dienstreisen und Fahrtaufwendungen	900,00 €
4.2.3. Fortbildung(Fachtagungen,-messen,u.a.)	0,00 €
4.2.4. Verbrauchsmaterial	1.600,00 €
4.2.5. Telefon/Fax/Internet	1.900,00 €
4.2.6. Porto/Versand	2.000,00 €
4.2.7. Bürobedarf	600,00 €
4.2.8. Zeitschriften u. Bücher	800,00 €
4.2.9. Beratung und Prüfungen	11.000,00 €
4.2.10. Gebühren	300,00 €
4.2.11. Ämterumlagen/Gebäude- u. Haftpflichtver	22.800,00 €
4.2.12. Aufwendungen Werksausschuss	200,00 €
Summe Verschiedene betriebliche Kosten	43.800,00 €
4.3. Kosten des Kulturbetriebes	
4.3.1. Produktionskosten Veranstaltung	80.000,00 €
4.3.2. Reisekosten Künstler	2.200,00 €
4.3.3. Übernachtungskosten Künstler	7.500,00 €
4.3.4. Technikkosten Veranstaltungen	7.500,00 €
4.3.5. Security-Kosten	22.000,00 €
4.3.6. Organisationskosten Veranstaltungen	45.000,00 €
4.3.7. Cateringkosten Künstler	10.000,00 €
4.3.8. Filmkosten	18.000,00 €
4.3.9. Werbungskosten	26.000,00 €
4.3.10. Verbrauchs- u. Dekorationsmaterial	4.000,00 €
4.3.11. GEMA-Kosten	10.000,00 €
4.3.12. KSK	4.500,00 €
4.3.13. Literaturwettbewerb/Publikationen	2.000,00 €
Summe Kosten des Kulturbetriebes	238.700,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen gesamt:	373.900,00 €
Aufwendungen gesamt:	1.327.140,00 €
3.1. Erträge	1.275.540,00 €
3.2. Aufwendungen	1.327.140,00 €
Überschuss / - Fehlbetrag	-51.600,00 €

42

Sportstättenbetrieb

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chósebus

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan
- Erläuterungen zum Investitionsplan

Wirtschaftsplan

Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2015

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 29.04.2015 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>8.648.600 €</u>
die Aufwendungen	<u>9.681.400 €</u>
der Jahresgewinn	<u></u>
der Jahresverlust	<u>-1.032.800 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>60.900 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-742.540 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>684.340 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Holger Kelch
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2015

Nr.		Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Umsatzerlöse	1.390.163	1.309.000	1.303.000	1.303.000	1.303.000	1.303.000
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	5.978.383	6.704.200	7.345.600	7.393.100	7.182.100	7.320.900
4.	Sonstige betriebliche Erträge	502.100	476.000	554.300	560.000	575.000	622.000
	dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	310.384	320.000	300.000	300.000	300.000	300.000
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren						
	b) Aufwend. f. bezogene Leistungen						
6.	Personalaufwand	2.974.647	3.636.600	3.600.400	3.654.000	3.644.000	3.752.000
	a) Löhne und Gehälter						
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung						
7.	Abschreibungen	1.921.302	1.886.400	1.928.000	1.877.000	1.892.000	1.939.000
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.391.755	3.489.600	3.840.900	4.092.700	3.886.500	3.887.200
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	-1.229.542	-1.319.400	-1.020.700	-1.227.600	-1.237.400	-1.254.300
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	2.466					
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	12.434	8.700	6.300	4.100	2.900	1.900
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis	-9.968	-8.700	-6.300	-4.100	-2.900	-1.900
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.239.510	-1.328.100	-1.027.000	-1.231.700	-1.240.300	-1.256.200
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis						
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	36.131	5.800	5.800	5.800	5.800	5.800
19.	Sonstige Steuern	-1.275.641	-1.333.900	-1.032.800	-1.237.500	-1.246.100	-1.262.000
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust						
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-1.275.641	-1.333.900	-1.032.800	-1.237.500	-1.246.100	-1.262.000

Finanzplan 2015

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-1.275.641	-1.333.900	-1.032.800	-1.237.500	-1.246.100	-1.262.000
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	1.921.798	1.886.400	1.928.000	1.877.000	1.892.000	1.939.000
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-502.081	-476.000	-554.300	-560.000	-575.000	-622.000
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-200.039	-110.000	-280.000	-50.000	-50.000	-50.000
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens						
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	66.139					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-173.970					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-163.794	-33.500	60.900	29.500	20.900	5.000
10.	± Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens						
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	=						
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-718.177	-293.400	-742.540	-725.100	-489.900	
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	=						
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-718.177	-293.400	-742.540	-725.100	-489.900	
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)	36.370					
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	674.504	293.400	742.540	725.100	489.900	
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	=						
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	710.874	293.400	742.540	725.100	489.900	
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)	-54.601	-57.000	-58.200	-28.100	-29.300	-13.400
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	=						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-54.601	-57.000	-58.200	-28.100	-29.300	-13.400
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven	656.273	236.400	684.340	697.000	460.600	-13.400
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-225.698	-90.500	2.700	1.400	-8.400	-8.400
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	510.218	338.400	247.900	186.600	188.000	179.600
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	284.520	247.900	250.600	188.000	179.600	171.200

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 wird auf der Grundlage der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg aufgestellt.

Die Aufgabenschwerpunkte des Sportstättenbetriebes der Stadt Cottbus gestalten sich wie folgt :

- Verwaltung und Bewirtschaftung des Gebäudes einschließlich der Ausstattung der Lausitzer Sportschule
- Verwaltung, technische Absicherung und Bewirtschaftung aller durch Betriebssatzung zugeordneter Sportstätten zur Sicherung des Schule-Leistungssport-Verbundsystems sowie des Breiten- und Behindertensportes
- Unterbringung, Versorgung und pädagogische Betreuung der ca. 330 Schülerinnen und Schüler der Lausitzer Sportschule in den beiden Häusern der Athleten
- Sicherung von Sportlehrgängen unterschiedlicher nationaler und internationaler Sportverbände

Die Aufwands- und Ertragslage für das Wirtschaftsjahr 2015 gestaltet sich wie folgt:

Im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2014 ergibt sich u. a. aus dem Rückgang von Langzeitmietverträgen im Hochhaus Dresdener Straße 18 sowie der Vereinsgaststätte am Priorgaben eine Reduzierung der Umsatzerlöse. Dem gegenüber stehen jedoch ein erhöhter Auslastungsgrad der Sportanlagen im BgA-Bereich sowie ein Zuwachs an Ferienverträgen im Haus der Athleten.

Die im Wirtschaftsplan 2015 unteretzten Erträge sichern bei entsprechender Bereitstellung des Betriebskostenzuschusses die Liquidität und damit die Bewirtschaftung aller dem Eigenbetrieb zugeordneten Sportanlagen und Einrichtungen. Ausgenommen sind jedoch unvorhergesehene Havarien und technische Störungen in den Sportanlagen, die im Wirtschaftsplan 2015 keine Berücksichtigung finden. Diese Risiken sind weder planbar, noch untersetzbar. Sie müssen jedoch bei entsprechender Priorität finanziell gesondert und zusätzlich eingeordnet werden.

Im Rahmen einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt Königs Wusterhausen wurde aufgrund der ausschließlich hoheitlich bzw. entgeltfreien Nutzung der BMX-Anlage Parzellenstraße der entsprechende BgA-Anteil rückwirkend ab 2009 reduziert. Zum Ausgleich der geltend gemachten Vorsteuern sind für den Anteil der hoheitlichen Benutzung unentgeltliche Wertabgaben zu berechnen. Dies führt in 2015 zu einer Erhöhung des Betriebskostenzuschusses.

Im Bereich der Werterhaltung werden im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2014 für Gebäude und bauliche Anlagen ca. 150.000 € zusätzlich benötigt, begründet vorrangig mit notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Lausitz Arena und der Wahrung von Verkehrssicherungspflichten am Gebäudekomplex incl. Zuwegung zum Verwaltungshochhaus in der Dresdener Straße 18.

Zudem erfolgen zusätzlich dringende Instandhaltungsmaßnahmen zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht an den Schulsportanlagen in Schmelwitz und der Schlachthofstraße.

Aufgrund der weitgehend angespannten Haushaltslage in der Stadt Cottbus können ursprünglich durch den Sportstättenbetrieb angedachte Investitionen für Betriebs- und Geschäftsausstattung in den Jahresscheiben 2016 (85,6 T €), 2017 (121 T €) und 2018 (116 T €) nicht umgesetzt werden.

Dies hat zur Folge, dass ein grundsätzlich angestrebtes Einsparungspotenzial im Bereich der Werterhaltung aufgrund des einzuplanenden Aufwuchses für Reparatur-/Wartungs- und Servicekosten des stark veralteten Maschinen-Geräte- und Fuhrparks nicht realisiert werden kann.

Weiterhin ist mit einer Erhöhung von fortlaufenden Prüfungskosten bei der gesetzlich vorgegebenen jährlichen Legionellen-Beprobung und die immer wieder daraus zwingend resultierenden Modernisierungsmaßnahmen der entsprechenden Warmwasseraufbereitungssysteme gerechnet werden.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen führen Preissteigerungen zu erhöhten Wartungs-, Bauleistungs- und Reinigungskosten.

Kompensiert werden die steigenden Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2015 teilweise mit sinkenden Personalkosten aufgrund auslaufender ATZ-Verträge sowie geplant sinkenden Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Bereich der Küche des Internates.

Der Sportstättenbetrieb schließt das Wirtschaftsjahr 2015 voraussichtlich mit einem Jahresverlust von 1.032.800 € ab. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes erfolgt auf der Grundlage der Investitions- und Finanzplanung des Wirtschaftsplanes 2015.

Im Wirtschaftsjahr 2015 sind Investitionen in Höhe von 742.540 € geplant.

Von diesem Ansatz entfallen 224.400 € auf die Sanierung des Sportfunktionsgebäudes der Sportanlage Branitz, gesichert über die im Mittelfristigen Investitionsplan der Stadt Cottbus aufgenommenen Eigenmittel.

Des Weiteren sind im Wirtschaftsplan für die Errichtung des paralympischen Zentrums mit angeschlossener OSP Physiotherapie Investitionen mit einer Gesamthöhe von 1.733.140 € für die kommenden Jahre 2015 – 2017 mit aufgenommen.

Ausgehend von einer Eigenmittelsicherung von 27,15 % und einem Gesamtfördermittelanteil von 72,85 % ist mit StVV III-015/2013 vom 18.12.2013 für das Wirtschaftsjahr 2015 ein Eigenmittelanteil von 281.460 € im Mittelfristigen Investitionsplan der Stadt Cottbus eingestellt worden.

2014 sind bereits vorab 20.000 € Eigenmittel für die Planungskosten der Leistungsphase 1-2 angefallen, um in der auslaufenden Fördermittelfase Ende 2014 beim BMI die entsprechenden Fördermittel der Zuwendungsgeber MBS und BMI in den Jahren 2015 bis 2017 zu sichern.

Im vorolympisch- und paralympischen Jahr 2015 werden durch das BMI und MBS Bauunterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 130.000 € zu 65,4% für die am OSP-Standort Cottbus beheimatenden Bundesleistungszentren Radsport, Turnen und Paraleichtathletik gefördert.

Der entsprechende Eigenmittelanteil von 34,6 % ist im vorliegenden Wirtschaftsplan des SSB aufgenommen.

Die einzelnen Fördermittelbescheide gehen unterjährig 2015 ein.

Der stark veraltete und reparaturanfällige Maschinenpark des SSB erschwert zunehmend die Bewirtschaftung vieler Außensportanlagen und gefährdet damit die Sicherung der Trainingsstätten des Schul-, Nachwuchs-, Spitzen- und Breitensports. In den zukünftigen Wirtschaftsjahren 2016 ff ist deshalb mit größeren Ersatzinvestitionen zu rechnen.

Durch Liquiditätsreserven konnten im Wirtschaftsjahr 2014 bereits Ersatzinvestitionen realisiert werden, die grundsätzlich erst für das Wirtschaftsjahr 2015 geplant gewesen waren.

Für die Folgejahre ab 2016 muss der SSB trotz schwieriger Haushaltssituation in der Stadt Cottbus weiterhin investive Mittel zur Sicherung der Betriebs- und Geschäftsausstattung anzeigen und anmelden. Es ist weder zielführend noch realisierbar, dass bestehende, stark veraltete materielle Sachanlagevermögen grundsätzlich nur über die Werterhaltung aufrecht zu halten.

Da die Abschreibungen des Betriebsvermögens nicht ausfinanziert werden, ist der Sportstättenbetrieb auf die Investitionszuschüsse der Stadt Cottbus angewiesen.

Aufgrund der Aufwands- und Ertragsstruktur des Eigenbetriebes sinkt die Eigenkapitalausstattung zum 31.12.2015 auf ca. 25.206.645 €.

Auch in zukünftigen Wirtschaftsjahren sind hohe Jahresfehlbeträge auszuweisen, welche zu einer weiter sinkenden Eigenkapitalausstattung des Sportstättenbetriebes führen.

Eine Gegensteuerung kann in Form von Neu- und Ersatzinvestitionen zur Stärkung der Bilanzsumme erfolgen.

Genehmigungspflichtige Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte sind nicht vorhanden.

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres		Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -				
		2015	2016	2017	2018	2019
2015						
2015						
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme		keine	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 €	Plan 2014 €	V-Ist 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Einzahlungen							
	Zuschüsse der Gemeinden	5.565.910	5.550.300	5.550.300	6.357.640	6.161.300	5.905.100	5.522.200
	davon als Kapitalzuschüsse							
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste							
	davon als Investitionszuschüsse	674.500	293.400	293.400	742.540	725.100	489.900	
	davon als Betriebskostenzuschüsse	4.891.410	5.256.900	5.256.900	5.615.100	5.436.200	5.415.200	5.522.200
	davon als Verlustausgleichszuschüsse							
2.	Darlehen der Gemeinden		57.000	57.000	58.200	28.100	29.300	13.400
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden		5.607.300	5.607.300	6.415.840	6.189.400	5.934.400	5.535.600
	Einzahlungen gesamt	5.565.910	5.607.300	5.607.300	6.415.840	6.189.400	5.934.400	5.535.600
1.	Auszahlungen							
	Ablieferungen an die Gemeinden	25.800	19.200	19.200	49.340	19.800	19.800	19.800
	- von Gewinnen							
	- von Konzessionsabgaben							
	- von Verwaltungskostenbeiträgen (Aufwand)							
	- von Verwaltungskostenbeiträgen (investiv)	25.800	19.200	19.200	19.800	19.800	19.800	19.800
	- bei Eigenkapitalentnahmen				29.540			
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	65.700	65.700	65.700	64.500	32.200	32.200	15.300
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden							
	Auszahlungen gesamt	91.500	84.900	84.900	113.840	52.000	52.000	35.100

Stellenübersicht 2015

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppen	2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	Erläuterungen
2	4	4	4	
2 Ü				
3	4	5	5	
4	15	18	18	
5	10	9	9	
6	7	5	5	
S6	29	28	24	
7				
8	1	1	1	
9	3	3	3	
10				
11	2	2	2	
12				
13				
14	1	1	1	
gesamt	76	76	72	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwarter und Auszubildende

Bezeichnung	Art der Vergütung	Plan 2015 Anzahl Stellen	Beschäftigt am 01.10. des Vorjahres Anzahl Stellen	Erläuterungen

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Erläuterungen
11	1	1	Freizeitphase ATZ bis 02/2015
6	2	2	Freizeitphase ATZ bis 08/2015 bzw. 04/2016

Investitionsplan 2015

Nr.	Maßnahme	Planjahr 2015 €	Folgejahre			Summe Jahre €
			2016 €	2017 €	2018 €	
	Gebäude und bauliche Anlagen	742.540	725.100	489.900		1.957.540
1	ST Branz - Sportfunktionsgebäude *	224.400				224.400
2	SSB-Paralymphisches Zentrum mit angeschlossener OSP Physiotherapie **	518.140	725.100	489.900		1.733.140
	Technische Anlagen und Maschinen					
	Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
1	sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung					
Investitionen gesamt		742.540	725.100	489.900		1.957.540
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		742.540	725.100	489.900		1.957.540
<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i>						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens						
<i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i>						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
<i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i>		742.540	725.100	489.900		1.957.540
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus Sonderposten		742.540	725.100	489.900		1.957.540
<i>Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven</i>						

* davon VKE 3.900 €

**davon 2015: EM-Anteil 261.500 € / FM-Anteil 231.000 € / VKE 25.640 €

davon 2016: EM-Anteil 187.100 € / FM-Anteil 538.000 €

davon 2017: FM-Anteil 489.900 €

Erläuterung zum Erfolgsplan 2015

Bezeichnung	2015	2016	2017	2018
Erlöse	1.303.000	1.303.000	1.303.000	1.303.000
langfristige Mieten	237.000	237.000	237.000	237.000
Nutzung Sportanlagen	115.000	115.000	115.000	115.000
Bewirtschaftung FCE-Objekte	15.000	15.000	15.000	15.000
Erlöse Saunabetrieb	8.000	8.000	8.000	8.000
Internatsbelegung und Versorgung	740.000	740.000	740.000	740.000
Essengeld Schüler	53.000	53.000	53.000	53.000
Lehrgänge/Gäste Essen und Unterkunft	115.000	115.000	115.000	115.000
Sonstiges	20.000	20.000	20.000	20.000
Sonstige betriebliche Erträge	7.345.600	7.393.100	7.182.100	7.320.900
Betriebskostenzuschuss Betriebs- und Unterhaltungskosten	5.346.600	5.365.000	5.353.800	5.460.800
Betriebskostenzuschuss Altlastensanierung EM 10%	38.700	51.400	41.600	41.600
Betriebskostenzuschuss VKE	19.800	19.800	19.800	19.800
Betriebskostenzuschuss unentg. Wertabgabe Betriebsprüfung Finanzamt	210.000			
Betriebskostenzuschuss Gesamt	5.615.100	5.436.200	5.415.200	5.522.200
Auflösung Sonderposten	554.300	560.000	575.000	622.000
sonstige Einzahlungen der Gemeinde (Tilgung von Krediten)	58.200	28.100	29.300	13.400
OSP-Standortsicherung	300.500	283.500	283.500	283.500
Refinanzierung Altlastensanierung	770.600	1.023.000	828.700	829.300
Anteil Stadt (54,8%)	46.900	62.300	50.400	50.500
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.840.900	4.092.700	3.886.500	3.887.200
Energie, Wasser, Heizung	950.000	950.000	950.000	950.000
Fremdleistung Werterhaltung	644.000	628.000	628.000	628.000
Sonstige Fremdleistungen (Müll, Reinigung, sonstige Dienstleistungen)	408.400	408.400	408.400	408.400
Treibstoffe	184.000	184.000	184.000	184.000
Sonstige betriebliche Aufwendungen	469.000	469.000	469.000	469.000
unentg. Wertabgabe Sportanlagen (Aufwand)	368.000	368.000	368.000	368.000
Aufwand Altlastensanierung	817.500	1.085.300	879.100	879.800
(minus Rückstellung)	(38.700)	(51.400)	(41.600)	(41.600)

Sportsstättenbetrieb der Stadt Cottbus, Cottbus
Bilanz zum 31. Dezember 2013
(mit Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2012)

A K T I V A		P A S S I V A	
	Stand am 31.12.2013 EUR	Stand am 31.12.2012 EUR	Stand am 31.12.2012 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. <u>IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</u>			
EDV-Software			260.000,00
II. <u>SACHANLAGEN</u>			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	45.222.508,77		64.823.497,72
2. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nr. 1 gehören	0,51		36.051.863,01
3. Maschinen und maschinelle Anlagen	155.271,66		663.001,93
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.152.646,29		28.368.632,78
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	440.407,81		27.105.164,22
	<u>46.970.835,04</u>		<u>1.275.641,09</u>
			19.191.272,18
			19.018.849,12
			0,00
			<u>799.875,88</u>
			599.836,74
			799.875,88
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. <u>VORRÄTE</u>			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.876,00		0,00
2. Waren	<u>26.290,86</u>		<u>570.786,74</u>
			599.836,74
			799.875,88
II. <u>FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55.730,50		84.357,55
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		502.337,44
3. Forderungen an die Gemeinde	164.567,48		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>149.065,54</u>		
	369.363,52		
KASSENBESTAND UND GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN			
III. <u>GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN</u>			
	682.070,28		730.097,44
	<u>284.519,90</u>		<u>49.339,13</u>
			49.261,07
			953.470,00
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	<u>2.556,47</u>		<u>29.135,27</u>
	47.655.505,85		47.655.505,85
			49.175.161,72
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 70,00	3.726,00		70,00
(31.12.2012: EUR 0,00)	<u>19.824,08</u>		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.550,08		304.246,54
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 245.040,41			317.513,94
(31.12.2012: EUR 212.319,14)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	62.206,13		88.038,31
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 88.038,31	674,98		84.357,55
(31.12.2012: EUR 84.357,55)	<u>180.206,42</u>		
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	197.051,34		502.337,44
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 122.939,29	440.138,87		
(31.12.2012: EUR 279.910,86)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten	510.218,37		49.339,13
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 49.339,13	<u>973.907,32</u>		49.261,07
(31.12.2012: EUR 49.261,07)			953.470,00
- davon aus Steuern: EUR 0,00			
(31.12.2012: EUR 0,00)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00			
(31.12.2012: EUR 0,00)			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	<u>2.556,47</u>		<u>29.135,27</u>
	47.655.505,85		47.655.505,85
			49.175.161,72

Grün- und Parkanlagen

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chóśebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan

Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2015

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 25.03.2015 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	2.118.800 €
die Aufwendungen	2.118.800 €
der Jahresgewinn	0 €
der Jahresverlust	0 €

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	112.600 €
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-143.500 €
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	33.500 €

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	0 €
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	0 €

Cottbus,

Holger Kelch
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2015

Nr.		Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Umsatzerlöse	1.913.407	1.919.200	1.977.400	1.977.400	1.977.400	1.977.400
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	139.087	140.300	141.400	141.400	141.400	141.400
4.	Sonstige betriebliche Erträge			1.400	1.400	1.400	1.400
	dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			107.000	107.000	107.000	107.000
5.	Materialaufwand	105.300	96.000	77.000	77.000	77.000	77.000
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	75.086	72.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	b) Aufw. f. bezogene Leistungen	30.214	24.000	1.720.000	1.720.000	1.720.000	1.720.000
6.	Personalaufwand	1.600.479	1.668.000	1.390.500	1.390.500	1.390.500	1.390.500
	a) Löhne und Gehälter	1.300.948	1.353.000	329.500	329.500	329.500	329.500
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung	299.531	315.000	33.800	33.800	33.800	33.800
	dav. f. Altersversorgung	35.361	32.900	114.000	114.000	114.000	114.000
7.	Abschreibungen	101.657	119.600	172.800	171.000	171.000	171.000
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	215.384	169.200				
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	29.674	6.700	5.000	6.800	6.800	6.800
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens						
	dav. aus verbundenen Unternehmen	102					
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis	102					
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29.776	6.700	5.000	6.800	6.800	6.800
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis						
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19.	Sonstige Steuern	5.411	5.200	5.000	5.000	5.000	5.000
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	24.365	1.500		1.800	1.800	1.800
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn zur Tilgung Verlustvortrag						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter	24.365	1.500		1.800	1.800	1.800
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen						

Finanzplan 2015

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 TEUR	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	24	1.500		1.800	1.800	1.800
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	102	119.600	114.000	114.000	114.000	114.000
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen			-1.400	-1.400	-1.400	-1.400
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-14					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens		-1.500		-8.000		-5.000
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-34					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	114					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	192	119.600	112.600	106.400	114.400	109.400
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens		1.500		8.000		5.000
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	=		1.500		8.000		5.000
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-133	-104.000	-143.500	-147.800	-140.000	-107.000
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-1					
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	=		-134	-143.500	-147.800	-140.000	-107.000
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit		-134	-143.500	-139.800	-140.000	-102.000
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen			33.500			
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	=			33.500			
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	=						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit			33.500			
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	=						
38.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
39.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	58	17.100	2.600	-33.400	-25.600	7.400
40.	= Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	93	65.526	82.626	85.226	51.826	26.226
	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	151	82.626	85.226	51.826	26.226	33.626

Vorbericht 2015

Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus ist ein Eigenbetrieb der Stadt Cottbus. Seine Aufgaben beinhalten hauptsächlich die Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grün- und Parkanlagen sowie städtischer Grundstücke in ortsteilbezogener Gemeindegearbeit und des Stadtwaldes, des öffentlichen Grüns auf städtischen Friedhöfen, von öffentlichen Spielplätzen, von Bewässerungssystemen und Leistungen im Bestattungswesen.

Im Wirtschaftsjahr 2015 ist bei den öffentlichen Grünanlagen, Bäumen, Spielplätzen, dem Stadtwald und den Gemeindearbeitern eine Steigerung der Haushaltsmittel gegenüber 2014 um 3,2 % geplant. Bei den Friedhöfen einschließlich Bestattungen (ohne zusätzliche Reparaturleistungen über 13,6 TEUR) ist trotz erheblicher Tarifsteigerungen nur eine Erhöhung um 0,6 % vorgegeben.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um TEUR 1,1 höher als im Vorjahr, wobei TEUR 13,3 mehr Zuschüsse von der Agentur für Arbeit zur Förderung von Arbeitsverhältnissen kommen. Andererseits fallen die Mieterträge Steinmetz in Höhe von TEUR 7,9 weg. Die Räume und Stellflächen wurden wegen Eigenbedarf gekündigt, weil sich der Eigenbetrieb in der Dresdener Straße 34 konzentrieren wird und den Standort in der Schillerstraße 2015 aufgibt.

Der Personalaufwand 2015 steigt gegenüber 2014 um 3,1 %, wobei sich hier hauptsächlich die so nicht geplante Tarifsteigerung aus 2014 über rund 4 % auswirkt. Die 2 ausgelernten Auszubildenden wurden auf frei werdende Stellen (Rente mit 63) fest eingestellt. Die Stelle mit der Entgeltgruppe 2 Ü wird nicht wieder besetzt.

Die Erträge belaufen sich in 2015 auf TEUR 2.118,8 und die Gesamtaufwendungen ebenso auf TEUR 2.118,8. Der geplante Jahresüberschuss beträgt somit TEUR 0.

Der Investitionsplan sieht Anschaffungen in Höhe von TEUR 143,5 vor, wobei die größte Investitionssumme für den Bau von Garagen in Höhe von TEUR 113,5 vorgesehen ist. Für den Umbau zu Garagen für Kleintechnik erhält der Eigenbetrieb von der Stadt Cottbus einen Investitionszuschuss über TEUR 33,5.

Die geplante Höhe der Liquidität bleibt im Wirtschaftsplan 2015 im Verhältnis zu 2014 in etwa gleich, sinkt jedoch in den Folgejahren erheblich.

Durch die jahreszeitlichen Schwankungen in den Einnahmen und durch Vorfinanzierungen, z.B. von den durch die Agentur für Arbeit geförderten Maßnahmen, ist der Eigenbetrieb im ersten Halbjahr nur durch die Unterstützung der Stadtverwaltung Cottbus zahlungsfähig.

Es ist deshalb notwendig, dass die Haushaltsmittel entsprechend der steigenden Preise und Entgelte sowie des Liquiditätszeitpunktes bereitgestellt werden.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum 31.12.2013 TEUR 701,6. Genehmigungspflichtige Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte sind nicht vorhanden. Es wurden in den Vorjahren keine Kredite für Investitionen durch den Eigenbetrieb aufgenommen und keine Liquiditätskredite in Anspruch genommen.

Vorausschauend auf 2015 und die Folgejahre sind z.Z. keine Veränderungen zum Profil des Eigenbetriebes bekannt.

Cottbus, 09.02.2015

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -			
	2015	2016	2017	2018
2015 keine				
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 €	Plan 2014 €	V-Ist 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	Einzahlungen				33.500			
	Zuschüsse der Gemeinden							
	davon als Kapitalzuschüsse							
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste				33.500			
	davon als Investitionszuschüsse							
	davon als Betriebskostenzuschüsse							
	davon als Verlustausgleichszuschüsse							
2.	Darlehen der Gemeinden							
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden	1.886.744	1.891.200	1.913.200	1.949.400	1.949.400	1.949.400	1.949.400
	Einzahlungen gesamt	1.886.744	1.891.200	1.913.200	1.982.900	1.949.400	1.949.400	1.949.400
1.	Auszahlungen							
	Ablieferungen an die Gemeinden							
	- von Gewinnen							
	- von Konzessionsabgaben							
	- von Verwaltungskostenbeiträgen		4.700	4.700	3.540	3.540	3.540	3.540
	- bei Eigenkapitalentnahmen							
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	4.554						
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden							
	Auszahlungen gesamt	4.554	4.700	4.700	3.540	3.540	3.540	3.540

Stellenübersicht 2015

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

	Plan 2014	Plan 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	
Entgeltgruppen	Anzahl Stellen	Anzahl Stellen		Erläuterungen
1	9	9	9	
2 Ü	1		1	
3	22	22	20	
4	1	1	2	
5	10	10	9	
6				
7				
8	2	2	2	
9				
10	1	1	1	
11				
12				
13				
14	1	1	1	
gesamt	47	46	45	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwärtler und Auszubildende

		Plan 2015	Beschäftigt am 01.10. des Vorjahres	
Bezeichnung	Art der Vergütung	Anzahl Stellen	Anzahl Stellen	Erläuterungen
1. Lehrjahr	Ausbildungsentgelt	1		
1./2. Lehrjahr	Ausbildungsentgelt			
2./3. Lehrjahr	Ausbildungsentgelt	1	1	

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

	Plan 2014	Plan 2015	
Entgeltgruppe	Anzahl Stellen	Anzahl Stellen	Erläuterungen

Investitionsplan 2015

Nr.	Maßnahme	Planjahr 2015 €	Folgejahre				Summe Jahre €
			2016 €	2017 €	2018 €	2019 €	
Gebäude und bauliche Anlagen		113.500		130.000	22.000		265.500
1	Garagen Südfriedhof	80.000					80.000
2	Garagen Mähtechnik	33.500					33.500
3	Schüttgüterboxen			30.000			30.000
4	LKW-Garagen			100.000			100.000
5	Überdachung Parkstellflächen				22.000		22.000
Technische Anlagen und Maschinen						40.000	40.000
1	Leiber/ Gabelstapler					40.000	40.000
Betriebs- und Geschäftsausstattungen		30.000	147.800	10.000	85.000	76.000	348.800
1	Grasshopper	20.000					20.000
2	Multicar oder ähnlich		90.000				90.000
3	Aufsitzrasenmäher		45.000		30.000	65.000	140.000
4	Anhänger		7.800		15.000		22.800
5	Transporter Pritsche				25.000		25.000
6	Sonstiges/ GWG	10.000	5.000	10.000	15.000	11.000	51.000
Investitionen gesamt		143.500	147.800	140.000	107.000	116.000	654.300
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		143.500	147.800	140.000	107.000	116.000	654.300
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit		114.000	114.000	114.000	114.000	114.000	570.000
		114.000	114.000	114.000	114.000	114.000	570.000
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit		33.500	8.000		5.000	2.000	48.500
		33.500					33.500
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit			8.000		5.000	2.000	15.000
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
Zuführungen zu Liquiditätsreserven		4.000	25.800	26.000			51.800
					12.000		16.000

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2015

Bezeichnung	Ist 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Plan 2015 in EUR
1. Umsatzerlöse	1.913.408	1.919.200	1.977.400
1.1. Unterhaltung Grünanlagen	404.988	412.600	425.800
1.2. Unterhaltung Spiel- und Bolzplätze	284.858	287.100	297.800
1.3. Baumpflege	268.331	269.900	281.000
1.4. Unratberäumung	89.224	96.000	101.000
1.5. Unterhaltung Friedhöfe, Bäume	287.010	295.000	304.800
1.6. Kriegsgräber	18.201	18.000	18.000
1.7. Ehrengräber	3.985	5.000	5.000
1.8. Grabfelder	40.063	40.000	40.000
1.9. Unternehmerreinigung	40.319	46.000	43.000
1.10. Bestatter, Feierhalle	200.069	201.000	207.000
1.11. Stadtwald	98.576	105.000	106.000
1.12. Gemeindearbeiter	106.215	115.600	116.000
1.13. Sonstige Umsatzerlöse	71.569	28.000	32.000
2. Sonstige betriebliche Erträge	139.087	140.300	141.400
2.1. Zuschuss Bund und Land	116.007	118.700	132.000
2.2. Sonstige Erträge	23.080	21.600	9.400
dar. aus Auflösung Sonderposten	0	0	1.400
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand	215.384	169.200	172.800
3.1. Raumkosten	35.279	20.000	27.100
3.2. Gebühren, Beiträge, Versicherung	19.162	18.000	19.760
3.3. Grundsteuer, Straßenreinigung Dresd.Str	635	690	1.800
3.4. Verwaltungskostenerstattung	4.554	4.000	3.540
3.5. Kraftfahrzeugkosten	15.187	16.300	16.700
3.6. Mietaufwendungen	8.532	10.500	11.000
3.7. Reparaturen und Instandhaltung	88.062	54.000	45.000
3.8. sonstige Fremdarbeiten	25.509	14.000	15.000
3.9. Sonstige Kosten	18.464	31.710	32.900

Passivseite:

65

III.2. Wirtschaftspläne / Bilanzen für Unternehmen

**Institut für interdisziplinäre
Medizinererweiter- und
fortbildung und klinische
Versorgung**

g GmbH

IFMW Institut für interdisziplinäre
Medizinerweiter- und -fortbildung
und klinische Versorgungsforschung gGmbH

Wirtschaftsplan 2015

mit Mittelfristplanung bis 2018

025 251 010
Entwurf – nicht beschlossen

Beschluss AR 26. u. 14/GV 03.12.14

Vorbericht Geschäftsjahr 2015

Erfolgsplan:

Vorbemerkung:

Sämtliche Plandaten sind vollständig auf Basis von Nettowerten erstellt.

1. Umsatzerlöse (netto):

a) Verträge mit Krankenhäusern

Die Verträge sind mit 4 Krankenhäusern (CTK Cottbus, Krankenhaus Spremberg, Klinikum Niederlausitz, Elbe-Elster Klinikum) geschlossen. Vom Krankenhaus Forst liegt eine Zusage zur Vertragsverlängerung bis 2015 vor. Der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet. Die Verträge mit dem Krankenhaus Spremberg, dem Klinikum Niederlausitz, dem Elbe-Elster Klinikum laufen bis einschließlich 2015 und sind sodann neu zu verhandeln. Mit dem CTK Cottbus liegt ein Vertrag bis zum Jahr 2017 vor. Mit dem Klinikum Dahme-Spreewald sind Neu-Verhandlungen geplant. Geplant ist eine Kooperationsvereinbarung mit dem Bundeswehrstützpunkt zur Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung des Instituts. Aufgrund von Umstrukturierungen in den Bundeswehrdienststellen wird mit einer Entscheidung über die Zahlung eines Pauschalbetrages erst Mitte 2015 gerechnet. Assistenzärzte der Bundeswehr können Leistungen des Instituts nutzen, zahlen aber bis zur endgültigen Entscheidung zum Kooperationsvertrag Kursgebühren.

In der Anlage „Erläuterung Umsatzerlöse“ sind die derzeit vertraglich bestätigten Vertragskomponenten bzw. schriftlichen Zusagen hierzu sowie die zukünftig zu erwartenden Einnahmen von den Krankenhäusern aufgeführt. Die zukünftigen Einnahmen basieren auf der Annahme, dass die Krankenhäuser das Projekt weiterhin positiv unterstützen. Die Verträge mit den Krankenhäusern sind vor Ablaufdatum neu zu verhandeln. Beim Verhandlungsergebnis wird mit einer Weiterführung zu gleichen Konditionen gerechnet.

Für das Jahr 2016 bis 2018 wird vollständig von Annahmen ausgegangen, mit Ausnahme des Vertrages mit dem CTK bis 2017.

b) Vertraglich ist mit den meisten Krankenhäusern eine Übernahme der Weiterbildungskosten für vermittelte Assistenten, die ihre Weiterbildung im Netzwerk der Kliniken beginnen, vereinbart. Pro Assistent werden pro Monat 233,64,- € netto gezahlt. Unter der Annahme, dass die Anzahl der Assistenten aufgrund Vermittlung des Instituts ihre Weiterbildung im stationären Bereich je für drei Jahre neu beginnen, ergeben sich die in der Anlage „Erläuterung Umsatzerlöse“ ausgewiesenen Erträge. Zu berücksichtigen ist, dass einige Ärzte ihre Weiterbildung ohne Abschluss beenden, in eine andere Fachrichtung überwechseln oder weniger als drei Jahre im jeweiligen Klinikum arbeiten. Auch hier ist wie unter a) geschildert, für die Jahre 2016 bis 2018 ausschließlich von einer Annahme auszugehen.

4. Unter sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus Sponsoring, Spenden und Kursgebühren aufgezeigt.

Aus Sponsoring ist die Sponsorenzahlung von Vattenfall angesetzt.

Mit Vattenfall wurden folgende Werte vertraglich vereinbart: 2012: 46.730,- €, 2013: 93.4600,- €, 2014: 93.460,-€, 2015: 46.730,- €. Für das Jahr 2016 liegt bereits eine schriftliche Erklärung vor, dass 23.364,49 € (brutto 25.000 €) zur Unterstützung bereitgestellt werden. Für die Jahre 2017 – 2018 werden in die Planung 18.691,59 € (brutto 20.000 €) eingestellt. Dieses Folgesponsoring wurde in einem Sondierungsgespräch in Aussicht gestellt.

Für Spenden und Fördermittel wurden für 2015 bis 2018 jeweils 10.000,- € angesetzt.

Nachfrage zu verzeichnen war. Alle Kurse wurden von den Ärzten gern und mit durchweg positiver Resonanz angenommen, auch von Fachärzten als Refresher-Kurs.

Für das Jahr 2015 sind im Plan vorgesehen:

- Psychosomatische Grundversorgung (80h) nach WBO LÄKBB, 5 x 2 Tage
- Geriatrie/Diabetologie, 2 Tage
- Vertragsärztliche Tätigkeit - Fahrplan in die Praxis/ NL in BB, Recht & Steuern, Woher kommt das Geld? EBM/Abrechnung, je 1 Tag
- Symptomorientiertes klinisches Modul II - Teil 2 (Brustschmerz und Atemnot), Pneumologie/Kardiologie, 2 Tage
- Modul I, Derma/Augen/HNO/Urologie, 2 Tage
- Tageskurs (z.B. Notfall in der Praxis, Naht-Kurs, Impfkurs)

Die Kurse sind für die Ärzte in Weiterbildung zum FA für Allgemeinmedizin, die ihre Weiterbildung in der Energieregion Lausitz-Spreewald absolvieren, kostenfrei. Ebenfalls für Ärzte in Weiterbildung anderer Fachrichtungen aus den beteiligten Netzwerkkrankenhäusern. Die Kosten werden vom Institut übernommen. Für weitere Teilnehmer sind die Kurse kostenpflichtig. Die Teilnehmerzahl ist zumeist auf 10-20 Personen je Kurs begrenzt, um den seminaristischen Charakter zu bewahren.

Für 2015 ist wichtig, die Anschlussfinanzierungen nach dem Ende des Sponsorings von Vattenfall und den Kliniken der Region aktiv zu betreiben. Im Netzwerkverbund ist der gemeinsame Auftritt bei Messen und Veranstaltungen angestrebt.

Erfolgsplan 2015

Nr.		Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	Umsatzerlöse					
	dav. Erlöse Zweckbetrieb Verträge KH	65,43	89,50	101,42	104,22	104,22
		65,43	89,50	101,42	104,22	104,22
2.	Erhöhung od. Verminderung, d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen					
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4.	Sonstige betriebliche Erträge					
	dav. Einnahmen aus Sponsoring Zweckbetrieb	104,76	58,23	35,86	31,19	31,19
	dav. Einnahmen aus Spenden	93,46	46,73	23,36	18,69	18,69
	dav. Kursgebühren	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
	dav. Sonstige (hier: Auflösung von Rückstellungen)	1,30	1,50	2,50	2,50	2,50
5.	Materialaufwand					
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	93,60	55,00	53,00	51,00	51,00
	b) Aufw. f. bezogene Leistungen	93,60	55,00	53,00	51,00	51,00
	dav. Fremdleistung Mieten, Versorgung, Anzeigen, Gebühren, Kopien etc. (Seminartätigkeit)	10,80	10,00	8,00	8,00	8,00
	dav. Fremdleistungen Honorare (Honorare Lehrkräfte, wiss. Leiter)	82,80	45,00	45,00	43,00	43,00
6.	Personalaufwand					
	a) Löhne und Gehälter	31,43	58,66	58,66	58,66	58,66
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. d. v. f. gesetzl. Sozialaufwendungen	24,50	48,00	48,00	48,00	48,00
	dav. für BG	6,93	10,66	10,66	10,66	10,66
	dav. für BG	6,13	10,06	10,06	10,06	10,06
	dav. für BG	0,80	0,60	0,60	0,60	0,60
7.	Abschreibungen					
		2,00	0,70	0,10	0,10	0,10
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen					
	dav. Raumkosten/Raumaussstattung	28,69	25,92	25,42	25,42	25,42
	dav. Messestandmieten, Sitzungen Institut	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
	dav. Miete Büro	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
	dav. Bürobezug	3,36	3,36	3,36	3,36	3,36
	dav. Porto, Telefon, Telefax, Internet inkl. Webhosting, ARD	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10
	dav. Versicherungen	2,00	1,70	1,70	1,70	1,70
	dav. Reparaturen/Instandhaltung für Hard-/Software	3,50	3,00	3,00	3,00	3,00
	dav. Werbekosten	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
	dav. Reisekosten Dienstleister, Referenten, AR etc.	3,00	3,00	2,50	2,50	2,50
	dav. Reisekosten Arbeitnehmer	0,80	0,50	0,50	0,50	0,50
	dav. Kilometergeldersatzung Dienstleister, Referenten, AR etc.	0,25	0,15	0,15	0,15	0,15
	dav. Kilometergeldersatzung Arbeitnehmer	2,00	0,80	0,80	0,80	0,80
	dav. Aufmerksamkeiten	1,00	0,60	0,60	0,60	0,60
	dav. Rechts- und Beratungskosten	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
	dav. Buchhaltung	1,00	0,50	0,50	0,50	0,50
	dav. Abschluss- und Prüfungskosten	3,88	3,88	3,88	3,88	3,88
	dav. Nebenkosten Geldverkehr	5,30	5,80	5,80	5,80	5,80
		0,15	0,18	0,18	0,18	0,18
	Betriebsergebnis	14,47	7,45	0,10	0,23	0,23
9.	Erträge aus Beteiligungen					

dav. aus verbundenen Unternehmen						
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d.						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d.						
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
dav. an verbundene Unternehmen						
Finanzergebnis						
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14,47	7,45	0,10	0,23	0,23	
15. Außerordentliche Erträge						
16. Außerordentliche Aufwendungen						
17. Außerordentliches Ergebnis						
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19. Sonstige Steuern						
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	14,47	7,45	0,10	0,23	0,23	
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	14,47	7,45	0,10	0,23	0,23	

Finanzplan 2015

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	14,47	7,45	0,10	0,23	0,23
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	2,00	0,70	0,10	0,10	0,10
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen					
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens					
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge					
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	16,47	8,15	0,20	0,33	0,33
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens					
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände					
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens					
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen					
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände					
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen					
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit					
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen					
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)					
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen					
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen					
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen					
27.	= Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen					
28.	- Auszahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen					
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)					
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde					
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen					
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen					
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit					
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit					
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven					
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven					
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven					
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	16,47	8,15	0,20	0,33	0,33
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	79,03	45,00	53,15	53,35	53,69
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	95,50	53,15	53,35	53,69	54,02

Investitionsplan 2015

Nr. Maßnahme	Plan 2014 T€	Planjahr 2015 T€	Folgejahre			Summe Jahre T€
			2016 T€	2017 T€	2018 T€	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1 Besprechungstisch		1,00				1,00
2		1,00				
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt						
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen						
<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i>						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens						
<i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i>						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
<i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i>						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
<i>Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven</i>						

Stellenübersicht 2014

	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Erläuterungen
Geschäftsführer	1	1	1	1	1	
Stellen gesamt						
Beschäftigte in VZE gesamt	1	1	1	1	1	

Institut für interdisziplinäre Medizinerweiter- und -fortbildung
und klinische Versorgungsforschung gemeinnützige GmbH, Cottbus
Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

I. ANLAGEVERMÖGEN

1. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

II. SACHANLAGEN

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Sonstige Vermögensgegenstände

II. GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN

C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

PASSIVA

A. EIGENKAPITAL

I. GEZEICHNETES KAPITAL

II. GEWINNRÜCKLAGEN

Andere Gewinnrücklagen

III. GEWINNVORTRAG

IV. BALANZGEWINN

B. RÜCKSTELLUNGEN

1. Steuerrückstellungen
2. Sonstige Rückstellungen

C. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr
EUR 620,26 (EUR 0,00)

	Stand am 31.12.2013 EUR	Stand am 31.12.2012 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	984,00	1.574,00
II. SACHANLAGEN		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.374,00	2.344,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	101.522,54	57.500,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	43.238,85	2.488,48
II. GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN	144.751,39	59.988,48
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	1.104,10	69.284,08
	148.213,49	129.272,56
A. EIGENKAPITAL		
I. GEZEICHNETES KAPITAL		
II. GEWINNRÜCKLAGEN		
Andere Gewinnrücklagen	41.417,00	40.322,00
III. GEWINNVORTRAG	57.899,88	42.154,72
IV. BALANZGEWINN	9.836,16	15.745,16
	134.173,04	123.221,88
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	6.640,19	3.761,68
2. Sonstige Rückstellungen	9.789,00	7.070,00
	13.420,19	10.831,68
C. VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 620,26 (EUR 0,00)	620,26	0,00
	148.213,49	134.053,56

Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus



Carl-Thiem-Klinikum Cottbus
AKADEMISCHES LEHRKRANKENHAUS DER CHARITÉ



Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

041 4M 010

Inhalt:

Vorbericht (inkl. Stellenübersicht)
Erfolgsplan
Finanzplan
Investitionsplan
Haushaltsrelevante Positionen
Sponsoring /Spenden

Beschluss AR 17.11.14 / Beschluss GV 28.1.15

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2015 der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Wirtschaftsplan 2015 für die Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH basiert auf dem voraussichtlichen Jahresergebnis 2014 (Stand August 2014) sowie dem Jahresergebnis des abgelaufenen Jahres 2013.

Alle laufenden und zukünftigen baulichen Maßnahmen und Investitionen sind auf der Grundlage der Betriebs- und Entwicklungsplanung, erteilter Fördermittelbescheide und gefasster Gremienbeschlüsse der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH enthalten.

Bereits bekannte externe und interne Rahmenbedingungen sind in ihren prognostischen Auswirkungen berücksichtigt.

Die im 2. Halbjahr 2013 erreichte Leistungsstabilität zeigt sich auch für das laufende Jahr 2014. Die Fallzahl im Bereich des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) liegt in 2014 zum jetzigen Zeitpunkt leicht über der des Vorjahres. Die erlösrelevanten Relativgewichte erreichen voraussichtlich das Vorjahresniveau. Im Zusammenhang mit dem in 2014 erhöhten Landesbasisfallwert (Entwicklungen: 2011: 2.900,00 €, 2012: 2.947,97 €, 2013: 3.013,00 €, 2014: 3.117,36 €) können die Umsatzerlöse des laufenden Jahres um rund 4% gegenüber 2013 gesteigert werden. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung des für 2015 voraussichtlich erneut ansteigenden Landesbasisfallwertes (+2,53%) wird ein entsprechend erhöhtes Umsatzvolumen im Plan 2015 angesetzt.

Der mit dem Beitragsschuldengesetz im Jahr 2013 als maßgebliche Komponente des finanziellen Hilfsprogrammes für Krankenhäuser eingeführte Versorgungszuschlag soll nach aktuellem Kenntnisstand der Bundesgesetzgebung unbefristet bundeseinheitlich weitergelten. Dieser Sachverhalt ist im Planansatz ebenfalls enthalten.

Der zum 1.1.2014 vom Land Brandenburg fortgeschriebene Bettenplan mit 1.163 voll- und teilstationären Betten wurde im laufenden Jahr durch Umstrukturierungen bereits realisiert. Dem deutlichen Leistungszuwachs in der Onkologischen Tagesklinik wird durch einen Antrag auf Erhöhung der teilstationären Plätze von derzeit 5 auf 15 Rechnung getragen. Die nächste Landeskonferenz wird sich Anfang November zum Antrag verständigen. Die Aussicht auf eine Genehmigung zum 1.1.2015 ist groß. Im Gegenzug wird die Zahl der vollstationären Betten um 5 abgesenkt, so dass ab 2015 insgesamt 1168 Betten laut Landesbettenplan genehmigt sein werden.

Die vom Klinikum abgeschlossenen Haustarifverträge mit dem Marburger Bund für den Ärztlichen Dienst mit einer Laufzeit bis Ende Februar 2016 und mit Verdi für den nichtärztlichen Personalbereich mit einer Laufzeit bis Ende Juni 2016 bilden die insoweit bekannte Basis für die Ermittlung der Personalkosten.

Bekannte Kostensteigerungen im Sachkostenbereich sowie mögliche Kosteneinsparungen durch die Mitgliedschaft in der Einkaufsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser als auch durch Benchmarkvergleiche innerhalb des Clinotel-Verbundes oder der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Großkrankenhäuser sind in den Planansätzen enthalten.

Für die ab 2015 geltende neue Geschäftsführungsstruktur mit einem Geschäftsführer und jeweils einem hauptamtlichen Direktor für den Ärztlichen, den Pflegerischen und den Verwaltungsbereich ist eine entsprechende Budgetgröße im Plan enthalten.

Insgesamt ist unter Beibehaltung der aktuellen Klinik- und Stationsstruktur bei den Personalkosten kein Personalabbau vorgesehen. Die aktuellen Steigerungen lassen sich ganz überwiegend auf den Aufwuchs - nur in 2015 im Bereich Wachschutz - und den langfristigen

Zuwachs der Pflege und Therapeuten in der Früh-Reha erklären. Einsparungen durch Zusammenlegungen in anderen Bereichen, zuletzt der IMC 1 mit der IMC 2, federn das nur ab, können diese Steigerung aber nicht vollständig kompensieren.

Die Realisierung der geplanten Umsatzerlöse ist zwingend Voraussetzung für die Finanzierung der Kosten.

Im Zusammenhang mit der bereits o.a. geplanten Erweiterung der Betten für die Neurologische Frührehabilitation von derzeit 6 auf 19 in 2015 ist ein Personalzuwachs eingeplant, der durch eine entsprechende Leistungssteigerung gedeckt werden muss. Diese ist bei den Umsatzerlösen eingeplant.

Eine weitere Personalführung ergibt sich aus der Übernahme der Aufgaben des Wachschutzes und Sicherheitsdienstes durch Mitarbeiter des CTK ab 1.11.2014.

Im Bereich der Aufwendungen kommt es dadurch zur Absenkung der Kosten für den externen Dienstleister.

Im Mai 2014 konnten die Budgetverhandlungen für 2013 und 2014 einvernehmlich abgeschlossen werden und wurden ganz aktuell vom zuständigen Ministerium bei der Landesregierung genehmigt. Das für 2014 vereinbarte Gesamtbudget entspricht dem Umsatzvolumen des Wirtschaftsplanes 2014 und wird nach aktuellem Stand auch realisiert. Damit ergibt sich für die Verhandlungen 2015 eine stabile Ausgangslage.

2. Erläuterungen zum Erfolgsplan

Der Gewinn soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Umsatzerlöse

Ausgehend von den für 2014 zu erwartenden Umsatzerlösen für die stationären Krankenhausleistungen wird für 2015 ein Erlöszuwachs von rund 2,8% und für die Folgejahre jeweils in Höhe von rund 2,5% erwartet.

Bei den geplanten voll- und teilstationären Leistungen wird von einer weiterhin stabilen Lage wie in 2014 ausgegangen. Verschiebungen von voll- zu teilstationären Leistungen durch den Ausbau der Onkologischen Tagesklinik bzw. zu ambulanten Leistungen durch z. B. geänderte Abrechnungsbedingungen für ausgewählte Leistungen in der Augenheilkunde sind berücksichtigt. Ebenfalls enthalten ist die Erweiterung der stationären Neurologischen Frührehabilitation. Die komplette Station mit 19 Betten soll noch im 1. Halbjahr 2015 ans Netz gehen. Die erforderlichen Umbaumaßnahmen sind angelaufen. Die Umsatzerlöse aus ambulanten Leistungen entsprechen dem für 2014 zu erwartenden Erlösvolumen. Schwankungen im Vergleich zu den Vorjahren entstehen vor allem durch die Auflösung von Verbindlichkeiten aus Erlösausgleichen in den Jahren 2014 und 2016.

Die für 2015 bekannt gegebene Veränderungsrate in Höhe von + 2,53% sowie die vom Gesetzgeber vorgesehene Verlängerung des Versorgungszuschlages über das laufende Jahr 2014 hinaus sind im geplanten Erlösvolumen ebenfalls enthalten.

Bestandsveränderung

Wie in den vergangenen Jahren lässt sich diese Position nicht verlässlich planen. Die Vorjahre zeigen eine sehr starke Schwankung der Abgrenzungsbeträge. Diese wirken sich positiv oder negativ auf das Jahresergebnis aus. Es lassen sich auch keine Regelmäßigkeiten ableiten, so dass auf einen Planwert verzichtet wird.

Sonstige betriebliche Erträge

Im Vergleich zum Jahr 2014 ist ab 2015 ein deutlicher Rückgang der *Sonstigen betrieblichen Erträge* um rund ein Drittel eingeplant. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die vom Land Brandenburg geförderte Kreditinanspruchnahme in 2014 ausläuft. Durch einen entsprechenden Rückgang der neutralen Aufwendungen entstehen keine ergebniswirksamen Auswirkungen.

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Insgesamt liegt das eingestellte Aufwandsvolumen leicht über den für 2014 zu erwartenden Ist-Kosten. Vor allem die von den Leistungszahlen abhängigen Aufwandsbereiche Medizinischer Bedarf und Lebensmittel entsprechen dem geplanten Leistungsansatz. Für den Energiesektor Wasser, Strom, Wärme und Gas wird ein Kostenanstieg von rund 5% eingeplant.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Neben den an Fremdfirmen vergebenen Leistungen in den Bereichen Gebäudereinigung, Wäschereinigung, Park- und Gartenpflege sowie Energie- und Facility-Management sind in dieser Position auch die Aufwendungen für die Leistungen der Thiem-Service GmbH (TSG) enthalten. Dazu gehören neben dem umfangreichen Bereich des Patientenservice seit 2014 die Glasreinigung sowie geplant ab November 2015 der Wachschutz/Sicherheitsdienst/Hausdienst. In den Plankosten für die Fremdfirmen sind die angezeigten Preisanstiege berücksichtigt. Diese sind vor allem auf Tarifierhöhungen in den verschiedenen Gewerken zurückzuführen. Die steigenden Aufwendungen für die TSG sind auf den vorläufig letzten Umsetzungsschritt bei der Betreuung der Stationen durch Servicekräfte zurückzuführen. Zusätzlich werden durch die TSG neue Aufgaben im Rahmen des gesamten Aufnahmeprozesses von Patienten übernommen. Der Bereich des Wachschutzes und Sicherheitsdienstes wird ab 1.11.2014 nicht mehr durch einen externen Dienstleister, sondern durch eigene Mitarbeiter des CTK erbracht. Ab 1.11.2015 werden diese Aufgaben der TSG zugeordnet.

Personalaufwendungen

Die in 2013 für den Ärztlichen Dienst und in 2014 für den nichtärztlichen Bereich vom Klinikum abgeschlossenen Haus-Tarifverträge lassen für 2015 eine insoweit genaue Planung zu. Unter Beibehaltung der aktuellen Strukturen und mit der Zielstellung, das Leistungsniveau des laufenden Jahres zu halten, sind keine Personalreduzierungen für 2015 geplant. Die aber ständig wachsenden Qualitätsansprüche, vor allem für Leistungen innerhalb von Zentren, erfordern auch eine entsprechende Personalentwicklung, z.B. das Perinatalzentrum Level 1. Auch die zunehmende Anzahl von Komplexbehandlungen kann nur mit entsprechend nachgewiesen qualifiziertem Personal sichergestellt werden.

Im Vergleich zum Personalbestand des laufenden Jahres ist eine Personalaufführung in 2015 geplant. Dabei handelt es sich vor allem um Personal für den stufenweisen Ausbau des Leistungsbereiches Neurologische Frührehabilitation. Die Finanzierung muss durch einen entsprechenden Leistungszuwachs gedeckt werden. Darüber hinaus sind zusätzliche Vollkräfte sowie Kosten für die neue Geschäftsführung und Klinikleitung sowie die Aufgaben des Sicherheitsdienstes eingestellt. Der Wachschutz wurde bis zum 31.10.2014 durch die

Firma Hersa-Security GmbH Co.KG Ost erbracht und zum 1.11.2014 von neuen Mitarbeitern des CTK übernommen. Zum 1.11.2015 ist geplant, dass diese Aufgaben dann durch die entsprechend ausgebildeten Mitarbeiter der TSG übernommen werden.

Auf Veränderungen im Leistungsgeschehen bzw. bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen oder in der Klinik-/Stationsstruktur muss entsprechend zeitnah reagiert werden.

Für die Folgejahre 2016 bis 2019 sind Tarifierhöhungen von durchschnittlich 2,5% eingeplant. Auch hier müssen bei Bekanntwerden neuer Kriterien und Prognosen entsprechende Anpassungen vorgenommen werden.

Abschreibungen

Das Abschreibungsvolumen erreicht in den Jahren 2015 bis 2019 in etwa das Niveau des laufenden Jahres 2014. Ab 2016 kommt es zu einer stärkeren Verschiebung hin zu den ergebniswirksamen Abschreibungen. Das ist auf den erhöhten Investitionsanteil zurückzuführen, der aus Eigenmitteln finanziert wird.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Vergleichbar mit der Position *Sonstige betriebliche Erträge* ist ein deutlicher Rückgang in Höhe von rund 30% gegenüber 2014 eingeplant. Daraus ergeben sich keine Auswirkungen auf das Betriebsergebnis, da es sich bei den Veränderungen vor allem um neutrale Aufwendungen handelt. Die ergebniswirksamen Aufwendungen berücksichtigen im Planansatz bekannte Preiserhöhungen, z. B. bei den Versicherungsprämien um angenommene 10%.

Zinserträge und Zinsaufwendungen

Für 2015 und 2016 ist ein weiterer Rückgang der Zinserträge eingeplant. Dabei sind sowohl das nach wie vor niedrige Zinsniveau als auch der verstärkte Abfluss liquider Mittel in die gesamte Investitionstätigkeit berücksichtigt worden. Zinsaufwendungen für 2015 sind in nur geringem Umfang eingeplant, da weder geförderte noch eigen finanzierte Kredite zu bedienen sind. Ab 2016 steigen die geplanten Aufwendungen wieder an, da in 2016 die Inanspruchnahme eines Kredites in Höhe von 9 Mio. € zur Finanzierung des 6. Bauabschnittes vorgesehen ist. Aufgrund der günstigen Zinssituation wird ein Tilgungszeitraum von 5 Jahren ab 2016 angesetzt. Die entsprechenden Zinsaufwendungen sind jahresbezogen eingestellt.

Steuern

Die in diesen Positionen enthaltene Kfz-Steuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer auf Sachbezug entsprechen im Planansatz den Vorjahreswerten.

3. Erläuterungen zur Finanzplanung

Die Entwicklung des Finanzmittelbestandes wird im Wesentlichen von der umfangreichen Investitionstätigkeit sowie der Umsetzung der Leistungs- und Erfolgsplanung beeinflusst. Der voraussichtliche Bestand liquider Mittel zum Jahresende 2014 wird sich gegenüber dem Planansatz deutlich positiver entwickeln. In den Folgejahren ist aufgrund der intensiven Bautätigkeit im Rahmen nicht geförderter Investitionen von einem stark sinkenden Finanzmittelbestand auszugehen. Eine Erhöhung der finanziellen Reserven wird unter Berücksichtigung der bekannten Sachverhalte und Rahmenbedingungen voraussichtlich im Jahr 2018 zu verzeichnen sein.

Laufende Geschäftstätigkeit

Die Höhe des Jahresüberschusses, die ergebniswirksamen Abschreibungen sowie die Entwicklung der Rückstellungen bedingen im Wesentlichen die Veränderungen des Ergebnisses aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Investitionstätigkeit

Der Finanzplan berücksichtigt Ein- und Auszahlungen für Investitionen (inkl. Baumaßnahmen sowie Ausstattungen im medizinischen und nicht medizinischen Bereich) im gesamten Klinikum. Schwerpunkte bilden hierbei aktuell der Abschluss des 5. Bauabschnittes Teil b und die Fortführung des 6. Bauabschnittes (Haus 62/63), die geplante Sanierung des Hauses 7, die Ersatzbeschaffung von zwei Linearbeschleunigern sowie der 7. Bauabschnitt (Sanierung der Bettenhäuser 1 und 2).

Die Einzahlungen beinhalten einerseits bewilligte Zuwendungen und Zuschüsse. Durch den Wegfall der Einzel- und pauschalen Fördermittel und Einführung der Investitionspauschalen seit dem 01.01.2013 ist ein kontinuierlicher Rückgang des Mittelzuflusses in den Folgejahren erkennbar. Die in Vorjahren gebildeten Gewinnrücklagen werden entsprechend der Zweckbindung zur Investitionsfinanzierung eingesetzt.

Finanzierungstätigkeit

Die im Rahmen der Fördermaßnahme 5. Bauabschnittes Teil 1 gewährte Schuldendiensthilfe des Landes Brandenburg läuft noch bis zum 31.12.2014. Das Darlehen ist dann vollständig getilgt.

Zur Sicherung der laufenden Geschäftstätigkeit wird voraussichtlich im Jahr 2016 eine Kreditfinanzierung für die Realisierung des 6. Bauabschnittes notwendig. Die Tilgung erfolgt in Abhängigkeit von der Finanzmittelausstattung und ist über 5 Jahre bis 2020 vorgesehen.

4. Wirtschaftlichkeit/Risiken

Das Klinikum wird nach aktuellen Hochrechnungen erneut ein positives Jahresergebnis für 2014 erreichen. Die intensiven Bemühungen um eine stabile ärztliche Besetzung und eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten des Einzugsgebietes haben dazu beigetragen, den Leistungsumfang zu stabilisieren. Ein gewünschter Zuwachs an vor allem stationären Patienten lässt sich aber bis jetzt nicht dauerhaft ableiten. Hier müssen

weiterhin große Anstrengungen unternommen werden, zum Beispiel um noch mehr Einweiser mit ihren Patienten für das CTK zu gewinnen. Das kann nur über eine entsprechende Qualität der Leistungen im Zusammenhang mit einer guten Kommunikation erfolgen. Zu diesem mehr operativen Herangehen muss sich das Klinikum strategisch mit den Anforderungen nicht nur aus dem demografischen Umfeld auseinandersetzen. Eine verbindliche und an den Unternehmenszielen ausgerichtete aktive Planung der medizinischen und wirtschaftlichen Zielsetzung muss als Basis für den langfristigen Erfolg und die damit verbundene langfristige Absicherung des Unternehmenszwecks erkannt und umgesetzt werden. Der Auf- und Ausbau eines überregionalen onkologischen Zentrums am Carl-Thiem-Klinikum Cottbus ist dabei nur ein Punkt. Aber auch neue Tätigkeitsfelder müssen erschlossen werden, die zu einer soliden Unternehmenskultur beitragen.

Den zunehmenden Qualitätsansprüchen durch die Sozialleistungsträger muss ebenfalls Rechnung getragen werden, um am Markt als Haus der Schwerpunktversorgung weiterhin erfolgreich zu bestehen. Hier wird man beobachten und analysieren müssen, wie sich die Kostenträger, das Land Brandenburg aber auch das Land Berlin aufstellen werden.

Die in 2013 begonnene und in 2014 fortgesetzte Optimierung aller klinischen Prozesse stellt auch in den Folgejahren einen Schwerpunkt bei der Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit des Klinikums dar. Die ganz frühzeitige Einbeziehung der Beteiligten und die Kommunikation über die notwendigen Veränderungsmaßnahmen ist dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Die bereits getätigten und noch geplanten umfangreichen Investitionen in Neu- oder Umbauten sowie in die medizinisch-technische Infrastruktur verbessern die notwendige materiell technische Basis. Der zunehmende Finanzierungsanteil aus Eigenmitteln stellt dabei eine besondere Herausforderung dar.

Die sich verschärfende Situation auf dem Fachkräftemarkt erfordert dringend ein gutes Personalentwicklungskonzept. Dafür wurde u. a. in 2014 eine Stabsstelle geschaffen. Auch hier wird man die Kostenträger beobachten müssen, wie sie sich auch zur Größe der Medizinischen Schule positionieren.

5. Investitionen

Anstelle der bisherigen Pauschal- und Einzelfördermittel werden seit dem 01.01.2013 leistungsorientierte Investitionspauschalen an die Brandenburger Krankenhäuser ausgezahlt. Bereits im Jahr 2013 war erkennbar, dass diese Mittel für die Reproduktion des Anlagevermögens nicht auskömmlich sind und zugleich den Bedarf für Innovationen nicht decken. Eine Finanzierung des Investitionsbedarfs allein aus Landesmitteln ist daher nicht möglich. Alternative Finanzierungsmodelle sind in die Planung aufzunehmen.

Neben der laufenden Wiederbeschaffung von Anlagegütern aus der Investitionspauschale steht in den folgenden zwei Jahren die Beschaffung (inkl. baulicher Leistungen) von zwei Linearbeschleunigern im Vordergrund. Gleichzeitig sind Mittel anzusparen, um ab 2015 die Sanierung des Hauses 7 im Zusammenhang mit dem 6. Bauabschnitt zu realisieren.

Die Baumaßnahmen zum 5. Bauabschnitt, Teil b, werden mit Abgabe des Schlussverwendungsnachweises per 10.12.2014 abgeschlossen. Die Inbetriebnahme des Hauses 5 im Februar 2014 sowie die Herstellung der Ziellösung im Haus 6 im September 2014 setzten den Schlusspunkt beim 5. Bauabschnitt. Die prognostizierten Mehrkosten von 2,34 Mio. € überschreiten die bewilligten Fördermittel. Der Ausgleich dieser Kosten erfolgt über die zu diesem Zweck gebildete Gewinnrücklage in Höhe von 4 Mio. €.

Durch Verzögerungen im Bauablauf wird die Fertigstellung des 6. Bauabschnittes voraussichtlich erst im Frühjahr 2016 erfolgen. Die Gesamtkosten liegen derzeit stabil bei 41,4 Mio. €, die aus Eigenmitteln des Klinikums finanziert werden. Zweckgebundene Rücklagen und die für 2016 vorgesehene Kreditaufnahme decken den Mittelbedarf.

In Vorbereitung ist die Planung eines 7. Bauabschnittes zur Sanierung der Bettenhäuser 1 und 2 mit dem Ziel, auf den Stationen einen Zwei-Bett-Zimmer-Standard herzustellen. Begonnen werden soll mit einer schrittweisen Umsetzung im Haus 1.

6. Stellenübersicht

Eine jahresbezogene Übersicht des geplanten Vollkräfte-Solls für die Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH ist Bestandteil des Vorberichtes.

7. Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken

Treffen für das Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH nicht zu.

8. Sponsoring und Spendenleistungen

Treffen für das Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH nicht zu bzw. werden nicht geplant.

Personalart	VK-Soll Jahr 2015			VK-Soll Jahr 2016			VK-Soll Jahr 2017			VK-Soll Jahr 2018			VK-Soll Jahr 2019		
	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe
Ärztlicher Dienst	307,0		307,0	307,0		307,0	307,0		307,0	307,0		307,0	307,0		307,0
Pflegedienst	718,0	79,4	797,4	718,0	80,7	798,7	718,0	80,7	798,7	718,0	80,7	798,7	718,0	80,7	798,7
Medizinisch-technischer Dienst	362,0		362,0	362,0		362,0	362,0		362,0	362,0		362,0	362,0		362,0
Funktionsdienst	161,0		161,0	161,0		161,0	161,0		161,0	161,0		161,0	161,0		161,0
Klinisches Hauspersonal	8,5		8,5	8,5		8,5	8,5		8,5	8,5		8,5	8,5		8,5
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	139,0	2,0	141,0	135,0	2,0	137,0	135,0	2,0	137,0	135,0	2,0	137,0	135,0	2,0	137,0
Technischer Dienst	48,0		48,0	47,0		47,0	46,0		46,0	45,0		45,0	45,0		45,0
Verwaltungsdienst	136,3	2,5	138,8	131,0	8,8	139,8	131,0	8,8	139,8	131,0	8,8	139,8	131,0	8,8	139,8
Sonderdienst	10,0		10,0	10,0		10,0	10,0		10,0	10,0		10,0	10,0		10,0
Sonstiges Personal	1,7		1,7	1,7		1,7	1,7		1,7	1,7		1,7	1,7		1,7
FSJler/Bufdis	2,0		2,0	2,2		2,2	2,2		2,2	2,2		2,2	2,2		2,2
Personal der Ausbildungsstätte	35,0		35,0	35,0		35,0	35,0		35,0	35,0		35,0	35,0		35,0
Gesamtsumme	1.928,5	83,9	2.012,4	1.918,4	91,4	2.009,8	1.917,4	91,4	2.008,8	1.916,4	91,4	2.007,8	1.916,4	91,4	2.007,8

Erfolgsplan

Nr.		Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€
1.	Umsatzerlöse	159.126	166.559	167.383	170.142	174.598	178.400	182.583	186.870
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnisse	709		-500					
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen								
4.	Sonstige betriebliche Erträge	42.101	32.945	32.853	22.633	22.617	21.945	21.847	21.633
5.	dav. Betriebskostenzuschuss								
5.	Materialaufwand	42.085	43.483	43.916	44.317	44.738	44.797	44.890	44.941
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	36.033	36.969	37.565	37.642	37.686	37.735	37.778	37.826
	b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	6.051	6.514	6.351	6.675	7.052	7.062	7.113	7.114
6.	Personalaufwand	109.025	113.700	110.966	115.850	118.400	121.200	124.135	127.200
	a) Löhne und Gehälter	91.036	94.829	92.579	96.669	98.797	101.133	103.582	106.140
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f.	17.989	18.871	18.387	19.181	19.603	20.067	20.553	21.060
	dav. f. Altersversorgung	2.700	2.827	2.674	2.798	2.860	2.927	2.998	3.072
7.	Abschreibungen	11.458	12.370	12.575	11.792	12.898	12.927	12.561	12.571
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.716	27.751	26.766	19.053	19.400	19.452	19.570	19.555
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil								
	Betriebsergebnis	5.653	2.201	5.514	1.761	1.778	1.969	3.274	4.237
9.	Erträge aus Beteiligungen								
	dav. aus verbundenen Unternehmen								
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens								
	dav. aus verbundenen Unternehmen								
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	412	327	422	373	323	323	323	323
	dav. aus verbundenen Unternehmen								
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens								
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	600	199	198	11	141	131	117	105
	dav. an verbundene Unternehmen								
	Finanzergebnis	-188	128	224	362	183	192	206	219
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		5.465	2.329	5.737	2.123	1.961	2.161	3.480	4.456
15.	Außerordentliche Erträge								
16.	Außerordentliche Aufwendungen								
17. Außerordentliches Ergebnis									
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	284	65	62	65	65	65	65	65
19.	Sonstige Steuern	2	4	2	5	5	5	5	5
20. Jahresgewinn/Jahresverlust		5.179	2.260	5.673	2.054	1.892	2.091	3.411	4.387
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses									
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen									
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen									
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter									
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen									
		4.200	2.000	5.000	1.500	1.500	1.500	3.000	4.000
		979	260	673	554	392	591	411	387

Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	5.179	2.259	5.673	2.054	1.892	2.091	3.410	4.387
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	2.061	1.705	2.220	2.056	3.048	3.461	3.467	3.376
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen								
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-2.580	-1.700	-2.382	-2.270	19	28	39	53
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	82	100	-106	-136	-15	-15	-15	-15
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge								
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.252	1.236	2.553	64	150	140	130	170
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.825	1.047	185	-1.793	-1.818	760	760	760
9.	± Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	5.315	4.647	8.143	-25	3.276	6.465	7.791	8.731
10.	± Einzahlungen aus Investitionszweckungen	21.101	8.214	6.818	5.197	4.508	4.208	4.228	3.138
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens								
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände								
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens								
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
15.	± Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	21.101	8.214	6.818	5.197	4.508	4.208	4.228	3.138
16.	± Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-20.275	-27.914	-15.282	-27.894	-18.637	-6.962	-4.388	-4.293
17.	± Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen	-562	-400	-340	-400	-400	-400	-400	-400
18.	± Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen								
19.	± sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-137	-163	-135	-145	-145	-145	-145	-145
20.	± Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-20.974	-28.477	-15.757	-28.439	-19.182	-7.507	-4.933	-4.838
21.	± Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	127	-20.263	-8.939	-23.242	-14.674	-3.299	-705	-1.700
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen					9.000			
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen								
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen								
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	7.429	6.607	6.607					
27.	± Einzahlungen aus d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	7.429	6.607	6.607		9.000			
28.	± Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen					-1.000	-2.000	-2.000	-2.000
29.	± Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
30.	± Auszahlungen an d. Gemeinde								
31.	± Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen								
32.	± Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen	-7.429	-6.607	-6.607		-1.000	-2.000	-2.000	-2.000
33.	± Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-7.429	-6.607	-6.607		8.000	-2.000	-2.000	-2.000
34.	± Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit								
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven								
36.	± Auszahlungen an Liquiditätsreserven								
37.	± Saldo aus d. Finanzspruchnahme v. Liquiditätsreserven								
38.	± Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	5.442	-15.616	-796	-23.267	-3.398	1.166	5.086	5.031
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	27.216	30.733	32.658	31.862	8.595	5.197	6.363	11.449
40.	± Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	32.658	15.117	31.862	8.595	5.197	6.363	11.449	16.480

Investitionsplan

Nr./Maßnahme	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plarjahr 2015 T€	Folgejahre				Summe Jahre 2014-2018 T€
					2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	
1 Zuwendungen der Stadt Cottbus									
2 Finanzierung Dritter + Eigenmittel									
3 Kreditaufnahme	34.986	28.608	28.889	24.125	34.373	22.968	24.352	25.902	131.720
Summe Finanzierungsmittel	34.986	28.608	28.889	24.125	43.373	22.968	24.352	25.902	140.720
Investitionen gesamt	34.986	28.608	28.889	24.125	43.373	22.968	24.352	25.902	140.720

90

Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus

Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH



Entwurf Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Auszug für die Anlage zum Haushaltsplan der Stadt Cottbus

Inhalt:

Vorbericht und Erläuterungen

Entwurf Erfolgsplan 2014 mit 5 jährigem Erfolgsplan

Entwurf Finanzplan 2015 mit 5 jährigem Finanzplan

Entwurf Investitionsplan 2014 mit 5 jährigem Investitionsplan

Anlagen 2015

Stellenübersicht

Sponsoring /Spenden

Vorbericht

Die voraussichtliche Entwicklung der Erfolgslage des Unternehmens zum 31.12.2014 stellt sich positiv dar. Derzeit wird davon ausgegangen, dass das ursprünglich geplante Ergebnis 2014 (1,1 Mio. €) mit einem voraussichtlichem Ergebnis von **5,3 Mio. €** nach Steuern übererfüllt wird.

Entschädigungsansprüche für Leitungsrechte gegenüber der LWG

Entsprechend dem Grundbuchbereinigungsgesetz und der Sachenrechtsdurchführungsverordnung besteht von Seiten der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH ein Entschädigungsanspruch gegenüber der LWG auf Entschädigung für Leitungsrechte.

Es liegen 3 Gutachten zur Einschätzung der Höhe der Entschädigungen für Leitungsrechte vor. Während die GWC von zwei Gutachtern jeweils 130 unterschiedliche Grundstücke bewerten ließ, wurden für die LWG lediglich 10 Grundstücke begutachtet. Außerdem haben sowohl die LWG selbst als auch die TGL für die GWC die Höhe der Entschädigung eingeschätzt. Wie erwartet gibt es bei der Einschätzung der Höhe der Entschädigungsbeträge erhebliche Unterschiede, die zum erheblichen Maße darauf beruhen, dass die Flächen der notwendigen Schutzstreifen, sehr stark abweichen.

Insgesamt wurde durch die Gutachter der GWC für die eingetragenen Leitungsrechte auf GWC-Grundstücken ein Betrag in Höhe von 4,06 Mio. € ermittelt. Für nicht eingetragene Leitungsrechte wurde ein Betrag von ca. 1,7 Mio. € geschätzt. Hinzu kommen Verzugszinsen in Höhe von ca. 630.000 €.

Die Ansprüche der GWC belaufen sich damit auf insgesamt ca. 6,39 Mio. €. Im Jahr 2012 wurden durch die LWG Zahlungen in Höhe 647 T€ an die GWC geleistet. Damit ist für den Planungszeitraum mit einem Anspruch von **5,61 Mio. Euro** zu rechnen.

Die Verhandlungen mit der LWG können zurzeit nicht weitergeführt werden, da sowohl die LWG als auch die GWC Sicherheit dahingehend benötigen, dass die GWC für die Ansprüche verhandlungsberechtigt ist. Eine solche Berechtigung zur Verhandlung hat die LWG wohl zunächst angenommen, da sie Entschädigungsangebote an die GWC gerichtet hat. Die LWG war wohl zunächst davon ausgegangen, dass die GWC wie andere private juristische Personen die Eigentümerstellung mittels eines Grundbuchauszuges nachweisen könne. Dies ist jedoch nicht möglich da die Grundbucheintragung in fast allen Fällen erst aufgrund von Zuordnungsbescheiden erfolgte, die erst nach dem Stichtag (11.01.1995) erlassen wurden.

Der Argumentation der GWC, dass die Eigentümerstellung zum Stichtag jedenfalls für die Grundstücke unstreitig sein muss, die mit Gründung der GWC als Sacheinlage durch den Gesellschafter eingebracht wurden, will die LWG nicht folgen. Die von ihr beauftragten Rechtsanwälte bewerten die Einbringung als rechtsfehlerhaft, so dass die GWC zu diesem Zeitpunkt nicht Eigentümer geworden sei. Die unterschiedlichen rechtlichen Auffassungen sollen in einem Schiedsgerichtsverfahren rechtlich bewertet werden. Die diesbezügliche Schiedsgerichtsvereinbarung wird gegenwärtig zwischen den Gesellschaften abgestimmt. Mit dem Gesellschafter wurde vereinbart, dass sich die GWC und die LWG dem Ergebnis des Schiedsgerichts unterwerfen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Unternehmenskonzeptes war weder die Höhe noch die Rechtslage auf Grund der schwierigen Verhandlungen zum Nachweis der Eigentümerstellung klar. Aus diesem Grunde wurden in die Planungsrechnungen keine Erträge aus Leitungsrechten geplant

Nach nun vorliegenden Gutachten werden im Wirtschaftsplan 2015 **1 Mio. €** eingestellt. Diese kaufmännisch vorsichtige Summe, abweichend von vorliegenden Gutachten, wird aufgrund der bis heute unklaren Rechtslage geplant.

Verkauf des Parkhauses der GWC

Im Entwurf des Unternehmenskonzeptes „GWC 2030“ wurde der Verkauf des Parkhauses im Jahr 2015 mit 1 Mio. € geplant.

Umfangreiche Recherchen lassen derzeit den Schluss zu, dass die Bewirtschaftung des Parkhauses im Bestand der GWC langfristig wirtschaftlich sinnvoller ist, als der Verkauf zu einem geschätzten Marktwert in Höhe von 1 Mio. €. Derzeit wird die Größenordnung der mittelfristig zu erwartenden Instandsetzungsleistungen geprüft. Erst nach Abschluss dieser Prüfung wird ein endgültiger Entscheidungsvorschlag zum Verkauf möglich. Aus diesem Grunde wird der Verkauf des Parkhauses nicht in den Wirtschaftsplan 2015 aufgenommen. Zur Sicherung der Unternehmensliquidität wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2015 eine Kreditierung des Parkhauses in Höhe von 1 Mio. € berücksichtigt.



Erläuterungen zu den Positionen des Erfolgsplanes 2015 der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Der Erfolgsplan 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss von **4.796 T€** ab.

1. Umsatzerlöse

Die geplanten Umsatzerlösen von **85.991 T€** enthalten folgende Positionen:

- Sollmieten für Wohnungen und Gewerbe, vermindert um die Erlösschmälerungen wegen Leerstand und Mietminderungen. Die Sollmieten für zum Verkauf bestimmte Gebäude und Wohnungen sind anteilig für ein dreiviertel Jahr enthalten, da zum heutigen Zeitpunkt noch kein Verkaufstermin bekannt ist.
- Umsätze aus der Abrechnung der sonstigen Betriebskosten für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2014 und der Heizungs-, Warmwasser-, und Kaltwasserkosten für den Zeitraum 01. Oktober 2013 bis 30. September 2014,
- geplante Erlöse aus Verpachtung,
- Erlöse aus Weiterberechnungen von Betriebs- und Instandhaltungskosten, der Pacht für die Lagune und sonstigen Erlösen,
- Erlöse aus dem Verkauf von Umlaufvermögen.

2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

Der Abgang der zum Verkauf vorgesehenen Objekte des Jahres 2015 aus dem Umlaufvermögen sowie der Saldo aus geplanten und abzurechnenden Betriebskosten ergibt eine Bestandsminderung in Höhe von **-1.216 T€**.

3. aktivierte Eigenleistungen

Die aktivierten Personal- und Sachkosten für Leistungen des eigenen ingenieurtechnischen Personals im Rahmen von aktivierungsfähigen Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden insgesamt in Höhe von **150 T€** zum Ansatz gebracht.

4. sonstige betriebliche Erträge

Bei den geplanten sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von insgesamt **3.278 T€** handelt es sich um:

- Erfolgswirksame Zuschüsse für Bauprojekte,
- Erträge aus Leitungsrechten (siehe Vorbericht) ,
- Kostenerstattungen aus Versicherungsleistungen, Erstattungen von Kosten für Miet- und Räumungsklagen und sonstigen Erträgen in Höhe von ,
- Erträge aus der Gewinnabführung der PRIVEG sowie der CGG,
- den geplanten Zuschuss von der Stadt Cottbus für den aus der Betreuung der Lagune entstehenden Verlustausgleich sowie die Zahlungen der Stadt Cottbus an die GWC GmbH in Höhe des Zuschusses für das Schul- und Vereinsschwimmen.

5. Aufwendungen für bezogene Leistungen

Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von **45.965 T€** umfassen die Positionen:

- umlagefähige und die nichtumlagefähigen Betriebskosten,
- Instandhaltungskosten inklusive dem nicht aktivierungsfähigen Teil der Baukosten,
- die Kosten des Umzugsmanagements,
- andere Kosten der Hausbewirtschaftung. Darunter werden hauptsächlich umlegbare Hauswartleistungen sowie Gerichts- und Anwaltskosten für Miet- und Räumungsklagen geplant.
- Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen. Diese beinhalten vor allem Weiterberechnungen für Betriebskosten und Instandhaltung sowie Pachtaufwendungen der Lagune.

6. Personalaufwand

Die für 2015 geplanten Personalaufwendungen in Höhe von **7.100 T€** wurden anhand des Stellenplanes berechnet. Auf Grund von altersbedingten Abgängen reduzieren sich die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr.

7. Abschreibungen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie das Sachanlagevermögen werden in Höhe von **13.194 T€** planmäßig linear abgeschrieben.

8. sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen **6.016 T€** werden u. a. die sächlichen Verwaltungskosten der Gebäudewirtschaft geplant. Neben den Büroaufwendungen und EDV-Kosten sind in dieser Position u. a. Sachversicherungen, Prüfungskosten und Beiträge, Kosten der Unternehmenswerbung, der Aus- und Weiterbildung sowie Beratungskosten geplant.

Da sich auf Grund der Änderung der geplanten abgerechneten Umlagen für 2015, die Umsatzerlöse reduziert haben, liegen die Sponsoringleistungen für 2015 ca. 6 T€ über den 0,2 % (siehe auch Sponsoringplan).

Im Jahr 2015 werden die Stadtverordneten über die Weiterführung der EGC entscheiden. In diesem Zusammenhang ist durch die EGC ein Konzept zur Fortführung zu erstellen und es muss über die Bezuschussung durch die Gesellschafter entschieden werden.

Es wird ein Zuschuss an die EGC geplant.

Die im Investitionsplan Bau enthaltenden Abbruchmaßnahmen werden hier berücksichtigt.

Weiterhin sind in dieser Position Zahlungen der GWC an die Lagune Cottbus GmbH für das Schul- und Vereinsschwimmen sowie der geplante Verlustausgleich des Jahres 2015 aus der Betreibung der Lagune enthalten.

9. Zinsen und ähnliche Erträge

Zinserträge werden aufgrund der geplanten Liquidität in Höhe von **474 T€** geplant. Darin enthalten sind **5 T€** Erträge aus Ausleihungen gegenüber der Lagune Cottbus GmbH.

10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen im Jahr 2015 werden, aufgrund der vorhandenen Kreditverträge sowie der geplanten Neuabschlüsse, in Höhe von **10.327 T€** geplant.

11. Steuern von Einkommen und Ertrag

Geplant werden Steuern auf Einkommen und Ertrag in Höhe von **1.276 T€**.

12. sonstige Steuern

Geplant sind Kfz-Steuern in Höhe von **3 T€**.

Der mittelfristige Erfolgsplan wurde aufgrund der Planungsrechnungen des Entwurfes Unternehmenskonzept „GWC 2030“ erstellt.

Erläuterungen zum Finanzplan 2015 der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Der geplante Jahresgewinn wird um die Erträge und Aufwendungen, welche nicht zahlungswirksam sind (Position 2 des Finanzplanes) bereinigt, um so den Mittelfluss aus dem Erfolgsplan und somit aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu planen.

In den Positionen 5-8 wird der Mittelfluss aus Investitionstätigkeit geplant.

In den Positionen 9-12 wird der Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit des Unternehmens geplant.

Die Summierung der Mittelzuflüsse bzw. der Mittelabflüsse:

- aus laufender Geschäftstätigkeit
- aus Investitionstätigkeit
- aus Finanzierungstätigkeit

ergeben die zahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes des Geschäftsjahres.

Der zum 01.01.2015 planmäßig vorhandene Finanzmittelbestand wird zu den zahlungswirksamen Veränderungen des Geschäftsjahres hinzugerechnet und so ergibt sich der Finanzmittelbestand zum 31.12.2015 in Höhe von **12.577 T€**.

Erläuterungen der Positionen des Finanzplanes:

1. Jahresgewinn

In dieser Position wird der Jahresgewinn in Höhe von **4.796 T€** entsprechend dem Erfolgsplan dargestellt.

2. Abschreibungen

Die nichtzahlungswirksamen Abschreibungen in Höhe von **13.194 T€** entsprechen den Erläuterungen des Punktes 7 des Erfolgsplanes.

3. Abnahme der Rückstellungen

Bei den geplanten **186 T€** handelt es sich um die voraussichtliche Steuerzahlung für 2014 abzüglich der neu gebildeten Steuerrückstellung für 2015.

4. Zu/Abnahme anderer Aktiva und Passiva, die nicht der Investitionstätigkeit zuzuordnen sind

In dieser Position wurden keine Veränderungen geplant.

5. Einzahlung aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens

Bei den **3.184 T€** handelt es sich um Einzahlungen aus Verkäufen, die im Erfolgsplan als Bestandsminderung dargestellt wurden.

6. Einzahlungen aus Investitionszuwendungen

Bei den geplanten **150 T€** handelt es sich um Anschaffungskosten mindernde Zuschüsse für Bauleistungen, d.h. Zuschüsse die nicht im Erfolgsplan dargestellt werden.

7. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

Ausgehend von der Summe des Investitionsplans Bau 2015 von **12.839 T€** werden die im Erfolgsplan berücksichtigten Abbruchkosten von 674 T€ sowie die nicht aktivierungsfähigen Kosten von 3.739 T€ (Teil der Instandhaltung im Erfolgsplan) sowie 200 T€ Skonto abgesetzt.

Folgende Schwerpunktinvestitionen sind im Jahr 2015 vorgesehen:

- Bahnhofstraße 37/38 (Fertigstellung 2016)
- Muskauer Straße 23-29 (Fertigstellung aus 2014)
- Am Turm 14
- Bodelschwinghstraße 42-47 (Restleistungen aus 2014)
- Schmellwitzer Straße 126-126f (Restleistungen aus 2014)
- Poznaner Straße 25
- Welzower Straße 38
- Heinrich-Bolze-Straße 11-14

-
- Friedrich-Engels-Straße 55-56
 - Comeniusstraße 1/Karlstraße 30
 - Fontaneplatz Außenanlagen
 - Instandsetzung Werbener Straße 3
 - Sielower Straße 24-25
 - Peitzer Straße 40

Weiterhin werden **100 T€** für Grundstückskäufe sowie **1.094 T€** für die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (siehe Anlage 7) geplant. Somit ergibt sich eine Gesamtsumme von **9.420 T€**.

8. Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagen

In dieser Position wird der Restkaufpreis der Tranche A (**1.940 T€**) geplant.

9. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen

Für die geplanten Bauleistungen in 2015 werden Kreditauszahlungen in Höhe von **5.635 T€** geplant (siehe auch Anlage 1 zum Finanzplan). Außerdem soll zur Sicherung der Liquidität das Parkhaus kreditiert werden. Die entsprechende Summe in Höhe von **1.000 T€** wurde berücksichtigt (Vorbericht)

10. Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Neben den **21 T€** für Tilgungsleistungen aus Ausleihungen gegenüber der Lagune Cottbus GmbH wird hier der Kurzfriskredit der DKB zur Liquiditätsoptimierung in Höhe von **6.075 T€** geplant. Eine entsprechende Vorlage wurde durch den Aufsichtsrat im Februar 2015 beschlossen (Vorlage 003/15). In wie weit bzw. in welcher Höhe dieser Kredit tatsächlich abgerufen werden muss, hängt von der voraussichtlichen Liquiditätssituation zum Zeitpunkt der jeweiligen Ausschüttungen bzw. Gewinnentnahmen in 2015 ab.

11. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten

Die Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wird mit **15.049 T€** geplant. Damit ist Forderung des Gesellschafters, dass die Tilgung höher als Kreditaufnahme ist, gewährleistet.

12. Auszahlung an den Gesellschafter

Auf Grundlage des Gesellschafterbeschlusses OB-18/14 sollen im Rahmen des Finanzierungskonzeptes 8.613 T€ an die Stadt ausgeschüttet werden. Der überwiegende Teil (**8.313 T€**) sollen im Jahr 2015 fließen. Die übrigen 300 T€ sind Teil der geplanten Ausschüttung von 1.000 T€ in 2016.

Außerdem wird der 2. Teil des Teilbetrages von 900 T€ (**150 T€**), lt. Gesellschafterbeschluss vom 16.12.2014 ebenfalls in 2015 geplant.

Somit ergibt sich eine Summe für Ausschüttungen an den Gesellschafter für das Jahr 2015 von **8.463 T€**.

13. Endbestand Zahlungsmittel

Aus den oben genannten Punkten ergibt sich eine Reduzierung des Zahlungsmittelbestandes um 2.522 T€.

Bei einem Anfangsbestand im Jahr 2015 von 23.250 T€ ergibt sich ein planmäßiger Endbestand an Zahlungsmitteln für die GWC in Höhe von **20.728 T€**.

Entwurf Erfolgsplan

Nr.	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Planentwurf 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€
1. Umsatzerlöse	83.464	83.848	85.991	85.211	85.729	86.381	87.082
2. Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	936	615	-1.216	-15	-1	-27	-167
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	153	150	150	150	150	150	150
4. Sonstige betriebliche Erträge	4.148	2.233	3.278	2.948	2.477	2.696	2.643
dav. Betriebskostenzuschuss							
5. Materialaufwand	44.623	48.270	45.965	45.850	47.648	47.552	46.750
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren							
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	44.623	48.270	47.640	46.077	45.753	45.293	46.685
6. Personalaufwand	7.095	7.340	7.100	7.130	7.160	7.180	7.070
a) Löhne und Gehälter							
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung							
7. Abschreibungen	13.222	13.400	13.194	13.433	14.562	14.008	13.928
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.426	5.943	6.016	5.000	5.424	5.121	5.129
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
Betriebsergebnis	18.335	11.893	15.928	16.881	13.561	15.339	16.831
9. Erträge aus Beteiligungen	91						
dav. aus verbundenen Unternehmen							
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	558	390	474	367	257	186	104
dav. aus verbundenen Unternehmen							
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	11.634	10.720	10.327	10.185	10.073	10.095	9.702
dav. an verbundene Unternehmen							
Finanzergebnis	-10.985	-10.330	-9.853	-9.818	-9.816	-9.909	-9.598
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.350	1.563	6.075	7.063	3.745	5.430	7.233
15. Außerordentliche Erträge							
16. Außerordentliche Aufwendungen							
17. Außerordentliches Ergebnis							
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	1.231	470	1.276	1.284	686	994	1.384
19. Sonstige Steuern	2	3	3	3	3	3	3
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	6.117	1.090	4.796	5.776	3.056	4.433	5.846
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter*	1.187	900	8.463	1.000	1.000	1.000	1.000
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	4.930	190	-3.667	4.776	2.056	3.433	4.846

Entwurf Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Planentwurf 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	6.117	1.090	4.796	5.776	3.056	4.433	5.846
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	13.204	13.400	13.194	13.433	14.562	14.008	13.928
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-1.648	-1.057	76	8	-598	308	390
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind							
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.569		-2.000	15	1	27	167
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	16.104	13.433	16.066	19.232	17.021	18.776	20.331
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		849	150	158	147		
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens		269	3.403				
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		1.118	3.553	158	147		
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-11.992	-17.332	-9.420	-10.209	-15.146	-8.285	-7.150
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände							
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen			-1.940				
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-11.992	-17.332	-11.360	-10.209	-15.146	-8.285	-7.150
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-11.992	-16.214	-7.807	-10.051	-14.999	-8.285	-7.150
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)	7.941	10.080	6.635	6.110	13.393	7.991	6.175
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	19	3.398	6.096	22	23	24	21
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	7.960	13.478	12.731	6.132	13.416	8.015	6.196
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	-15.033	-14.666	-15.049	-19.625	-22.741	-18.717	-18.670
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde	-1.187	-900	-8.463	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-16.220	-15.566	-23.512	-20.625	-23.741	-19.717	-19.670
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-8.260	-2.088	-10.781	-14.493	-10.325	-11.702	-13.474
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-4.148	-4.869	-2.522	-5.312	-8.303	-1.211	-293
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	25.538	21.390	23.250	20.728	15.416	7.113	5.902
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	21.390	16.521	20.728	15.416	7.113	5.902	5.609

Investitionsplan

	Planjahr 2015 T€	Folgejahre			
		2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
Gebäude und bauliche Anlagen	12.839	13.232	20.366	12.966	12.090
Grundstücke	100	100	100	100	100
Betriebs- und Geschäftsausstattungen	1.094	150	150	150	150
Investitionen gesamt	14.033	13.482	20.616	13.216	12.340

Stellenübersicht

Stellenübersicht GWC GmbH zum Plan 2015

Gesamt	129
Azubis	7
Gesamt mit Azubis	136

Sponsoring und Spendenleistungen

Nr.	Bezeichnung	Plan 2015 T€
1.	Soziales/ Kultur/ Wirtschaft	48.650
2.	Sport	105.050
3.	Sonstiges	23.800
	Sponsoring und Spendenleistung gesamt	177.500

Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
II. Sachanlagen	146.361,00	225.862,00
1. Grundstücke mit Wohnbauten	482.358.453,50	482.358.454,88
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	18.564.839,51	19.382.126,20
3. Grundstücke mit Eibaurechten Dritter	370.433,79	370.433,79
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	342.137,00	394.006,00
5. Anlagen im Bau	4.095.081,90	4.552.591,97
6. Bauvorbereitungskosten	263.633,08	154.885,48
III. Finanzanlagen	484.016.678,78	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	83.315,40	83.315,40
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	130.111,07	148.898,11
3. Beteiligungen	11.700,00	11.700,00
IV. Umlaufvermögen	484.388.168,26	487.881.984,83
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte		
1. Grundstücke mit fertigen Bauten	2.920.541,51	1.271.794,00
2. Umlaufvermögen	31.531.238,04	30.195.997,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Vermietung	1.102.774,75	687.021,27
2. Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	117.500,00	0,00
3. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	86.179,22	212.870,11
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	128.046,13	128.164,41
5. Forderungen gegen Gesellschafter	1.985.776,66	1.468.808,83
6. Sonstige Vermögensgegenstände	913.192,17	1.357.143,40
III. Flüssige Mittel	4.333.488,23	
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	21.389.577,49	25.537.860,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten	60.174.823,97	60.838.659,94
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	20.832,12	10.534,91
D. Aktivier Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	476.861,14	446.206,58
	545.060.783,48	548.978.066,06

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	6.113.000,00	5.113.000,00
II. Kapitalrücklage	311.161,68	311.161,68
III. Gewinnrücklagen		
1. Sonderrücklage gem. § 27 Abs. 2 DMBG	69.368.013,37	69.368.013,37
2. Andere Gewinnrücklagen	121.717.212,58	121.717.212,58
IV. Gewinnvortrag	6.259.092,03	1.475.097,42
V. Jahresüberschuss	6.116.619,81	5.970.692,09
	208.883.099,47	203.653.177,14
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	83.350,48	0,00
2. Steuerrückstellungen	890.311,74	1.572.803,00
3. Rückstellungen für Bauinstandhaltung	0,00	38.907,82
4. Sonstige Rückstellungen	2.042.010,91	3.034.822,86
	2.995.673,13	4.644.533,86
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	294.348.239,21	302.816.404,75
2. Erhaltene Anzahlungen	32.023.345,83	31.691.415,42
3. Verbindlichkeiten aus Vermietung	1.587.755,92	914.010,84
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.689.150,58	4.407.517,98
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	150.120,75	208.248,57
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	165.006,33	618,68
7. Sonstige Verbindlichkeiten	200.388,07	320.486,10
davon aus Steuern: EUR 169.526,44 (v. EUR 276.824,75)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.782,86 (v. EUR 2.611,77)		
	333.184.495,89	340.382.862,22
D. Rechnungsabgrenzungsposten	17.316,19	17.663,02
	545.060.783,48	548.978.066,06

LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co.KG

Beteiligung der Stadt Cottbus

Wirtschaftsplanübersicht 2015

der

■ LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG

vom 16.02.2015

■ beschlossen am 27.03.2015

Vorhaben	Kat.	Plan Einzelobj. T€	davon Eigenl. T€	Finanzierungsquellen					Bemerkung	
				Beiträge T€	Baukosten- zuschüsse T€	Förderm. T€	Refinanz. d. Dritte T€	LWG Eigenmittel T€		Kredite Kredite best. Liquid. T€
Zusammenfassung										Wertangaben in T€ netto
Büro- und Geschäftsausstattung		536	0	0	0	0	0	536	0	
Entschädigungen für Dienstbarkeiten / Leitungsrechte		4.140	0	0	0	0	0	0	4.140	
Trinkwassermaßnahmen		3.225	200	0	100	0	100	521	2.504	
davon Überhang aus 2014		1.031	0	0	0	0	0	0	1.031	
Abwassermaßnahmen		12.279	90	7.114	0	0	0	0	5.165	
Summe gesamt		20.180	290	7.114	100	0	100	1.057	11.809	
davon Abwassermaßnahmen nach Gesellschaftern										
Stadt Cottbus		11.989	60	7.039	0	0	0	0	4.950	
davon Überhang aus 2014		6.874	0	3.855	0	0	0	0	3.019	
Gemeinde Kolkwitz		180	20	65	0	0	0	0	115	
Stadt Drebkau		75	5	5	0	0	0	0	70	
AZV Cottbus Süd-Ost		35	5	5	0	0	0	0	30	
Summe Abwassermaßnahmen		12.279	90	7.114	0	0	0	0	5.165	

Plan Gewinn- und Verlustrechnung LWG- gesamt

		ME	Plan 2015 v. 16.02.2015
	Umsatzmengen	Tm³	5.253
	<i>dav. Endverbraucher</i>	<i>Tm³</i>	<i>5.061</i>
	<i>dav. Weiterverteiler</i>	<i>Tm³</i>	<i>192</i>
1.	<u>Erträge</u>	<u>T€</u>	<u>30.507</u>
1.1.	Erträge TW	T€	12.547
1.1.1.	<i>Umsätze TW- Endverbraucher</i>	<i>T€</i>	<i>11.627</i>
1.1.1.1.	Grundpreis	T€	6.009
1.1.1.2.	Mengenpreis	T€	5.618
1.1.2.	<i>Umsätze TW- Weiterverteiler</i>	<i>T€</i>	<i>229</i>
1.1.3.	<i>Sonstige Erträge</i>	<i>T€</i>	<i>691</i>
1.2.	Erträge AW- Betreiberentgelt/LSP einschl. NSW	T€	16.525
1.3.	Erträge Dienstleistungen aus Drittgeschäft	T€	1.435
2.	Aufwendungen	T€	24.701
2.1.	<i>Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe</i>	<i>T€</i>	<i>3.354</i>
2.2.	<i>Bezogene Leistungen</i>	<i>T€</i>	<i>4.506</i>
2.3.	<i>Personalaufwendungen</i>	<i>T€</i>	<i>8.050</i>
2.4.	<i>Abschreibungen</i>	<i>T€</i>	<i>6.702</i>
2.5.	<i>Sonstige Aufwendungen</i>	<i>T€</i>	<i>1.370</i>
2.6.	<i>Umverteilung Overheadleistungen</i>	<i>T€</i>	<i>3.152</i>
2.7.	<i>. /. Auflösung aus SOPO/Sonst.Erträge AW</i>	<i>T€</i>	<i>-2.433</i>
3.	Zinsaufwendungen	T€	1.489
4.	Aufwendungen und Zinsen	T€	26.190
5.	Gewerbeertragssteuer	T€	719
6.	Aufwendungen gesamt netto	T€	26.909
7.	<u>Gewinn/Verlust</u>	<u>T€</u>	<u>3.598</u>

Finanzplan 2015

Angaben in T€

präzisierte
Plan 2015
vom 16.02.2015

0.	Kassenbestand Vorjahr	7.577
	(+) (-)	
1.	Einnahmen	55.141
1.1.	Einnahmen aus lfd. Geschäft	34.860
1.1.1.	Einnahmen aus Trinkwasserverkäufen (ohne TW-HA u. NL)	12.686
1.1.2.	Einnahmen aus Betreiberentgelten AW	19.382
1.1.3.	Kundeneinzahlung AW Straupitz	700
1.1.4.	sonstige Einnahmen (DL)	2.092
1.1.5.	Steuererstattungen GewSt	0
1.1.6.	Steuererstattungen Ust (u.a. TW-HA/BKZ)	0
1.1.7.	Sonstige Erstattungen	0
1.2.	Einnahmen aus Kapitalgeschäft	20.281
1.2.1.	Kapitalerträge	47
1.2.2.	Fördermittel	0
1.2.3.	Einnahmen VV TW-HA	380
1.2.4.	Einnahmen BKZ Trinkwasser	107
1.2.5.	Anschlussbeiträge Abwasser	8.466
1.2.6.	sonstige Zuschüsse	119
1.2.7.	Verkäufe Anlagevermögen	0
1.2.8.	Darlehensaufnahme	10.900
1.2.9.	Rückzahlung Kreditlinie	262
2.	Ausgaben	54.890
2.1.	Ausgaben für lfd. Geschäft	26.193
2.1.1.	Aufwendungen	11.074
2.1.2.	Personalkosten	9.736
2.1.3.	Zinsaufwendungen	1.621
2.1.4.	Gewerbeertragsteuern	719
2.1.5.	Umsatzsteuer	2.500
2.1.6.	Umsatzsteuer Vorjahre (BP)	0
2.1.7.	Auszahlung Kundeneinnahmen AW Straupitz	483
2.1.8.	Gewerbsteuer Vorjahre	60
2.2.	Ausgaben für Kapitalgeschäft	28.697
2.2.1.	Investitionen	23.669
2.2.2.	Kredittilgungen	3.546
2.2.3.	Bedienung Gesellschafter-Darlehen	273
2.2.4.	Rückzahlungen Fördermittel	0
2.2.5.	Rückstellungen	1.209
2.2.6.	Kauf Anlagevermögen	0
2.2.7.	Rückzahlung Umsatzsteuer aus TW-HA/BKZ	0
2.2.8.	Bereitstellung Kreditlinie	0
3.	Überdeckung (+) / Unterdeckung (-), (0.+1.-2.)	7.828
4.	Gewinnausschüttungen/Entnahmen	3.600
5.	Verbleibende Über-/ Unterdeckung (3.-4.)	4.228

LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG, Cottbus
BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVA **PASSIVA**

	€	Vorjahr T€	€	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.474.030,22	15.916	2.557,50	3
2. Trinkwasserversorgungsanlagen und Abwasserleitungen	124.493.409,00	123.846	25.565.000,00	25.565
3. Technische Anlagen und Maschinen	34.686.615,00	36.894	50.330.879,83	49.980
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.131.474,00	1.315	3.712.960,25	3.513
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.418.287,12	3.786	79.611.397,58	79.060
	<u>184.203.815,34</u>	<u>181.758</u>		
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	62.672,52	63		
2. Beteiligungen	<u>226.858,22</u>	<u>227</u>		
	289.530,74	290		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	297.960,09	288		
2. Unfertige Leistungen	<u>50.075,00</u>	<u>128</u>		
	348.035,09	416		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.945.230,40	4.494		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Kommunen und Zweckverbände	2.098.801,68	1.743		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	63.014,22	108		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>599.562,89</u>	<u>941</u>		
	7.706.609,19	7.285		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	7.080.620,88	7.701		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
142.211,31	34			
D. Aktive latente Steuern				
98.278,14	89			
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
282.248,00	156			
	<u>197.850</u>			
	201.050.105,14			
	<u>197.850</u>			
A. Eigenkapital				
I. Kapitalanteile persönlich haftender Gesellschafter				
II. Kapitalanteile Kommanditisten				
III. Rücklagen				
IV. Bilanzgewinn				
B. Verrechnungskonten Kommanditisten				
C. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile				
D. Sonderposten für Zuschüsse				
E. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.293.736,00	2.260		
2. Steuerrückstellungen	<u>97.362,45</u>	<u>217</u>		
3. Sonstige Rückstellungen	6.552.232,70	4.786		
	8.943.331,15	7.263		
F. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.538.495,42	43.828		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>942.949,12</u>	<u>1.006</u>		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.133.167,37	1.395		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>919.141,11</u>	<u>1.157</u>		
	45.533.753,02	47.385		
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
30,00	0			
H. Passive latente Steuern				
1.042.892,70	1.089			
	<u>197.850</u>			
	201.050.105,14			
	<u>197.850</u>			

Stadtwerke Cottbus GmbH

Beteiligung der Stadt Cottbus

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Inhalt:

Jahresabschluss 2014

Planungsprämissen

Gesamtfazit

Stellenplan

Anlagen:

Erfolgsplan 2015 (2016-2019)

Finanzplan 2015 (2016-2019)

Investitionen Konzern (2014-2019)

Sponsoring/ Spenden 2015

Jahresabschluss 2014 und Wirtschaftsplan 2015 der Stadtwerke Cottbus GmbH

1. Jahresabschluss 2014

Die Stadtwerke Cottbus erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis nach Steuern von rd. 4,6 Mio EUR; darin enthalten ist ein außerordentliches Ergebnis von rd. 1,4 Mio. EUR. Außerdem ist das Ergebnis geprägt von einer sehr milden Witterung und einem anhaltendem Strompreisverfall (Durchschnitt 2014 – Base an der EEX von unter 33 EUR/MWh).

Aus Gründen kaufmännischen Vorsicht wurde der Wegfall der steuerlichen Verlustvorträge bei der Ermittlung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Abschluss bereits berücksichtigt.

Die Investitionen im Konzern lagen bei 8,2 Mio. EUR, davon entfallen 3,6 Mio. EUR auf die Stadtwerke selbst.

Der Kassenendbestand der Stadtwerke zum 31.12.2014 betrug 11,9 Mio. EUR.

2. Generelle Planungsprämissen

Für den Planungszeitraum wurde von folgenden Prämissen ausgegangen:

- Erhalt der aktuellen Struktur des Aufgabenspektrums in der SWC-Gruppe
- Kauf der Geschäftsanteile 2. und 3. Tranche DKB durch die Stadt Cottbus in 2015
- Bevölkerungsrückgang von 0,5 % p.a.
- Absatzminderung durch energieeffiziente Maßnahmen der Kunden sowie Konzentration der Vertriebstätigkeit im Kerngebiet
- Absatzzahlen in den Kerngeschäftsfeldern Strom, Gas und Fernwärme unterstellen grundsätzlich einen „normalen“ Winter
- Präferenz der Fernwärme als ökologischer Energieträger
- Absenkung der aktuellen Konzessionsabgaben der Stadt Cottbus (< 100.000 Einwohner)
- Marketing- und Spenden-/Sponsoringbudget analog 2014
- Substanzerhalt und Erweiterung der Netze durch bekannte und erwartete Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen
- Für das Jahr 2014 Mindestbestbesteuerung unter Nutzung der bestehender Verlustvorträge (Stand Ende 2013: KSt rd. 44 Mio. EUR und GewSt rd. 37 Mio. EUR) vorbehaltlich Steuererklärung 2013
- Ab 2015 Untergang der bestehenden Verlustvorträge SWC (Verkauf 2. & 3. Tranche der Anteile DKB an die Stadt CB, Anteilsverkauf größer 50%)
- 2014 - 2019 Nutzung Umkehreffekte aus steuerlichen und handelsrechtlichen Bewertungsunterschieden, sowie Betriebsprüfungen
- Ausschüttung an Gesellschafter 5 Mio. EUR aus dem Jahresüberschuss 2014
- Genussrecht PROGES Energy GmbH (Nachfolger der DKB Finance GmbH)
- 5,0 Mio. EUR jährlich zum folgenden Jahresende kündbar; weitere 5,0 Mio. EUR nicht vor 31.12.2017 kündbar
- Erwartung SWC: keine Kündigung zum 31.12.2015; Sollte eine Kündigung erfolgen, ist die Aufnahme von Fremdkapital zur Rückzahlung notwendig.

- Prolongation der Kontokorrentkreditlinie DKB und keine Teilrückzahlung des Genussrechtes
- Personalplanung nach TV SuA und kein Abschluss von Altersteilzeitverträgen
- Die drei Komponenten der Energiewende (Erneuerbare Energie, Dezentrale Erzeugungsanlagen, Energieeffizienz) führen zu einem deutlich höheren Investitionsbedarf bei den Energieversorgungsunternehmen (EVU), um einerseits die Übertragungs- und Verteilnetze entsprechend um- bzw. auszubauen und andererseits Speicher- und Steuerungstechnologien aufzubauen, um die volatilen und nicht synchron zur Nachfrage entstehenden Stromflüsse kompensieren zu können.
- Durch regulatorische Vorgaben und Maßnahmen zur Verbrauchssenkung (z.B. durch Förderprogramme zur Energieeffizienz) wird sich der Energieabsatz reduzieren und dies führt zu einem Kostendruck auf die EVU.

3. Gesamtfazit

Der Erfolgsplan 2015 weist ein Ergebnis nach Ertragsteuern von 2,4 Mio. EUR aus; es liegt damit unter dem Vorjahresplanniveau (3,4 Mio. EUR). Das niedrigere Ergebnis resultiert zum einen aus den Abschreibungen für Entschädigungszahlungen für die dingliche Sicherung der Leitungsrechte nach dem GBBerG (0,6 Mio. EUR) und zum anderen aus den höheren Ertragsteuern nach Wegfall der Verlustvorträge als Folge des Kaufs der Geschäftsanteile SWC durch die Stadt Cottbus. Das Ausgangsniveau in der Finanzplanung des Konzerns ist mit 7,7 Mio. EUR kritisch, da im 1. Quartal 2015 mit der Auszahlung der gestundeten Gewinnausschüttung Vorjahre (3,2 Mio. EUR) einschließlich Zinsen und einer Gewinnausschüttung aus dem Jahresergebnis 2014 von 5,0 Mio. EUR an die Stadt Cottbus gerechnet wird. Mit dem o.g. Finanzmittelanfangsbestand und der außergewöhnlich hohen Ausschüttung ist zu erwarten, dass in den ersten Monaten des Jahres 2015 die Kontokorrentlinie beansprucht wird. Im weiteren Geschäftsverlauf sollte sich die Liquidität stabilisieren. Dies ist nur gewährleistet, wenn das geplante Jahresergebnis der HKWG erreicht wird und die langfristige Preissicherung der Strom- und Gasbeschaffung gelingt.

Das Ergebnis der HKWG wird dabei beeinflusst von der Preisentwicklung für den Strom, den Leistungsparametern und den Störungen der Anlage sowie einer wirtschaftlichen Fahrweise der Anlage unter den technologischen Gegebenheiten. Insbesondere die geplante Vergütung für vermiedene Netzkosten ist abhängig von der tatsächlichen, zum Zeitpunkt der jeweiligen Netzhöchstlast vorherrschenden Verfügbarkeit der PFBC-Anlage und die zukünftigen politischen Rahmenbedingungen im Hinblick auf das Abrechnungsverfahren.

Für eine Preissicherung am Beschaffungsmarkt ist vor allem die Handlungsfähigkeit am Terminmarkt zu gewährleisten. Hier ist die SWC abhängig von der Kreditbeurteilung der Handelspartner. Weitere Risiken für das Ergebnis und die Liquidität können durch eine außergewöhnlich warme Witterung und dem Ergebnis der Sektorenuntersuchung des Preisniveaus Fernwärme 2011/2012 durch die Landekartellbehörde entstehen. Die SWC schätzt momentan ein, dass in diesem Zusammenhang keine Risiken für die Vorjahre und im Geschäftsjahr 2015 bestehen, da der Fernwärmepreis in Cottbus unter dem Landesdurchschnitt Brandenburgs lag und aktuell liegt.

Sofern die o.g. Prämissen eintreten, wird für die SWC zum Jahresende 2015 mit einem Liquiditätsüberschuss von 2,6 Mio. EUR und im Konzern mit 1,0 Mio. EUR gerechnet. Zusätzlich unterstützt die bestehende Kontokorrentlinie von 5,5 Mio. EUR der SWC/GVC bei eintretenden Risiken die Handlungsfähigkeit.

Es bleibt festzuhalten, dass die Liquiditätsausstattung der Muttergesellschaft für ihre Unternehmenstätigkeit als auch die Eigenkapitalausstattung unter dem Branchendurchschnitt liegen. Außerdem sind die Anforderungen aus der Energiewende derzeit weder kapital- noch ergebnisseitig abschätzbar.

Stellenplan

	Prognose 31.12.2014	Plan 31.12.2014	Plan 31.12.2015 (neu)	Plan 31.12.2015 (Vorjahr)
SWC (mit GF)	96	98	96	99
EVC (mit GF)	73	70	70	69
GVC (mit GF)	1	1	1	1
HKWG (mit GF)	55	56	58	59
Summe (ohne CEG)	225	225	225	228
CEG (mit GF)	1	1	1	1
Summe (mit CEG)	226	226	226	229
Personen (ohne Azubis und BAler)	224	224	224	227
SWC (Azubis und BAler)	3	5	3	6
EVC (Azubis und BAler)	6	8	5	8
HKWG (Azubis und BAler)	5	6	5	6
Summe (Azubis und BAler)	14	19	13	20

Erfolgsplan

Angaben in T€	Plan 2015	Plan Vorjahr 2015	Ab- weichung	Prognose 2014
Umsatzerlöse	114.177	120.604	-6.427	132.023
Stromerlöse (ohne Stromsteuer)	70.314	75.913	-5.599	85.000
Fernwärmeerlöse	33.702	33.980	-278	32.072
Gaserlöse (ohne Erdgassteuer)	9.671	10.374	-704	14.523
Sonstige Umsatzerlöse	491	337	154	429
Sonstige betriebliche Erträge	13.427	13.512	-85	13.615
Erträge	127.604	134.116	-6.513	145.638
Materialaufwand	100.884	107.703	-6.818	119.586
a.) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	79.789	87.206	-7.417	99.757
Strombezug (ohne Stromsteuer)	49.132	55.328	-6.195	64.751
Fernwärmebezug	20.914	20.967	-54	20.485
Gasbezug (ohne Erdgassteuer)	9.512	10.235	-723	14.328
Sonstige RHB	230	675	-445	193
b.) bezogene Leistungen	21.095	20.497	598	19.829
Netznutzung	19.681	19.085	597	18.715
Sonstige bezogene Leistungen	1.414	1.412	2	1.114
Personalaufwand	6.004	6.243	-239	5.868
Abschreibungen	8.735	8.191	544	8.532
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.549	6.796	753	6.590
Aufwendungen	123.172	128.932	-5.760	140.576
Beteiligungsergebnis	1.878	1.523	355	2.844
GVC	324	156	168	-289
EVC	574	539	35	554
HKWG	980	829	151	2.579
Finanzergebnis	-3.059	-2.965	-94	-3.215
Finanzertrag	163	276	-112	205
Finanzaufwand	3.223	3.241	-18	3.420
Ergebnis vor Steuern	3.251	3.743	-492	4.691
Außerordentliches Ergebnis	-19	-19	0	1.434
Ertragsteuern	730	246	484	457
Sonstige Steuern	77	77	0	77
Ergebnis nach Steuern	2.424	3.400	-976	5.590

Erfolgsplan

Angaben in T€	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Umsatzerlöse	104.650	103.665	104.706	106.334
Stromerlöse (ohne Stromsteuer)	61.850	60.337	61.084	62.304
Fernwärmeerlöse	34.094	34.492	34.894	35.301
Gaserlöse (ohne Erdgassteuer)	8.215	8.346	8.238	8.239
sonstige Umsatzerlöse	490	490	490	490
Sonstige betriebliche Erträge	13.657	13.902	14.246	14.593
Erträge	118.307	117.567	118.951	120.927
Materialaufwand	91.338	90.328	91.340	92.936
a.) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	71.366	69.833	70.302	71.164
Strombezug (ohne Stromsteuer)	41.840	39.806	40.008	40.494
Fernwärmebezug	21.244	21.620	21.999	22.380
Gasbezug (ohne Erdgassteuer)	8.052	8.178	8.065	8.061
Sonstige RHB	229	230	230	229
b.) bezogene Leistungen	19.973	20.494	21.039	21.773
Netznutzung	18.560	19.081	19.626	20.360
Sonstige bezogene Leistungen	1.413	1.413	1.413	1.413
Personalaufwand	6.273	6.462	6.599	6.736
Abschreibungen	8.253	8.117	7.931	7.925
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.560	7.692	8.062	8.392
Aufwendungen	113.425	112.599	113.932	115.989
Beteiligungsergebnis	1.465	1.693	1.584	1.936
GVC	154	29	185	53
EVC	467	468	471	543
HKWG	843	1.196	928	1.340
Finanzergebnis	-2.907	-2.644	-2.395	-2.166
Finanzertrag	166	176	170	160
Finanzaufwand	3.073	2.820	2.565	2.326
Ergebnis vor Steuern	3.440	4.017	4.208	4.707
Außerordentliches Ergebnis	-19	-19	-19	-19
Ertragsteuern	687	873	961	1.138
Sonstige Steuern	77	77	77	77
Ergebnis nach Steuern	2.656	3.047	3.150	3.472

Finanzplan

Angaben in T€	Plan 2015
Laufende Geschäftstätigkeit	143.822
Investitionstätigkeit	143
Finanzierungstätigkeit	5.143
Einzahlungen Gewinnabführung (EAV)	2.845
Rückzahlung Finanzbedarf HKWG	4.548
Einzahlungen	156.501
Strombezug	77.268
Wärmebezug	21.454
Gasbezug	11.320
Sonstige Auszahlungen operatives Geschäft	26.144
Investitionstätigkeit	6.962
Finanzierungstätigkeit	4.906
Ausz. EAV und Gewinnausschüttungen	8.202
Finanzierungsbedarf HKWG	5.597
Ertragsteuern	939
Auszahlungen	162.793
Saldo Ein- u. Auszahlungen (Cash Flow)	-6.293
Anfangsbestand liquider Mittel	8.909
Endbestand liquider Mittel	2.616

Finanzplan

Angaben in T€	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Laufende Geschäftstätigkeit	134.971	132.844	134.610	136.936
Investitionstätigkeit	143	131	131	119
Finanzierungstätigkeit	5.146	5.156	5.150	5.140
Einzahlungen Gewinnabführung (EAV)	1.878	1.465	1.693	1.584
Rückzahlung Finanzbedarf HKWG	5.597	5.824	5.614	5.934
Einzahlungen	147.734	145.420	147.198	149.713
Strombezug	67.652	64.909	65.738	66.964
Wärmebezug	21.169	21.544	21.963	22.357
Gasbezug	9.582	9.731	9.597	9.593
Sonstige Auszahlungen operatives Geschäft	27.454	28.467	29.072	29.841
Investitionstätigkeit	3.122	2.420	3.125	3.021
Finanzierungstätigkeit	8.150	7.959	7.768	7.584
Ausz. EAV und Gewinnausschüttungen	1.939	2.125	2.438	2.520
Finanzierungsbedarf HKWG	5.824	5.614	5.934	5.579
Ertragsteuern	649	835	923	1.100
Auszahlungen	145.541	143.605	146.558	148.559
Saldo Ein- u. Auszahlungen (Cash Flow)	2.194	1.816	640	1.154
Anfangsbestand liquider Mittel	2.616	4.810	6.625	7.265
Endbestand liquider Mittel	4.810	6.625	7.265	8.419

 Investitionen Konzern									
Angaben in T€	Überhänge 2013	Plan 2014	Prognose 2014 inkl. Überhänge	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Summe 2014-2018
SWC	1.174	5.336	3.615	3.644	2.147	2.057	2.048	2.061	13.511
GVC	159	1.164	1.069	1.046	592	603	603	603	3.913
EVC	876	2.962	3.721	1.755	1.532	1.501	1.522	1.518	10.032
SWC (HKW)	484	2.495	2.269	2.228	500	0	600	500	5.596
Investitionen gesamt*	2.693	11.957	10.673	8.674	4.771	4.161	4.774	4.682	33.053
Investitionen ges. (Plan Vj)* **	2.693	11.957		6.326	4.490	4.855	4.569		34.891
* ohne Berücksichtigung von Baukostenzuschüssen und Hausanschlusskosten (2015: 375 TEUR) ** ohne Kauf Stromnetz Mitnetz 2016 (8,5 Mio. EUR)									

Sponsoring und Spenden

Nr.	Bezeichnung	Plan 2015 T€
1	Soziales/ Kultur/Wirtschaft	43.500
2	Sport	36.000
3	Sonstiges	20.500
Sponsoring und Spendenleistung gesamt		100.000

Stadtwerke Cottbus GmbH, Cottbus

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	772.459,03	823
2. Geleistete Anzahlungen	100.446,23	187
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	20.508.430,90	21.955
2. Technische Anlagen und Maschinen	69.227.318,40	71.101
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	760.269,00	806
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	143.013,30	815
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.814.191,23	14.814
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	397.716,36	399
	106.743.809,45	110.904
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.000.695,99	3.167
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	46.115.520,18	42.864
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.562.374,90	3.225
3. Sonstige Vermögensgegenstände	398.455,21	681
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	8.518.540,09	9.051
	60.593.569,37	58.788
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	248.413,08	274
	167.586.907,80	169.969

Passiva

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital		
	2.500.000,00	2.500
II. Genusssrechtskapital		
	10.000.000,00	10.000
III. Kapitalrücklage		
	371.492,00	321
IV. Andere Gewinnrücklagen		
	7.513.500,00	7.514
V. Bilanzgewinn		
	28.715.689,67	26.878
	49.090.681,67	48.133
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil aus Fördergebietsabschreibung		
	232.284,00	269
C. Sonderposten aus Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen		
	174.180,00	203
D. Sonderposten aus Baukostenzuschüssen		
	2.335.102,00	2.428
E. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.536.906,00	1.545
2. Steuerrückstellungen	522.246,47	643
3. Sonstige Rückstellungen	9.954.516,76	4.445
	12.043.789,23	6.633
F. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.621.201,21	16.862
2. Erhaltene Anzahlungen	33.720.039,80	30.595
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.803.855,57	6.606
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	47.097.886,63	57.856
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.085.977,33	1.020
6. Sonstige Verbindlichkeiten	2.414.254,73	1.378
– davon aus Steuern EUR 780.639,26 (i.V. TEUR 96) –		
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 3.829,79 (i.V. TEUR 2) –		
	103.746.295,33	114.275
G. Rechnungsabgrenzungsposten		
	2.655,37	5
	167.586.907,80	169.969

Cottbusverkehr GmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus



Cottbusverkehr GmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Inhalt:

- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Stellenübersicht
- Investitionsplan

Anlagen:

- Übersicht Auswirkungen
auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Erläuterungen zum Erfolgsplan
- Erläuterungen zum Investitionsplan

Erfolgsplan 2015 und mittelfristige Entwicklung

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V - Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019
Nr.								
1. Umsatzerlöse	10.227	10.543	10.308	10.572	10.563	10.623	10.693	10.753
2. Erhöhg.od.Verminderg.d.Bestands an fert.u.unfert.Erzeugn.								
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	245	250	260	260	260	260	260	260
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.790	8.771	8.738	8.718	8.872	9.202	9.225	9.235
dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	532	710	560	750	750	770	780	790
5. Materialaufwand	6.027	6.187	5.868	6.027	6.044	6.153	6.298	6.266
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsst.u. f. bez.Waren	2.698	2.854	2.472	2.452	2.447	2.580	2.670	2.698
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	3.329	3.333	3.396	3.575	3.597	3.573	3.628	3.568
6. Personalaufwand	9.094	9.440	9.380	9.570	9.650	9.760	9.890	9.950
a) Löhne und Gehälter	7.473	7.552	7.500	7.655	7.720	7.808	7.912	7.960
b) soziale Abgaben								
u.Aufwendg.f.Altersversorgg.u.f.Unterstützg.	1.621	1.888	1.880	1.915	1.930	1.952	1.978	1.990
dav. f. Altersversorgung		220		220	220	220	220	220
7. Abschreibungen	2.846	3.010	2.950	3.050	3.050	3.090	2.880	2.910
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.013	865	945	834	839	857	870	872
dav. Zufühhg.zu Sonderposten m. Rücklageanteil								
Betriebsergebnis	282	62	163	69	112	225	240	250
9. Erträge aus Beteiligungen								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
10. Erträge aus anderen Wertpapieren								
u.Ausleihg.d.Finanzanlageverm.								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	16	35	10	15	15	15	20	20
dav. aus verbundenen Unternehmen								
12. Erträge/Aufwand(-) aus Gewinnabführungsverträgen	12	-5	6	5	5	5	5	5
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	270	220	180	180	190	220	240	250
dav. an verbundene Unternehmen								
Finanzergebnis	-242	-190	-164	-160	-170	-200	-215	-225
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	40	-128	-1	-91	-58	25	25	25
15. Außerordentliche Erträge								
16. Außerordentliche Aufwendungen								
17. Außerordentliches Ergebnis								
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag								
19. Sonstige Steuern	25	25	25	25	25	25	25	25
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	15	-153	-26	-116	-83	0		
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses								
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen								
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen								
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter								
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	15	-153	-26	-116	-83	0		

dar.Erfolgsplan 2015 und mittelfristige Entwicklung Parkeisenbahn

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Plan	V-Ist	Plan	Plan	Plan	Plan
Nr.	2013	2014	2014	2015	2016	2017	2018
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	104	100	100	105	105	105	107
2. Erhöhg.od.Verminderg.d.Bestands an fert.u.unfert.Erzeugn.							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0		0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	174	165	167	155	155	155	155
dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0		0	0	0	0
5. Materialaufwand	63	38	56	50	50	50	50
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsst.u. f. bez.Waren	18	10	25	25	25	25	25
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	46	28	31	25	25	25	25
6. Personalaufwand	174	160	166	170	170	170	172
a) Löhne und Gehälter	143	131	136	140	140	140	141
b) soziale Abgaben							
u.Aufwendg.f.Altersversorgg.u.f.Unterstützg.	31	29	30	30	30	30	31
dav. f. Altersversorgung	0	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	40	65	43	38	38	38	38
dav. Zufühhg.zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
Betriebsergebnis	1	2	2	2	2	2	2
9. Erträge aus Beteiligungen							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
10. Erträge aus anderen Wertpapieren							
u.Ausleihg.d.Finanzanlageverm.	0	0	0	0	0	0	0
dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0	0
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
dav. an verbundene Unternehmen							
Finanzergebnis	0	0	0	0	0	0	0
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	2	2	2	2	2	2
15. Außerordentliche Erträge	0						
16. Außerordentliche Aufwendungen	0						
17. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag							
19. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	1	2	2	2	2	2	2
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	1	2	2	2	2	2	2

Finanzplan 2015 und mittelfristige Entwicklung

		Ist	Plan	V-Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	
		2013	2014	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	15	-153	-26	-116	-83			
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	2.846	3.010	2.950	3.050	3.050	3.090	2.880	2.910
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-532	-710	-560	-750	-750	-770	-780	-790
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-8							
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	21							
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge								
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-425							
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	572	-100	485	-100	-100	-100	-100	-100
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.489	2.047	2.849	2.084	2.117	2.220	2.000	2.020
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	924	1.510	1.661	1.634	1.360	1.360	1.360	3.860
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens								
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände								
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens								
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	924	1.510	1.661	1.634	1.360	1.360	1.360	3.860
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-4.035	-3.842	-3.726	-3.863	-4.130	-3.230	-4.365	-6.550
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände								
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen								
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit								
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.035	-3.842	-3.726	-3.863	-4.130	-3.230	-4.365	-6.550
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-3.111	-2.332	-2.065	-2.229	-2.770	-1.870	-3.005	-2.690
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen	428	860		780	1.365	860	1.615	820
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen								
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen								
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen								
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	428	860		780	1.365	860	1.615	820
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	-1.354	-980	-924	-970	-880	-780	-780	-780
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde								
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen								
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen								
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-1.354	-980	-924	-970	-880	-780	-780	-780
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-926	-120	-924	-190	485	80	835	40
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven								
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven								
37.	= Saldo aus d. Liquiditätsveränderung v. Liquiditätsreserven								
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-1.548	-405	-140	-335	-168	430	-170	-630
39.	+ Finanzmittelbestand am Anfang d. Periode	3.249	1.863	1.701	1.561	1.226	1.058	1.488	1.318
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	1.701	1.458	1.561	1.226	1.058	1.488	1.318	688

Stellenübersicht 2015 und mittelfristige Entwicklung

Bereich	Ist 2013 Anzahl Stellen	V - Ist 2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Plan 2016 Anzahl Stellen	Plan 2017 Anzahl Stellen	Plan 2018 Anzahl Stellen	Plan 2019 Anzahl Stellen
Geschäftsführung	2	3	3	3	3	3	3
Geschäftsbereich Verkehr darunter Fahrdienst	148 127	155 134	153 129	152 127			
Geschäftsbereich Technik darunter Fahrdienst	56	57	57	56	194 127	197 127	197 127
Kaufmänn. Geschäftsbereich	23	22	22	21	33	35	34
gesamt	229	237	235	232	230	235	234
davon ATZ-Ruhephase	1	1	1				
davon Azubis	2	3	7	8	9	14	14

Investitionsplan 2015 und mittelfristige Entwicklung

		Planjahr	Folgejahre				Summe
Nr.	Maßnahme	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	Jahre T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		167	20	20	20	20	247
1	Konzessionen, Schutzrechte und Lizenzen	167	20	20	20	20	247
Sachanlagen		3.696	4.110	3.210	4.345	6.630	21.991
1	Grundstücke/Geschäfts- und Betriebsbauten	10	30	30	10	10	90
2	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges	1.295	125				1.420
3	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	242	2.950	630	1.935	2.820	8.577
4	Fahrzeuge für Personenverkehr	1.180	630	1.790	2.010	3.130	8.740
5	Technische Anlagen und Maschinen	232	115	530	60	470	1.407
6	Betriebs- und Geschäftsausstattungen	180	80	80	80	200	620
7	Anlagen im Bau und Planungen	557	180	150	250		1.137
Finanzanlagen							
1	Finanzanlagen						
Investitionen gesamt		3.863	4.130	3.230	4.365	6.650	22.238
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		3.863	4.130	3.230	4.365	6.650	22.238
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit		1.634	1.360	1.360	1.360	3.860	9.574
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		1.634	1.360	1.360	1.360	3.860	9.574
Investitionszuwendungen der Stadt Cottbus*		515	500	500	500	1.125	3.140
E-Mittel		1.119	860	860	860	2.735	6.434
Einzahlg.aus Abgängen von Gegenst.d.Sachanlageverm.							
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit		2.229	2.770	1.870	3.005	2.790	12.664
Einzahlg.aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen		780	1.365	860	1.615	820	5.440
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit		1.449	1.405	1.010	1.390	1.970	7.224
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							

Übersicht der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

Übersicht über Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€
	Einzahlungen								
1.	Zuschüsse der Gemeinden	8.326	8.241	9.111	9.178	9.187	9.487	9.495	9.485
	davon als Kapitalzuschüsse								
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste								
	davon als Investitionszuschüsse	590	500	1.355	1.418	1.360	1.360	1.360	1.360
	davon als Betriebskostenzuschüsse	7.356	7.361	7.376	7.380	7.467	7.777	7.785	7.785
	- ÖPNV-Zuwendungen der Stadt Cottbus	5.646	5.731	5.731	5.817	5.904	5.992	6.000	6.000
	- ÖPNV-Zuwendungen des Landkreises Spree-Neiße	1.710	1.630	1.645	1.563	1.563	1.785	1.785	1.785
	davon als Verlustausgleichszuschüsse	380	380	380	380	360	350	350	340
	- Mindereinnahmenausgleich der Stadt Cottbus	380	380	380	380	360	350	350	340
2.	Darlehen der Gemeinden								
3.	Sonstige Einzahlungen der Stadt Cottbus - Parkeisenbahn	150	150	150	150	150	150	150	150
	Einzahlungen gesamt	8.476	8.391	9.261	9.328	9.337	9.637	9.645	9.635
	Auszahlungen								
1.	Ablieferungen an die Gemeinden								
	- von Gewinnen								
	- von Konzessionsabgaben								
	- von Verwaltungskostenbeiträgen								
	- bei Eigenkapitalentnahmen								
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen								
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden								
	Auszahlungen gesamt								

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2015 und der mittelfristigen Entwicklung

Nr.	Erträge	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€
1.	Umsatzerlöse	10.227	10.543	10.308	10.572	10.563	10.623	10.693	10.753
1.1.	Erlöse Fahrgeldeinnahmen	6.927	7.240	7.050	7.220	7.250	7.300	7.350	7.400
	Mindereinnahmenausgleich Stadt								
1.2.	Cottbus	380	380	380	380	360	350	350	340
1.3.	KOM Vertragsverkehr	31	30	28	30	30	30	30	30
1.4.	Schienenersatzverkehr	19	0	5	0	0	0	0	0
1.5.	KOM Schülerverkehr	49	35	55	70	35	35	35	35
1.6.	KOM Gelegenheitsverkehr	58	50	50	55	50	50	50	50
1.7.	Traditionsstraßenbahn	21	20	20	20	20	20	20	20
1.8.	Parkeisenbahn	104	100	100	105	105	105	105	105
1.9.	Sonstige Verkehrsleistung	50	60	30	60	65	65	65	65
1.10.	Werbung	238	250	225	250	250	250	250	250
1.11.	Ausgleichszahlungen	2.316	2.360	2.352	2.365	2.380	2.400	2.420	2.440
	für Schüler Stadt Cottbus	1.049	1.050	1.045	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	für Schüler Landkreis Spree-Neiße	801	800	800	800	800	800	800	800
	für Schwerbehinderte	466	510	507	565	580	600	620	640
1.12.	Sonstige Umsatzerträge	34	18	13	17	18	18	18	18
	Fahrzeugwäschen	3	2	1	1	2	2	2	2
	Werkstätten	30	15	11	15	15	15	15	15
	Sonstige Erlöse	1	1	1	1	1	1	1	1
	Periodenfremde Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
2.	Erhöhg.od.Verminderd.an fert.u.unfert.Erzeugnissen								
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	245	250	260	260	260	260	260	260
4.	Sonstige betriebliche Erträge	8.790	8.771	8.738	8.718	8.872	9.202	9.225	9.235
	Auflösung Sonderposten	532	710	560	750	750	770	780	790
	Rückstellungsaufösungen	80	0	10	0	0	0	0	0
	Schadenersatzleistungen	209	130	225	150	150	150	150	150
	Leistungen für VSC	106	120	95	135	135	135	140	140
	Anlagenabgänge	9	0	38	0	0	0	0	0
	Vermietung	87	70	28	30	70	70	70	70
	Übrige Erträge	260	230	256	123	150	150	150	150
	ÖPNV-Zuwendung Stadt Cottbus	5.647	5.731	5.731	5.817	5.904	5.992	6.000	6.000
	ÖPNV-Zuwendung Landkreis Spree-Neiße	1.710	1.630	1.645	1.563	1.563	1.785	1.785	1.785
	Zuwendung Parkeisenbahn	150	150	150	150	150	150	150	150
9.	Erträge aus Beteiligungen dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihg.d.Finanzanlageverm. dav. aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge dav. aus verbundenen Unternehmen	16 0	35 0	10	15 0	15 0	15 0	20 0	20 0
12.	Gewinnabführungsverträgen	12	0	6	5	5	5	5	5
15.	Außerordentliche Erträge	0							
	Erträge Gesamt	19.290	19.599	19.322	19.570	19.715	20.105	20.203	20.273

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2015 und der mittelfristigen Entwicklung

Nr.	Aufwendungen	Ist 2013	Plan 2014	V - Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
		T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
5.	Materialaufwand	6.027	6.187	5.868	6.027	6.044	6.153	6.298	6.266
5.1.	Aufwendg.f.Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.699	2.854	2.472	2.452	2.447	2.580	2.670	2.698
	Fahrstrom	655	650	500	450	450	500	520	520
	Kraft- und Schmierstoffe	1.107	1.250	1.050	1.050	1.050	1.090	1.110	1.110
	Elektroenergie	187	185	175	185	185	190	190	190
	Wärmeenergie	167	186	181	186	186	190	190	190
	Wasser, Abwasser	64	70	60	70	72	72	75	78
	Material für Reparatur/Instandhaltung	359	359	360	360	360	370	410	430
	Material für Gleisbau und Stromversorgung	27	50	35	33	35	55	60	65
	Arbeitsmittel und Hilfsmaterial	7	10	8	10	10	10	10	10
	Reifen und Schläuche	28	22	20	23	23	23	25	25
	Dienstbekleidung	29	34	30	40	35	35	35	35
	Fahrschein und Fahrpläne	29	20	20	20	20	20	20	20
	sonstiges Material	40	18	33	25	21	25	25	25
5.2.	Aufwend. f. bezogene Leistungen	3.328	3.333	3.396	3.575	3.597	3.573	3.628	3.568
	Kooperationsvertrag CV/NV	1.368	1.385	1.385	1.442	1.445	1.495	1.495	1.500
	Kooperationsvertrag CV/Leo	741	770	772	800	800	800	800	800
	Nachauftragnehmer VSC	352	350	403	400	400	400	400	400
	Nachauftragnehmer	172	170	170	170	170	170	170	170
	Fahrausweiskontrollen	77	72	77	82	85	85	87	87
	Verkehrszählungen	60	35	35	0	95	0	35	0
	sonstige bezogenen Leistungen	558	551	554	681	602	623	641	611
	Wartungs- und Vertragsleistungen	155	180	180	170	170	170	170	170
	Reparatur und Instandhaltung	220	187	192	268	180	200	210	180
	Fahrzeugwäschen	0	0		67	70	70	70	70
	Reparatur und Vertriebstechnik	22	30	10	20	21	22	25	25
	Miete und Leasing	49	52	51	32	35	35	37	37
	Reinigung und Entsorgung	29	40	40	29	30	30	31	31
	Sonstiges	83	62	81	95	96	96	98	98
6.	Personalaufwand	9.093	9.440	9.380	9.570	9.650	9.760	9.890	9.950
	a) Löhne und Gehälter	7.473	7.552	7.500	7.655	7.720	7.808	7.912	7.960
	b) soziale Abgaben u.Aufwendg.f.Altersvers. dav. f. Altersversorgung	1.620	1.888	1.880	1.915	1.930	1.952	1.978	1.990
		220	220	220	220	220	220	220	220
7.	Abschreibungen	2.846	3.010	2.950	3.050	3.050	3.090	2.880	2.910
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.013	865	945	834	839	857	870	872
	Zuführg.zu Sonderposten m.Rücklageanteil	8	12	6	0	0	0	0	0
	Mieten, Gebühren und Beiträge	67	71	75	71	70	75	75	75
	Versicherungen	359	270	320	260	260	265	275	270
	Schadensfälle	203	90	160	90	90	90	95	90
	Versicherungsbeiträge	156	180	160	170	170	175	180	180
	Telekommunikation, Verwaltungsbedarf, Reiseko.	100	108	98	93	95	95	95	95
	Werbung	85	55	55	55	55	55	55	55
	Andere Dienst- und Fremdleistungen	257	223	239	213	217	222	225	230
	Serviceleistungen	82	71	80	80	80	82	82	83
	Übrige betriebliche Aufwendungen	55	55	72	62	62	63	63	64
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u.auf Wertpapiere d.Umlaufvermögens								
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	270	220	180	180	190	220	240	250
16.	Aufwand aus Verlustübernahme	0	5						
18.	Steuern v.Einkommen u.vom Ertrag								
19.	Sonstige Steuern	25	25	25	25	25	25	25	25
	Aufwendungen Gesamt	19.274	19.752	19.348	19.686	19.798	20.105	20.203	20.273

Investitionsplan 2015 und die mittelfristige Entwicklung bis 2018

	Plan 2015	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CB T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					-	
- Konzessionen/Schutzrechte/Lizenzen		35	-	-	-	35
- Kanalanschlussgebühren		132 x ³	-	-	-	132
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Aussenanlagen		10	-	-	-	10
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
- WC-Anlage Gelsenkirchener Platz		30 x ³	-			30 x ³
- Kurvenschmieranlage Oberkirche stadteinwärts		80 x ³		-	80	-
- Ersatz von 2 Kurvenschmieranlagen		30	30	-	-	
- Erneuerung Haltestelle Ottilienstraße		135	-	-	125	10
- WS Sachsendorf incl. 2 Weichen		900 x ⁶	-	800 x ⁶		100 x ⁶
- Erneuerung Weiche 409, WS Jessener Straße		80 x ⁶	-	-	80 x ⁶	-
- Anpassung Fahrleitungsmaste		40 x ³	-	-	-	40 x ³
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Klimagerechtes Mobilitätsverkehrszentrum Cottbus		1.100		860	240	
- Gleis- und Fahrleitungsbau/Hbf.-Umfeld 1. BA						
- Beschleunigung Thiemstraße		62	-	42	20 x ⁶	-
- Rekonstruktion Gebäude GUW 1		180 x ⁶	-	-	140 x ⁶	40 x ⁶
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr		0				-
- 3 Omnibusse		550	550	-	-	-
- Langläufer Strab-Nr. 169		315	-	-	-	315
- Langläufer Strab-Nr. 147		315	-	-	-	315
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- RBL		20	-	-	-	20
- Spezialwerkzeuge/Mess- u. Diagnosegeräte und öffentliche Einrichtungen		30	-	-	-	30
- Fahrscheindrucker/Handverkaufsgeschäfte/Agenturverka		7	-	-	-	7
- INNOS Projektstart 2a (elektronischer Fahrschein)		175 x ³	-	105 x ⁵	-	70
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		180 x ⁴	100	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
- (Planung)		100 x ³	-	-	12	88
- Umbau Haltestelle Hufelandstraße (Planung)		15	-	-	-	15
- Umsteigeanlage Madlow 2. BA x ²		150 x ²		112 x ²		38
- Langläufer/Achsen für Niederflurmittelteil		100 x ³	100	-	-	-
- Erneuerung Haltestelle Ottilienstraße		12	-	-	-	12
- WS Sachsendorf incl. 2 Weichen/Planung		80 x ⁶	-	60 x ⁶	20 x ⁶	-
- E-Busprojekt		30				30
- Ausbau Haltestelle Görlitzer Straße Nord		70 x ⁷	-	0 x ²	38 x ⁷	32 x ⁷
SUMME		3.863	780	1.119	515	1.449
Baumaßnahme der Stadt Cottbus (zur Information)						
III. Straße der Jugend 2. BA x¹		240 x ¹	-	179 x ¹	61 x ⁹	
- Anschluss Klinikum (Planung) x ⁸		100 x ⁸	-	-	-	100 x ⁸

x¹ Folgemaßnahme aus Straßenbau der Stadt Cottbus/Fördermittel Straßenbaux² Fördermittelbescheid behält Gültigkeitx³ Überhang aus 2014x⁴ Position mit Beachtung Überhang Rechentechnik aus 2014x⁵ Fördermittel vom Verkehrsverbund Berlin Brandenburgx⁶ Alternative Baumaßnahme, wenn der Bau des Klimagerechten Mobilitätszentrums Cottbus im Jahr 2014
Cottbus im Jahr 2014 nicht beginntx⁷ Überhangmaßnahme aus 2013x⁸ vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVVx⁹ Mittel aus Invest CBPlanung unter Beachtung der Fördergelder: Investitionsspsch. Cottbus : 515 T€ + 61 T€, Fördergelder Land Brandenburg : 902 T€,
Fördergeld aus Förderzusage für Umsteigeanlage Madlow: 112 T€, Fördergeld vom VBB für INNOS-Projektstart: 105 T€)

Investitionsplan 2015 und die mittelfristige Entwicklung bis 2018

	Plan 2016	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CB T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20	-	-	-	20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Außenanlagen		30	-	-	-	30
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
- Erneuerung BÜ-Anlagen		125	125	-	-	-
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Klimagerechtes Mobilitätsverkehrszentrum Cottbus						
· Gleis- und Fahrleitungsbau/Hbf.-Umfeld 1. BA (einschl. Weichenabzweig)		2.100	740	860	500	
- WS Sachsendorf incl. 2 Weichen		700	500	-		200
- Beschleunigung Friedrich-Ebert-Str. ,		150	-	-	-	150
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- Langläufer Strab-Nr. 146		315	-	-	-	315
- Langläufer Strab-Nr. 148		315	-	-	-	315
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- Haltestellenbeschilderung		80	-	-	-	80
- Bargeldbearbeitung		35	-	-	-	35
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
- Saarbrücker Straße bis Gelsenkirchener Allee		180	-	-	-	180
SUMME		4.130	1.365	860	500	1.405
- Anschluss Klinikum (Planung) x ²		100 x ²	-	-	-	100

x² vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVV
x¹ wenn nicht bereits im Jahr 2014 realisiert

Investitionsplan 2015 und die mittelfristige Entwicklung bis 2018

Plan	Σ	Kredit	E-Mittel	Invest. CB	Eigenkap.
2017	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	20	-	-	-	20
II. Sachanlagen					
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten					
- Betriebshof/Außenanlagen	30	-	-	-	30
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen					
- Weichenanlage Berliner Straße Nord / Ost 1. BA	435		435	-	-
- Umbau Haltestelle Hufelandstraße	150	-	150	-	
- Ersatz von 3 Kurvenschmieranlagen	45	-	45	-	
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr					
- 3 NF-Solo Omnibusse	660	660	-	-	-
- Langläufer Strab-Nr. 136	315	-	-	-	315
- Langläufer Strab-Nr. 137	315	-	-	-	315
- Ansparung Straßenbahnneubeschaffung	500	-		500	
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen					
- RBL	20	-	-	-	20
- Haltestellenbeschilderung	80	-	80	-	
- Erweiterung e-Ticket-Funktionalitäten	200	-	-	-	200
- Busfahrereinzahlmaschine	30	-	-	-	30
- Waschanlage	200	200	-	-	
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung	80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung					
- Saarbrücker Straße bis Gelsenkirchener Allee	150	-	150	-	
SUMME	3.230 x2	860	860	500	1.010
- Anschluss Klinikum (Planung) x ¹	100 x ¹	-	-	-	100

x¹ vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVV

x2 Summe mit Ansparung Straßenbahnneubeschaffung 500 T€

Investitionsplan 2015 und die mittelfristige Entwicklung bis 2018

	Plan 2018	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CB T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20	-	-	-	20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Außenanlagen		10	-	-	-	10
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
Weichenanlage Berliner Straße Nord / Ost 2. BA						
- (4 Weichen)		435	435	-	-	-
- Saarbrücker Straße bis Gelsenkirchener Allee		1.500	300	860	-	340
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- 4 NF-Solo Omnibusse		880	880	-	-	-
- Langläufer Strab-Nr. 141		315	-	-	-	315
- Langläufer Strab-Nr. 145		315	-	-	-	315
- Ansparung Straßenbahnneubeschaffung		500	-	-	500	
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- Spezialwerkzeuge/Mess- u. Diagnosegeräte		20	-	-	-	20
- Fahrplan-Ist-Anzeigen für Haltestellen und öffentliche Einrichtungen		40	-	-	-	40
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
Vetschauer Straße, 1. BA Senftenberger Straße bis		250				250
SUMME		4.365	x2 1.615	860	500	1.390
- Anschluss Klinikum (Planung) x ¹		200	x ¹	-	-	200

x¹ vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVV

x2 Summe mit Ansparung Straßenbahnneubeschaffung 500 T€

Investitionsplan 2015 und die mittelfristige Entwicklung bis 2018

	Plan 2019	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CB T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20				20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten		10				10
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Vetschauer Straße, 1. BA Senftenberger Straße bis 1. BA Senftenberger Straße bis Leipziger Straße	2.480			860	500	1.120
- Instandsetzung 3 Weichenantriebe	90					90
- Erneuerung 3 BÜ Anlagen	250	250				
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- 1 NF Straßenbahn	2.500			1.875 x ¹	625 x ¹	
- Langläufer Strab-Nr. xxx	315		-	-	-	315
- Langläufer Strab-Nr. xxx	315		-	-	-	315
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- Fahrscheindrucker und Bordrechner	470	470		-	-	
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		200	100			100
- davon 1x San Station						
- sonstigen Rechentechnik						
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
SUMME		6.650	820	2.735	1.125	1.970

x¹ mit Ansparung aus den Jahren 2017 (500 T€) / 2018 (125 T€) für Straßenbahnneubeschaffung und 75 % Fahrzeugförderung Land Brandenburg (1.875 T€)

Cottbusverkehr GmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite		31.12.2013 EUR	EUR	31.12.2012 TEUR	Passivseite		31.12.2012 TEUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	10.226.000,00	10.226
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen		261.196,82		211	II. Kapitalrücklage	9.863.556,41	9.864
2. geleistete Anzahlungen		0,00	261.196,82	14	1. Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB		
				225	III. Bilanzverlust	733.327,98	749
II. Sachanlagen						19.356.228,43	19.341
1. Grundstücke und Bauten		12.724.145,81		11.259	B. Sonderposten für Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen		
2. Technische Anlagen und Maschinen		16.363.747,00		16.023		8.174.761,24	7.868
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		446.293,00		287	C. Rückstellungen		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		2.187.013,13	31.721.198,94	3.000	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.313.187,00	1.288
				30.569	2. Sonstige Rückstellungen	1.256.207,99	1.261
III. Finanzanlagen				121		2.569.394,99	2.549
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		45.466,92		0	D. Verbindlichkeiten		
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00		1	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.322.069,40	4.248
3. Beteiligungen		1.022,58	46.489,50	122	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 854.513,64 ; Vorjahr TEUR 1.274		
			32.028.885,26	30.916	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	717.205,57	675
B. Umlaufvermögen					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 717.205,57 ; Vorjahr TEUR 675		
I. Vorräte			469.984,39	476	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	82
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00 ; Vorjahr TEUR 82		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.333.308,76	625
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		667.105,48		322	- Jahr: EUR 1.333.308,76 ; Vorjahr TEUR 625	5.372.583,73	5.630
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00; Vorjahr TEUR 0			2.030.449,79	1.273	- davon aus Steuern: EUR 76.808,83 ; Vorjahr TEUR 68		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		304,80	1.700.738,57	3.249	- davon im Rahmen sozialer Sicherheit: EUR 33.033,89 ; Vorjahr TEUR 39		
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 ; Vorjahr TEUR 0			4.201.152,75	5.320	E. Rechnungsabgrenzungsposten		
3. Sonstige Vermögensgegenstände						792.663,41	889
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr : EUR 0,00; Vorjahr TEUR 0						36.265.631,80	36.277
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			35.593,79	41			
C. Rechnungsabgrenzungsposten							
			36.265.631,80	36.277			

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg

Beteiligung der Stadt Cottbus

TOP 4: Wirtschaftsplan 2015

Der Beirat der Gesellschafter empfiehlt dem Aufsichtsrat, wie folgt zu beschließen:

Der Wirtschaftsplan 2015 wird in der vorgelegten Fassung (Stand 11. April 2014) mit einem Volumen von insgesamt 12,1 Mio. Euro beschlossen. Zum Jahresende 2015 nicht verausgabte Mittel werden in das Jahr 2016 übertragen, soweit sie zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte im Rahmen des vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplanes benötigt werden.

Kurzbegründung:

Der Wirtschaftsplan 2015 orientiert sich in der Struktur an den Wirtschaftsplänen der Vorjahre. Für den klassischen Bereich sind im Jahr 2015 Einnahmen und Ausgaben analog dem Wirtschaftsplan 2014 vorgesehen. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement sind die Einnahmen und Aufwendungen gemäß den für 2015 vorgesehenen Aufgaben und Projekten geplant. Weitere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus dem Forschungsprojekt INNOS.

Der Stellenplan für 2015 geht unverändert von insgesamt 85,5 Stellen aus.

Das Budget für das Jahr 2015 beinhaltet Einnahmen und Ausgaben von jeweils insgesamt 12,1 Mio. Euro¹.

Einnahmen:

Die Gesellschafterbeiträge für die klassischen Aufgaben umfassen 6.352,1 T Euro. Davon entfallen auf die Länder Berlin und Brandenburg jeweils 2.575,0 T Euro und auf die kommunalen Gebietskörperschaften 1.202,1 T Euro (je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt rund 66,8 T Euro).

Für das Forschungsprojekt INNOS-Start-VBB-2b sind im Jahr 2015 Einnahmen in Höhe der Bewilligungsschreiben der Länder in Höhe von insgesamt 633,6 T Euro (je zur Hälfte vom Land Berlin und vom Land Brandenburg) enthalten.

Für die Center-Aufgaben werden Einnahmen gemäß Art. 3 Abs. 3 Konsortialvertrag in Höhe von 3.976,7 T Euro geplant. Davon finanzieren das Land Berlin 1.338,7 T Euro (E 2.5 und E 2.6) und das Land Brandenburg 2.638,0 T Euro (E 2.5 und E 2.6).

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 650,0 T Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge werden mit 150,0 T Euro geplant. Weiterhin wird mit zusätzlichen Finanzmitteln von Dritten in einer Größenordnung von 353,8 T Euro für Aufgaben des Centers (E 3.3, insbesondere Arge CNB) gerechnet.

¹ Sämtliche Euro-Werte sind auf eine Dezimalstelle gerundet.

Ausgaben:

Der Personalaufwand wird mit 4.884,5 T Euro geplant.

Die betrieblichen Aufwendungen für Verbundaufgaben betragen 2.603,3 T Euro. Darin enthalten sind die Ausgaben für die Projekte der klassischen Verbundaufgaben (1.969,7 T Euro; A 2.1) und die Ausgaben für INNOS-Start-VBB-2b (633,6 T Euro; A 2.2).

Die Aufwendungen für Aufgaben und Projekte des Centers betragen insgesamt 2.077,2 T Euro. Darin enthalten sind die Aufgaben des Vertragsmanagements und die Zusatzaufgaben einzelner Gesellschafter bzw. Dritter.

Die Aufwendungen für die Produktherstellung sind mit 650,0 T Euro geplant. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 1.007,8 T Euro enthalten. Der Investitionsaufwand wird mit 85,2 T Euro veranschlagt. Der Finanzbedarf Umsatzsteuer beläuft sich auf 808,2 T Euro.

Grundlage: § 11 Abs. 2 lit. b Gesellschaftsvertrag

Inhaltsverzeichnis

A.	Ausgangssituation	5
B.	Entwicklung der Einnahmen der VBB GmbH im Jahr 2015	5
B.I	Gesamteinnahmen	5
B.II	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen.....	5
B.II.1	Gesellschafterbeiträge.....	5
B.II.2	Sonstige Finanzierungsquellen.....	6
C.	Entwicklung der Aufwendungen im Jahr 2015	6
C.I	Gesamtaufwendungen.....	6
C.II	Personalaufwand.....	7
C.III	Sonstiger betrieblicher Aufwand	7
C.IV	Investitionen	7
C.V	Aufwendungen im klassischen Bereich.....	7
C.V.1	Marketing und Tarifkommunikation.....	7
C.V.1.1	Grundlagen und Konzepte.....	7
C.V.1.2	Kundenkommunikation / klassische Werbung.....	8
C.V.1.3	Kundenmagazin „BB Panorama“	9
C.V.1.4	Kooperationen	9
C.V.1.5	Events und Promotion	10
C.V.1.6	Infocenter	11
C.V.1.7	ÖPNV-Kampagnenkonzepte.....	12
C.V.2	Fahrgastinformation.....	13
C.V.2.1	Verbundfahrplandatenmanagement	13
C.V.2.2	Kartografiedatenmanagement	14
C.V.2.3	VBB.de	16
C.V.2.4	VBB-Fahrinfo.....	17
C.V.3	Tarifdatenmanagement / Vertrieb	19
C.V.3.1	Tarifdatenmanagement.....	19
C.V.3.2	Relationsbezogene Schnittstellen für die Einnahmenmeldungen.....	21
C.V.3.3	Kompetenzcenter eTicketing	22
C.V.4	Verkehrsforschung	23
C.V.4.1	Verkehrserhebungen.....	23
C.V.4.2	Verkehrsforschung im Tarif.....	25
C.V.5	Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik.....	25
C.V.5.1	Durchführung / Kontrolle der Einnahmenaufteilungsrechnungen	25
C.V.5.2	Umstellung auf relationsbezogene Einnahmenmeldungen	26
C.V.5.3	Statistik / Berichtswesen.....	27

C.V.6	Planung	29
C.V.6.1	Berlin-Brandenburg-Verkehre	29
C.V.6.2	Schnittstellen - Aktualisierung und Wartung.....	
	Datenbanken ZIS und HMS.....	30
C.V.6.3	Verknüpfung Bahn / Bus.....	31
C.V.6.4	Planung, Bestellung und Controlling landesbedeutsamer Linien.....	33
C.VI.	Projekt INNOS-Start-VBB-2a und 2b	33
C.VII.	Aufgaben und Projekte Center.....	35
C.VII.1	Vertragsmanagement.....	35
C.VII.1.1	Vertragsmanagement Regionalverkehr	35
C.VII.1.2	Vertragsmanagement S-Bahn	40
C.VII.2	Zusatzaufgaben Center	41
C.VII.2.1	Weiterführung aus 2014	41
C.VII.2.1.1	Mobilitätsticket.....	41
C.VII.2.1.2	Infrastrukturmanagement Brandenburg	41
C.VII.2.1.3	Center Nahverkehr Berlin (CNB)	42
C.VII.2.1.4	S-Bahn Kundenmonitoring.....	42
C.VII.2.1.5	Vertragscontrolling RE 4.....	42
C.VII.2.1.6	Bus & Bahn-Begleitservice	42
C.VII.2.2	Mögliche neue Zusatzaufgaben ab 2015	43
C.VII.2.2.1	Infrastrukturmanagement Berlin.....	43
C.VII.2.2.2	Regionalisierung Infrastruktur Brandenburg.....	43
C.VII.2.2.3	Befragung Sicherheitsempfinden.....	43
C.VII.2.2.4	Aufstockung MiD 2015.....	43
C.VIII	Finanzbedarf Umsatzsteuer aus Gesellschafterbeiträgen.....	44
D.	Anlagen	44

A. Ausgangssituation

Für den klassischen Bereich sind im Jahr 2015 Einnahmen und Ausgaben analog dem Wirtschaftsplan 2014 vorgesehen. Der Planansatz geht bereits von Synergie- und Einspareffekten innerhalb des klassischen Bereiches aus, punktuelle Mehraufwendungen bei einzelnen Positionen werden durch Minderaufwendungen in anderen Positionen ausgeglichen. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement sind die Einnahmen und Aufwendungen gemäß den für 2015 vorgesehenen Aufgaben und Projekten geplant.

B. Entwicklung der Einnahmen der VBB GmbH im Jahr 2015

B.I Gesamteinnahmen

Die geplanten Gesamteinnahmen in Höhe von 12,1 Mio. Euro setzen sich wie folgt zusammen:

• Land Berlin	2.575,0 T Euro
• Land Brandenburg	2.575,0 T Euro
• Kommunale Gebietskörperschaften	1.202,1 T Euro
• Land Brandenburg und Land Berlin für INNOS-Start-VBB-2b	633,6 T Euro
• Land Brandenburg und Land Berlin für Center (NQ)	3.421,4 T Euro
• Land Brandenburg und Land Berlin für Zusatzaufgaben	555,3 T Euro
• sonstige Finanzierungsquellen:	1.153,8 T Euro
○ <i>davon Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge</i>	<i>800,0 T Euro</i>
○ <i>davon zusätzliche Finanzmittel von Dritten</i>	<i>353,8 T Euro</i>

Die einzelnen Positionen werden in den folgenden Abschnitten erläutert.

Der Übertrag aus dem Jahr 2014 in das Jahr 2015 ist derzeit noch nicht kalkulierbar. Sollte sich im Jahr 2014 ergeben, dass einzelne Projekte nicht abgeschlossen werden können, werden die dafür geplanten Mittel in das Wirtschaftsplanjahr 2015 übertragen.

B.II Erträge aus Gesellschafterbeiträgen

B.II.1 Gesellschafterbeiträge

Die Finanzierung der VBB GmbH erfolgt unter anderem durch Gesellschafterbeiträge nach Art. 3 Abs. 2 Konsortialvertrag. Diese Gesellschafterbeiträge beinhalten die Finanzierung für die klassischen Aufgaben mit 6.010,5 T Euro, die wie folgt von den Gesellschaftern getragen werden:

- 40 Prozent Land Berlin, das entspricht 2.404,2 T Euro,
- 40 Prozent Land Brandenburg, das entspricht 2.404,2 T Euro und
- 20 Prozent kommunale Gebietskörperschaften des Landes Brandenburg, das entspricht 1.202,1 T Euro.

Dabei entfällt auf jeden einzelnen der 18 kommunalen Gesellschafter ein Anteil in Höhe von rund 66,8 T Euro.

Ferner wird die Finanzierung der Fahrgastinformation, die dem SPNV zuzurechnen ist, separat durch die beiden Länder je hälftig (je 170,8 T Euro) getragen. Es handelt sich dabei um eine klassische Aufgabe der VBB GmbH gemäß Gesellschaftsvertrag: Sie ist demnach zuständig für „[...] die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs [...]“ (vgl. § 2 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag). Dazu gehört auch die „[...] Konzipierung, Einfüh-

rung und Fortentwicklung [...] einheitlicher Fahrgastinformation, Marketingmaßnahmen, [...]“ zu ihren Aufgaben (§ 2 Abs. 2 lit. b Gesellschaftsvertrag).

Beim Forschungsprojekt INNOS-Start-VBB-2b sind Einnahmen in Höhe der Bewilligungsschreiben der Länder vom April 2014 in Höhe von 633,6 T Euro enthalten (siehe E 2.4).

Für die Aufgaben im Center ist gemäß Art. 3 Abs. 3 Konsortialvertrag ein Betrag von 3.421,4 T Euro (siehe E 2.5) geplant. Dabei entfallen auf das Land Berlin 1.150,4 T Euro und auf das Land Brandenburg 2.271,0 T Euro.

Unter der Position E 2.6 Zusatzaufgaben sind gesonderte Aufgaben zusammengefasst, die im Rahmen des Centers für einzelne Gesellschafter getätigt werden. Hierunter fallen für das Jahr 2015 das SPNV-Infrastrukturmanagement Brandenburg, das Management des Mobilitätstickets für das Land Brandenburg, das Kundenmonitoring S-Bahn und die wettbewerbliche Vergabe S-Bahn in Höhe von insgesamt 555,3 T Euro.

B.II.2 Sonstige Finanzierungsquellen

Weitere Finanzmittel in Höhe von 1.153,8 T Euro fließen über die sonstigen Finanzierungsquellen: Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erlöse und zusätzliche Finanzmittel von Dritten.

Die Umsatzerlöse – vor allem aus dem Verkauf von Fahrgastinformationsprodukten, VBB-Fahrausweisen und Fahrplanbüchern – werden mit rund 650,0 T Euro geplant. Die sonstigen betrieblichen Erträge, wie Erstattungen, Zinserträge usw., werden mit 150,0 T Euro geplant.

Die Position „Zusätzliche Finanzmittel von Dritten“ in Höhe von 353,8 T Euro enthält hauptsächlich die Vergütung der Leistungen der VBB GmbH, die diese im Center Nahverkehr Berlin (CNB) erbringt.

C. Entwicklung der Aufwendungen im Jahr 2015

C.I Gesamtaufwendungen

Die VBB GmbH kalkuliert für den klassischen Bereich (Finanzierung aus Art. 3 Abs. 2 Konsortialvertrag zuzüglich Fahrgastinformation (SPNV-Anteil)) und das Forschungsprojekt INNOS-Start-VBB-2b mit Aufwendungen in Höhe von 7.785,7 T Euro. Im Center sind Aufwendungen in Höhe von 4.330,5 T Euro veranschlagt. Innerhalb des klassischen Bereichs und innerhalb des Centers sind die Aufwandspositionen untereinander deckungsfähig.

Ausgabenpositionen	Summe
Personalausgaben	4.884,5 T Euro
Aufwendungen für klassische Aufgaben bzw. Center-Aufgaben	4.680,5 T Euro
Aufwendungen für Produktherstellung	650,0 T Euro
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.007,8 T Euro
Investitionen	85,2 T Euro
Finanzbedarf für Umsatzsteuer	808,2 T Euro

Die einzelnen Ausgabenpositionen werden in den folgenden Abschnitten erläutert.

C.II Personalaufwand

Die Planung des Personalaufwands beläuft sich analog dem Wirtschaftsplan 2014 auf 4.884,5 T Euro. Sie enthält die Stellen gemäß dem Stellenplan für das Wirtschaftsplanjahr 2015 (vgl. Anlage 4).

Der Stellenplan 2015 beläuft sich wie im Vorjahr auf insgesamt 85,5 Stellen. Der Aufsichtsrat hatte in seiner Sitzung am 5. Dezember 2013 im Stellenplan für das Wirtschaftsplanjahr 2014 drei Stellen mit der Maßgabe entfristet, dass bis zum Abschluss der Aufgabendiskussion der Aufsichtsrat über die Wiederbesetzung frei werdender unbefristeter Stellen (bis zu drei) entscheidet.

C.III Sonstiger betrieblicher Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand wird mit 1.007,8 T Euro veranschlagt, davon 849,6 T Euro für den klassischen Bereich und 158,2 T Euro für das Center. Enthalten sind darin Miet- und Mietnebenkosten, Kommunikationskosten (Porto, Telefon), Prüfungs-, Rechtsberatungs- und sonstige Beratungskosten sowie Beiträge, Abgaben, Versicherungsbeiträge, Kosten für Bürobedarf, Fachliteratur, Dienstreisekosten, Kosten für die Fortbildung und sonstige Personalkosten (Kosten Lohnbüro, Teilnahmegebühren für Fachtagungen u. ä.).

C.IV Investitionen

Für Investitionen sind insgesamt 85,2 T Euro vorgesehen. Schwerpunkt ist dabei die Hard- und Softwareausstattung des Unternehmens (inkl. Lizenzgebühren für die eingesetzte Software und die notwendige Aktualisierung der Netzwerk- und Datenbanktechnik).

C.V Aufwendungen im klassischen Bereich

Die Aufwendungen im klassischen Bereich werden durch die verschiedenen Aufgaben der VBB GmbH im folgenden Teil ausführlich begründet.

C.V.1 Marketing und Tarifkommunikation

C.V.1.1 Grundlagen und Konzepte

Ausgangssituation: Vielen Menschen ist nach wie vor nicht bewusst, dass sie es in Berlin und Brandenburg mit einem integrierten System zu tun haben und dass der VBB-Tarif im jeweiligen Tarifbereich einen Umstieg zwischen allen Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs ermöglicht. Umso wichtiger ist es, die Einheitlichkeit des ÖPNV-Systems auch mit Mitteln des Marketing deutlich zu machen. Das ist eine schwerpunktmäßige Aufgabe des Verbundes. Verkehrsunternehmen können sich und ihre Marken darstellen – und tun dies auch –, es muss aber angestrebt werden, dass die Darstellung des ÖPNV unter dem Logo des Verbundes und mit Elementen des CD/CI einheitlich erfolgt. Dabei geht es keineswegs nur um Standards, sondern auch um Bestandteile konkreter Kampagnen. In der Vergangenheit waren dies in der Regel Tarifprodukte, vor allem solche mit verbundweiter Gültigkeit (VBB-Abo 65plus, Schülerferienticket, VBB-Freizeit-Ticket). Hinzu getreten sind inzwischen auch Vertriebswege wie die VBB-fahrCard, die den Kunden nahe gebracht werden müssen.

Ziele der Grundlagen- und Konzeptarbeit:

- Zielgruppenanalyse – welche (auch potenzielle) Nutzergruppen wollen wir erreichen?
- Grundlagen für die Kundenansprache schaffen
- Kampagnen vorbereiten, auch als Dienstleister der Verkehrsunternehmen

- Botschaften definieren
- Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat klar gezeigt, dass nur eine neutrale Instanz wie der VBB die Vereinheitlichung der Darstellung des ÖPNV-Systems insgesamt leisten kann. Dort, wo es klare Regeln über Standards gibt und diese auch durchgesetzt werden können, wie etwa im SPNV, ist die Vereinheitlichung am weitesten gediehen. Ebenfalls sehr gute Erfolge wurden dort erzielt, wo es direkt um die Bewerbung von Tarifprodukten geht – und damit in erster Linie um die Erzielung von Einnahmen bei den Verkehrsunternehmen. Die Tarifinformationsprodukte sind fast durchgehend einheitlich gestaltet.

Noch einiges zu tun bleibt an der Schnittstelle von Fahrgastinformation und Marketing: Die einheitliche Ausstattung aller Fahrzeuge des Verbundverkehrs nach den Vorgaben des Handbuchs Fahrgastinformation, d. h. mit dem Logo des Verkehrsverbundes. Ähnliches gilt auch für die Halte- und Vertriebsstellen: An vielen Stellen wird dem Kunden nicht klar, dass er es mit dem ÖPNV in Brandenburg und Berlin mit einem System zu tun hat und dass er mit einem Fahrausweis jedes Transportmittel im Linienverkehr nutzen kann.

C.V.1.2 Kundenkommunikation / klassische Werbung

Ausgangssituation: Die entwickelten Grundlagen, darunter das einheitliche CD/CI, werden in einem zweiten Schritt in „klassische Werbung“ umgesetzt. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die konkrete Produktion von klassischen Printprodukten – etwa in der Tarifinformation, aber zunehmend auch in der Präsentation der neuen Vertriebsformen VBB-fahrCard und Handy-ticketing. Die Printprodukte kommen in den meisten Fällen über die Verkehrsunternehmen an die Fahrgäste.

Zunehmend werden aber auch neue Kanäle für die Kundenansprache genutzt. Dabei handelt es sich zum Beispiel um den Facebook-Auftritt für das Schülerferienticket oder für das Handyticketing, aber auch um das Schalten von Online-Anzeigen im Rahmen von Kampagnen. Aufgrund ihrer sehr guten Aussteuerbarkeit und der somit besser möglichen Vermeidung von Streuverlusten sind diese Kanäle dabei, die Bedeutung klassischer Printanzeigen zu überholen.

So wie bisher schon Anzeigen in der Kundenzeitschrift „BB Panorama“ vermarktet werden konnten, wird umgekehrt auch die Seite VBB.de als Anzeigenfläche vermarktet.

Ziele der Kundenkommunikation / klassischen Werbung:

- Bekanntmachen der Leistungs-, Vertriebs- und Tarifangebote des ÖPNV in Brandenburg und Berlin über die einzelnen Verkehrsunternehmen hinweg
- Gewinnung von Neukunden
- Festigung der Kundenbindung
- Steigerung der Fahrgastzahlen
- Imageverbesserung des ÖPNV
- Positionierung der VBB GmbH als Dachorganisation des ÖPNV

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

Es hat sich gezeigt, dass die vom VBB gestalteten und in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen vertriebenen Printprodukte für den wirtschaftlichen Erfolg des ÖPNV insgesamt von großer Bedeutung sind. Würde jedes Unternehmen durchgehend eigene Tarifinformationsprodukte erstellen, wäre der Verbund kaum mehr greifbar und die Verunsicherung der Kunden groß. Hinzu kommt, dass gerade die kleineren Verkehrsunternehmen ohne die Unterstützung des VBB die Kundeninformation kaum leisten könnten.

Für die Formen des Online-Marketings gilt letztlich das Gleiche. Was den Nutzen angeht, sind das Gesamtsystem und damit auch die einzelnen Verkehrsunternehmen gleichermaßen Nutznießer der Vorarbeiten des VBB.

Was die Inhalte angeht, so war das Vorangestellte immer schon für die Tarifinformationsprodukte greifbar. Ähnliches gilt aber auch für die beworbenen Vertriebswege bzw. -medien: Die Kommunikation der VBB-fahrCard gegenüber dem Kunden lief reibungslos. Gleiches ist für die (nichtwerbliche) Kommunikation der Handyticketverfahren zu erwarten.

C.V.1.3 Kundenmagazin „BB Panorama“

Ausgangssituation: Da es kein Medium gab, das den Nahverkehr in der gesamten Region Berlin-Brandenburg zum Thema hatte und hier eine deutliche Lücke spürbar war, entschloss sich die VBB GmbH im Jahr 2007, diese Lücke mittels der „BB Panorama“ zu füllen. Das Magazin ist in sich klar strukturiert: Der ÖPNV steht im Mittelpunkt, es werden aber keineswegs die „Pufferküsser“ bedient – für die es eine Reihe anderer Medien gibt – sondern Leser, die Anregungen vor allem für ihre Freizeit suchen. Sie werden animiert, bestimmte lohnenswerte Ziele öfter mit Bussen und Bahnen anzusteuern und eben nicht nur mit dem Auto. Das Magazin erscheint viermal jährlich – jeweils zum Jahreszeitbeginn – und hat derzeit eine Auflage von 65.000 Stück. Die Zahl der persönlichen Abonnenten steigt ständig.

Wichtigste Rubrik sind jeweils die „Zehn schönsten...“, in denen von Musikspielorten über Klosteranlagen bis hin zu den Badeseen jeweils eine Kategorie pro Heft vertreten ist. Hinzu treten weitere Ausflugstipps, oftmals in Kooperation mit Partnern des VBB. Neue oder veränderte Angebote im Verbundverkehr werden natürlich ebenfalls vorgestellt. Für einige kleinere Unternehmen ist die BB Panorama oftmals die einzige praktikable Möglichkeit, eigene wichtige Botschaften in professioneller Weise in einem Printprodukt an die Leser zu bringen. Aber auch die großen Berliner Unternehmen können die BB Panorama dazu nutzen, ihre Berliner Verkehrsangebote auch im Brandenburger Umland bekannter zu machen.

Ziele des Kundenmagazins „BB Panorama“:

- Information über Angebote und Leistungsspektrum des ÖPNV in Brandenburg und Berlin
- Animieren der Leser, vor allem im Freizeitverkehr öfter auf Bus und Bahn umzusteigen
- Bieten einer Plattform, auf der sich Verkehrsunternehmen und andere Partner des VBB professionell und grafisch ansprechend präsentieren können
- Stärkung des Bewusstseins einer einheitlichen Region Berlin-Brandenburg

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

Die BB Panorama hat ihre Anhängerschaft in den vergangenen Jahren immer weiter ausbauen können. Dazu hat die ständige behutsame Weiterentwicklung des Konzepts beigetragen. Die Reaktionen aus der Leserschaft sind durchgehend positiv. Für viele Verkehrsunternehmen ist die BB Panorama ein wichtiges Kommunikationsmedium, mit dem sie sich identifizieren.

C.V.1.4 Kooperationen

Ausgangssituation: Der VBB GmbH stehen in der Regel keine Mittel für größere, eigenständige Kampagnen zur Verfügung. Neben der Möglichkeit, in begrenztem Maße auf die Marketingpläne der SPNV-Unternehmen Einfluss nehmen zu können, gibt es eine weitere Möglichkeit, die Kommunikationsziele der VBB GmbH voranzutreiben, und zwar durch den Austausch mit Kooperationspartnern.

Gut geeignet sind dafür neben den Gesellschaftern der VBB GmbH vor allem Institutionen, die eine hohe Bekanntheit in Berlin und Brandenburg oder wesentlichen Teilgebieten des

Verbundgebiets haben und deren Ziele im Einklang mit den Zielen der VBB GmbH stehen. Konkret bedeutet dies, dass die VBB GmbH gut mit größeren Freizeit- oder Kulturveranstaltungen zusammenarbeiten kann. Diese haben beispielsweise ein großes Interesse an guter Erreichbarkeit auch bei schwieriger Parkplatzsituation in ihrem Umfeld. Die VBB GmbH bietet den Lesern der Medien der Kooperationspartner nützliche Informationen über die alternative Erreichbarkeit mit dem ÖPNV und kann im Gegenzug die Bekanntheit des Partners und die hohe Auflage von dessen Veranstaltungs- oder Kursprogramm nutzen.

Ziele der Kooperationen:

- Einbindung von ÖPNV-Informationen in externen Publikationen und Internetangeboten (z. B. TMB, Visit Berlin, rbb)
- Bündelung eigener Botschaften mit denen der Kooperationspartner zur effizienten und kostengünstigen Kundenansprache; Nutzung von deren Multiplikatorenfunktion, Erzielen von Synergien
- Erreichen neuer Zielgruppen und damit letztlich Einnahmensteigerung im ÖPNV-System; Unterstützung der Verkehrsunternehmen
- Öffnung und Nutzung zusätzlicher Kommunikationskanäle – neben den klassischen Printmedien, Anzeigen und Plakaten – zur Ansprache der Zielgruppen
- weiterer Ausbau der Zusammenarbeit mit Institutionen, Verbänden und anderen Informationsanbietern

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

Die Kooperationen der VBB GmbH sind in den meisten Fällen lange bewährt und haben in der Vergangenheit viele Marketingaktionen ermöglicht, die beim Ansetzen des „Listenpreises“ (etwa bei Anzeigenschaltungen, Standmiete etc. der Kooperationspartner) ausgeschlossen gewesen wären. Wenn die VBB GmbH Kampagnen durchführt, bilden Maßnahmen im Zusammenhang mit den langjährigen Kooperationspartnern einen großen Teil des Maßnahmenkatalogs.

C.V.1.5 Events und Promotion

Ausgangssituation: Die VBB GmbH ist die Dachorganisation des ÖPNV in der Region und vielen Menschen nicht oder nur als Logo auf dem Fahrausweis bekannt. Das Gesamtsystem als solches und wie es funktioniert, kennen bzw. wissen nur wenige besser Informierte. Wenn einzelne Verkehrsunternehmen auf Veranstaltungen in ihrer Region auftreten, präsentieren sie in der Regel sich selbst und nicht den ÖPNV in seiner Gesamtheit.

Daher ist es entscheidend, dass die VBB GmbH auch in den einzelnen Regionen des Verbundgebiets „zum Anfassen“ greifbar ist, mit konkreten Menschen, denen man konkrete Fragen stellen, bei denen man konkrete Anliegen loswerden kann. Dieser Anforderung kommt die VBB GmbH durch ihre Präsenz bei Veranstaltung wie Festen, zielgruppenspezifischen Messen oder touristischen Leistungsschauen nach. Oft unterstützt sie damit die Verkehrsunternehmen vor Ort.

Ziele der Event- und Promotionsmaßnahmen:

- Darstellung der Leistungen des ÖPNV im Verbundgebiet vor konkretem Publikum
- Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der ÖPNV-Imagepflege
- Schaffung von direkten Kontakten mit unterschiedlichen Zielgruppen
- direktes Feedback der Fahrgäste und der potenziellen Fahrgäste zur wahrgenommenen Qualität des ÖPNV
- Einbindung des ÖPNV in die Erfahrungs- und Erlebniswelt der Zielgruppen; direkte Ansprache von Nichtkunden

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die Veranstaltungen und der auf diese Weise zustande kommende Kontakt mit den Fahrgästen geben wichtige Hinweise auf die Themen, die Fahrgästen im Alltag wichtig sind. Ferner dienen sie auch dazu, die Kontakte zu den regionalen Verkehrsunternehmen, mit denen viele der sonstigen Kontakte im formellen Rahmen von Gremiensitzungen stattfinden, zu vertiefen. Dementsprechend hat die VBB GmbH regelmäßig deutlich mehr Anfragen von Partnern, sich an deren Veranstaltungen zu beteiligen, als es praktisch umsetzbar ist.

C.V.1.6 Infocenter

Ausgangssituation: Das VBB-Infocenter ist die zentrale Ansprechstelle für die Kunden der VBB GmbH. Hier werden Kundenanfragen telefonisch, schriftlich oder im persönlichen Gespräch beantwortet. Während die Zahl der telefonischen Anfragen gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen ist, stieg die Zahl der schriftlichen Kundenanfragen. Über das VBB-Infocenter können die Kunden auch Fahrplanbücher, Radwanderkarten und andere touristische Publikationen kaufen sowie sich mit kostenlosen Informationsmaterialien versorgen. Darüber hinaus stellt das Infocenter für das seit Anfang 2014 für das Verbundgebiet bestehende HandyTicket Deutschland den First-Level-Support sicher.

Ziel des Infocenters: Das bestehende hohe Qualitätsniveau der Serviceleistungen soll beibehalten werden.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Dank der ständigen Überprüfung der internen Abläufe und der Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter können saisonale Schwankungen im Aufkommen der Kundenanfragen flexibel aufgefangen werden. Auf diese Weise ist auch gesichert, dass die hohe Qualität der Auskünfte beibehalten bleibt und die Kunden jederzeit kompetente Antworten bekommen.

Die Anzahl der schriftlichen Kundenanfragen stieg im Jahr 2013 erneut um siebzehn Prozent auf nunmehr rund 500 Anfragen pro Monat. Das Anrufaufkommen liegt derzeit bei monatlichen 5.430 Anrufen.

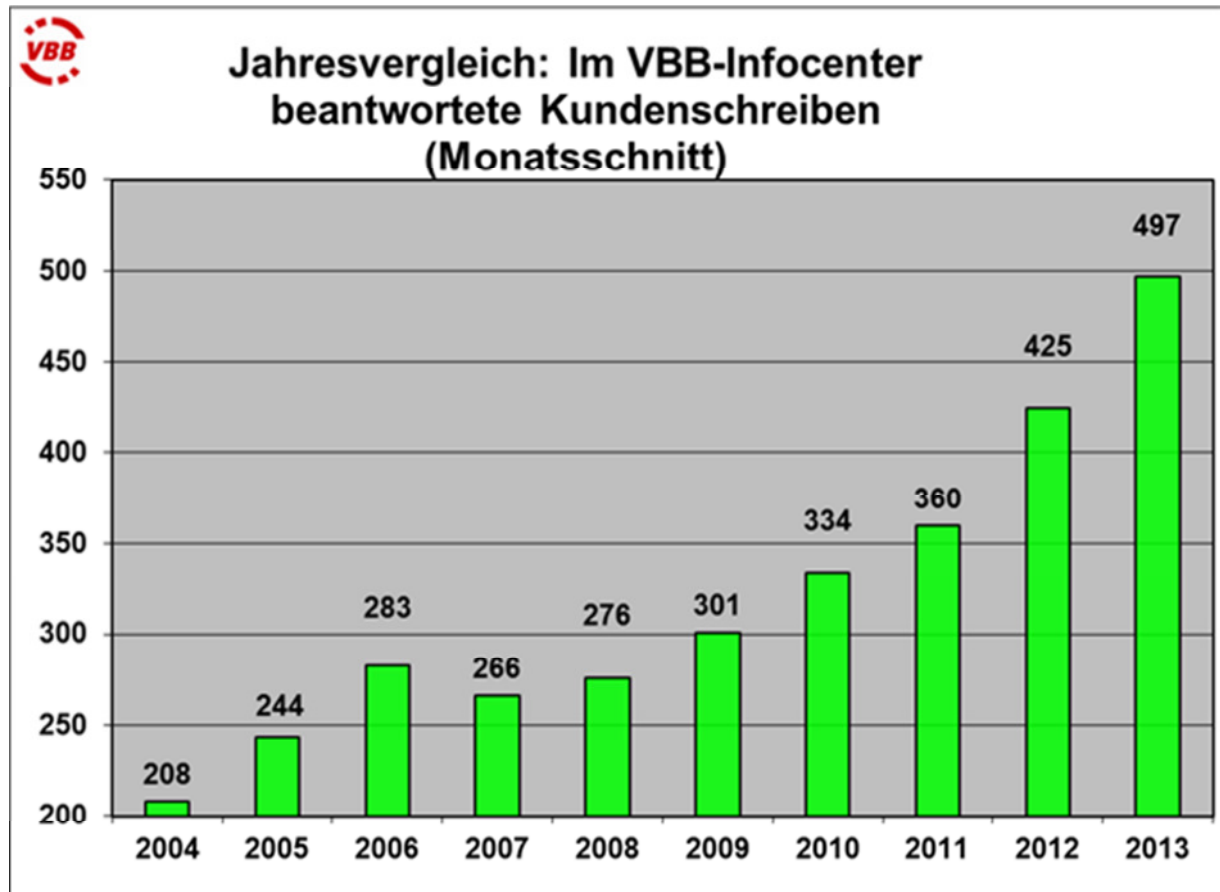
Seit April 2009 übernimmt das VBB-Infocenter zudem die zeitweise telefonische Betreuung der Kunden der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP). Monatlich rund 700 Anrufer können dank dieser Rufumleitung zum VBB-Infocenter auch außerhalb der ViP-Öffnungszeiten die gewünschten Informationen bekommen.

Der Leistungsumfang des VBB-Infocenters hat sich im Laufe der Jahre kontinuierlich erweitert. Aufgabenanteile, die über das klassische Spektrum des VBB-Infocenters hinausgehen, kamen und kommen dazu. So sind beispielsweise Recherchearbeiten für Kooperationspartner (z. B. Ausflugstipps rbb-Abendschau) als auch das Informationsmanagement im Störfall (Kommunikation mit den Leitstellen der betroffenen Verkehrsunternehmen) mittlerweile ein fester Bestandteil der Arbeiten.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das VBB-Infocenter ist für die Fahrgäste der bewährte Ansprechpartner für:

- Tarif- und Fahrplanauskünfte,
- Störungsmeldungsmanagement,
- Vertrieb der VBB-Informationsprodukte,
- Verkehrsplanung und verkehrliche Entwicklungen,
- Verknüpfungen und Anschlüsse,
- Kundenanregungen und -wünsche.

Das VBB-Infocenter informiert über das komplette Verbundgebiet. Die Informationen über alle Verkehrsunternehmen liegen nur bei der VBB GmbH gesammelt vor.



C.V.1.7 ÖPNV-Kampagnenkonzepte

Ausgangssituation: Wie schon in den vorhergehenden Abschnitten ausgeführt, reicht das Marketingbudget der VBB GmbH in der Regel nicht aus, komplette Kampagnen – sei es für Tarif-, Vertriebs- oder Leistungsangebote – von der ersten Idee bis zur Umsetzung gegenüber dem Fahrgast durchzuführen. Umso wichtiger ist es aber, den Verkehrsunternehmen klare Vorgaben bzw. Angebote zu machen, wie die Bewerbung dieser Angebote aussehen und erfolgen kann bzw. soll. Beispiele für gelungene Kampagnenkonzepte in den vergangenen Jahren waren unter anderem:

- Tarif: Schülerferienticket, VBB-Freizeit-Ticket, 10-Euro-Ticket Berlin-Stettin
- Vertrieb: Einführung VBB-fahrCard, Handyticketing über die VBB-App
- Leistung des ÖPNV: Verknüpfungsflyer, andere regionale Angebote (z. B. Schlaubetal-flyer)

Die VBB GmbH entwickelt dabei die Konzepte bis hin zur umsetzbaren Druckvorlage und übernimmt oftmals auch schon die Produktion der Medien zum Selbstkostenpreis. Hier werden erhebliche Synergien für das ÖPNV-Gesamtsystem erzielt.

Ziele der ÖPNV-Kampagnenkonzepte:

- Entwicklung einheitlicher Botschaften und Kampagnen, um die Nutzung des ÖPNV in Berlin und Brandenburg zu erhöhen
- nachhaltige Kundenbindung für die öffentlichen Verkehrsmittel und Steigerung der Einnahmen bei den Verkehrsunternehmen
- Gewinnung von Neukunden durch Darstellung der oftmals so nicht bekannten Stärken des ÖPNV in der Region

- höhere Effizienz und Verringerung der Gesamtkosten für die Marketingmaßnahmen des öffentlichen Nahverkehrs

Nutzen für Aufgabenträger, Unternehmen und Fahrgäste: Durch einheitliche Kampagnen wird die Durchschlagskraft der werblichen Maßnahmen erhöht. Der Kunde kann sich an einheitlichen Kampagnen mit einem durchgehenden CD/CI leichter orientieren und erkennt bekannte Marken wieder. Die Stärken des ÖPNV werden deutlicher, als wenn jeder einzelne Akteur im System etwas Eigenes entwickeln würde.

C.V.2 Fahrgastinformation

Die Fahrgastinformation ist ein wesentlicher Bestandteil des Außenauftritts der VBB GmbH gegenüber den Nahverkehrskunden in Berlin und Brandenburg. Die Informationsmedien und das Fahrplandatenmanagement der VBB GmbH stellen die Grundlage für die ganzheitliche, verkehrsmittelübergreifende und betreiberunabhängige Fahrgastinformation im gesamten Verbundgebiet dar. Der Trend zu einer verstärkten Nutzung der elektronischen Informationsangebote ist weiterhin ungebrochen; die Bedeutung der konventionellen Printmedien hingegen geht mehr und mehr zurück.

Die VBB GmbH entwickelt nicht nur ihre eigenen Informationsmedien kontinuierlich weiter, sondern stellt auch Dritten, wie Google, Nokia oder Daimler, Fahrplandaten zur Verfügung. Darüber hinaus werden auch im Rahmen der „offenen Daten“-Richtlinien von Bund und Ländern Dritten Daten verfügbar gemacht. Dies alles trägt sehr stark zur Verbreitung der Bekanntheit der ÖPNV-Angebote im Verbundgebiet bei, verursacht jedoch auch entsprechenden Aufwand bei der VBB GmbH.

Auch der technische Fortschritt und die dadurch immer kürzeren Innovationszyklen führen regelmäßig zu einer Steigerung des Aufwands bei Beschaffung, Betrieb und Wartung der entsprechenden Softwaresysteme.

C.V.2.1 Verbundfahrplandatenmanagement

Ausgangssituation: Das Fahrplandatenmanagement stellt eine wesentliche Aufgabe der Arbeit der Verbundgesellschaft dar. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit sind Grundlage für die Fahrgastinformation und weitere Aufgaben der VBB GmbH; das Fahrplandatenmanagement wird als laufender Prozess kontinuierlich betrieben. Im Wirtschaftsplanjahr 2015 werden die Leistungen der Vorjahre hinsichtlich des Fahrplan-Solldatenmanagements fortgeführt.

Ziel des Verbundfahrplandatenmanagements: Das laufende Fahrplandatenmanagement soll im Jahr 2015 auf gleichbleibend hohem Qualitätsniveau fortgesetzt werden. Dies gilt sowohl für die wöchentliche Solldatenaktualisierung für die VBB-Fahrinfo, als auch für erforderliche zusätzliche Updates. Auch die Daten für die barrierefreie Auskunft werden weiter gepflegt.

Zusätzliche Anforderungen an die Pflege der Grunddaten ergeben sich aus der zunehmenden Versorgung der VBB-Informationsmedien mit Echtzeitdaten. Die Bereitstellung von Echtzeitdaten wird mittlerweile von den Kunden als Standard vorausgesetzt. Sie bindet aber in zunehmendem Maße Ressourcen, u. a. für die Kommunikation mit den Verkehrsunternehmen, die Versorgung der Auskunftsmedien von VBB und Dritten wie auch für das lokale Anschlussmanagement.

Für 2015 ist weiterhin geplant, das Datenbankmodell vom bisherigen Modell der sog. „Haltestellenbereiche“ auf eine mastscharfe Datenhaltung, also die genaue Position der eigentlichen Haltestelle bzw. einer Bahnsteigkante, umzustellen. Dies ist erforderlich, da neue Informations- und Ticketingdienste höhere Anforderungen an die Daten stellen, als das bisherige Ortsmodell abdecken kann. Voraussetzung dafür sind die Ergebnisse des gemeinsamen

Forschungsvorhabens mit SenStadtUm „m4guide“ sowie die Umstellung des Datenlieferformates der BVG auf ein neues Verfahren.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das Fahrplandatenmanagement der VBB GmbH ist strukturell gut organisiert und hat sich bewährt. Kontinuierlich werden knapp 13.000 Haltestellenbereiche mit rund 34.500 untergeordneten (aber noch nicht geokodierten) Haltestellenmasten in den Datenbanksystemen vorgehalten. Durch den erweiterten Funktionsumfang, vor allem der elektronischen Auskunftsmethoden, hat sich der Aufwand für das Datenmanagement kontinuierlich erhöht. Dies betrifft insbesondere das Management der Informationen zur Barrierefreiheit und der Echtzeitdaten, sowie die Integration von Störungsmeldungen.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das VBB-Fahrplandatenmanagement ist die Grundlage für Aktivitäten auf vielen Arbeitsgebieten unterschiedlicher Partner der VBB GmbH:

- kontinuierliche Versorgung des Landesfahrplanauskunftssystems VBB-Fahrinfo, der BVG-Auskunft sowie der DB-Auskunft mit dem VBB-Fahrplandaten und dem Portal www.Daten.Berlin.de bzw. weiterer Abnehmer
- Vorhaltung barrierefreier Auskunftsdaten
- Verarbeitung von Echtzeitdaten für die Fahrplanauskunft
- Datenlieferung für die Erstellung von Printmedien (Fahrplanbücher, -hefte, -flyer, Aushangfahrpläne)
- Zurverfügungstellung der Daten im „open data“-Portal der Stadt Berlin
- Versorgung von google transit
- Datenlieferung für die DV-gestützte SPNV/Bus-Leistungsabrechnung und das Vertragscontrolling
- Datenbereitstellung für kartografische Informationsprodukte
- Datenbereitstellung für Verkehrserhebungen im VBB
- Datenbereitstellung für die Erarbeitung der Nahverkehrspläne der kommunalen Aufgabenträger
- Datenbereitstellung für Fahrplaninformationsmedien Dritter (Apps, DFI-Anzeiger etc.)
- Soll- und Echtzeitdatenversorgung für Dritte (VIZ, AIRVIS, rbb, Mobilitätsagentur Potsdam)
- Metadatenmanagement für das nationale Bund-Länder-Auskunftsnetzwerk „DELFI“ sowie das internationale Netzwerk EU-Spirit
- laufende Aktualisierung von routingfähigen Netzlayern für die Fahrplanauskunft

C.V.2.2 Kartografiedatenmanagement

Ausgangssituation: Auch im Jahr 2015 werden den Kunden wieder die bekannten und bewährten grafischen Informationen zur Verfügung stehen. Dies sind vor allem die schematischen Liniennetzpläne des SPNV und der Regional- und Stadtverkehre. Daneben wird weiterhin eine einheitliche Verbundkartografie in den unterschiedlichen Maßstabsebenen angeboten. Diese ganzheitliche Kartografie findet Eingang in die kartografische Produktfamilie des VBB, z. B. in die Beilagekarten der Fahrplanbücher, Tarif-Info-Produkte oder auch die entsprechenden Radwander- und Freizeitkarten.

Ziel des Kartografiedatenmanagements: Auch in Zukunft soll den Kunden eine breite Palette an kartografischen Produkten angeboten werden. Trotz der zunehmenden Konkurrenz durch elektronische Kartenprodukte sind gedruckte Karten nach wie vor am Markt sehr beliebt.

Im Jahr 2015 ist deshalb die Neuauflage folgender touristischer Karten aus der VBB-Kartenfamilie) geplant:

- Radwander- und Freizeitkarte Fläming-Havelland (BUGA-Region)
- Radwander- und Freizeitkarte Oder-Spree-Seengebiet Südteil

Neben den Informationen über den ÖPNV sind in den Karten auch touristische Sehenswürdigkeiten, Sport- und Freizeitangebote, besonders sehenswerte Bauwerke und Gaststätten zu finden. Die Karten ermöglichen es somit dem Nutzer bei der Planung von Ausflügen die regionalen Besonderheiten mit Bus und Bahn zu kombinieren.



Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die VBB GmbH hat das in seiner heutigen Ausprägung vorliegende und bewährte Kartografiedatenmanagement kontinuierlich aufgebaut. In geplanten Zyklen werden die kartografischen Daten aktualisiert und für die folgenden unterschiedlichen Anwendungen und Produkte bereitgestellt:

- Stadtplanausschnitte auf VBB.de
- Mobile Dienste (Apps)
- VBB-Kartenfamilie
- Beilagekarten der Fahrplanbücher
- Tarifkommunikationsmedien
- Übersichtskarten für Infopunkte
- Linienflyer zu Sonderinformationen zur Verkehrsanbindung
- Medien der Verkehrsunternehmen
- Produkte mit dritten Partnern (pro agro-Karte zur Grünen Woche)
- sonstige touristische Karten mit ÖPNV-Inhalten

Allen Produktionsprozessen gehen enge Abstimmungsprozesse mit den Aufgabenträgern, Verkehrsunternehmen und Tourismusverbänden voraus. Auf diese Weise konnten bisher immer eine gute Qualität, eine realistische Auflagenabschätzung und damit der wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Produkte sichergestellt werden.

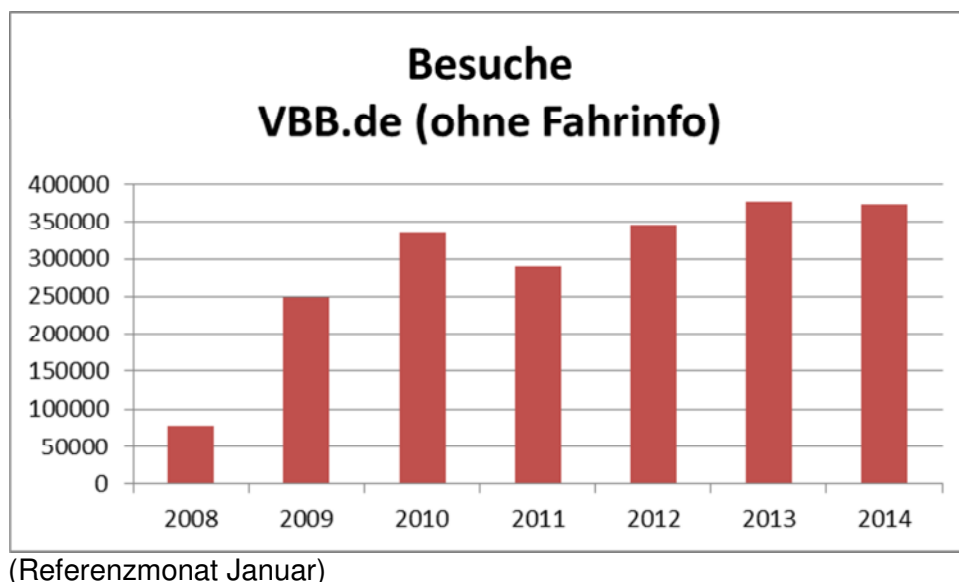
Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Grafische Verkehrsnetze bzw. Linienpläne sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Fahrgastinformation des VBB. Durch ihre hohe Verbreitung werden sie nicht nur von der VBB GmbH und den Verkehrsunternehmen, sondern auch von Kooperationspartnern offensiv in unterschiedlichen Produkten zur Kundeninformation verwendet. Dabei findet die Nutzung nicht nur in den klassischen Printmedien, sondern auch immer stärker in den elektronischen Medien statt.

C.V.2.3 VBB.de

Ausgangssituation: Der Internetauftritt des VBB wendet sich sowohl an die Fahrgäste, die sich über Fahrverbindungen, Linienführungen und Fahrpreise im Verbundgebiet informieren möchten, als auch an diejenigen, die Hintergrundinformationen rund um den Nahverkehr in ihrer Region suchen. Dazu gehört auch die Information über Struktur und Arbeit des VBB sowie seiner Verkehrsunternehmen. Im Jahr 2012 wurde zur Vereinfachung der Pflege der Inhalte und zur Verbesserung der Reaktionszeiten bei zeitkritischen Änderungen von Inhalten auf VBB.de ein Contentmanagementsystem (CMS) eingeführt. Dieses System wird kontinuierlich gewartet und entsprechend den aktuellen Anforderungen der VBB GmbH hinsichtlich neuer Inhalte und Strukturen gepflegt.

Ziele von VBB.de: Die Internetseite VBB.de soll auch künftig auf die sich entwickelnden bzw. verändernden Bedürfnisse der Fahrgäste im Verbundgebiet eingehen. Dazu zählen sowohl aktuelle Informationen etwa zur Abweichung vom Regelfahrplan (Störungsinformationen), als auch verstärkte touristische Informationen, die zur Nutzung des Nahverkehrs in der Region auch in der Freizeit anregen sollen.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:



Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Der VBB vermittelt auf seiner Internetseite VBB.de Fahrplan- und Tarifinformationen für die gesamte Reisekette in Berlin und Brandenburg sowie zunehmend auch nach Polen. Dadurch ergänzt der VBB die Grundinformation zum Nahverkehr der einzelnen regionalen Verkehrsunternehmen und verknüpft sie zu einem verbundweiten, übergreifenden Informationsdienst. Nur durch die Verzahnung der Inhalte von Verkehrsunternehmen und VBB ist so eine übergreifende bzw. integrierte Information der Fahrgäste im Verbundgebiet möglich.

Darüber hinaus schätzen die Fahrgäste die vom VBB bei besonders schweren Einschränkungen des Nahverkehrs angebotenen Informationen, die über das Internet sowie die Apps auch stets aktuell gehalten werden können.

Die Kooperationen mit touristischen Dienstleistern (TMB, pro agro, ...) sollen fortgeführt und erweitert werden.

C.V.2.4 VBB-Fahrinfo

Ausgangssituation: Mit der breiten Produktpalette des verbundweiten elektronischen Fahrplanauskunftssystems erhalten die Fahrgäste individuelle Angebotsempfehlungen für ihre Wege mit dem Nahverkehr. Dazu zählen u. a.:

- klassische Routenplanung von Tür zu Tür (mit Eingabemöglichkeit von Haltestellen, Adressen und touristischen Zielen bzw. öffentlichen Einrichtungen)
- Fahrpreisauskunft zu jeder Verbindung im Verbundgebiet
- Routenplanung unter Berücksichtigung der barrierefreien Infrastruktur (Rolltreppen und Aufzüge) vor Ort
- Fußwegangabe zwischen Haltestelle und Adresse (Nutzung einer neuen Kartengrundlage seit 2012)
- Apps zur komfortablen Nutzung des Fahrplanauskunftssystems auf Smartphones
- für mobile Geräte angepasste Website (mit den wichtigsten Funktionen einschließlich Echtzeitdaten und barrierefreier Routenplanung)
- durchgängige nationale und internationale Routenempfehlungen über die Auskunftnetzwerke DELFI und EU-SPIRIT
- Haltestellenaushänge, Linien-Fahrplantabellen und kompakte Routendarstellung für Vielfahrer (jeweils individuell am Computer erstellbar und zum Selbstaussdrucken)
- Informationen zu Verspätungen und Ausfällen inkl. Alternativroutenberechnung für weite Teile des Verbundgebiets
- Visualisierung der Echtzeitdaten auf „Livekarten“ für Endkunden und zur Unterstützung dispositiver Prozesse in den Verkehrsunternehmen
- Angebot einer Zugangsschnittstelle für Dritte (sog. „API“), um Kooperationen mit externen Partnern zu ermöglichen (Nutzung z. B. durch Nokia und Daimler)

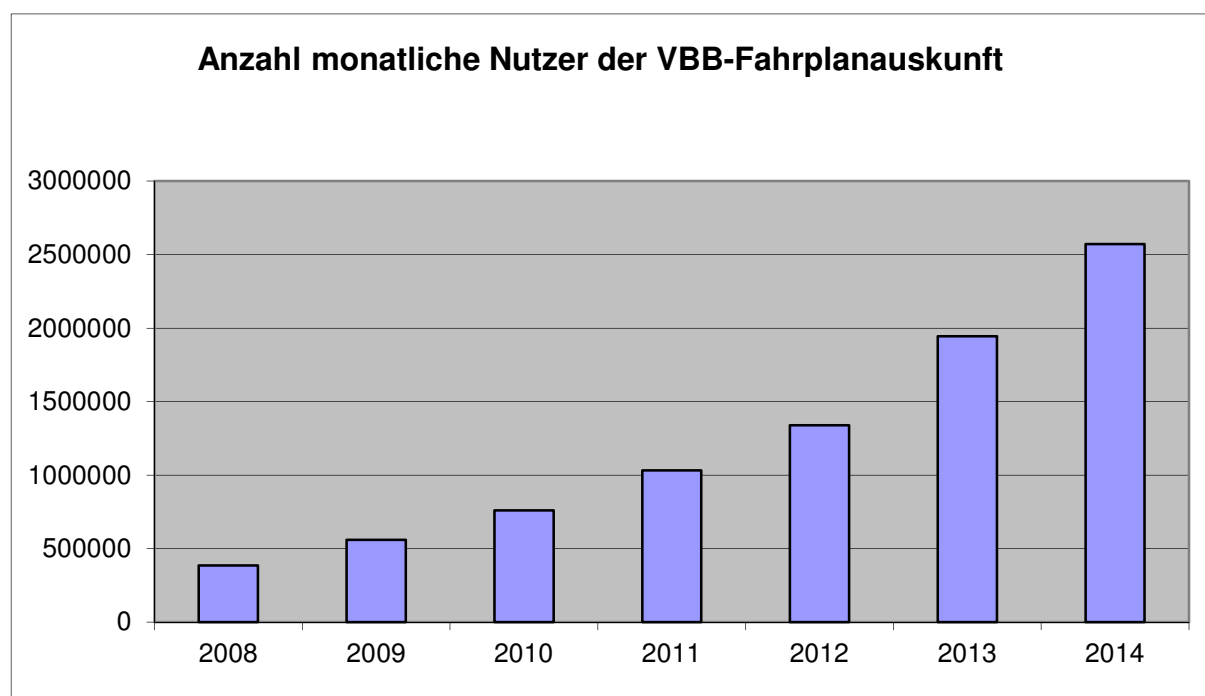
Ziel der VBB-Fahrinfo: Auch in den nächsten Jahren wird die VBB GmbH ihre Auskunftssysteme weiterentwickeln, um den steigenden Informationsbedürfnissen der Fahrgäste (vor allem in Bezug auf Verspätungen, Ausfälle und Anschlüsse, aber auch bezüglich der barrierefreien Routenplanung) Rechnung zu tragen. Dazu zählen schwerpunktmäßig:

- Betreuung und Weiterentwicklung der hochkomplexen barrierefreien Auskunft und Inbetriebnahme der Ergebnisse des Forschungsvorhabens m4guide
- Intensivierung der Nutzung der Echtzeitdaten für die Fahrgastinformation durch neue kundenorientierte Services
- Einführung der in BAIMplus entwickelten Technologie zur Berücksichtigung von gestörten Aufzügen für das barrierefreie Routing
- Verstetigung der Lieferungen von „weichen“ Echtzeitinformationen durch die Verkehrsunternehmen
- Stabilisierung des Austauschs von Informationen zum Anschlussmanagement zwischen den Verkehrsmitteln auf der Basis der o. g. Echtzeitinformationen sowie der unternehmensübergreifenden Information auf dynamischen Anzeigesystemen
- Entwicklung und Betrieb eines multimodalen Routers zur Schaffung von Reiseketten, die einer Verbesserung des Modal Split dienen
- Weiterer Ausbau der Informationsdienste für mobile Endgeräte (inkl. Verbesserung der Genauigkeit durch haltestellenscharfe Information, Sicherstellung laufender Betrieb der Library von HandyTicket Deutschland)
- Erweiterung der VBB-Fahrinfo durch vollständige Integration flexibler Bedienformen für das Land Brandenburg
- Vertiefung der Kooperation mit dritten, etablierten Informationsanbietern (Google, Nokia, Daimler usw.)
- Kooperation mit freien Entwicklern für neue, privat finanzierte Mehrwertdienste

Voraussetzung für die Nutzung der Echtzeitinformationen ist die zuverlässige Verfügbarkeit von Ist- und Störungsinformationen. Inzwischen versorgen 15 betriebliche Leitsysteme den

VBB mit Echtzeitinformationen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der BVG wird auch wieder eine Schwerpunktaufgabe für 2014/15 sein, um deren Daten qualitätsgesichert in die Landesfahrplanauskunft und die Systeme zum unternehmensübergreifenden Datenaustausch für das Anschlussmanagement zu integrieren. Damit stehen dann von allen und für alle Verkehrsunternehmen Echtzeitdaten auf einer vielseitig verwendbaren Plattform zur Verfügung.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die VBB-Fahrinfo hat sich als verbundweite Fahrplanauskunft nach und nach zu einem unverzichtbaren Informationsmedium entwickelt. Die Nachfrage steigt kontinuierlich an. Die mobilen Dienste stellen dabei die Gruppe mit den stärksten Wachstumszahlen dar. So wurde die VBB-App für die Fahrplanauskunft bereits 600.000-mal heruntergeladen. Die überwiegende Mehrheit der Fahrgäste informiert sich über Verbindungen innerhalb der nächsten 6 Stunden. Demzufolge sind vor allem operative Informationen, wie Verspätungs- und Alternativrouteninformationen, von großer Bedeutung. Aber auch die weiteren Dienste, wie der Haltestellenaushang oder die Live-Karte, kommen durch die gestiegene Gesamtnutzerzahl deutlich mehr Fahrgästen zu Gute. Dies belegen die Nutzungszahlen der Fahrplanauskunft im mobilen und stationären Bereich. So stieg die Nutzung der VBB-Fahrplanauskunft im Laufe des Jahres 2013 um knapp 600.000 Besuche pro Monat an.



(Referenzmonat Januar)

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die elektronische Fahrplanauskunft des VBB mit allen angeschlossenen Diensten ist das VBB-Informationsprodukt mit der stärksten Nachfrage, der größten Erreichbarkeit und Zugänglichkeit über das gesamte Verbundgebiet. Als Basisinformation zum Verkehrsangebot, aber auch zur konkreten Planung sowohl von täglichen Wegen des Alltags als auch einzelnen Routen, etwa in der Freizeit, ist die Fahrplanauskunft eine unverzichtbare Informationsquelle mit folgenden Nutzen und Vorteilen:

- einheitliches Auskunftssystem für zwei Bundesländer mit großem Funktionsumfang
- unternehmens-, damit wettbewerbsneutrale Plattform für Fahrplanauskünfte
- von Verkehrsunternehmen unabhängiger Informationsdienst
- durchgehende Fahrplan- und Tarifauskunft, somit Verkörperung des Verbundgedankens und des zusammenwirkenden Systems Nahverkehr, bestehend aus den unterschiedlichen Verkehrsmitteln und -betreibern

- multimodale Routenplanung
- Eingabetool (HIM) zur Versorgung der Fahrplanauskunft mit aktuellen Hinweisen und Störungsinformationen durch die Verkehrsunternehmen
- Apps für die gängigen Handybetriebssysteme, die neben Fahrplan- und Tarifauskunft auch über Benachrichtigungsfunktionen bei Störungen verfügen
- Über die Schnittstelle an das Auskunftssystem angeschlossene Betreiber von Drittsystemen (Nokia, Daimler, ...) können neue Services anbieten, die potenzielle Fahrgäste des ÖPNV erreichen. So ist z. B. die Handy-App „Bus und Bahn“ von Nokia bereits auf jedem Nokia-Smartphone vorinstalliert und ermöglicht die Auskunft zum ÖPNV im VBB-Gebiet direkt vom VBB-Fahrinfosystem.
- Mobiles Ticketing über Apps: Dabei sind sowohl das System „HandyTicket Deutschland“ als auch die Verknüpfung mit „Touch&Travel“ integriert.
- Verknüpfung des Fahrplanservices auf den Internetseiten der beiden Bundesländer sowie verschiedener Landkreise, Kommunen, touristischer und anderer Dienstleister sowie der VBB-Verkehrsunternehmen
laufender Betrieb bei der Versorgung von Live-Abfahrtstafeln bei Verkehrsunternehmen (Cottbusverkehr, S-Bahn, SVF, ...), Medienanstalten (rbb Text) und Dritten (zurzeit Flughäfen Schönefeld und Tegel, SenStadtUm, Einkaufszentren, Universität Frankfurt/Oder)

C.V.3 Tarifdatenmanagement / Vertrieb

C.V.3.1 Tarifdatenmanagement

Ausgangssituation: Das Tarifdatenmanagement ist eine der zentralen Aufgaben der VBB GmbH. Mit den Daten des Tarifdatenmanagements werden den Verkehrsunternehmen die Daten zur Verfügung gestellt, die für den Verkauf von einheitlichen Fahrausweisen genutzt werden. Dies gilt unabhängig davon, welcher Vertriebskanal gewählt wird, ob konventioneller oder elektronischer Vertriebsweg. Tarifikalkulationen und Berechnungen von Grundlagen für die Tarifweiterentwicklung hängen ebenso mit dem Tarifdatenmanagement zusammen. Folgende Kernelemente gehören dazu:

Kern des Tarifdatenmanagements ist die Erstellung der einheitlichen Tarifdatenbank. Der Verkauf des einheitlichen Verbundtarifs in der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen und die einheitliche Tarifinformation in den Fahrgastauskunftssystemen werden durch die Pflege und Verteilung einer für alle Verkehrsunternehmen einheitlichen Tarifdatenbank in der VBB GmbH gesichert. Die Datenbank enthält neben den eigentlichen Informationen zur Ausgabe der Tarifprodukte auch Elemente für den einheitlichen Fahrausweisaufdruck bzw. die Verwendung einheitlicher Datenelemente bei der Ausgabe neuer Fahrausweismedien. Außerdem werden Daten für die Prüfung und Kontrolle von Fahrausweisen zur Verfügung gestellt. Die Datenbank muss ständig in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und deren Lieferantenfirmen für Vertriebstechnik auf dem aktuellen Stand gehalten werden. Neue elektronische Vertriebswege wie das eTicketing haben erheblichen Anpassungsaufwand erzeugt; die Komplexität hat sich erheblich erhöht. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus der Tatsache, dass vor allem auch eine automatisierte Kontrolle über eine einheitliche Datenversorgung im Zusammenhang mit der Ausgabe von elektronischen Medien ermöglicht werden muss. Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen sowie mit den Lieferantenfirmen von deren Vertriebstechnik sind notwendig. Besondere Herausforderungen an die Erstellung der Datenbank ergeben sich aus den neuen Vertriebsformen (z. B. VBB-fahrCard, Handyticketing) und deren Kontrolle.

Neben der Versorgung der Verkehrsunternehmen mit den für den Vertrieb notwendigen Daten wird mit Hilfe der Tarifdatenbank auch die Fahrpreisauskunft im Internet auf VBB.de und die Versorgung der fahrplanbasierten Handyticketsysteme ermöglicht. Hier werden die Preise für die über die Fahrplanauskunft angezeigten Fahrten ermittelt. Der Tarifratergeber wird kontinuier-

lich verbessert und weiter ausgebaut. Die einheitliche Tarifdatenbank muss auch für diese Zwecke ständig angepasst werden, insbesondere zu Tarifwechseln.

Im Zusammenhang mit der zweiten Stufe des Projektes INNOS-Start-VBB sind Daten für die verbundweite Anwendung erforderlich. Dazu sind die Daten für die zusätzlich durchzuführenden Prüf- und Kontrollalgorithmen zu erweitern.

Darüber hinaus dient die Tarifdatenbank auch der Versorgung der Datenbank Meldewesen mit den tariflichen Basisdaten; die Datenbank Meldewesen wiederum ist die Grundlage für die Einnahmenaufteilung und das Berichtswesen.

Schließlich müssen Tarifierhöhungen sowie Änderungen der Beförderungsbedingungen bei den Genehmigungsbehörden der Länder genehmigt werden, wofür Gebühren anfallen. Die Zahl der Tarifierhöhungen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, da die Anträge für die verschiedenen Unternehmen des SPNV gesondert nach den einzelnen Verkehrsverträgen gestellt werden müssen.

Das Thema Vertrieb hat beim VBB in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Eine wesentliche Rolle spielen auch hier die Ausschreibungen im SPNV und die daraus resultierenden Bruttoanreizverträge. Hierzu werden Standortkonzepte, Konzepte für die Bedienoberflächen etc. benötigt. Auch muss der Status der Vertriebstechnik und der Vertriebswege im VBB-Gebiet weiter detailliert erhoben und fortgeschrieben werden.

Hinzu kommen die neuen Formen des elektronischen Vertriebs (siehe dazu auch den speziellen Abschnitt), neben der VBB-fahrCard auch das Handyticketing sowie das Onlineticketing. Die sukzessive Umstellung des Vertriebs von konventionellen auf elektronische Medien erfordert auch bei den handelnden Personen ein Umdenken, und zwar sowohl bei den Verkehrsunternehmen als auch bei den Kunden, denen viel Neues und Unbekanntes innerhalb kurzer Zeit präsentiert wird. Um diesen Prozess zielgerichtet begleiten zu können, beabsichtigt die VBB GmbH, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern eine Vertriebsstrategie zu entwickeln, die darlegen soll, wie der Vertrieb in der Zukunft aussehen soll. Auf diese Weise soll den Beteiligten eine Orientierungsmöglichkeit gegeben werden, die die einzelnen Maßnahmen in einen nachvollziehbaren Kontext stellt.

Ziele des Tarifdatenmanagements und des Vertriebs:

- einheitliche Datenversorgung der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen zu Tarifanpassungen, und zwar im Wesentlichen durch die Erstellung der Tarifdatenbank für die VBB-Unternehmen und die von ihnen beauftragten Vertriebsfirmen
- einheitliche Datenversorgung der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen für die Durchführung der automatisierten Kontrolle für elektronische Medien, insbesondere das eTicketing
- Bereitstellung einer einheitlichen Fahrgastinformation zum Tarif, sowohl online als auch offline
- Erstellung eines umfassenden, aussagestarken und exakten Berichtswesens u. a. zur Einnahmenentwicklung, insbesondere für die Beiräte und den Aufsichtsrat
- Kalkulationen für die Weiterentwicklung des VBB-Tarifs
- Entwicklung und Pflege einheitlicher Standards im Vertrieb (einheitliche Fahrausweisaufdrucke, ähnliche Bedienung der Automaten, Mindeststandards für personenbedienten Verkauf etc.)
- Vertriebskonzepte zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Fahrgäste mit Vertriebsstellen, vor allem im SPNV
- Erstellung einer Vertriebsstrategie
- Konzepte zur Einbindung der neuen Vertriebsformen bzw. der neuen Medien VBB-fahrCard, Handyticketing und Onlineticketing sowie deren Sicherstellung einer einheitlichen Prüfung

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die Tarifdatenbank ist die Grundlage für die einheitliche Anwendung des VBB-Tarifs. Sie ist Voraussetzung für einen einheitlichen Fahrausweisverkauf und zur Unterscheidung der tatsächlichen Verkäufe nach Tarifprodukten. Neue Tarifprodukte könnten ansonsten nicht kalkuliert werden. Die Tarifdatenbank ist ebenso Grundlage für den Tarifratergeber. Der gemeinsame VBB-Tarif wird über die VBB-Tarifdatenbank an die Vertriebstechnik aller Verkehrsunternehmen kommuniziert.

Die Erweiterungen an der Datenbank, die schon erfolgt sind und die noch folgen werden, ermöglichen auch eine deutlich bessere Kontrolle der Fahrausweise und damit eine Senkung der Schwarz- und Graufahrerquote.

Eine Vereinheitlichung der Nutzeroberfläche der Fahrausweisautomaten konnte in der Vergangenheit in gewissem Umfang erreicht werden. Bei der Neubeschaffung von Vertriebstechnik wird sich die VBB GmbH im Rahmen der elektronischen Vertriebswege verstärkt einbringen, um Schritt für Schritt eine weitere Vereinheitlichung zu erzielen.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Der Verbundtarif ist das Kernstück des Verkehrsverbundes, da er das ÖPNV-System zusammenhält und buchstäblich erfahrbar macht. Ein sich stetig verbessernder und modernisierender Vertrieb wird die Hemmschwelle zur ÖPNV-Nutzung weiter senken. Das aus dem Meldewesen resultierende Berichtswesen hilft dabei, neue Tarifprodukte zu platzieren, die die Nutzung des ÖPNV für noch mehr Menschen noch einfacher machen und damit auch den Aufgabenträgern helfen, ÖPNV als Daseinsvorsorge langfristig sichern zu können. Mittelfristig sollen die gewonnenen Daten und die zunehmenden elektronischen Möglichkeiten dazu führen, das Tarifsysteem insgesamt noch nutzerfreundlicher zu machen.

C.V.3.2 Relationsbezogene Schnittstellen für die Einnahmenmeldungen

Ausgangssituation: Bei der VBB GmbH und den meisten Verkehrsunternehmen existiert eine standardisierte Schnittstelle für die Übergabe der Einnahmenmeldungen. In der Regel wird über diese Schnittstelle bisher aber nur gemeldet, welches Unternehmen welche Tarifprodukte verkauft hat. Damit werden die bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten der Vertriebstechnik zur Übermittlung von Daten aus dem bestehenden VBB-Tarif nicht voll ausgeschöpft, denn beim Verkauf werden auch teilweise relationsbezogene Daten erzeugt. Diese können prinzipiell ausgewertet und für die Zwecke der Einnahmenaufteilung sowie der Verkehrsplanung verwendet werden. Dazu müssen die bestehenden Schnittstellen zwischen der bei den Verkehrsunternehmen eingesetzten Vertriebstechnik und der Einnahmendatenbank der VBB GmbH Zug um Zug erweitert und in die Vertriebstechnik implementiert werden, und zwar für jeden Vertriebstechnikhersteller gesondert. Die allgemeine Schnittstellenerweiterung beauftragt die VBB GmbH; die Kosten für die unternehmensindividuelle Implementierung der Schnittstelle in die Vertriebstechnik sind hingegen von den Verkehrsunternehmen zu tragen. In den SPNV-Ausschreibungen wird die Übergabe der Einnahmenmeldungen mit relationsbezogenen Daten standardmäßig gefordert.

Die ersten Unternehmen können ihre Daten bereits relationsbezogen übermitteln, es sind aber noch viele Anpassungen und Erweiterungen erforderlich, bis alle Verkehrsunternehmen in der Lage sind, relationsbezogen zu melden. Viele Unternehmen haben die Anpassungen durch das Projekt INNOS zum Anlass genommen, auch die Umstellung auf relationsbezogenen Einnahmenmeldungen in Angriff zu nehmen. Ein Großteil der Arbeiten wird sich bis ins Jahr 2015 erstrecken. Die Umstellungen erwiesen sich bisher schwieriger und zeitaufwendiger als erwartet.

Ziel des Projektes „Relationsbezogene Schnittstellen“: Die in der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen erzeugten relationsbezogenen Verkaufsdaten sollen auch an die VBB GmbH übermittelt werden. Wenn alle Unternehmen einbezogen sind, kann die Einnahmenauf-

teilung, insbesondere im Pool Lokal und Regional, leistungsgerechter gestaltet werden. Darüber hinaus könnten die Grundlagen für die Tarifweiterentwicklung, die Verkehrsplanung und das Berichtswesen weiter verbessert werden.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- detaillierte Grundlagen für die Einnahmenaufteilung und damit Sicherung der Vorteile, die durch den Verkehrsverbund für die Fahrgäste entstehen
- detaillierte Datengrundlagen für die Tarifweiterentwicklung
- detailliertere Angaben für das Berichtswesen der Aufgabenträger
- verbesserte Grundlagen für die Fortschreibung des Leistungsangebots

C.V.3.3 Kompetenzcenter eTicketing

Ausgangssituation: Im Rahmen des INNOS-Projektes wurden in den vergangenen Jahren die Grundlagen für die Einführung des elektronischen Ticketings in Berlin und Brandenburg gelegt. Im Rahmen von INNOS-Start-VBB-1 wurde bis zum Massenrollout der VBB-fahrCard zum 1. Januar 2013 in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg ABC sowie Frankfurt (Oder) AB die erforderliche Kontrolltechnik und für insgesamt 12 Unternehmen (zzgl. BVG) auch die Ausgabetechnik für die VBB-fahrCard angeschafft. Die Ergebnisse aus INNOS-HGS, das gemeinsam mit dem RMV und dem VVO durchgeführt wurde, sind in die Regionale Vermittlungsstelle (RV) eingeflossen, die das Herzstück der eTicketing-Kommunikation innerhalb des VBB darstellt.

Im Rahmen des Projektes INNOS-Start-VBB-2a werden die übrigen Verkehrsunternehmen im Verbundgebiet mit Ausgabe- und Kontrolltechnik ausgestattet, so dass dann prinzipiell alle Abonnements und Zeitkarten als VBB-fahrCard ausgegeben werden können. Ferner soll der neueste Stand der VDV-Kernapplikation in den Systemen umgesetzt und ein Produktverantwortlichen-System (PVS) aufgebaut werden.

Inzwischen wurde beim VBB ein Kompetenzcenter eTicketing mit 2 Mitarbeitern eingerichtet. Dieses beinhaltet ein Testcenter, in dem von einem Großteil der bei den Verkehrsunternehmen vorhandenen Vertriebstechnik ein Testgerät existiert. Ob bei der Einführung neuer Prozesse zum eTicketing oder der Einführung eines neuen Kartentyps, in jedem Fall laufen dafür vorab Tests im Testcenter des VBB. Auch die Anbindung an das zentrale Sperrlistenmanagement (KOSE) wird durch das Kompetenzcenter begleitet. Vor dem produktiven Einsatz werden umfangreiche Tests im Testcenter durchgeführt.

Weiterhin unterstützen die Mitarbeiter des Kompetenzcenters eTicketing die Verkehrsunternehmen bei der Erstellung von Lastenheften, bei der Einführung neuer technologischer Prozesse und bei Fragen zum Datenschutz im Zusammenhang mit dem eTicketing. Hier finden permanent Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen, Lieferantenfirmen von Vertriebstechnik, Datenschutzbehörden u. a. statt.

Ziele des Kompetenzcenters: Das INNOS-Projekt mit seinen Teilprojekten dient dazu, die notwendige technische Infrastruktur für das chipkartenbasierte elektronische Ticketing im VBB zu errichten. Die VBB GmbH hat seit Beginn des Projektes wesentliche Kompetenzen aufgebaut, die für die dauerhafte Fortführung des Systems unverzichtbar sind. Anders als bei der bisherigen, konventionellen Ausgabetechnik erfordert das elektronische Ticketing eine sehr viel engere Zusammenarbeit sowohl der Verkehrsunternehmen untereinander als auch der Verkehrsunternehmen mit der Verbundgesellschaft.

Viele Verkehrsunternehmen werden auch mittelfristig, keineswegs nur bei der Implementierung neuer Technik, die Unterstützung der VBB GmbH benötigen, sowohl bei technischen als auch bei rechtlichen, organisatorischen und prozessualen Fragen. Dafür leistet das Kompetenzcenter eTicketing die entsprechende Unterstützung.

Mit dem Aufbau des Produktverantwortlichen-Systems (PVS) wird eine Reihe neuer Aufgaben im Kompetenzcenter entstehen. Das System soll u. a. alle eingehenden Nachrichten gegeneinander prüfen und so sicherstellen, dass gefälschte Tickets schnell erkannt werden. Zudem prüft es die Nachrichten auf Vollständigkeit sowie Unverfälschtheit und trägt damit erheblich zur Erhöhung der Sicherheit gegen Betrug und Fälschungen im VBB bei. Nach der Abstimmung im INNOS-Lenkungskreis läuft derzeit das Vergabeverfahren zur Implementierung des PVS auf der Grundlage der OpenSource-Software, die das KCEFM entwickelt hat. Im VBB soll auf dieser Softwaregrundlage das System an die Anforderungen im VBB angepasst werden.

Zunächst soll das PVS mit dem Mindeststandard, den die VDV-Kernapplikation vorsieht, umgesetzt werden. Nach Vorliegen erster belastbarer Erkenntnisse über die Verlässlichkeit und die Güte der Daten, die in das PVS einlaufen, muss die weitere Nutzung der Daten zwischen Verkehrsunternehmen, Aufgabenträgern und VBB GmbH abgestimmt werden. Die Kosten für den Betrieb des Systems sollen perspektivisch über den Wirtschaftsplan der VBB GmbH abgesichert werden.

Mit der Planung einer weiteren Stufe 2b des Projektes INNOS-Start-VBB (u. a. die geplante Integration eines Aktionslistenmanagements) wird die bewährte Betreuung der Verkehrsunternehmen sowie die Anleitung der durchzuführenden Arbeiten unverzichtbar für die Weiterentwicklung des eTicketing.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das Kompetenzcenter eTicketing stellt sicher, dass die Aufgaben im VBB, die sich auf das eTicketing beziehen, nach einheitlichen technischen und organisatorischen Standards erfüllt werden. Es ist der zentrale Ansprechpartner für alle Beteiligten – in erster Linie für Verkehrsunternehmen und Lieferantenfirmen der Vertriebstechnik, aber auch für die Aufgabenträger. Vor Einführung neuer Vertriebstechnik für das eTicketing, neuer technologischer Prozesse im eTicketing sowie neuer Nutzermedien (Chipkarten) wird das VBB-Testcenter einbezogen und kommuniziert aktiv mit den Verkehrsunternehmen. Die Mitarbeiter des Kompetenzcenters erstellen einheitliche Lastenhefte für die Ausschreibung der eTicket-Komponenten, begleiten das Vergabeverfahren und unterstützen die Verkehrsunternehmen bei allen Fragen zur Ausrüstung mit eTicketing-Komponenten.

Die Einrichtung des Sperrlistenmanagements (KOSE), mit dem über eine zentrale Vermittlungsstelle kommuniziert wird und die bei der IT-Dresden GmbH softwaretechnisch betreut wird, ist das Ergebnis der Arbeit der Mitarbeiter des Kompetenzcenters.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Eine zentrale Betreuung der neuen Vertriebswege bietet den Verkehrsunternehmen deutliche Vorteile, da sie nicht alle notwendigen Kompetenzen selbst aufbauen müssen und sich stattdessen an die VBB GmbH wenden können. Aber auch die Aufgabenträger werden profitieren, wenn das PVS in den Wirkbetrieb geht und damit perspektivisch aussagekräftigere aggregierte Daten über den ÖPNV im Verbundgebiet zur Verfügung stehen, als dies bislang der Fall ist.

C.V.4 Verkehrsforschung

C.V.4.1 Verkehrserhebungen

Ausgangssituation und Ziel: Die VBB GmbH führt – entsprechend den Vorgaben aus dem VBB-Einnahmenaufteilungsvertrag – zusammen mit den Verkehrsunternehmen alle drei Jahre umfangreiche Verkehrserhebungen durch, um belastbare Daten für die Einnahmenaufteilung zu gewinnen. Die Feldarbeit (Zählung und Befragung in den Fahrzeugen) wird dabei von den jeweiligen Verkehrsunternehmen finanziert, die gutachterliche Begleitung der Verkehrserhebung (Konzeption, Koordinierung, Datenaufbereitung, Hochrechnung und Auswertung) wird von der VBB GmbH beauftragt. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Erhebungsdaten der Verkehrsunternehmen nach einheitlichen Vorgaben gewonnen werden und die Ergebnisse

vergleichbar sind. Die in den Verkehrserhebungen gewonnen Daten werden auch für andere Zwecke (z. B. ÖPNV-Gesetz, Tarifentwicklung, Abrechnung der Bruttoverträge im SPNV u. ä.) verwendet, ohne dass die Aufgabenträger dafür zusätzliche Mittel aufwenden müssen.

Die Verkehrserhebung 2010 konnte nach langen Diskussionen und einer wegen der betrieblichen Sondersituation im Jahr 2010 erforderlichen Korrektur der S-Bahn-Daten im Frühjahr 2014 endlich erfolgreich abgeschlossen werden. Zeitgleich wurde auch die Feldarbeit der Verkehrserhebung 2013 mit allen Nacherhebungen beendet. Die Aufbereitung, Hochrechnung und Auswertung der Verkehrserhebung 2013 wird voraussichtlich bis in das Jahr 2015 hineinreichen. Gleichzeitig starten bereits im Jahr 2014 die Vorarbeiten für die nächste turnusmäßige Verkehrserhebung im Jahr 2016.

Zusätzlich zu den gutachterlichen Leistungen im Rahmen der jeweiligen Verkehrserhebung ergeben sich auch zwischen den Erhebungen regelmäßig Fragestellungen, die eine entsprechende gutachterliche Begleitung erfordern.

So waren in den letzten Jahren vertiefende Auswertungen und eine entsprechende gutachterliche Begleitung für die Korrektur der S-Bahn-Daten im Rahmen der Verkehrserhebung 2010 erforderlich. Darüber hinaus erforderten auch die Untersuchungen für die Verfahrensanpassung im Pool Regional (Zubringerverkehre zum SPNV) umfangreiche Zusatzauswertungen aus den Verkehrserhebungen. Aktuell müssen zur Form künftiger Verkehrserhebungen (Einmal vs. Vier-Wellen-Erhebung), sowie zu speziellen Fragen der Einnahmenaufteilung (z. B. Semestertickets, VBB-Abo 65plus usw.) ebenfalls externe Gutachter hinzugezogen oder zusätzliche Auswertungen aus den Verkehrserhebungsdaten beauftragt werden.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Mit den Verkehrserhebungen generiert die VBB GmbH gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen leistungsorientierte und zuverlässige Daten für die Einnahmenaufteilung. Die Ergebnisse der Verkehrserhebungen bilden darüber hinaus die Grundlage für eine ganze Reihe gesonderter Einnahmenaufteilungen (Semester-, Kombi-, Schülerferientickets, VBB-Abo 65plus usw.).

Die Verkehrsunternehmen können ihre unternehmensspezifischen Daten aus der Verkehrserhebung auch für eigene Zwecke verwenden, etwa für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und Angebotsplanungen. Die Ergebnisse der Verkehrserhebung fließen darüber hinaus auch in das Tarifsimulationsprogramm der VBB GmbH ein.

Schließlich bilden die erhobenen Daten die Grundlage für die Ermittlung des Schlüssels „Fahrgastzahlen je kommunaler Gebietskörperschaft“, über den ein Teil der finanziellen Mittel gemäß § 10 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg verteilt wird, und für die Abrechnung der Bruttoverkehrsverträge im SPNV.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die gutachterliche Begleitung der Verkehrserhebung muss zwingend bei der VBB GmbH als neutraler Instanz liegen, um vergleichbare Daten zu gewinnen. Nur so kann eine gerechte Verteilung der Fahrgeldeinnahmen wie auch der Mittel gem. ÖPNVG in der gewohnten Qualität gewährleistet werden.

Die Notwendigkeit einer möglichst objektiven Durchführung der Verkehrserhebungen wird auch von den Verkehrsunternehmen gesehen.

Durch die Datenaufbereitung und -auswertung aus einer Hand ergeben sich Synergieeffekte, da die Erhebungsdaten nicht nur für die Einnahmenaufteilung, sondern auch für weitere strategische Zwecke, etwa die Abrechnung von Verkehrsverträgen, die Tarifikalkulation und planerische Zwecke zur Verfügung stehen.

C.V.4.2 Verkehrsforschung im Tarif

Ausgangssituation: Vor der Einführung neuer oder der Modifizierung bestehender Tarifprodukte (in der Vergangenheit z. B. VBB-Abo 65plus oder 4-Fahrten-Karte) sind Prognosen hinsichtlich der Annahme dieser Tarifprodukte und des zu erwartenden Markterfolges notwendig. Daher sind anlassbezogene Marktuntersuchungen erforderlich. Mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen wird jeweils nur die Grundlagenarbeit für die Marktuntersuchung abgedeckt. Aus diesem Grund arbeitet die VBB GmbH bei Marktuntersuchungen eng mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern zusammen.

Ziel der Verkehrsforschung im Tarif: Während mit der Verkehrserhebung verlässliche Daten zu den tatsächlich getätigten Fahrten gewonnen werden, geben Marktuntersuchungen Tendenzaussagen darüber, welche Zielgruppen noch besser für den ÖPNV gewonnen werden könnten.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Die Ergebnisse aus diesen Studien werden benötigt, um zuverlässige Prognosen bei Veränderung des Tarifsortiments und der Tarifgebietseinteilungen zu entwickeln. Damit werden die finanziellen Auswirkungen bezüglich der Einnahmenentwicklung, des Kostendeckungsgrades der Unternehmen und eines evtl. Zuschussbedarfes abschätzbarer.

C.V.5 Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik

C.V.5.1 Durchführung / Kontrolle der Einnahmenaufteilungsrechnungen

Ausgangssituation: Eine der wesentlichen Aufgaben der VBB GmbH ist die Durchführung und Kontrolle der Einnahmenaufteilungsabrechnungen. Das Aufteilungsverfahren ist im VBB-Einnahmenaufteilungsvertrag geregelt.

Die Aufgaben und Anforderungen in der Einnahmenaufteilung sind in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Die VBB GmbH rechnet neben den fünf großen Fahrausweispools des VBB-Einnahmenaufteilungsvertrags (Berlin AB, Berlin BC, Berlin ABC) auch die Einnahmen aus mehr als fünfzehn weiteren Tarifsegmenten ab (z. B. VBB-Abo 65plus, Kombitickets, Schülerferienticket, Fahrradkarten, Unterpool Brandenburg usw.). Bei den zurzeit sieben verschiedenen Semesterticketabrechnungen (Berlin ABC, Potsdam, Brandenburg a. d. H., Frankfurt (Oder), Cottbus, Eberswalde, Wildau) sind jeweils mehrere Teilabrechnungen je Semester durchzuführen. Daneben ist auch die Zahl der in jeder Abrechnung zu berücksichtigenden Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsverträge deutlich gestiegen.

Neben den Nachfragedaten aus der jeweiligen Verkehrserhebung bilden die von den Verkehrsunternehmen gemeldeten Bruttofahrgeeldeinnahmen die Grundlage der Einnahmenaufteilung im VBB.

Die monatlichen und jährlichen Einnahmenmeldungen aller Verkehrsunternehmen werden bei der VBB GmbH in einer speziellen Datenbank erfasst und verwaltet. Diese Datenbank muss nicht nur regelmäßig an Tarifänderungen und aktuelle Anforderungen aus der Einnahmenaufteilung und dem Berichtswesen für den Aufsichtsrat angepasst werden, sondern darüber hinaus fallen auch weitere Arbeiten wie die tägliche Sicherung der Datenbank, die Verwaltung von Zugriffsberechtigungen, die regelmäßige Archivierung der Datenbank, die Anpassung an den jeweils aktuellen Stand der Technik usw. an.

Die Einnahmenmeldedatenbank wurde in der Vergangenheit kontinuierlich erweitert und den gestiegenen Anforderungen aus der Einnahmenaufteilung angepasst. Der Quellcode der Datenbank ist mittlerweile äußerst umfangreich und muss bei jeder technischen Weiterentwicklung (z. B. der Umstellung auf neue Versionen von MS-Office) auf Kompatibilität geprüft und ggf. angepasst werden. Dabei traten in der Vergangenheit mehr und mehr Anpassungs-

schwierigkeiten zu Tage. Die VBB GmbH hat daher im Jahr 2013 in einem europaweiten Verfahren die teilweise Neuprogrammierung der Einnahmenmeldedatenbank ausgeschrieben.

Ziele: Das Meldewesen der VBB GmbH bildet – neben den periodischen Verkehrserhebungen – die zentrale Grundlage der VBB-Einnahmenaufteilung. Darüber hinaus werden auch die Ausgleichszahlungen für das Mobilitätsticket Brandenburg anhand der von der VBB GmbH verwalteten Einnahmenmeldungen berechnet. Nicht zuletzt werden die Einnahmenmeldungen auch für die Weiterentwicklung des VBB-Tarifs und das Berichtswesen der VBB GmbH benötigt.

Inhalt und Struktur der Datenbank müssen daher ständig aktuell gehalten werden. Darüber hinaus muss der in die Jahre gekommene Quellcode der Datenbank neu programmiert werden, um die Systemstabilität auch weiterhin gewährleisten zu können. Die VBB GmbH hat sich deshalb entschlossen, die Datenbank in Teilen neu programmieren zu lassen. Die Ausschreibung dieser Arbeiten konnte im Jahr 2013 realisiert werden. Die Arbeiten werden sich bis in das Jahr 2015 erstrecken.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das Meldewesen der VBB GmbH bildet – neben den Verkehrserhebungen – die wesentliche Grundlage der Einnahmenaufteilung. Die bei der VBB GmbH zusammenlaufenden Einnahmenmeldungen der Verkehrsunternehmen sind darüber hinaus auch die Basis der Ausgleichszahlungen für das Mobilitätsticket Brandenburg. Daneben dienen die bei der VBB GmbH zentral erfassten und verwalteten Einnahmendaten als Grundlage für die Berichterstattung gegenüber dem VBB-Aufsichtsrat und die kontinuierliche Weiterentwicklung des VBB-Tarifs. Schließlich können die Verkehrsunternehmen ihre gemeldeten Daten auch jederzeit für eigene Zwecke (z. B. Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) bei der VBB GmbH abrufen.

C.V.5.2 Umstellung auf relationsbezogene Einnahmenmeldungen

Ausgangssituation: Die Verkehrsunternehmen haben sich mit der vierten und fünften Ergänzung des VBB-Einnahmenaufteilungsvertrages auf ein leistungsgerechteres Aufteilungsverfahren für den Pool Lokal und den Pool Regional verständigt. So lange keine relationsbezogenen Einnahmendaten zur Verfügung stehen, werden hierfür Hilfsauswertungen aus der jeweiligen Verkehrserhebung herangezogen. Perspektivisch ist es jedoch empfehlenswert, nach und nach auf die Echt Daten aus relationsbezogenen Einnahmenmeldungen zurückzugreifen.

Damit die Verkehrsunternehmen ihre Einnahmen relationsbezogen melden können, sind sowohl bei den Unternehmen als auch bei der VBB GmbH entsprechende Softwareanpassungen erforderlich (erforderliche Anpassungen bei den Verkehrsunternehmen siehe Kapitel C.V.3.2.). Die Softwareanpassungen bei der VBB GmbH betreffen die Datenbank Meldewesen. Ohne entsprechende Programmerweiterungen könnten die von den Verkehrsunternehmen übergebenen relationsbezogenen Einnahmenmeldungen bei der VBB GmbH nicht übernommen, verarbeitet und ausgewertet werden.

Die ersten Anpassungsarbeiten an der Datenbank Meldewesen sind abgeschlossen. Die Einnahmenmeldedatenbank kann gegenwärtig die Daten sowohl in der bisherigen als auch in der zukünftig erforderlichen Form verarbeiten. Erste Unternehmen sind bereits in der Lage, über die neue, relationsbezogene Schnittstelle zu melden. Allerdings haben sich die Abstimmungen zu den zu übergebenden Attributen als schwieriger als zunächst gedacht erwiesen, da nicht alle relationsbezogenen Merkmale vollständig und in gleicher Weise von der Vertriebstechnik an die Hintergrundsysteme übertragen werden. Im nächsten Schritt müssen die Abstimmungen hierzu weiter vorangetrieben werden. Darüber hinaus sollen im Zuge der Neuprogrammierung der Datenbank auch die vorhandenen standardisierten Auswertungen angepasst und um zusätzliche Abfragen erweitert werden.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- Schaffung der datentechnischen Grundlagen für eine leistungsgerechtere Einnahmenaufteilung im Pool Lokal und Regional
- Schaffung detaillierterer Datengrundlagen für die Tarifweiterentwicklung und das Berichtswesen für die Aufgabenträger

C.V.5.3 Statistik / Berichtswesen

Ausgangssituation: Die VBB GmbH stellt den Gesellschaftern und dem Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen Informationen über den Erfolg des ÖPNV im Verbundgebiet zur Verfügung. Die Verbundstatistiken stellen aktuelle Verkehrs-, Struktur- und Einnahmendaten im Verbundraum dar. Abweichungen zu vorherigen Perioden werden sichtbar gemacht und kommentiert. Das Berichtswesen besteht in allen vier Quartalen jeweils aus dem **Teil A (VBB-Gebiet)** und dem **Teil B (aufgabenträgerbezogen)** → für 20 Gebietskörperschaften). Die Berichte informieren in erster Linie über die Entwicklung der Einnahmen- und Fahrgastzahlen. Periodisch wiederkehrende Themen sind auch Qualitätskennziffern, Pendlerzahlen, „100 Kennzahlen“, demographische Entwicklungen und Verbundvergleiche. Trotz Kontinuität der Berichterstattung erfolgt eine ständige Erweiterung und Ergänzung des Berichtswesens.

Ziele:

- Aufbereitung von eigenen, gelieferten und gekauften Daten
- Aktualisierung Datenpool
- Bessere visuelle Veranschaulichung durch GIS-Darstellungen (z. B. Strukturatlas)
- Ergänzung der Berichte durch Sonderauswertungen und neuen Themenbereiche (z. B. Metropolenvergleich)

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

2005 Aufbau Berichtswesen und Aufbereitung der Grunddaten

2008 Erweiterung Berichtswesen mit:

- Untersuchung zur Verkehrsmittelnutzung an ausgewählten Bahnhöfen
- Pendlerdaten: Ein- und Auspendler
- Strukturdaten: u. a. Demografie, Bevölkerung, Schülerzahlen, Arbeitsmarkt

2009 Erweiterung Berichtswesen mit:

- Übersicht alternativer Bedienformen
- 5-Jahres-Entwicklung der Kassentechnischen Einnahmen
- Benchmark VBB und ausgewählte Verkehrsverbünde in Deutschland
- Ein- und Aussteiger an Zugangsstellen im Regionalbahnverkehr

2010 Erweiterung Berichtswesen mit:

- 100 Kennzahlen
- 5-Jahres-Entwicklung Fahrgastzahlen
- 5-Jahres-Entwicklung Betriebsleistungen
- Überblick Konjunkturprogramm

2011 Sonderauswertung aus der Mobilitäts- und Verkehrserhebung MiD, SrV

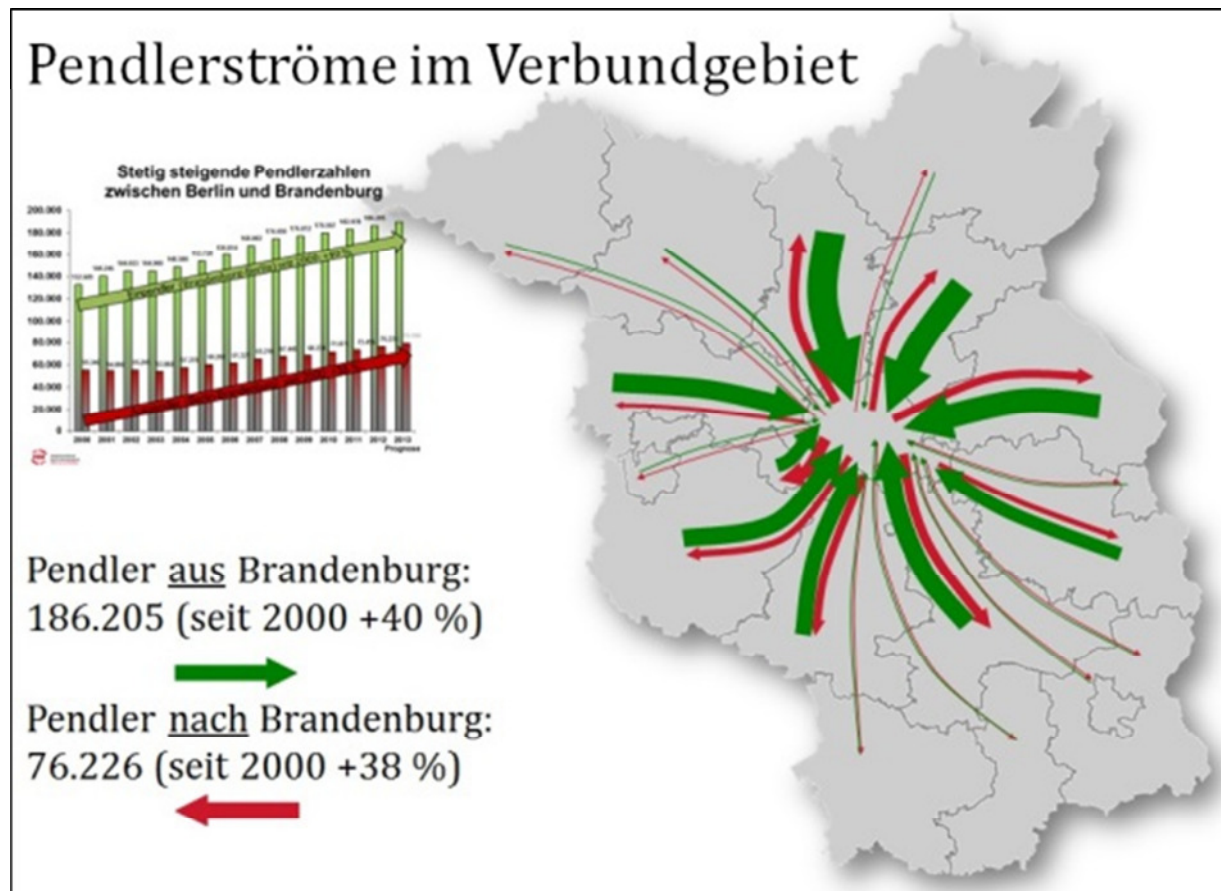
2012 Evaluierung des Berichtswesens und Abstimmung in der AG Statistik

2013 Erweiterung Berichtswesen mit:

- Zahl der Linienfahrten (LBF) als internationale Vergleichsgröße
- Graphische Aufbereitung des Verbundvergleichs
- Ermittlung der Beschäftigungszahlen im ÖPNV der Verbundregion

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- aufgabenträgerscharfe aktuelle Daten
- Integration von Sonderauswertungen
- Darstellung von Entwicklungen durch Zeitreihen



Beispielgrafiken aus dem VBB-Berichtswesen

C.V.6 Planung**C.V.6.1 Berlin-Brandenburg-Verkehre**

Ausgangssituation: Die VBB GmbH ist für die Koordinierung der aufgabenträgerübergreifenden Verkehre zuständig. Ein wichtiger Schwerpunkt dieser Aufgabe ist die Koordination der Busverkehre zwischen Berlin und dem Umland.

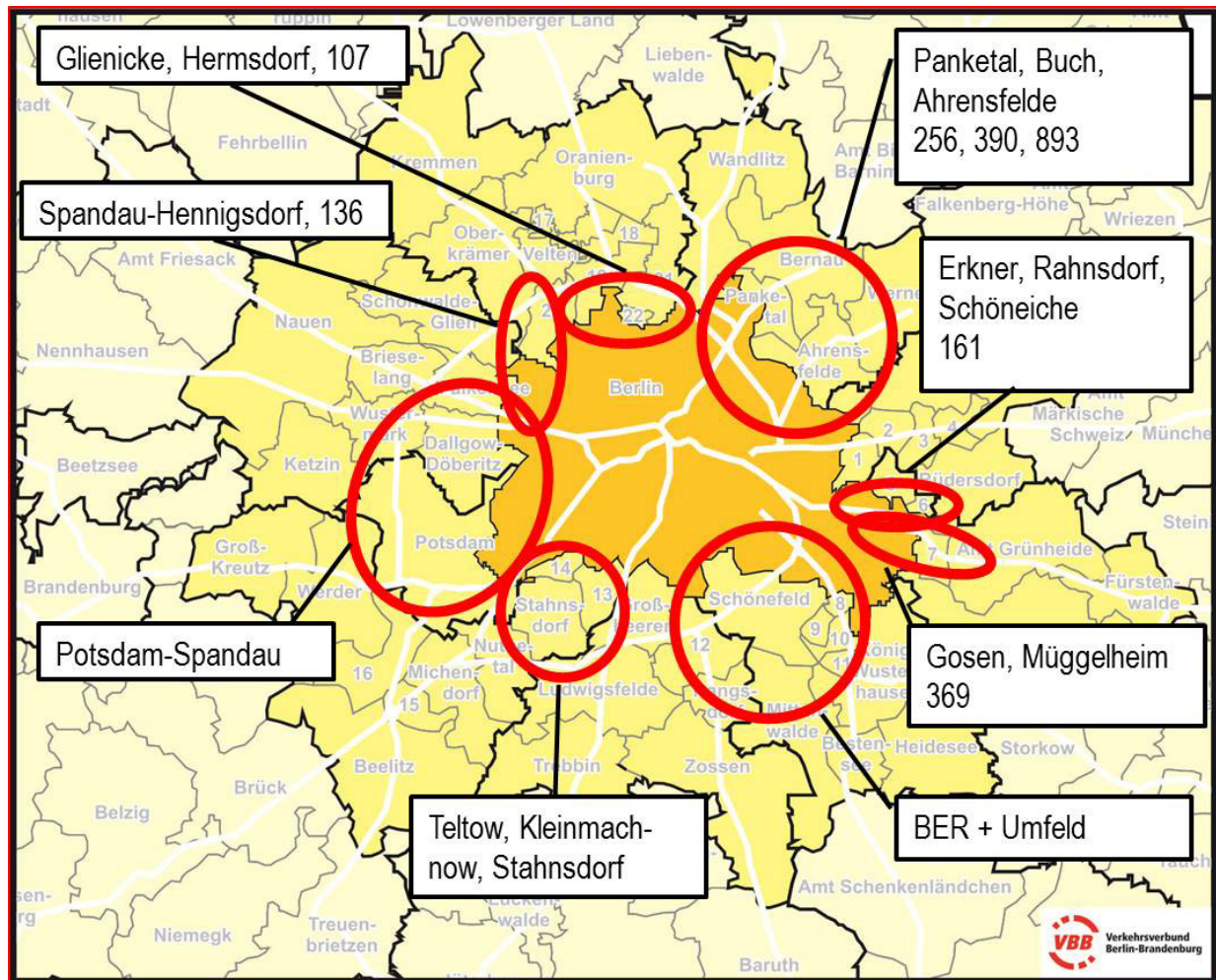
Ziel: Der Stadt-Umland-Verkehr mit über 260.000 Berufspendlern und täglich fast 1 Mio. Fahrten über die Stadtgrenze von Berlin nimmt weiter zu. Deshalb muss die Angebotsplanung eine angemessene Entwicklung des öffentlichen Verkehrs zwischen Berlin und seinem Umland gewährleisten. Hierzu zählt vor allem: keine spürbare Brechung der Angebotsqualität an der Stadtgrenze. Allerdings ist dies aufgrund der finanziellen Möglichkeiten der Aufgabenträger oft nicht möglich. Hier versucht die VBB GmbH weiterhin, durch punktuelle Untersuchungen den Übergang zwischen Stadt und Umland zu verbessern. Die Arbeitskräftemobilität in Berlin und Brandenburg ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Im vergangenen Jahrzehnt stiegen die Auspendler von Berlin nach Brandenburg um 39 Prozent (+21.000 Beschäftigte pro Tag), die Einpendler von Brandenburg nach Berlin um 28 Prozent (+41.000 Personen pro Tag).

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Nach Zählungen und Befragungen auf den bestehenden Buslinien sowie der Bewertung der verkehrlichen Entwicklung im Untersuchungsraum wird durch die Aufgabenträger entschieden, ob eine Überplanung sinnvoll ist. Planungen werden u. a. mit den Aufgabenträgern, Gemeinden und Interessenverbänden abgestimmt. Nach Vorlage einer Vorzugsvariante erfolgt die Klärung der Finanzierung und konzessionsrechtlicher Dinge. Danach bereiten die den Raum bedienenden Verkehrsunternehmen die Umsetzung vor. Folgende Untersuchungen sind bisher gelaufen oder laufen noch.

- 2009-2010 Koordinierung der ÖPNV-Optimierung im Raum Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow; Auswertung im Jahr 2013
- 2010 Verkehrsbefragung und Handlungsempfehlung zu grenzüberschreitenden Verbindungen zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und dem Landkreis Oder Spree
- 2010-2011 ÖPNV-Konzept zur Anbindung des Universitätsstandortes Golm
- 2010-2014 ÖPNV-Optimierung des Raumes Buch-Panketal
- 2010 ff. ÖPNV-Konzept des zukünftigen Flughafens BER
- 2011-2012 ÖPNV-Optimierung des Raumes Erkner-Rahnsdorf-Schöneiche
- 2012-2013 Aktualisierung Anbindung Golm nach Stadtbahnausschreibung
- 2013-2014 ÖPNV-Optimierung des Raumes Hennigsdorf-Spandau
- 2013-2014 ÖPNV-Optimierung des Raumes Potsdam-Spandau
- 2013-2014 ÖPNV-Optimierung des Raumes Muggelheim-Gosen
- 2014 Einführung eines neuen Bedienkonzeptes für den Raum Buch – Panketal

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

Aufgabenträger:	Diese bekommen nach der Vorlage von Analysen und der Bewertung der verkehrlichen Entwicklung ein Bild über die zu erwartende Fahrgastentwicklung. Sie können dann entscheiden, ob eine Überplanung sinnvoll ist.
Verkehrsunternehmen:	Die Verkehrsunternehmen und deren Know-how werden in den Prozess eingebunden. Mehr Fahrgäste sind auch im Interesse der Verkehrsunternehmen, da diese auch zu mehr Einnahmen führen.
Fahrgäste:	Bessere Angebote bieten den meisten Fahrgästen mehr Fahrtmöglichkeiten, kürzere Reisezeiten und optimale Anschlüsse. Dadurch werden neue Fahrgäste gewonnen.



Stadt-Umland Berlin: Busprojekte

C.V.6.2 Schnittstellen - Aktualisierung und Wartung Datenbanken ZIS und HMS

Ausgangssituation: Seit dem Jahr 2002 betreibt die VBB GmbH ein Zugangsstelleninformationssystem (ZIS) für ca. 350 Bahnhöfe und ein Haltestellenmanagementsystem (HMS) für ca. 18.000 Richtungshaltestellen im Land Brandenburg. Beide Datenbanken beinhalten umfangreiche Infrastrukturinformationen zu Bahnhöfen und Haltestellen im VBB-Gebiet. Seit dem Jahr 2006 ist das HMS über das Internet zugänglich und wird seitdem von den Aufgabenträgern stark nachgefragt. Der webbasierte Zugang für das ZIS wurde Ende 2007 eingerichtet.

Ziel: ZIS und HMS sollen einen schnellen und aktuellen Überblick über die Situation an Bahnhöfen und Haltestellen bieten und den Aufgabenträgern als Arbeitsmittel dienen. Um dies gewährleisten zu können, müssen die beiden Datenbanken regelmäßig gewartet, aktualisiert und weiterentwickelt werden.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- 2008 Erstellung von Kartengrundlagen für das ZIS
- 2009 Sicherheitszertifikat für HMS und ZIS
- 2010 Google-Maps-Implementierung in ZIS
- 2010-2011 Neue Archivierung der Fotos im ZIS
- 2010-2011 Erstellung Gutachten und Leitfaden B+R/P+R u. a. auf Grundlage der Datenbank
- 2012-2014 Stationssteckbrief für Internet
- 2013-2014 Integration von 134 Stadt- und Regionalbahnhöfen in das ZIS

Allgemeine Informationen	Bahnsteige	Empfangsgebäude	Verknüpfung	Umfeld	Strukturdaten	Fotos	Abfragen	Logout
--------------------------	------------	-----------------	-------------	--------	---------------	-------	----------	--------

Ludwigsfelde-Struveshof - BLFS Zugangsstellenauswahl von der Karte ☐ Fotos anzeigen Übersichtskarten




Bahnsteige aktualisiert: 17.12.2013

☐ Allgemeines

Anzahl Bahnsteige	2	davon genutzt	2	Anzahl Bahnsteigkarten	2	davon genutzt	2
-------------------	--------------------------------	---------------	--------------------------------	------------------------	--------------------------------	---------------	--------------------------------

☐ Bahnsteigausstattung

☐ Bahnsteigzugang

☐ Bahnsteigbelag

☐ Bahnsteigzugangshilfen

☐ Bahnsteigausgänge

☐ Übersicht Bahnsteige

☐ Bemerkungen / Sonstiges

(c) Zugangstelleninformationssystem des Landes Brandenburg

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

HMS:

- Grundlage zur Planung von Haltestellenausstattungen durch Aufgabenträger
- Grundlage zur jährlichen Investitionsplanung und Prüfung von Fördermaßnahmen durch die Aufgabenträger

ZIS:

- Grundlage der Arbeit des Infrastrukturmanagements beim VBB
- Grundlage zur Prüfung von Förderanträgen für die Errichtung von Bahnhofsvorplätzen durch LBV und der VBB GmbH
- Grundlage zur Planung von Bahnhofsvorplätzen (ÖPNV-Anbindung, B+R, P+R)
- Grundlage zur jährlichen Investitionsplanung und Prüfung von Fördermaßnahmen durch die Aufgabenträger

C.V.6.3 Verknüpfung Bahn / Bus

Ausgangssituation: Die Verknüpfung zwischen Bahn und Bus ist eine der wesentlichen Aufgaben der VBB GmbH. Alle relevanten Anschlüsse im Land Brandenburg sowie in den Randbereichen von Berlin werden von der VBB GmbH mit den Aufgabenträgern bzw. Verkehrsunternehmen abgestimmt.

Ziele:

- laufende Arbeiten zur Gewährleistung bzw. Verbesserung der Anschlussbeziehungen zwischen Bahn und Bus
- Festlegung von Prioritäten an Verknüpfungspunkten durch kontinuierliche Erhebungen
- Erarbeitung von integrierten ÖPNV-Konzepten
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des Bahn-Bus-Systems
- Vermarktung übergreifender Angebote, integriertes Bahn-Bus-Netz
- Komplettierung des Anschlusstools auf Basis von VBB-Fahrinfo sowohl zur kurzfristigen Prüfung als auch zur längerfristigen Planung von Anschlüssen
- Nutzung der bestehenden RBL-Systeme für die Anschlusssicherung
- Einführung von Qualitätskriterien zur Anschlussgestaltung

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- jährliche Fahrplanabstimmung mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen zur Anschlussgestaltung auf Grundlage der SPNV-Fahrpläne
- jährliche Erhebung an Verknüpfungspunkten zum Umsteigeverhalten und Auswertung mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen
- Information der Fahrgäste über ÖPNV-Angebote an Verknüpfungspunkten über Infoblätter
- Festlegung von Grundlagen der Anschlussgestaltung Bahn/Bus in den SPNV-Ausschreibungen
- 2011 Erhebung an P+R-Plätzen zur Auswirkung auf den ÖPNV
- 2011-2012 Verkehrskonzept für den Raum Niemege, Brück, Treuenbrietzen
- 2011-2012 Analyse und Handlungsbedarf Anschlusssicherung im Südwesten von Brandenburg
- 2012-2014 Entwicklung eines Anschlusstools zur Darstellung und Bewertung der Verknüpfungssituation für aktuelle Fahrpläne und bei Fahrplanänderungen
- 2013-2014 Entwicklung und Abstimmung von Qualitätskriterien zur Anschlussgestaltung
- 2013-2014 Definition Kernnetz (Taktnetz üÖPNV) und Erarbeitung Vorschläge zur Vermarktung

VBB Anschlusstool

Anschlussauswahl

Gewählte Parameter Haltestelle: Bad Belzig, Bahnhof Aus Richtung (optional): S Wannsee Bhf (Berlin) In Richtung (optional): Datum: 11.02.13 Uhrzeit: 4:00 Zeitspanne: 10 Stunden ÄNDERN ANFRAGE SPEICHERN	Haltestellen in der Nähe Haltestellen im Umkreis von 200 m ERMITTELN
---	--

Bewertung

☒	Grün: 3 bis 10 Minuten	
☒	Rot: -5 bis -1 Minuten	
☒	Orange: 11 bis 20 Minuten	
☒	Grau: 0 bis 3 Minuten	
☐	Einstellungen für zukünftige Abfragen speichern	

Hinweis: Die Anschlüsse werden anhand der Priorität "grün" -> "rot" -> "orange" -> "grau" bewertet. Anschlüsse, die aufgrund ihrer Umsteigedauer zu mehreren Zeiträumen passen, werden jeweils dem Zeitraum der höheren Priorität zugeordnet.

AUSWAHL ÜBERNEHMEN UND ANSCHLÜSSE ERMITTELN ☐ zusätzlich die Gegenrichtung berücksichtigen

Auswahl der Zubringerfahrten

Ankommende Fahrten (auf- / zuklappen)

Auswahl der Abbringerfahrten

Abbringerfahrten (auf- / zuklappen)

AUSWAHL ÜBERNEHMEN UND ANSCHLÜSSE ERMITTELN ☐ zusätzlich die Gegenrichtung berücksichtigen

Eingabemaske VBB Anschlusstool

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- Erhöhung der Kundenzufriedenheit durch Verbesserung der Anschlussbeziehungen
- Gewinnung von Potenzialen für den ÖPNV, die überhaupt nur durch die Vernetzung von Verkehrsmitteln und -unternehmen erschlossen werden können
- abgestimmte Anschlüsse zwischen Bahn und Bus

C.V.6.4 Planung, Bestellung und Controlling landesbedeutsamer Linien

Ausgangssituation: Landesbedeutsame Buslinien ergänzen das SPNV-Netz auf wichtigen Relationen in Aufgabenträgerschaft des Landes. Sie sind eng mit dem SPNV-Netz verknüpft und schließen somit die Lücke zwischen SPNV und lokalem Busverkehr:

1. Ergänzung des SPNV, wesentliche Fahrzeitverkürzung gegenüber dem SPNV
2. An-/Verbindung von Zentren: Ober-, Mittel- und touristische Zentren
3. Direkte Linienführung, Expressbuscharakter
4. Taktverkehr
5. Verknüpfung mit dem SPNV, Anschlusssicherung über RBL
6. Anspruchsvolle Fahrzeug- und Umweltstandards, Standards für Marketing und Fahrgastinformation

Ziele:

- Durchführung von Ausschreibungen und Vergabe von landesbedeutsamen Linien im Wettbewerb (2013 Neuvergabe Linie 618)
- hohe Qualität durch laufendes VBB-Vertragscontrolling
- Aufwertung des Gesamtsystems ÖPNV

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- 1998 bis 2012 Planung und Controlling der Busersatzverkehre
- seit 2005 Ausschreibung, Bestellung und Controlling der landesbedeutsamen Linie 618 (vgl. hierzu auch Kapitel C.VI.1.1)
- Neuvergabe 618 für 12/2015 in Vorbereitung

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- schnelles, hochwertiges Produkt (ähnlich SPNV) zur Verbindung der Mittel- und Oberzentren sowie touristischer Zentren
- Verknüpfung zum SPNV gesichert

C.VI. Projekt INNOS-Start-VBB-2a und 2b

Ausgangssituation: Das Projekt INNOS-Start-VBB-1 wurde Ende November 2013 formell abgeschlossen; im Laufe des Jahres 2014 wird auch mit dem materiellen Ende der Nacharbeiten in diesem Projekt gerechnet. Nachdem das Projekt INNOS-HGS durch Restmittel aus dem Haushalt des damaligen BMVBS im Jahr 2013 zur Aufrüstung des PRION (Prozessinteroperabilitätsnetzwerks, früher Regionale Vermittlungsstelle genannt) und zur Implementierung eines Produktverantwortlichen-Systems (PVS) finanziert wurde, wird auch dieses voraussichtlich Ende Mai 2014 endgültig abgeschlossen.

Im Rahmen der Ausrüstung der Verbundverkehrsunternehmen mit eTicketing-fähiger Ausgabe- und Kontrolltechnik verbleiben damit das Projekt INNOS-Start-VBB-2a sowie 2b. Zur Finanzierung des letztgenannten durch die beiden Länder liegt nunmehr eine Zusage vor.

Nachdem der Rollout der VBB-*fahrCard* nach einem längeren Pilotbetrieb seit September 2011 im Januar 2013 auf breiter Basis begonnen hatte, waren bis zum Jahreswechsel 2013/14 bereits über 300.000 Berliner und Brandenburger mit einem Abonnement im berlin-nahen Raum mit der VBB-*fahrCard* ausgestattet worden. Im Laufe des Jahres 2015 werden auch die Abonnenten des gesamten Verbundgebietes inklusive der Schüler die elektronische Chipkarte erhalten. Mit dem Rollout auf breiter Basis soll zu Schuljahresbeginn am 1. August 2015 begonnen werden.

Während die Beschaffung der Komponenten über Projektmittel der Länder und (in geringerem Maße) des Bundes abgewickelt wird, betreibt die VBB GmbH selbst das Kompetenzcenter eTicketing, das mit seinem Testcenter wichtige Dienstleistungen für die Verkehrsunternehmen erbringt und die Funktionsfähigkeit des eTicketing-Systems insgesamt überwacht.

Ziele des Vorhabens INNOS-Start-VBB-2a sind:

- AP 100: Verkehrsunternehmen, die in der INNOS-Start-VBB-1 noch keine eTicketing-Komponenten erhalten haben, erhalten diese nun. Die Ausrüstung der Verkehrsunternehmen, die in INNOS-Start-VBB-1 nur teilweise erfolgt ist, wird vervollständigt.
- AP 200: Aufbau eines Produktverantwortlichen-Systems bei der VBB GmbH; im Jahr 2015 stehen die Weiterarbeit und ggf. erste Entscheidungen über die statistische Nutzung der gewonnenen Ausgabe- und Kontrolldaten an. Derzeit wird mit den Verkehrsunternehmen geprüft, sogenannte Produkt- und Kontrollmodule, die eine vereinfachte Tarifdatenübermittlung (siehe auch Tarifdatenmanagement) ermöglichen, bei Tarifumstellungen nutzbar zu machen. Diese würden im PVS gepflegt.
- AP 300: Implementierung und Nutzung des aktuellen VDV-Kernapplikationsstandards sowie weiterer Elementarprozesse in den Komponenten bei allen Verkehrsunternehmen
- das bedeutet: Ausweitung der VBB-*fahrCard* auf *alle* Abonnements im VBB-Tarif

Ziele des Vorhabens INNOS-Start-VBB-2b sind:

- Umsetzung von Aktionslisten: Sämtliche durch den Kunden gewünschte Änderungen (Sperrung der Chipkarte bei Verlust, Änderung des Tarifproduktes, Entsperrung der Chipkarte nach Begleichung von offenen Zahlungen) werden auf allen Terminals der Kontrolleure und in den Fahrzeugen elektronisch zur Verfügung gestellt und können während des Kontrollvorgangs auf den Chip der VBB-*fahrCard* geschrieben werden. Bisher konnten die Kunden die Änderungen nur in den Kundenzentrum auf ihre VBB-*fahrCard* schreiben lassen. Der Kunde muss nicht mehr in das Kundenzentrum der Verkehrsunternehmen. Die Änderungen werden in jedem Bus bzw. bei jeder Kontrolle auf die Chipkarte geschrieben.
- Weitere Erhöhung des Sicherheitsniveaus des eTicketing-Systems durch Komplettsperrung von Chipkarten, Sicherheitsmodulen und Schlüsseln, um so auch mittel- und langfristige Manipulationsmöglichkeiten zu minimieren. Durch ein vereinfachtes Handling werden auch weitere Kosteneinsparungen bei den Verkehrsunternehmen ermöglicht.
- Schließen der letzten Lücken bei der Ausrüstung mit eTicketing-Komponenten: Ausrüsten einzelner Verkehrsunternehmen mit weiteren Handkontrollgeräten.

Ziel des INNOS-Projektes: Ganz Berlin und Brandenburg sollen durch das INNOS-Projekt den massiven Einstieg in das elektronische Ticketing geschafft haben. Die mindestens deutschlandweite Interoperabilität mittels des VDV-Kernapplikationsstandards bleibt dabei stets im Blick. Mit Hilfe der Produkt- und Kontrollmodule und des PVS werden auch Schnittstellen zum Handyticketing und damit zur Ausgabe geringerwertiger Tickets, die nicht chipkartenbasiert sind, geschaffen.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das elektronische Ticketing bedeutet für das ÖPNV-System einen deutlichen Modernisierungsschub. Für den Kunden

ergeben sich Vorteile beim Management seines Abonnementvertrages. Durch die Möglichkeit, verlorengegangene oder gestohlene Karten sperren und ersetzen zu lassen, wird das individuelle Risiko minimiert. Das Medium VBB-fahrCard und die dahinterliegende IT-Struktur bietet vielfältige Kopplungsmöglichkeiten mit anderen Mobilitätsanbietern (Stichwort Mobilitätskarte).

Aus Sicht der Verkehrsunternehmen und der Aufgabenträger ist die VBB-fahrCard vor allem sehr viel fälschungs- und missbrauchssicherer. Schwarz- und Graufahrten werden deutlich eingedämmt und so die Finanzierung des ÖPNV sicherer gemacht. Die Nutzung der Daten des Produktverantwortlichen-Systems kann und soll mittel- und langfristig Unternehmen und Aufgabenträger bei der Verkehrsplanung und ggf. der Einnahmenaufteilung unterstützen.

Die Fahrgäste sollen mittelfristig weitere Vorteile beim Erwerb von Fahrausweisen erfahren, etwa die Vertragsverwaltung und den Kauf von Tickets über das Internet oder die Integration von Multiberechtigungen (z. B. kombinierte Nutzung einer Fahrradausleihe) auf der Chipkarte, um Angebote verschiedener Kooperationspartner nutzen zu können.

C.VII. Aufgaben und Projekte Center

C.VII.1 Vertragsmanagement

C.VII.1.1 Vertragsmanagement Regionalverkehr

Ausgangssituation: Die Länder Berlin und Brandenburg haben die VBB GmbH mit der Vergabe der Verkehrsleistungen und dem Management der abgeschlossenen Verkehrsverträge, einschließlich Überwachung der Leistung und Qualität, beauftragt. Gegenstand dieser Tätigkeiten sind insbesondere:

- die wettbewerbliche Vergabe von Verkehrsleistungen,
- die Angebotsplanung und die Bestellung,
- das Vertragscontrolling der Bruttoanreizverträge nach erfolgter Vergabe,
- das Qualitätsmanagement,
- das Einnahmencontrolling, einschließlich Nachhalten der Einnahmen für bereits ausgelaufene Verkehrsverträge bis zum Abschluss aller Einnahmenaufteilungen,
- das Controlling des Vertriebes,
- das Vertragsmanagement für die landesbedeutsame Buslinie Linie 618 (nur Land Brandenburg),
- die Fortschreibung der Fahrgastzahlen gem. ÖPNVFV (nur Land Brandenburg).

Die Aufwendungen für die wettbewerbliche Vergabe werden entsprechend dem Ansatz in der Mittelfristplanung berücksichtigt. Schwerpunkte werden die Vergaben der Netze Spree-Neiße und Prignitz sowie weitere Vergabeverfahren mit benachbarten Aufgabenträgern sein. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Begleitung der Vorbereitungen zur Betriebsaufnahme in den bereits vergebenen Netzen.

Im Dezember 2014 wird es Betriebsaufnahmen in folgenden Netzen geben: Netz Nord-Süd, Netz Ostbrandenburg, Netz Prignitz (Verlängerung), DB Folgevertrag zum Großen Vertrag (Verlängerung). Die in diesen Verträgen enthaltenen Leistungen gehen dabei aus den Leistungen bestehender Verträge in die neuen Verträge über. Im Dezember 2014 wird mit dem Vertrag ODEG Netz Ost der erste im Gebiet des VBB vergebene Bruttoanreizvertrag auslaufen. Da ein Teil der Einnahmen erst in den Folgejahren über Einnahmenaufteilungsverfahren abgerechnet wird, sind auch für auslaufende Verträge noch umfangreiche Nacharbeiten bis zu einer endgültigen Abrechnung erforderlich. Neben den unverändert hohen Anforderungen an das Leistungs- und Finanzcontrolling, einschließlich Erlöscontrolling, werden im Jahr 2015 auch die Anforderungen an das Controlling der Vertriebsleistungen hoch bleiben.

Hohe Anforderungen gelten auch für das Qualitätsmanagement, das neben der regelmäßigen Erfassung und Überwachung der Kundenanforderungen auch eine umfassende finanzielle Bewertung der von den Verkehrsunternehmen erbrachten Qualität ermöglicht.

In welchem Maße sich die im Jahr 2015 anstehende Revision der Regionalisierungsmittel auf die Verkehrsverträge auswirken wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Es ist aber davon auszugehen, dass sich Auswirkungen ergeben können, über die zu gegebener Zeit entschieden werden muss.

Ziel: Ziel ist die effektive und effiziente Steuerung der den Ländern Berlin und Brandenburg abgeschlossenen Verkehrsverträge. Dies bedeutet, dass das bei dem gegebenen Mitteleinsatz in quantitativer und qualitativer Sicht optimale Verkehrsangebot zu einem möglichst geringen Zuschuss erbracht wird.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- Angebotsplanung: Im Rahmen der Nahverkehrsplanung der Länder wurden in den vergangenen Jahren bereits wesentliche Grundlagen für ein gutes SPNV-Angebot geschaffen. Im Auftrag der Länder ist die VBB GmbH dabei sowohl für die mittel- und langfristige Angebotsplanung als auch für die fahrplanjährliche Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Eisenbahnverkehrsunternehmen zuständig. Dadurch können einerseits Veränderungen durch Infrastrukturneu- bzw. -ausbauten bereits frühzeitig in der Linien- und Anschlusskonzeption berücksichtigt werden, andererseits können daraus aber auch konkrete Anforderungen an die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur abgeleitet werden. Bei der Gestaltung von Ausschreibungen im SPNV werden die entsprechenden Planungen im Rahmen der Betriebskonzepte zu Grunde gelegt. Unabhängig davon werden längerfristige Veränderungen im Verkehrsangebot ebenfalls planerisch begleitet. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei aktuell den Auswirkungen aus der Realisierung der Hochgeschwindigkeitsverbindung Berlin-München (VDE 8) auf den Nahverkehr im VBB-Gebiet. Hierzu finden umfangreiche Abstimmungen auch mit benachbarten Aufgabenträgern und der DB Fernverkehr statt.

Im Rahmen der Gesamtverkehrsprognose der beiden Länder wurde außerdem ein Verkehrsmodell für Berlin und Brandenburg erstellt. Es kann als Grundlage für Nachfragemodellierungen speziell im Segment des SPNV genutzt werden. Zur rechnergestützten Modellierung von Betriebskonzepten im SPNV wird zudem eine spezielle Fahrplansoftware angewendet. Damit können unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen des Eisenbahnbetriebs an die Fahrplangestaltung z. B. Auswirkungen von Infrastrukturänderungen auf den Fahrplan oder umgekehrt die Anforderungen an die Infrastruktur bei neuen Betriebskonzepten untersucht werden.

Bei der konkreten Gestaltung des Jahresfahrplans werden mit den Verkehrsunternehmen neben dem planmäßigen Zugangebot zunehmend auch größere baubedingte Einschränkungen abgestimmt, die nun bereits bei der Erstellung des Fahrplans eingearbeitet werden. Auch bei der unterjährigen Abstimmung von Sonderverkehren, z. B. bei Großereignissen, ist ein zunehmender Koordinationsaufwand zu verzeichnen. Insgesamt ist der Aufwand in der Angebotsplanung weiter steigend. Neben den bereits genannten Faktoren liegt dies auch daran, dass planerische Prozesse und ihre Ergebnisse verstärkt öffentlich diskutiert werden. Hierzu müssen umfangreiche Zuarbeiten und Stellungnahmen verfasst werden. Eine weitere Herausforderung stellt die Bewältigung der Auswirkungen aus der Nicht-Eröffnung des Flughafens BER dar. Die Konstanz des Budget-Ansatzes kann daher nur durch Nutzung von Synergien mit dem Vertragscontrolling erzielt werden.

In Bezug auf die Planbarkeit der Verkehrsverträge in Polen gibt es bisher trotz vieler positiver Entwicklungen keinen Durchbruch. Die finanzielle Ausstattung der polnischen Aufga-

benr  ger ist weiterhin unsicher und mangelhaft. Die Definition des grenzüberschreitenden Verkehrs im neuen polnischen ÖPNV-Gesetz wurde nicht eindeutig gefasst und sorgt daher für Unklarheiten bezüglich der Zuständigkeit und der Finanzierung. Die lange ersehnten Landesnahverkehrspl ne sind meistens noch nicht erstellt worden, wobei aber ein Abschluss der Arbeiten im Laufe des Jahres 2014 realistisch ist. Neben den beschriebenen rechtlichen Problemen und den daraus resultierenden Finanzierungsschwierigkeiten sind die infrastrukturellen Mängel auf der polnischen Seite und die breit angelegten Investitionsmaßnahmen der PKP PLK ein Grund für mehrfache unterjährige Fahrplananpassungen, welche die Koordination erschweren. Diese Situation wird sich nicht nur im Jahr 2015, sondern auch in der nächsten EU-Förderperiode voraussichtlich nicht verbessern. Trotz dieser Schwierigkeiten versucht der VBB auf die Gestaltung der Anschlüsse in Grenzbahnh fen positiven Einfluss zu nehmen. Dies geschieht weiterhin insbesondere im Rahmen der Arbeit des „Runden Tisches Verkehr“ der Oderpartnerschaft. Das mit EFRE-Mitteln finanzierte Projekt soll im Rahmen von mehreren Sitzungen die Verbesserungen im grenzüberschreitenden ÖPNV bzw. SPNV herbeiführen. Erste Erfolge konnten erreicht werden. Die Koordination der Aktivitäten dieses Gremiums ist jedoch ein sehr langwieriges und auf lange Zeiträume ausgerichtetes Unternehmen, das sich nur schwerlich der Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern vermitteln lässt, da nur langfristig Erfolge erzielt werden können. Das Projekt Runder Tisch Verkehr läuft Ende 2014 aus. Die weitere Finanzierung steht noch nicht fest und wird unter den beteiligten Partnern diskutiert. Es ist beabsichtigt, im Rahmen der neuen EU-Förderperiode beginnend ab 2015 ein Projekt zur grenzüberschreitenden Echtzeitfahrgastinformation mit der Wojewodschaft Lubuskie zu beantragen. Das erste Konzept wurde bereits erarbeitet und befindet sich in der Abstimmung mit polnischen Partnern.

- Vertragscontrolling: Derzeit (Stand: April 2014) führt die VBB GmbH das Vertragsmanagement für insgesamt zwölf Verkehrsverträge im Regionalverkehr durch. Das Finanzvolumen beläuft sich aktuell auf rund 355 Mio. Euro jährlich. Im Verbundgebiet erbringen vier Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) Leistungen im Regionalverkehr. Neben der DB Regio AG sind dies die ODEG - Ostdeutsche Eisenbahn GmbH, die NEB Betriebsgesellschaft mbH und die Eisenbahngesellschaft Potsdam GmbH. Daneben werden im Auftrag des Landes Brandenburg die Leistungen auf der landesbedeutsamen Buslinie 618 abgerechnet. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen sind die Bestellung, Finanzierung und Abrechnung der Verkehrsleistungen eine Pflichtaufgabe der Länder. Durch das Vertragscontrolling der VBB GmbH entstehen Zahlungsr ckfl sse an die Länder aus Nicht- und Schlechtleistungen. Infolge der Bruttoanreizverträge profitieren die Länder außerdem von steigenden Fahrgeldeinnahmen. Allerdings sind durch die Einführung dieser Verträge die Anforderungen an das Vertragscontrolling auch kontinuierlich gestiegen. Dies betrifft insbesondere das Datenmanagement, das bei der VBB GmbH mit Hilfe der Datenbank ivu.control durchgeführt wird, aber auch die Koordination und Abstimmung von Verkehrserhebungen zur Ermittlung von Erl sanspr chen für den DB-Tarif oder die Abrechnung der von den EVU erzielten Fahrgeldeinnahmen. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2014 wird es zu Änderungen in der Vertragslandschaft kommen. Die Leistungen auf den Linien RE3 und RE5 gehen über in den neuen Verkehrsvertrag Nord-Süd. Die Leistungen auf den Linien RB25 und RB26 werden übergangsweise für ein Jahr im Vertrag NOBV geführt und die NEB nimmt den Betrieb im Netz Ostbrandenburg auf. Für diese Verkehrsverträge ist ein entsprechendes Controlling aufzubauen.

Für das von der VMK der Länder beauftragte Gutachten zur Ermittlung des Bedarfs an Regionalisierungsmitteln wurden 2013 umfangreiche Zuarbeiten erbracht. Die Dateneingabe und die entsprechenden Plausibilisierungsgespr che konnten Ende 2013 erfolgreich abgeschlossen werden. Für 2014 ist davon auszugehen, dass insbesondere die Debatte mit dem Bund um die Summe der Mittel als auch die Verteilungsdiskussion zwischen den Ländern wichtig wird. Mögliche Konsequenzen, die sich aus der Revision ergeben können, werden dann voraussichtlich 2015 im Rahmen der Verkehrsverträge zu bewältigen sein.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Vorbereitung, Koordinierung und Begleitung der Stationspreisverfahren sowie die Rückforderung von Regionalfaktoren und etwaigen anderen unbilligen Entgeltbestandteilen der im Rahmen der Verkehrsverträge zu leistenden Infrastrukturentgelte. Zu den Stationspreisen der Jahre 2005 bis 2007 bei der PEG und 2006 bei der ODEG gab es im November 2013 erste rechtskräftige Beschlüsse des Bundesgerichtshofes in zwei Nichtzulassungsbeschwerden der DB Station & Service AG. Da es sich bei den beiden genannten Beschlüssen des BGH formal nicht um Grundsatzentscheidungen handelt, führt die DB Station & Service AG die Prozesse fort bzw. setzt die Entscheidungen nicht um. Die ohnehin positiven Erfolgsaussichten haben sich weiter verbessert. Daher besteht weiterhin ein Koordinierungsbedarf bei den inzwischen weiteren 13 Stationspreisverfahren (hiervon betreffen vier Verfahren das Land Berlin) bei NEB, OLA, PEG und ODEG, um hier ebenfalls eine abschließende Rückforderung unbilliger Entgelte zu erzielen. Bisher konnten über 2 Mio. Euro zu viel gezahlte Stationspreise abschließend zurück gefordert werden (inkl. Zinsen). Derzeit wird untersucht, ob auch für die Stationspreise der Jahre 2011 ff. Rückforderungen geltend gemacht werden können. Seit 2011 gilt ein abgeändertes Stationspreissystem.

- Qualitätsmanagement: Eine wichtige Säule des VBB-Qualitätsmanagements ist die kontinuierliche Erfassung der Kundenzufriedenheit im Regionalverkehr. Mit Inbetriebnahme neuer Ausschreibungsnetze wird dabei eine Erhöhung des Stichprobenumfangs erforderlich. Über das Anreizsystem Kundenzufriedenheit werden die Ergebnisse in den Bruttoanreizverträgen auch monetär wirksam und können für die EVU Bonus- oder Maluszahlungen zur Folge haben.

Jeden Monat werden aktuelle Kennzahlen zur Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Internet veröffentlicht. Diese Zahlen werden auch von der lokalen Presse stark nachgefragt und publiziert. Im Jahr 2013 wurde der jährliche Qualitätsbericht erstmals zusammen mit dem Verbundbericht veröffentlicht. Der Bericht liefert umfangreiche Informationen und verdeutlicht den Fahrgästen die Qualität des Nahverkehrs. Gleichzeitig erhält die Öffentlichkeit mit diesem Bericht auch Einblick in die Verwendung der zur Finanzierung des Angebots eingesetzten Mittel. Gemäß den Regelungen der EU-Verordnung 1370/2007 enthält der Bericht Angaben zu Leistung, Qualität und Finanzierung des Nahverkehrs in Berlin und Brandenburg.

Bewährt hat sich auch das Projekt VBB-QualitätsScouts. Engagierte Fahrgäste sorgen dafür, dass den Aufgabenträgern und den Verkehrsunternehmen ein effektives Meldesystem zur Verfügung steht. Sie erhalten so wichtige Hinweise auf Qualitätsmängel aus der Perspektive der Fahrgäste. Insgesamt lieferten die VBB-QualitätsScouts 2013 fast 3.500 Beobachtungen.

Durch das umfangreiche Qualitätsmanagementsystem konnte die Qualität des Nahverkehrs an vielen Punkten verbessert werden. Das System ist etabliert und bewährt. Es bedarf aber eine Weiterentwicklung im Hinblick auf mögliche Bedürfnisse der Kunden in der Zukunft. Daher ist geplant, auch im Bereich der Marktforschung entweder durch eigene Studien oder Beteiligung an länder- oder verkehrsträgerübergreifenden Studien aktiver tätig zu werden. Beispiel hierfür sind Untersuchungen zur möglichen Auswirkungen von Veränderungen im Regionalverkehr infolge des Projektes VDE 8 aus Kundensicht.

Neben der Bewertung der Qualität ist es für die Fahrgäste aber auch wichtig, einen kompetenten Ansprechpartner in den Zügen zu haben. Eine Aufgabe der Trainerweiterbildung, die speziell für Teamleiter der Kundenbetreuer im Nahverkehr konzipiert wurde, ist es daher, den Verbundgedanken noch stärker in die Unternehmen zu tragen. Die Anlage B9 der Verkehrsverträge regelt die erforderlichen Schulungen zur „Fachkraft im Verkehrsservice“. Diese Schulungen vermitteln den Kundenbetreuern umfangreiche Kenntnisse in den Bereichen Kundenbetreuung, Kundenkommunikation und Konfliktbewältigung. Die Trainer

der Kundenbetreuer erhalten durch die Schulungen das methodische und didaktische Werkzeug, um Kundenorientierung zu schulen und nachhaltig umzusetzen. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 20 Trainer im Rahmen der Schulungsmaßnahmen weitergebildet.

Zusätzlich zu Service und Kundenorientierung in den Zügen nimmt die Qualität der Vertriebsleistungen eine immer größere Bedeutung ein. Dabei steht nicht nur die Bedienqualität im Fokus, sondern auch die im Rahmen der Bruttoverträge wichtige Einnahmensicherung. Stichprobenartige Kontrollen der VBB GmbH zeigen, dass die Vertriebseinrichtungen nicht immer den vertraglich geforderten Anforderungen genügen. Daher trägt der Budgetansatz den gestiegenen Anforderungen an das Monitoring von Vertriebseinrichtungen Rechnung.

Eisenbahnverkehrsleistungen können nur dann sicher und in guter Qualität erbracht werden, wenn das Zusammenspiel von Verkehrsleistung und Infrastruktur funktioniert. Daher hat die regelmäßige Überprüfung der Qualität der Infrastruktur eine hohe Bedeutung. Die VBB GmbH erfasst und dokumentiert regelmäßig die Qualität der Strecken und Bahnhöfe. Dadurch können wichtige Argumente für die Diskussion der Länder zur Verbesserung der Infrastruktur geliefert werden. Dabei hat sich die geänderte Methodik zur Bewertung der Bahnhöfe mit Hilfe eines Zufallsverfahrens bewährt. Die Ergebnisse der Stationsanalysen werden mit der DB Station & Service AG diskutiert und bilden die Grundlage für Verbesserungen an den Stationen.

- Wettbewerbliche Vergabe: Die VBB GmbH hat mittlerweile eine Vielzahl von Vergabeverfahren im Regionalverkehr erfolgreich abgeschlossen. Damit sind über 93 Prozent der Leistungen des Regionalverkehrs mindestens einmal im Wettbewerb vergeben. Bisher musste in keinem Fall die Betriebsaufnahme verschoben werden. Mittels geeigneter Ersatzkonzepte konnten die Probleme Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugen bewältigt werden. Nach einer Verringerung des Aufwandes in den Jahren 2012 und 2013 steigt dieser bei der wettbewerblichen Vergabe in den Jahren 2014 und 2015 wieder an. Neben kleineren Vergabeverfahren mit angrenzenden Aufgabenträgern stehen insbesondere die Neuvergabe des Netzes Spree-Neiße (Betriebsaufnahme im Dez. 2018) und die Vergabe des längerfristigen Vertrages im Netz Prignitz an (Betriebsaufnahme im Dezember 2015). Im Rahmen dieser Vergaben soll das aktuelle Qualitätsmanagementsystem weiterentwickelt werden. Insbesondere soll versucht werden, die Berichtspflichten des EVU und das Malussystem zu reduzieren.

Außerdem sind Verhandlungen zur Überbrückung der Leistungen aus dem DB-Folgevertrag von Dezember 2014 bis Dezember 2016 zu führen, da nicht alle Leistungen direkt in Wettbewerbsverträge übergehen, und eine Interimsvergabe des jetzigen Netzes Prignitz für das Fahrplanjahr 2015 umzusetzen.

Daneben begleitet die VBB GmbH intensiv die Vorbereitungen zur Betriebsaufnahme in den vergebenen Netzen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das Netz Nord-Süd, das im Dezember 2014 den Betrieb aufnimmt. In ihm sind die beiden wichtigen RE-Linien RE3 und RE5 enthalten. Zu erwähnen sind aber auch das Netz Nordostbrandenburg, das ab Dezember 2014 von der NEB betrieben wird, und der Übergangsvertrag NOBV, der die Linien RB25 und RB26 umfasst.

- DELFI: Im Rahmen des BMVBW-Forschungsvorhabens DELFI (Deutschlandweite Elektronische Fahrplanauskunft), in dem die Länder Berlin und Brandenburg durch die VBB GmbH vertreten sind, wurde ein flächendeckendes internetbasiertes Auskunftssystem entwickelt. Aufgrund der dezentralen Struktur ermöglicht dieses System eine hohe Datenaktualität bei vergleichbar geringem Aufwand. Im Ergebnis erhält der Kunde durchgängige Verbindungsinformationen über alle Verkehrsanbieter, Zeiten und Verkehrsmittel.

- Busersatzverkehre und Regionale Buslinie: Das Land Brandenburg hat die VBB GmbH auch weiterhin mit dem Controlling der landesbedeutsamen Regionalbuslinie 618 beauftragt.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das Vertragsmanagement nutzt den Fahrgästen und den Aufgabenträgern. Fahrgäste erhalten auf Grundlage der Planungen der Länder einen qualitativ hochwertigen SPNV. Für die Aufgabenträger wird zusätzlich ein effektiver Einsatz der Finanzmittel sichergestellt.

C.VII.1.2 Vertragsmanagement S-Bahn

Ausgangssituation: Die Länder Berlin und Brandenburg haben die VBB GmbH mit dem Vertragsmanagement für den bestehenden S-Bahn-Vertrag beauftragt. Gegenstand des Vertragsmanagements sind das Vertragscontrolling, das Qualitätsmanagement und die Mitarbeit bei der wettbewerblichen Vergabe von Verkehrsleistungen. Die wettbewerbliche Vergabe der S-Bahn-Leistungen erfordert seitens der VBB GmbH umfangreiche Zuarbeiten, die sich nicht nur auf das gegenwärtig in der Vergabe befindliche Teilnetz Ring beziehen, sondern die auch die weiteren noch auszuschreibenden Leistungen umfassen werden.

Aus dem Änderungsvertrag zum S-Bahn-Vertrag vom 11. Oktober 2010 ergeben sich umfangreiche Anforderungen an das Vertragscontrolling. Dies betrifft, unter anderem die Überwachung der vertraglichen Vorgaben zu den Zuglängen, aber auch die Qualität der Leistungserstellung. Ob die seit 2009 andauernde S-Bahn-Krise bis zum Ende des Jahres 2015 vollständig überwunden sein wird, ist noch nicht absehbar. Aufgrund der Unterschreitungen der Zugstärken erfolgen immer noch Kürzungen der Zahlungen des Landes Berlin. Allerdings sind diese aufgrund des im Vergleich zu den Vorjahren besseren Angebotes der S-Bahn im Umfang deutlich geringer als in den Vorjahren.

Ziel: Ziel des Vertragsmanagements des S-Bahn-Vertrages ist es, die Erholung von der S-Bahn-Krise zu begleiten und die Qualität der Leistungen im Sinne der Fahrgäste zu sichern. Darüber hinaus ist es Ziel, die anstehende wettbewerbliche Vergabe der S-Bahn-Leistungen zu gestalten.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste:

- Vertragscontrolling: Die Abrechnung des Verkehrsvertrags mit der S-Bahn Berlin GmbH ist eine Pflichtaufgabe der Länder. Das jährliche Finanzvolumen beträgt dabei rd. 284 Mio. Euro (Stand 2014). Eine sorgfältige Bearbeitung ist zur Vermeidung von Fehlsteuerungen notwendig, da durch das Vertragscontrolling der VBB GmbH erhebliche Zahlungsrückflüsse an die Länder für Nicht- und Schlechtleistungen entstehen.

Unverändert hoch sind die Anforderungen im Leistungs- und Qualitätscontrolling. Dies betrifft neben der Abrechnung von Ausfällen und Unpünktlichkeiten auch die Überwachung der Zugstärken sowie der Qualitätsanforderungen, die Abrechnung von Ersatzverkehren und das Monitoring der vertraglichen Anforderungen bezüglich der Sauberkeit. Hinzu kommen Auswertungen der aktuellen Betriebslage, z. B. aufgrund von Betriebsstörungen sowie Abstimmungen zum Fahrzeugeinsatz. Auch der Abstimmungsbedarf zu anlassbezogenen Sonderverkehren ist unverändert hoch.

- Qualitätsmanagement: Die VBB GmbH ist von den Ländern Berlin und Brandenburg beauftragt worden, die jährliche Kundenzufriedenheitserhebung nach dem PSI-Verfahren durchzuführen. Darüber hinaus überwacht die VBB GmbH die vertraglich fixierten Qualitätsstandards und die Einhaltung des Qualitätssicherungsplanes. Sie führt dabei regelmäßige intensive Qualitätsgespräche mit der S-Bahn Berlin GmbH. Der weitere Hochlauf bis zum Erreichen des vertraglichen Soll-Zustandes und die dabei zu berücksichtigenden Prioritäten werden mit der S-Bahn Berlin GmbH abgestimmt.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste: Das Vertragsmanagement S-Bahn ermöglicht aufgabenträgerseitig die Kontrolle und inhaltliche Steuerung der Rückkehr zum Normalzustand. Schlechtleistungen können effektiv finanziell sanktioniert werden. Wie auch beim Regionalverkehr wird ein effektiver Einsatz der finanziellen Mittel sichergestellt.

C.VII.2 Zusatzaufgaben Center

C.VII.2.1 Weiterführung aus 2014

C.VII.2.1.1 Mobilitätsticket

Für das Jahr 2015 wird für die Fortsetzung des Mobilitätstickets Brandenburg ein Ansatz in gleicher Höhe wie im Vorjahr angenommen.

C.VII.2.1.2 Infrastrukturmanagement Brandenburg

Die VBB GmbH führt im Auftrag des Landes Brandenburg das Infrastrukturmanagement durch. Sie übt dabei insbesondere eine Planungs- und Koordinationsfunktion aus. Dazu zählen u. a. die Entwicklung von Ideen von Infrastrukturmaßnahmen des Landes Brandenburg, die Vorbereitung und Bewertung von Planungsleistungen, Abstimmungen zu Strecken- und Stationsmaßnahmen im Rahmen der LuFV sowie Stellungnahmen zu Eisenbahninfrastrukturvorhaben des Bundes und der Infrastrukturbetreiber. Die VBB GmbH konnte hierbei sehenswerte Erfolge im Bereich des Infrastrukturmanagements für das Land Brandenburg erreichen. 2013 wurde der Ausbau der Nordbahn zwischen Nassenheide und Löwenberg mit den neu und barrierefrei gestalteten Stationen Nassenheide und Grüneberg sowie dem grunderneuerten Bahnhof Löwenberg abgeschlossen. Weiterhin konnte der Vorplatz des Bahnhofs Fürstenberg (Havel) modernisiert und mit einer P+R-Anlage ausgestattet werden. Im Sommer wurde der neue Haltepunkt Blumberg-Rehhahn in Betrieb genommen. Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 erfolgte die Inbetriebnahme des neuen Haltepunktes Zellendorf. In Wriezen wurde der Bahnhof entsprechend der Nutzung ab Fahrplanwechsel 2014/15 gleisseitig erneuert und ausgebaut.

Im Bereich der Berliner S-Bahn erfolgte im Land Brandenburg der barrierefreie Ausbau der Stationen Birkenstein und Wildau.

Die Modernisierung und stufenfreie Gestaltung von Bahnsteigen konnte im Rahmen der Länderliste der LuFV vorangetrieben werden, z. B. in Potsdam-Rehbrücke (RE7), Wustermark (RE2/RB22) sowie Zernsdorf, Friedersdorf, Mixdorf und Müllrose (alle RB36). Die Vorbereitungen im Bahnhof Strausberg für die Verlängerung der RB26 nach Berlin Ostkreuz und die Einrichtung des 20 Minuten-Taktes der S5 nach Strausberg Nord wurden ebenfalls planmäßig weitergeführt.

Für 2014 sind u. a. weitere barrierefreie Stationsausbauten im Rahmen der LuFV-Länderliste auf der RB33 (Elsholz, Treuenbrietzen Süd) und der RB 12 (Bergsdorf, Zehdenick-Neuhof, Hammelspring) geplant.

Im Jahr 2015 ist u. a. die fachliche Begleitung folgender Infrastrukturprojekte geplant: Wiederherstellung der Bahnsteige in Potsdam Pirschheide (oben), barrierefreier Umbau Hauptbahnhof Cottbus, Brücke über die Wetzlarer Bahn, Begegnungsabschnitt Strausberg – Rehfelde (RB26), Entflechtung S-Bahn/ Regionalbahn im Knoten Strausberg.

C.VII.2.1.3 Center Nahverkehr Berlin (CNB)

Die VBB GmbH ist an der ARGE CNB beteiligt, welche auch für den Zeitraum Juni 2013 bis Mai 2018 nach erfolgter Ausschreibung vom Land Berlin beauftragt wurde, u. a. das Vertragscontrolling des Verkehrsvertrages mit der Berliner Verkehrsbetriebe AöR (BVG) wahrzunehmen. Dies ist in der Planung entsprechend berücksichtigt.

C.VII.2.1.4 S-Bahn Kundenmonitoring

Das Projekt „S-Bahn-Kundenmonitoring“, d. h. die Ermittlung der Kundenzufriedenheit nach dem PSI-Verfahren, ist entsprechend dem bisherigen Konzept **für das Jahr 2015** berücksichtigt worden. Der finanzielle Ansatz erfolgte dabei gemäß dem Ergebnis des am 14.02.2014 im Bundesanzeiger veröffentlichten Ausschreibungsverfahrens.

C.VI.2.1.5 Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn

Für die wettbewerbliche Vergabe von Teilnetzen der Berliner S-Bahn sind für das Jahr 2015 150 T Euro (netto) berücksichtigt. Die VBB GmbH hat bereits umfangreiche Erfahrungen aus SPNV-Vergaben im eigenen Bereich sowie aufgrund des Erfahrungsaustauschs in der Bundesarbeitsgemeinschaft der SPNV-Aufgabenträger (BAG SPNV). Die Gestaltung der Ausschreibungsbedingungen obliegt dabei den Aufgabenträgern. Schwerpunkt der Aktivitäten bildet derzeit die Vergabe des Teilnetzes Ring. Hierzu sind umfangreiche Abstimmungen mit den beteiligten Partnern und den Aufgabenträgern erforderlich. Darüber hinaus fallen umfangreiche Zuarbeiten zu den Verhandlungen mit potenziellen Bietern an. Die Arbeiten am Vergabeverfahren binden derzeit in nicht unerheblichem Umfang Ressourcen. Da neben der aktuellen Vergabe davon auszugehen ist, dass sukzessive auch die noch die verbleibenden S-Bahn-Leistungen vergeben werden und für den im Dezember 2017 auslaufenden Vertrag Übergangslösungen gefunden werden müssen, sind entsprechende Mehraufwendungen berücksichtigt. Aufgrund der hohen Komplexität des Verfahrens und des damit verbundenen Aufwands ist davon auszugehen, dass mindestens der hier veranschlagte Finanzbedarf benötigt wird.

C.VII.2.1.6 Vertragscontrolling RE 4

Aufgabe des „Vertragscontrolling RE4“, das mit der VMV durch eine entsprechende Vereinbarung geregelt ist, ist das Vertragscontrolling für den in Mecklenburg-Vorpommern liegenden Teil der Leistungen des Vertrages Netz Stadtbahn mit der ODEG. Gegenstand der Vereinbarung sind u. a. die Leistungsabrechnung, die Ermittlung der Zahlungen und die Erstellung der Jahresschlussabrechnungen für den mecklenburgischen Anteil des Verkehrsvertrages. Der Aufwand wird vereinbarungsgemäß durch die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern refinanziert.

C.VII.2.1.7 Bus & Bahn-Begleitservice

Der Bus & Bahn-Begleitservice, den die VBB GmbH seit 2008 in Zusammenarbeit mit D&B Dienstleistung und Bildung gGmbH anbietet, hat inzwischen über 65.000 Begleitungen erfolgreich durchgeführt. Aktuell stehen 85 Mitarbeiter aus FAV zur Verfügung, um den bewährten Service anzubieten. Neben der Finanzierung über die Jobcenter unterstützt das Land Berlin den Service auch durch eigene Mittel. Die Sachkosten werden im Jahr 2014 von SenStadtUm finanziert. Aufgrund der Begrenzungen in der Finanzierung von Arbeitsmarktmaßnahmen auf Bundesebene sind die Perspektiven des Begleitservices für 2015 wieder unklar. Sollte der Service fortgesetzt werden können, wird sich der VBB wie bisher mit personeller Eigenleistung beteiligen, eine Verwendung von Gesellschaftermitteln ist auch für 2015 nicht vorgesehen.

C.VII.2.2 Mögliche neue Zusatzaufgaben ab 2015

Im Folgenden sind mögliche neue Zusatzaufgaben ab dem Jahr 2015 dargestellt. Diese sind bisher finanziell nicht untersetzt. Die Finanzierung müsste daher im Falle einer entsprechenden Beauftragung durch die Länder geregelt werden.

C.VII.2.2.1 Infrastrukturmanagement Berlin

Die VBB GmbH nimmt im Auftrag des Landes Brandenburg das Infrastrukturmanagement wahr. Aufgabe der VBB GmbH ist dabei die fachliche Unterstützung des Landes bei Infrastrukturmaßnahmen, z. B. Streckenausbauten oder Entwicklung von Standards der Ausstattungen von Bahnhöfen. Aus Sicht der VBB GmbH wäre es sinnvoll, auch für das Land Berlin das Infrastrukturmanagement zu übernehmen. Beide Bundesländer sind ein einheitliches Verkehrsgebiet und haben zahlreiche Verknüpfungspunkte. Daher sollte auch das Infrastrukturmanagement möglichst aus einer Hand erfolgen. Die Verbundgesellschaft würde hier das Land Berlin z. B. bei Neu- und Ausbaumaßnahmen unterstützen und diese koordinieren. Der Vorteil bestünde in einer Nutzung des bestehenden fachlichen Know-hows zur verkehrlichen und technischen Beurteilung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur. Hierdurch kann eine bessere Vorbereitung und Steuerung des politischen Abstimmungsprozesses und ein effektiverer Mitteleinsatz erreicht werden.

C.VII.2.2.2 Regionalisierung Infrastruktur Brandenburg

Der wesentliche Nutzen eines Projektes zur Regionalisierung von Eisenbahninfrastruktur besteht darin, dass unter regionaler Regie Eisenbahninfrastruktur im Vergleich zu den Infrastrukturtochterunternehmen der Deutschen Bahn AG möglicherweise in höherer Qualität und zu niedrigeren Kosten betrieben werden kann. Im Land Brandenburg gibt es mehrere Beispiele für regionale Infrastrukturbetreiber, z. B. die NEB AG, welche die Strecken und Bahnhöfe der Heidekrautbahn betreibt. Ein erster Schritt könnte eine Studie sein, die die Möglichkeiten regionaler Infrastrukturbetreibermodelle aufzeigt und mögliche Modellprojekte analysiert. Mittelfristiges Ziel wäre es mögliche Potentiale für einen kostenreduzierten Betrieb von Teilnetzen der Infrastruktur zu ermitteln.

C.VII.2.2.3 Befragung Sicherheitsempfinden

Das Netzwerk Fahrgastsicherheit im VBB hat ein Interesse, gemeinsam ein einheitliches Instrument zu entwickeln. Für eine Befragung zum Sicherheitsempfinden ist im ersten Schritt die Erarbeitung eines einheitlichen Fragebogens im Netzwerk Fahrgastsicherheit und in einem zweiten Schritt eine übergreifende Befragung durchzuführen. Das Bestreben des Netzwerkes Fahrgastsicherheit ist es, eine verlässliche Datengrundlage zur Sicherheit im Nahverkehr im VBB als Monitoring aufzubauen. Dazu gehört auch die Gewinnung von Daten über das subjektive Sicherheitsempfinden der Kunden. Hierzu liegen erste Ansätze zur Vorgehensweise vor. Die TU Berlin hat gemeinsam mit der Deutschen Bahn ein Befragungsinstrument entwickelt, das für den VBB modifiziert werden kann. Außerdem gibt es weitere Möglichkeiten, die gemeinsam diskutiert werden können. Dazu gehören z. B. die Entwicklung und Abstimmung zu einem einheitlichen Sicherheitsfragenkatalog für die eigenen Befragungen oder auch das Anschließen an bereits bestehende Befragungen mit einem erweiterten VBB-Teil.

C.VII.2.2.4 Aufstockung MiD 2015

Mobilität in Deutschland (MiD) ist eine bundesweite Befragung von rund 25.000 Haushalten zu ihrem Verkehrsverhalten. Die Studie wird im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) durchgeführt. Die erhobenen Daten dienen als wichtige Basis für die Verkehrsplanung und als Grundlage für wissenschaftliche Untersuchungen. Das Land Brandenburg beabsichtigt die MiD aufzustocken, um aussagefähige Daten für die Planungsregionen bzw. Gebietsstrukturen (Gebietsstrukturreform) zu erhalten. Die Finanzierung erfolgt

direkt über das MIL, so dass im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2015 keine zusätzlichen Mittel zu veranschlagen sind.

C.VIII Finanzbedarf Umsatzsteuer aus Gesellschafterbeiträgen

Aufgrund des mit den Finanzbehörden abgestimmten und durch eine Sonderbetriebsprüfung bestätigten umsatzsteuerlichen Veranlagungsmodells der VBB GmbH ist mit dem geplanten Finanzbedarf zu rechnen. Die Gesellschafterbeiträge für das Center unterliegen vollständig der Umsatzsteuerpflicht.

D. Anlagen

1. Einnahmen und Ausgaben
2. Projekte im Rahmen der klassischen Aufgaben
3. Gesamtausgaben Center
- 3.1 Wirtschaftsplan 2013, 2014 und 2015 im Überblick – Land Berlin
- 3.2 Wirtschaftsplan 2013, 2014 und 2015 im Überblick – Land Brandenburg
- 3.3 Wirtschaftsplan 2013, 2014 und 2015 im Überblick – Landkreise und kreisfreie Städte
4. Stellenplan
5. Organigramm

Anlage 1 (1)

Wirtschaftsplan 2015 (Stand 11. April 2014)					
Einnahmen		WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	IST 2013 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013	WiPlan 2015 Entwurf
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
E 1	Mittel aus Vorjahren zum 1.1. (Verb. gegenüber Gesellschafter)	0,0	1.423,1	0,0	0,0
E 2	Gesellschafterbeiträge Gesamt	12.611,1	11.310,2	10.422,0	10.962,4
E 2.1	Land Berlin	2.575,0	2.575,0	2.575,0	2.575,0
	davon für Finanzierung Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 2 (40%)	2.404,2	2.404,2	2.404,2	2.404,2
	davon Fahrgastinformation (SPNV-Anteil, 50 %)	170,8	170,8	170,8	170,8
E 2.2	Land Brandenburg	2.575,0	2.575,0	2.575,0	2.575,0
	davon für Finanzierung Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 2 (40%)	2.404,2	2.404,2	2.404,2	2.404,2
	davon Fahrgastinformation (SPNV-Anteil, 50 %)	170,8	170,8	170,8	170,8
E 2.3	Kommunale Gebietskörperschaften	1.202,1	1.202,1	1.202,1	1.202,1
	davon für Finanzierung Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 2 (20%)	1.202,1	1.202,1	1.202,1	1.202,1
E 2.4	Forschungsprojekt INNOS; Beträge der Länder	2.470,8	502,9	75,0	633,6
	davon Land Berlin *)	429,1	51,2	75,0	316,8
	davon Land Brandenburg	2.041,7	451,7	0,0	316,8
E 2.5	Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement (NQ)	3.304,7	3.304,7	3.498,0	3.421,4
	davon Vertragsmanagement Land Berlin gemäß Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 3 (Center)	1.059,7	1.059,7	1.087,9	1.150,4
	davon Vertragsmanagement Land Brandenburg gemäß Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 3 (Center)	2.245,0	2.245,0	2.410,1	2.271,0
E 2.6	Zusatzaufgaben	483,5	1.150,5	496,9	555,3
	Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 3 (Center)				
E 3	Summe Sonstige Finanzierungsquellen	1.149,3	2.138,8	1.149,1	1.153,8
E 3.1	Umsatzerlöse	650,0	695,5	650,0	650,0
E 3.2	Sonstige betriebliche Erträge	150,0	724,8	150,0	150,0
E 3.3	Zusätzliche Finanzmittel von Dritten	349,3	718,5	349,1	353,8
E 4	Gesamt Einnahmen	13.760,4	14.872,1	11.571,1	12.116,2

Anlage 1 (2)

Wirtschaftsplan 2015 (Stand 11. April 2014)					
Ausgaben		WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	IST 2013 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013	WiPlan 2015 Entwurf
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
A 1	Personalaufwand (C.II)*	4.647,2	4.375,7	4.884,5	4.884,5
	im Bereich der Verbundaufgaben (inkl. Umschichtungen für entfristete Stellen 2013)	3.491,5	3.283,3	3.491,5	3.491,5
	im Bereich des Centers	1.155,7	1.092,4	1.267,0	1.267,0
	Finanzierung entfristete Stellen aus Projekten Center			126,0	126,0
A 2	Betriebliche Aufwendungen für Verbundaufgaben	4.440,5	3.432,8	2.044,7	2.603,3
A 2.1	Betriebliche Aufwendungen aktuelles Jahr (C.V)	1.969,7	2.539,7	1.969,7	1.969,7
	Marketing / Tarifkommunikation (C.V.1)	345,3	681,1	345,3	345,3
	Fahrgastinformation (C.V.2)	842,4	973,9	842,4	842,4
	Tarifdatenmanagement / Vertrieb (C.V.3)	251,1	321,7	251,1	251,1
	Verkehrsforschung (C.V.4)	418,2	293,3	418,2	418,2
	Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik (C.V.5)	83,0	110,9	83,0	83,0
	Planung und Konzeption (C.V.6)	149,7	158,8	149,7	149,7
	Finanzierung entfristete Stellen	-120,0		-120,0	-120,0
A 2.2	INNOS (C.VI)	2.470,8	877,8	75,0	633,6
A 2.3	Eigenmittel für öffentlich-rechtliche Zuwendungsprojekte		15,3		
A 3	Aufgaben und Projekte Center (C.VII)	2.152,3	2.895,1	2.088,5	2.077,2
A 3.1	Aufgaben und Projekte Center (C.VII.1)	1.452,4	1.424,5	1.503,6	1.439,2
	Finanzierung entfristete Stellen			-126,0	-126,0
A 3.2	Zusatzaufgaben (einschl. Drittfinanzierung) (C.VII.2)	699,9	1.470,6	710,9	764,0
A 4	Aufwendungen für Produktherstellung	650,0	676,3	650,0	650,0
A 5	Sonstige betriebliche Aufwendungen (C.III)	1.007,8	965,6	1.007,8	1.007,8
	davon Verbundaufgaben	849,6	829,4	849,6	849,6
	davon Center NQ	158,2	136,2	158,2	158,2
A 6	Investitionen (C.IV)	85,2	168,4	85,2	85,2
	davon Verbundaufgaben	74,5	139,5	74,5	74,5
	davon Center NQ	10,7	28,9	10,7	10,7
A 7	Finanzbedarf Umsatzsteuer (C.VIII)	777,4	883,1	810,4	808,2
	davon Verbundaufgaben	116,8	116,8	116,8	116,8
	davon Center NQ	660,6	766,3	693,6	691,4
A 8	Gesamt Ausgaben	13.760,4	13.397,0	11.571,1	12.116,2

* In Klammern jeweils Verweis auf das entsprechende Kapitel im Textteil.

Anlage 2

Wirtschaftsplan 2015 Projekte im Rahmen der klassischen Aufgaben (Stand 11. April 2014)					
Lfd. Nr.	Projektbezeichnung	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	IST 2013 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013	WiPlan 2015 Entwurf
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
1	Marketing und Tarifkommunikation	345,3	681,1	345,3	345,3
2	Fahrgastinformation	842,4	973,9	842,4	842,4
3	Tarifdatenmanagement / Vertrieb	251,1	321,7	251,1	251,1
4	Verkehrsforschung	418,2	293,3	418,2	418,2
5	Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik	83,0	110,9	83,0	83,0
6	Planung und Konzeption	149,7	158,8	149,7	149,7
7	Finanzierung entfristete Stellen	-120,0		-120,0	-120,0
8	Gesamtbetrag	1.969,7	2.539,7	1.969,7	1.969,7

Anlage 3

Wirtschaftsplan 2015
Gesamtausgaben Center
 (Stand 11. April 2014)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	IST 2013 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013	WiPlan 2015 Entwurf
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
1	Aufgaben Center Vertragsmanagement	1.452,4	1.424,5	1.377,6	1.313,2
2	Aufwendungen für Zusatzaufgaben	699,9	1.470,6	710,9	764,0
3	Personal	1.155,7	1.092,4	1.393,0	1.393,0
4	Sonstiger betrieblicher Aufwand	158,2	136,2	158,2	158,2
5	Investitionen	10,7	28,9	10,7	10,7
6	Finanzbedarf Umsatzsteuer	660,6	766,3	693,6	691,4
7	Gesamtbetrag	4.137,5	4.918,9	4.344,0	4.330,5

Anlage 3.1

Wirtschaftsplan 2015 Land Berlin (Stand 11. April 2014)					
Lfd. Nr. der Anlage 1	Bezeichnung	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	IST 2013 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013	WiPlan 2015 Entwurf
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
Anlage 1, E 2.1	Betrag allgemeine Verbundaufgaben (klassisch)	2.575,0	2.575,0	2.575,0	2.575,0
Anlage 1, E 2.4	Forschungsprojekt INNOS	429,1	51,2	75,0	316,8
Anlage 1, E 2.5	Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement (NQ)	1.059,7	1.059,7	1.087,9	1.150,4
	Gesamtsumme	4.063,8	3.685,9	3.737,9	4.042,2
Anlage 1, E 2.6	Zusatzaufgaben Center - Kundenmonitoring S-Bahn - Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn	137,7 31,8 105,9	135,3 29,4 105,9	143,0 37,1 105,9	188,3 29,4 158,9

Anlage 3.2

Wirtschaftsplan 2015 Land Brandenburg (Stand 11. April 2014)					
Lfd. Nr. der Anlage 1	Bezeichnung	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	IST 2013 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013	WiPlan 2015 Entwurf
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
Anlage 1, E 2.2	Betrag allgemeine Verbundaufgaben (klassisch)	2.575,0	2.575,0	2.575,0	2.575,0
Anlage 1, E 2.4	Forschungsprojekt INNOS	2.041,7	451,7	0,0	316,8
Anlage 1, E 2.5	Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement (NQ)	2.245,0	2.245,0	2.410,1	2.271,0
	Gesamtsumme	6.861,7	5.271,7	4.985,1	5.162,8
Anlage 1, E 2.6	Zusatzaufgaben Center - Management Mobilitätsticket - Infrastrukturmanagement - Kundenmonitoring S-Bahn - Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn	345,8 107,1 221,7 3,9 13,1	345,5 107,1 221,7 3,6 13,1	353,9 107,1 229,1 4,6 13,1	367,0 107,1 236,7 3,6 19,6

Anlage 3.3

Wirtschaftsplan 2015 Landkreise/ kreisfreie Städte (Stand 11. April 2014)							
Lfd. Nr. der Anlage 1	Bezeichnung	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012		WiPlan 2014 laut Beschluss 14. März 2013		WiPlan 2015 Entwurf	
		Gesamt	je Gesell- schafter	Gesamt	je Gesell- schafter	Gesamt	je Gesell- schafter
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
Anlage 1, E 2.3	Betrag allgemeine Verbundaufgaben (klassisch)	1.202,1	66,8	1.202,1	66,8	1.202,1	66,8
	Gesamtsumme	1.202,1	66,8	1.202,1	66,8	1.202,1	66,8

Anlage 4

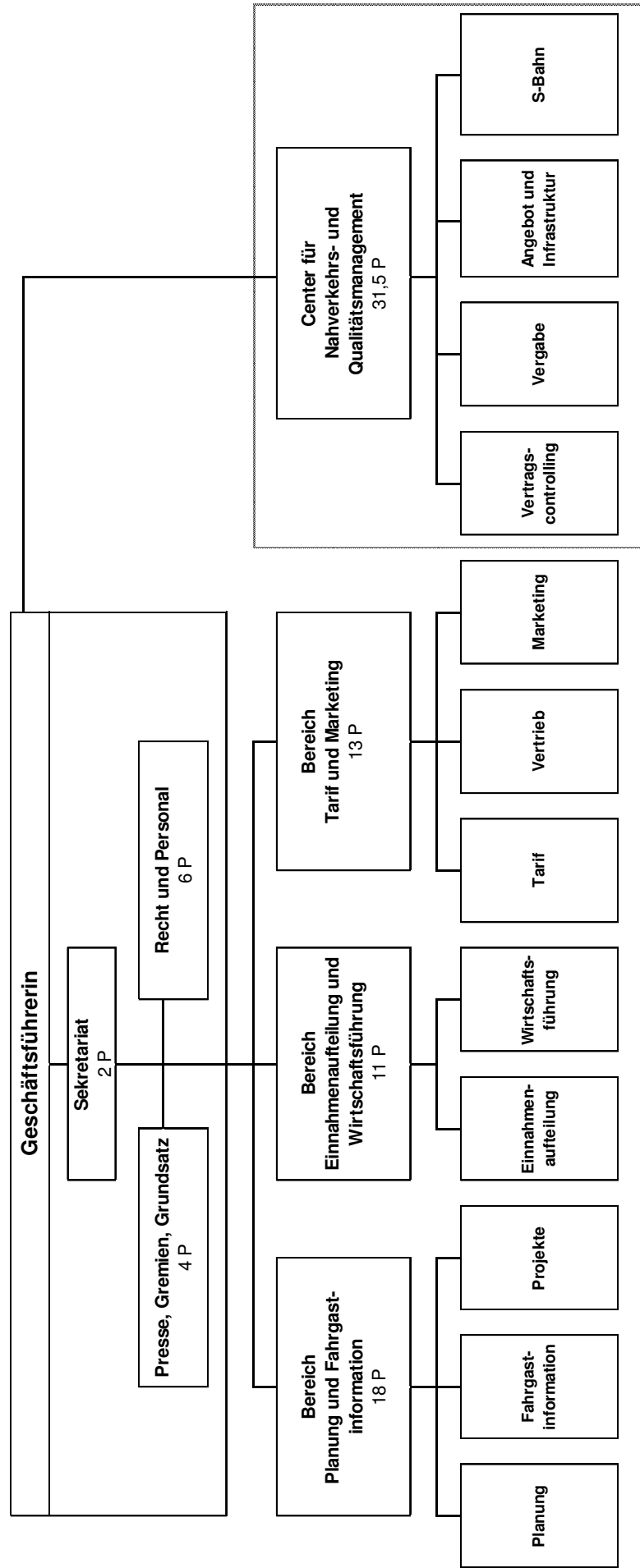
**Stellenplan der VBB GmbH
für das Wirtschaftsplanjahr 2015**

Vergütungsrahmen in Anlehnung an BAT ²	Stellen- anzahl
AT	5,0
BAT	80,5
<u>Gesamt-Stellenanzahl</u>	<u>85,5</u>
(ohne Geschäftsführer)	

² Die VBB GmbH ist nicht tarifgebunden und wendet daher weiterhin den BAT analog an.

Anlage 5

Wirtschaftsplan 2015 Organigramm



Bilanz zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013	31.12.2012
€	€	€
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	55.499,13	44.899,13
II. Sachanlagen		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	439.406,89	350.833,89
Summe Anlagevermögen	494.906,02	395.733,02
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.168,97	2.894,03
2. Unerferte Leistungen	146.709,47	1.083.966,09
3. Waren	13.330,16	10.671,64
	165.208,60	1.097.331,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	111.870,16	454.285,95
2. Forderungen gegen Gesellschafter	26.617,92	95.344,97
3. sonstige Vermögensgegenstände	332.226,54	392.924,39
	470.714,62	942.555,31
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	3.096.330,04	2.902.812,37
Summe Umlaufvermögen	3.732.253,26	4.942.699,44
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	62.480,96	75.313,71
Summe Aktiva	4.289.640,24	5.413.746,17
Treuhandvermögen		
- Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen aus dem Semesterticket	2.073.155,20	1.326.384,25
- Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus der Anerkennung der BahnCard	1.115.495,05	362.570,64
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen der Einnahmenaufteilung abzüglich Einzahlungen Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	132.802,04	141.495,19
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket zuzüglich Einzahlungen Guthaben aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	0,00	-45.700,00
	963,01	536.017,78
	0,00	45.700,00
	3.322.415,30	2.366.467,86
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	324.000,00	324.000,00
Summe Eigenkapital	324.000,00	324.000,00
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		
	26.440,45	30.618,48
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	458.368,77	355.007,74
D. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	1.135.103,78	1.072.685,56
Summe Rückstellungen	1.135.103,78	1.072.685,56
E. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	156.677,43	1.206.094,00
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	€ 0,00 (i. Vj. € 1.206.094,00)	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	401.964,83	571.146,84
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	€ 401.964,83 (i. Vj. € 571.146,84)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.444.595,88	1.262.121,20
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	€ 1.444.595,88 (i. Vj. € 1.262.121,20)	
4. sonstige Verbindlichkeiten	312.499,10	592.072,35
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	€ 312.499,10 (i. Vj. € 592.072,35)	
- davon aus Steuern	€ 0,00 (i. Vj. € 0,00)	
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	€ 0,00 (i. Vj. € 3.924,85)	
Summe Verbindlichkeiten	2.316.737,24	3.631.434,39
F. Rechnungsabgrenzungsposten		
	30.000,00	0,00
Summe Passiva	4.289.640,24	5.413.746,17
Treuhandverpflichtungen		
- Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen aus dem Semesterticket	2.073.155,20	1.326.384,25
- Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus der Anerkennung der BahnCard	1.115.495,05	362.570,64
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen der Einnahmenaufteilung abzüglich Einzahlungen Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	132.802,04	141.495,19
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket zuzüglich Einzahlungen Guthaben aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	0,00	-45.700,00
	963,01	536.017,78
	0,00	45.700,00
	3.322.415,30	2.366.467,86

Cottbuser Gartenschau- gesellschaft 1995 mbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus

Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

055 551 020

Inhalt:

Vorbericht
Erfolgsplan
Finanzplan
Investitionsplan
Anlagen
 Stellenübersicht
 haushaltsrelevante Positionen
 Sponsoring /Spenden

Beschluss AR 18.11.2014

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2015 der Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH

In der Stadtverordnetenversammlung am 21.12.2011 erfolgte durch den Bürgermeister der Stadt Cottbus die Information zum Ergebnis der im Jahr 2011 erfolgten Untersuchung zu Möglichkeiten einer organisatorischen Veränderung der Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH.

Im Ergebnis der Untersuchung wurde die Beibehaltung der bestehenden Strukturen und die weitere Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur „Zukunft der Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH“ vom 27.06.2007 empfohlen.

Dieser Beschluss lautet:

1. Bei Fortführung der bisherigen Nutzung und weiteren Gestaltung des ehemaligen BUGA-Kernbereiches ist im Rahmen des B-Planes „Bundesgartenschau Cottbus 1995“ unter Berücksichtigung denkmal- sowie landschaftsschutzrechtlicher Belange der Messe- und Tagungsstandort Cottbus zu sichern.
2. Die Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH wird auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages und unter Anwendung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH vom 01.09.2000 in der Rechtsform der gemeinnützigen GmbH weitergeführt.

Auf Grund der überwiegend langjährigen Fördermittelbindungsfrist hinsichtlich der vorhandenen verschiedenen Wirtschaftsgüter (auch Parkgestaltungen) ist die Gesellschaft entsprechend der damaligen Förderzwecke zur jeweiligen Nutzung verpflichtet. Eine kostendeckende Betriebsführung ist dabei nicht möglich.

Der Betriebskostenzuschuss sichert die Existenz der Gesellschaft.

Die Erträge, die Finanzen und die Vermögenslage sind im Wirtschaftsjahr 2014 planmäßig stabil.

Der Betriebskostenzuschuss betrug im Jahr 2009, 431,3 T€ und im Jahr 2010, 411,3 T€. Auf Grund eines einmaligen wirtschaftlichen Vorteilseffektes im Jahr 2011 (Auflösung von Verbindlichkeiten) wurde der Betriebskostenzuschuss im Plan 2011, 2012 und 2013 auf 361,3 T€ gesenkt.

Für die Jahre 2012 und 2013 wurde entsprechend in den Wirtschaftsplänen jeweils ein Verlust von 40 T€ geplant. Im Ist 2012 betrug dieser 33,3 T€ und im Ist 2013, 20,4 T€.

Entsprechend der mittelfristigen Planung in den Wirtschaftsplänen 2012 und 2013 wurde darauf verwiesen, dass ab dem Jahr 2014, um eine bilanzielle Überschuldung zu verhindern, der Wirtschaftsplan wieder ausgeglichen sein sollte und um den jährlichen Verlust von 40 T€ zu verhindern, der Betriebskostenzuschuss von 361,3 T€ (Jahre 2011 bis 2013) um 40 T€ wieder auf das Niveau von 2010 in Höhe von 401,3 T€ erhöht werden muss.

Wie im Wirtschaftsplan 2014 ist im Wirtschaftsplan 2015 ein konstanter Betriebskostenzuschuss von 401,3 T€ geplant.

Die Eigenkapitalausstattung 2014 und 2015 ist gewährleistet und die Liquidität ist als gesichert anzusehen, unter der Voraussetzung, dass der Zuschuss der Stadt Cottbus wie geplant, gewährt wird.

Innerhalb der Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus auswirken ist der Betriebskostenzuschuss ausgewiesen. Auszahlungen an die Stadt Cottbus erfolgen für die Pacht entsprechend der Pachtverträge und Grundbesitzabgaben.

Die geplanten Investitionen betreffen ausschließlich Ersatzinvestitionen in die Baukörper und das Inventar entsprechend dem Verschleißgrad.
Es erfolgt ausschließlich die Finanzierung über Eigenmittel aus Abschreibungen.

Sponsoring und Spendenleistungen der Gartenschauengesellschaft sind nicht geplant.

Cottbus, den 18.11.2014


Bernd Köch
Geschäftsführer

Erfolgsplan

Nr.	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1. Umsatzerlöse	216	98	211	108	108	108	108
2. Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen							
4. Sonstige betriebliche Erträge	401	425	437	426	426	426	426
dav. Betriebskostenzuschuss	361	401	401	401	401	401	401
5. Materialaufwand	209	213	215	202	202	202	202
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	209	213	215	202	202	202	202
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	159	47	157	71	71	71	71
6. Personalaufwand	120	36	118	54	54	54	54
a) Löhne und Gehälter	39	11	39	17	17	17	17
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	12	11	12	12	12	12	12
7. Abschreibungen	241	238	239	232	232	232	232
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen							
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
Betriebsergebnis	-4	14	25	17	17	17	17
9. Erträge aus Beteiligungen							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	3	2	3	3	3	3	3
dav. aus verbundenen Unternehmen							
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	16	13	17	17	17	17	17
dav. an verbundene Unternehmen							
Finanzergebnis	-13	-11	-14	-14	-14	-14	-14
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17	3	11	3	3	3	3
15. Außerordentliche Erträge							
16. Außerordentliche Aufwendungen							
17. Außerordentliches Ergebnis							
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	2	2	2	2	2	2	2
19. Sonstige Steuern	1	1	1	1	1	1	1
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	-20		8				
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-20		8				

Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-20	12	8	12	12	12	12
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	12		12				
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	2						
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	9						
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-15						
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-12	12	20	12	12	12	12
10.	± Einzahlungen aus Investitionszweckungen							
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens							
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-1	-12	-1	-12	-12	-12	-12
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände							
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen							
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1	-12	-1	-12	-12	-12	-12
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen							
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde							
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit							
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-13		19				
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	217	188	204	223	223	223	223
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	204	188	223	223	223	223	223

Investitionsplan

Nr. Maßnahme	Planjahr 2015 T€	Folgejahre				Summe Jahre T€
		2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1	12	12	12	12	12	60
2	12	12	12	12	12	60
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt						
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen						
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen						
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						

Stellenübersicht

Anzahl	Ist 2013	Plan 2014	Ist 30.06.2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0
Auszubildende							
Stellen gesamt							
<u>zur Information</u>	Die Gartenschaugesellschaft beschäftigt ausschließlich geringfügig beschäftigte Aushilfskräfte. Die Planung erfolgt für den Bedarf der Gartenschaugesellschaft. Die Abrechnung des Ist beinhaltet auch die Aushilfskräfte, die für die CMT arbeiten und deren Aufwand die CMT der Gartenschaugesellschaft erstattet.						
	41	9	46	9	9	9	9

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinden - davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich Liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinden	361	401	401	401	401	401	401
2.	Sonstige Einnahmen der Gemeinden							
3.	Einzahlungen gesamt	361	401	401	401	401	401	401
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen sonstige Auszahlungen an die Gemeinden							
2.		13	14	14	14	14	14	14
3.	Auszahlungen gesamt	13	14	14	14	14	14	14

COTTBUSER GARTENSCHAUFGESELLSCHAFT 1995 MBH, COTTBUS

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

AKTIVA

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Software

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
	5,08	5,08

II. Sachanlagen

1. Bauten auf fremden Grundstücken
2. Technische Anlagen und Maschinen
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	10.317,00	12.011,00
	6.396,00	8.102,00
	24.662,81	32.517,81
	41.375,81	52.630,81
	41.380,89	52.635,89

B. UMLAUFVERMÖGEN

- I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Sonstige Vermögensgegenstände

	16.507,51	21.694,82
	20.178,41	23.764,42

	36.685,92	45.459,24
	204.076,49	216.932,34
	240.762,41	262.391,58
	282.143,30	315.027,47

II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

PASSIVA

A. EIGENKAPITAL

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Gewinnvortrag
- III. Jahresfehlbetrag

	26.075,89	26.075,89
	69.492,73	102.828,49
	-20.368,84	-33.335,76
	75.199,78	95.568,62

- B. RÜCKSTELLUNGEN
1. Pensionsrückstellungen
2. Steuerrückstellungen
3. Sonstige Rückstellungen

	127.600,00	112.867,00
	4.487,18	4.741,27
	23.890,00	36.800,00
	155.967,18	154.408,27

C. VERBINDLICHKEITEN

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
2. Sonstige Verbindlichkeiten
- davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 39,49)
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 3.066,74 (Vorjahr: EUR 2.993,49)

	35.740,44	50.385,70
	15.235,90	14.664,88

	50.976,34	65.050,58
	282.143,30	315.027,47

EGC
Entwicklungsgesellschaft
Cottbus mbH

Beteiligung der Stadt Cottbus

Wirtschaftsplan 2015

Entsprechend der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Cottbus

Beschlussvorlage Nr. 07/2014 des AR der EGC mbH

057 571 020

Fassung vom 30.10.2014

Beschluss AR 24.11.14, GV 16.12.14

Erfolgsplan

## Nr.	TEUR	Ist 2013	Plan 2014	V-Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1.	UP Umsatzerlöse	60	110	184	120	145	145	145
2.	Erhöh. od. Vermind. d. Bestands an fert. u. unfert. Erzeugn.	-38	-10	-116	-25	-50	-50	-50
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen							
4.	UP Sonstige betriebliche Erträge dav. Auflös. v. Sonderposten mit Rücklageanteil	766	650	755	849	849	751	718
	Gesamterträge	788	750	823	944	944	846	813
5.	Materialaufwand	0	110	4	90	80	80	80
	UP a) Aufwend. f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezog. Waren							
	UP b) Aufwend. f. bezog. Leistungen	0	110	4	90	80	80	80
6.	Personalaufwand	361	325	315	325	385	385	385
	a) Löhne und Gehälter	307	280	270	280	330	330	330
	b) soziale Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorg. u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	53	45	45	45	55	55	55
7.	UP Abschreibungen	1	2	1	2	2	2	2
8.	UP Sonst. betriebl. Aufwend. dav. Zuführung. zu Sonderposten m. Rücklageant.	373	275	281	517	491	422	388
	Betriebsergebnis	52	38	223	10	-14	-43	-42
9.	Erträge aus Beteiligungen dav. aus verbundenen Unternehmen							
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlageverm. dav. aus verbundenen Unternehmen							
11.	Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge dav. aus verbundenen Unternehmen	0		0				
12.	Abschreib. auf Finanzanl. u. auf Wertpapiere d. Umlaufverm.							
13.	Zinsen u. ähnl. Aufwend. dav. an verbundene Unternehmen	8	10	8	8	7	7	7
	Finanzergebnis	-8	-10	-8	-8	-7	-7	-7
	Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	45	28	215	2	-21	-50	-49
14.	Außerordentl. Erträge							
15.	Außerordentl. Aufwendungen	58						
16.	Außerordentliches Ergebnis	-58						
17.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag							
18.	Sonstige Steuern	11	15	11	11	13	12	11
19.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-24	13	204	-9	-34	-62	-60
20.	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
	Gewinn-/Verlustvortrag aus Vorjahr							
	Bilanzergebnis	-24	13	204	-9	-34	-62	-60
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen							

Erfolgsplan								
Unterpositionen (in TEUR)								
##		Ist 2013	Plan 2014	V-Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	UP Umsatzerlöse	60	110	184	120	145	145	145
1	Grundstücksverkäufe	39	90	166	105	130	130	130
2	Vermietung und Verpachtung	21	20	18	15	15	15	15
3	Sonstige Umsatzerlöse							
	UP Sonstige betriebliche Erträge	766	650	755	849	849	751	718
1	Ertragszuschüsse Gesellschafter	661	635	598	598	598	598	598
2	Erträge aus Kostenerstattungen	39		39				
3	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen/sonstiges	1		1				
4	Erlöse Sachbezug	5		5				
5	DLV BKO 2012							
6	GRW-Regionalbudget			98	131	131	33	
7	FM TIP (2010) /Geothermie Stadt							
8	Deplinno	46						
9	UCP	15	15	14				
10	Leitungen							
11	Erstattung Erfolgshonorar				120	120	120	120
	Aufwend. f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezog. Waren							
	UP Aufwend. f. bezog. Leistungen	0	110	0	110	110	110	110
1	Erschließungsaufwendungen	0	80		80	80	80	80
2	Fremdleistungen		30	0	30	30	30	30
	UP Abschreibungen	1	2	1	2	2	2	2
1	a) auf Immat. Vermögensgegenst. d. Anlageverm. u. Sachanl.	1	2	1	2	2	2	2
2	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB							
3	davon nach § 254 HGB							
4	b) auf Vermögensgegenst. d. Umlaufverm., soweit diese die im Untern. übl. Abschreib. überschreiten							
5	davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB							
6	davon nach § 254 HGB							
	UP Sonst. betriebl. Aufwend.	374	275	281	517	491	422	388
1	Werbe- und Reisekosten, UCP, Regionalbudget etc.	232	104	145	230	205	137	104
2	Rechts- und Beratungskosten	25	41	25	30	30	30	30
3	Fahrzeugkosten	13	20	14	16	16	16	16
4	Mieten/Strom/Telefon	77	55	70	60	60	60	60
5	sonstige	11	44	10	50	50	50	50
6	Versicherungen/AR/Mitgliedsbeitr.	10		10				
7	Beiträge							
8	Grundstückspflege und Straßenreinigung	6	11	7	11	10	9	8
9	Geothermie							
10	Erfolgshonorar				120	120	120	120

Finanzplan							
TEUR	Ist 2013	Plan 2014	V-Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Ein- und Auszahlungsarten							
1. ± Jahresgewinn/Jahresverlust	-24	16	204	-9	-34	-62	-60
2. ± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenst. d. AV	2	2	1	2	2	2	2
3. ± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten z. AV							
4. ± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-3.111	-1.321	-73	-1.272	-9	-9	-9
5. ± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. AV							
6. ± sonst. zahlungsunwirks. Aufwendungen u. Erträge							
7. ± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.335	1.315	32	1.289	50	50	50
8. ± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichk. aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-23		-7				
9. = Mittelzufluss/Mittelabfluss aus lfd. Geschäftstätigkeit	179	12	158	10	9	-19	-17
10. + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen/-zuschüssen							
11. + Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. SAV							
12. + Einzahlungen aus Abgängen immat. Vermögensgegenstände/Anlagen im Bau							
13. + Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14. + sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15. = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16. - Auszahlungen f. Investitionen i. d. SAV		-2	-2	-2	-2	-2	-2
17. - Auszahlungen f. Investitionen i. immat. Vermögensgegenstände							
18. - Auszahlungen f. Invest. i. d.							
19. - sonst. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20. = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-2	-2	-2	-2	-2	-2
21. = Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit		-2	-2	-2	-2	-2	-2
22. + Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Invest.							
23. + Sonst. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)/geforderten Darlehen							
24. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25. + Einzahlungen aus Sonderposten z. AV							
26. + Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen/Förderm. zur Darlehenstilg.							
27. = Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28. - Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Invest.	-108						
29. - Sonst. Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30. - Auszahlungen an die Gemeinde/Entnahmen der Kommanditisten							
31. - Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten z. AV							
32. - Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen/Auszahlung Darlehensstilg.							
33. = Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-108						
34. = Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	-108						
35. + Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36. - Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37. = Saldo aus d. Inanspruchn. v. Liquiditätsreserven							
38. = Zahlungswirks. Veränderung d. Finanzmittelbest.	71	10	156	8	7	-21	-19
39. + Finanzmittelbest. bzw. voraussichtl. Best. an eigenen Zahlungsmitteln am Anf. d. Periode	6	22	125	281	289	296	275
40. = Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode	77	32	281	289	296	275	256

Anlage 1: Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2015 der EGC mbH

1 Erläuterungen

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Der Wirtschaftsplan 2015 der EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH (nachfolgend EGC) wurde auf der Grundlage des Beschlusses „Mittelfristige Weiterentwicklung der Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH“ der Stadtverordneten der Stadt Cottbus im Juni 2010 (Vorlage OB-011/10) sowie dem Geschäftsverlauf des Jahres 2014 erstellt.

Das Projekt „GRW-Regionalbudget“ für den regionalen Wachstumskern (RWK) Cottbus ist seit dem Jahr 2014 wieder ein besonderer Schwerpunkt der Tätigkeit und ein wichtiger Bestandteil des Planes.

Sonstige Projekte mit Fördermitteln können zusätzliche Einnahmen zur Verfolgung der Unternehmensziele generieren, allerdings binden solche Projekte mitunter die personellen Kapazitäten übermäßig. Der Erfolg der bisherigen Projekte UCP und Deplinno wurde entsprechend unterschiedlich gewertet. Während das Projekt UCP der Kreativwirtschaft einen nachhaltigen Impuls gegeben hat, erreichte das Projekt DEPLINNO nicht die Unternehmen und traf wohl nicht deren Bedürfnisse.

Die Thematik der Belastung aus der Kanalanschlussbeitragsbescheidung kann voraussichtlich im Jahr 2014 nicht vollständig geklärt werden und wird sich wohl in das Jahr 2015 hinein ziehen. Die Belastung der EGC steht aufgrund der teilweise komplizierten rechtlichen Lage noch nicht endgültig fest.

Durch die Bildung einer Rückstellung in Höhe von 3,105 Mio. € wurde die mögliche Belastung im JA 2011 berücksichtigt. Die Stadt Cottbus hat einen zusätzlichen Zuschuss von bis zu 3 Mio. € für die Übernahme von Beiträgen zugesagt. Dieser Betrag wurde als sonstiger Vermögensgegenstand (Bilanz) bzw. außerordentlicher Ertrag (GuV) im JA 2011 berücksichtigt. Im Jahr 2012 wurden über die Hälfte der erwarteten Beitragszahlung geleistet.

Dieser Wirtschaftsplan geht davon aus, dass die Beiträge für die übrigen Flächen 2015 zahlungswirksam werden.

1.2 Erläuterungen zum Erfolgsplan

Für das Jahr 2015 wird ein positives Ergebnis erwartet.

Für die Jahre ab 2016 wurde auf der Basis der bisherigen Mittelfristplanung geplant, allerdings mit einer Erhöhung im Bereich des Personals. Durch das neubeschlossene Regionalbudget steigen die vorhandenen Mittel für Präsentation, Marketing, Reisen und ähnliches insbesondere in den Jahren 2015 und 2016. Aufgrund der damit verbundenen Aufwendungen wurden die Ansätze für Präsentations-, Werbe- und Reisekosten erhöht.

Umsätze (Verkaufserlöse)

- Die EGC plant 2015 mit Umsätzen aus zwei Grundstücksverkäufen in Höhe von 105 T€.
- Für die Folgejahre werden Erlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 130 T€ erwartet.
- Die EGC plant mit Mieterlösen i. H. v. 15 T€ p.a.

Sonstige betriebliche Erträge

- Zuschüsse (Betriebsmittel- und Personalkostenzuschüsse)
Ab dem Jahr 2015 werden Zuschüsse der Stadt in Höhe von 122,5 T€ und der GWC in Höhe von 475 T€ geplant, insgesamt 597,5 T€ p.a. Diese sind in diesem Plan über das Jahr 2015, dem letzten enthaltenem Jahr des Fortführungsbeschlusses der StVV Cottbus, fortgeschrieben.
- Regionalbudget
Aus dem Regionalbudget werden Erträge und Zahlungseingänge in Höhe von 131 T€ in den Jahren 2015 und 2016 und 33 T€ im Jahr 2017 erwartet.
- Erstattung von zusätzlichen Erfolgshonoraren für Ansiedlungserfolge Externer:
Mögliche Erfolgshonorare werden als zusätzlicher Zuschuss erstattet

Bestandsveränderungen

- Die angesetzten Erschließungen werden als bestandserhöhend eingeschätzt, also als Wertsteigerung von EGC-Grundstücken.
- Verminderung der Vorräte aus Verkäufen
Der Planung liegt ein Verkauf zum Buchwert zugrunde, entsprechend sinken die Vorräte um 25 T€ (Veränderung: Verminderung aus Verkauf 105 T€ + Erhöhung aus Erschließung 80 T€) bzw. um 50 T€ (Veränderung: Verminderung aus Verkauf 130 T€ + Erhöhung aus Erschließung 80 T€)

Personal

Die Geschäftsführung schlägt zur Intensivierung der Investorenakquisition die Aufstockung des Personals um eine Stelle vor. Die Stelle soll nach einem weiteren Fortführungsbeschluss der Stadtverordneten zum Jahresende besetzt werden. Im Zeitraum des Wirtschaftsplanes bis zum Jahr 2018 einschließlich, werden Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden. Der Plan sieht eine Wiederbesetzung vor. Der Personalaufwand steigt daher (und aufgrund geringerer Gehaltszahlungen aufgrund langer Krankheit im Jahr 2014) im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 um 10 T€ und im Jahr 2016 (erstes volles Jahr der zusätzlichen Stelle) um 60 T€ auf 385 T€.

Die Zuführung zur Pensionsrückstellung (Aufzinsung) für Dr. Zwania wird im Zinsaufwand ausgewiesen.

Materialaufwand und Fremdleistungen

Die Position weist den Aufwand für Erschließungen auf sowie für Fremdleistungen für externe Akquisitionsleistungen.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

- Präsentations-, Werbe- und Reisekosten inkl. Regionalbudget 230 T€
- Verwaltungskosten/Gemeinkosten 140 T€
davon Mieten und IT-Leasing und ähnliches 60 T€
davon Buchhaltung, Jahresabschluss und Prüfung, Beratung 30 T€
davon sonstiges 50 T€ (Versicherungen, Mitgliedschaftsbeiträge, AR...)
- Kfz 16 T€

- Kosten Grundstückspflege und Straßenreinigung 11 T€
- Erfolgshonorar für Ansiedlungserfolge Externer

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand enthält die Zinsen für die Pensionsverpflichtung (ca. 7 T€). Weiterer Zinsaufwand entsteht nicht.

Steuern

Grundsteuer, Kfz-Steuer 11 T€

Ergebnisverwendung

Für 2014 wird ein Gewinn in Höhe von rund 200 T€ erwartet. Das Jahresergebnis 2014 soll mit dem Verlustvortrag verrechnet werden. Für 2015 wird ein Ergebnis in Höhe von -12 T€ erwartet, das vorgetragen werden soll.

1.3 Erläuterungen zum Finanzplan

Der Finanzplan zeigt nicht die operativen Ein- und Auszahlungen nach Aufwandsarten, sondern die Veränderung des Finanzmittelbestandes aus der betrieblichen Tätigkeit, aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit. Die Form ist die indirekte Cash-Flow-Ermittlung entsprechend der vorgegebenen Form aus der Beteiligungsrichtlinie bzw. aus der Eigenbetriebsverordnung.

Aufgrund des Abbaus des Umlaufvermögens sowie der Veränderungen der Rückstellungen verändert sich die Liquidität nicht parallel zum Ergebnis. Der Stand der liquiden Mittel wird mit rund 280 T€ zum Jahresanfang 2015 erwartete und wird zum Ende des Jahres gemäß einen ähnlichen Stand ausweisen. Im Verlauf der Folgejahre wird die Liquidität entsprechend der Planprämissen tendenziell sinken.

Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen

Es wurden maximale Beitragszahlungen in Höhe von 3.105 T€ erwartet. Die EGC hat 1.695 T€ Beitragszahlungen im Jahr 2012 geleistet und 1.695 T€ von der Stadt CB hierfür erhalten. Entsprechend hat sich die Rückstellung verringert auf 1.410 T€ und der sonstige Vermögensgegenstand (Zusage der Stadt zur Zahlung an die EGC für Beiträge) auf 1.305 T€ reduziert. Die Zahlung von Beiträgen in Höhe von 1.305 T€ wird in diesem Plan für 2015 geplant.

Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind

Die Vorräte sinken um 25 T€ aus dem Abgang von Grundstücken. Aus der Erstattung der Beitragszahlung durch die Stadt Cottbus sinken die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 1.305 T€.

resultierende Überdeckung bzw. Unterdeckung

Der Finanzplan weist für 2015 einen leichten Einzahlungsüberschuss von 8 T€ auf. Zur Ergänzung des Finanzplanes auf der Basis der indirekten Cash-Flow Rechnung sind nachfolgend die geplanten Ein- und Auszahlungen nach Bereichen dargestellt:

Alle Angaben in T€

Einzahlungen

Zuschuss GWC	475
Zuschuss Stadt normal	122,5
Mieten	15
Regionalbudget	131
Grundstücksverkäufe	105
Zuschuss Stadt Beiträge	1.264
Summe	2.113

Auszahlungen

Werbe- und Reisekosten	230
Grundstückskosten	11
Erschließung	80
Fremdleistungen externe Akquisition	10
Personal	325
Verwaltung	140
Fahrzeugkosten	16
Grundsteuer und Fahrzeugsteuer	14
Pension	16
Investitionen BGA	2
Beiträge	1.264
Summe	2.105

Einzahlungen der Gesellschafter

Es werden Zuschusszahlungen i. H. v. 122,5 T€ durch die Stadt bzw. i. H. v. 475 T€ durch die GWC geplant.

Einzahlungen aus Grundstücksgeschäften

Es werden Umsätze und damit Zahlungseingänge in Höhe von 105 T€ erwartet. Ab 2016 wird im Erfolgsplan ein Umsatz aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 130 T€ ausgewiesen.

Finanzplan für die Jahre 2016-2018

Der mittelfristige Finanzplan sieht ab 2017 einen Auszahlungsüberschuss vor.

1.4 Erläuterungen zum Stellenplan

Der Stellenplan sieht eine zusätzliche Stelle „Mitarb. Akquisition/Marketing neu“ vor. Eine Besetzung wird zum Jahresende angestrebt. Ein deutlicher Anstieg der Personalaufwendungen und Auszahlungen wird damit ab 2016 wirksam.

1.4 Chancen- und Risikobericht

Es wurden eine maximale Beitragsbelastung der EGC i. H. v. 3,105 Mio. € abgeschätzt. Aufgrund der komplexen Rahmenbedingungen kann es zu einer abweichenden Belastung der Gesellschaft kommen. Es liegt ein Schreiben der Stadt vom 25.01.2012 vor, die zusätzliche Zuschüsse zur Übernahme der Beiträge i. H. v. 3 Mio. € in der Haushaltsplanung 2012 vorsehen. Aufgrund der nicht abgeschlossenen Bescheidung steht die endgültige Belastung der Gesellschaft noch nicht fest. Der Plan geht davon aus, dass die nicht im Jahr 2012 erfolgten Beitragszahlungen auch im Jahr 2015 bis zu einer Gesamthöhe von 1,264 Mio. € durch die Stadt Cottbus übernommen werden.

Im Rahmen der vorliegenden Planung mit deutlich reduzierten Kostenansätzen besteht nicht die Notwendigkeit der Erzielung eines Einzahlungsüberschusses aus der Veräußerung von Gewerbeflächen. Damit wäre das Risiko für die Gesellschaft deutlich gesenkt.

Für die Jahre 2009-2012 wurde die Umsatzsteuererklärung korrigiert. Es erfolgten Umsatzsteuernachzahlungen. Aus der aktuellen Betriebsprüfung 2009-2011 werden daher keine Belastungen entstehen, die die Existenz der Gesellschaft bedrohen könnten.

Der Fortführungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung galt für den Zeitraum bis einschließlich 2015. Aufgrund der positiven Entwicklungen ist dieser Wirtschaftsplan unter der Prämisse eines weiteren Fortführungsbeschlusses erstellt worden.

2 Übersicht Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken

Die Übersicht ist als Anlage 2 beigelegt.

3 Stellenübersicht

Die Übersicht ist als Anlage 3 beigelegt.

4 Investitionen

Es sind keine Investitionen geplant. Für Betriebs- und Geschäftsausstattung sind pauschal 2 T€ eingeplant.

5 Übersicht Kredite

Die Gesellschaft hat keine Kreditverbindlichkeiten und plant keine Kreditaufnahme.

EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH

Übersicht Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus auswirken

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken								
Nr.	Bezeichnung	Ist 2013	Plan 2014	V-Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	<u>Einzahlungen</u>							
1	Zuschüsse der Gemeinden, davon als: - Betriebskostenzuschüsse - Kostenzuschuss Beiträge Darlehen der Gemeinde	122.500	122.500	122.500	122.500	122.500	122.500	122.500
2								
3	Kostenerstattung* GRW-Regionalbudget (brutto)			116.620	155.890	155.890	39.270	
	ist gleich Straßenreinigung (Auszahlung Stadt)	13.200	9.851	9.851	9.851 120.000	9.851 120.000	9.851 120.000	9.851 120.000
	Erfolgshonorar							

Fassung vom 30.10.2014

Stellenübersicht 2015

Bezeichnung	Bemerkung
Geschäftsführer/Gewerbeflächen	keine Veränderung, wie Vorjahr
Assistentin der Geschäftsführung	keine Veränderung, wie Vorjahr
Mitarb. Akquisition/Ansiedlung	keine Veränderung, wie Vorjahr
Mitarb. Ansiedlung/Technologietransfer	ab 01.07.2015 geplant (neu)
Mitarb. Akquisition/Marketing	ab 01.07.2015 geplant (wieder)
Mitarb. Bestandsentwicklung	keine Veränderung, wie Vorjahr
Raumpflegerin	Minijob

Energieregion Lausitz- Spreewald GmbH

Beteiligung der Stadt Cottbus

Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

Inhalt:

- Erfolgsplan
 - Vorbericht
- Spartenrechnung
- Finanzplan

Anlagen:

- Investitionsplan
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gesellschaft
- Stellenübersicht
- Formblatt gem. §14 (1) Nr. 1 EigVO

Vorbericht zur Wirtschaftsplanung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH für das Wirtschaftsjahr 2015

1. Allgemeines
2. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen
3. Stellenübersicht und Personalentwicklung
4. Entwicklung des Finanzmittelbestandes
5. Entwicklung der Investitionstätigkeiten
6. Entwicklung des Eigenkapitals
7. Finanzentwicklung und Risikoausblick

1. Allgemeines

Die Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS GmbH) wurde als Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet und die Gesellschafter sind zu je gleichen Anteilen die Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie die Stadt Cottbus.

Die Gesellschaft koordiniert Maßnahmen und setzt selbst Maßnahmen um, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Energieregion Lausitz-Spreewald dienen. Hauptgegenstand ist die Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regional verankerten Akteuren, um diese Region als eine Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Tourismusregion weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch die Akquisition von Mitteln von EU, Bund und Land sowie aus der Wirtschaft, um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können.

Laut §15 des Gesellschaftsvertrags hat die Gesellschaft in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften, für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 erfüllt in Inhalt und Umfang die Anforderungen der Brandenburgischen Kommunalverfassung.

2. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Die Umsatzerlöse im Jahr 2014 entsprechen dem Planansatz von 107 T€. Diese beinhalten im Wesentlichen Erlöse aus den Zuschuss der Firma Vattenfall für eine Projektmanagerstelle (75 T€), KWIS-Wartung und Service (3 T€) und der Auflösung des im Rechnungsabgrenzungsposten passivierten Anteils des Zuschusses der Vattenfall Europe Mining AG für die Kompetenzfeldanalyse im Zukunftsdialog Lausitz (29 T€).

Im Jahr 2014 sind die sonstigen betrieblichen Erträge i. H. v. 351 T€ hauptsächlich auf die Zuschüssen der Gesellschafter i. H. v. 331 T€ zurückzuführen. Bestandteil sind zusätzlich die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens der Vattenfall Europe Mining AG i. H. v. 20 T€ aus der Anschubfinanzierung der Gesellschaft i. H. v. 100 T€ für die betriebliche Ausstattung.

Im Jahr 2015 sind im Plan Erlöse i. H. v. 88 T€ aus dem Zuschuss der Firma Vattenfall für eine Projektmanagerstelle (75 T€) und die Fördermittel aus dem diesjährig erfolgreich bei der Euroregion Spree-Neiße-Bober beantragten deutsch-polnischen Projektes „Unbekannte Moderne 2019“

(TOPOMOMO 13 T€) berücksichtigt worden. Ab dem Planjahr 2017 sind keine Umsatzerlöse ausgewiesen, da aus heutiger Sicht von keiner Fortführung eines Zuschusses für eine Projektmanagerstelle durch Vattenfall ausgegangen werden kann.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen im Jahr 2015 i. H. v. 441 T€ sind nur die verwendeten Zuschüsse der Gesellschafter i. H. v. 431 T€ und die Rückforderung der Mittel aus dem Projekt „FILK – Innoprofile-Stiftungsprofessur“ i. H. v. 10 T€ ausgewiesen, da mit dem Wirtschaftsjahr 2014 letztmalig die über fünf Jahre gestaffelte Auflösung des Sonderpostens der Vattenfall Europe Mining AG i. H. v. 20 T€ aus der Anschubfinanzierung der Gesellschaft i. H. v. 100 T€ für die betriebliche Ausstattung erfolgt ist.

Der Wirtschaftsplan 2015 ist aufgestellt auf der Grundlage der Ausreichung von Zuschüssen der Gesellschafter i. H. v. 300 T€ im Jahr 2015 sowie in den Folgejahren. Diese Zuschüsse stellen die maßgeblichen Erträge der Gesellschaft dar. Diese sollen schrittweise durch entsprechende Fördermittel, welche direkt über die Gesellschaft in Zuordnung zu den Kompetenzfeldern und strategischen Handlungsfeldern eingeworben werden, ergänzt werden.

Gleichzeitig werden mit der Wirtschaftsplanung die Mittel des passiven Rechnungsabgrenzungsposten komplett i. H. v. 131 T€ zur Verfügung stehen. Dies soll es der Gesellschaft ermöglichen, sämtliche angesparten Mittel einzusetzen. Dementsprechend wurden Projektaufwendungen bzw. -ausgaben i. H. v. 212 T€ geplant, die zum Zeitpunkt der Planerstellung erst teilweise durch die Gesellschafter beschlossen sind. Gerade die Bereiche „Kooperationen mit Hochschulen“ und „Verbundprojekte“ sind aber bereits mit angefragten oder in Vorbereitung befindlichen Projektvorhaben stark überzeichnet. Der Wirtschaftsplan ermöglicht so nach einer Evaluierung der strategischen Ausrichtung im Jahr 2015 einen flexiblen Handlungsrahmen für neue Projektvorschläge.

Der Plan 2015 berücksichtigt die laufenden Aufwendungen Personal und sonstigen betrieblichen Aufwand i. H. v. 527 T€. Die geplanten sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Jahr 2015 i. H. v. 326 T€ entsprechen der Planung des Vorjahres.

Die ELS GmbH weist im Jahr 2015 - wie im Vorjahr - ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

3. Stellenübersicht und Personalentwicklung

In der Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2015 sind die Stellen der Geschäftsführung, der Büroleitung, eines Projektmanagers/Marketingkommunikation und zwei studentische Hilfskräfte verzeichnet, deren Personalkosten von der Gesellschaft getragen werden. Die laut Planung eingesetzten studentischen Hilfskräfte unterstützen die Gesellschaft u. a. bei der Durchführung von regionalen Veranstaltungen. Sie sind darüber hinaus das Bindeglied zu den Hochschulen und führen Datenrecherchen durch.

Die Stelle des Projektmanagers Wirtschaft/ Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/ Bildung wird durch die Firma Vattenfall finanziell getragen. Eine Mitarbeiterin ist von der BASF Schwarzheide GmbH an die ELS GmbH in unentgeltlichem Arbeitnehmerüberlassungsverhältnis entliehen worden.

Laut Wirtschaftsplanung 2015 wird sich der Personalaufwand der Gesellschaft auf 200 TEUR belaufen. Davon wird ein Betrag von 33 TEUR für anfallende soziale Abgaben eingeplant. Der Personalaufwand steigt ab dem Planjahr 2017 an, da mit aktuellen vertraglichen Regelungen keine Personalkostenentlastung durch die unentgeltliche Arbeitnehmerüberlassung der BASF Schwarzheide GmbH mehr greift und von einem gleichbleibenden Personalbestand ausgegangen wird.

4. Entwicklung des Finanzmittelbestandes

Die in den Vorjahren aufgebaute Liquidität wird weiter abgebaut. Die Regelungen hinsichtlich des Betrauungsaktes werden damit weitestgehend berücksichtigt.

5. Entwicklung der Investitionstätigkeiten

Es sind keine größeren Investitionen in die Büroausstattung sowie PC- bzw. Präsentationstechnik geplant.

6. Entwicklung des Eigenkapitals

Das durch die Gesellschafter in gleichen Anteilen eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 T€. Im Wirtschaftsjahr 2015 ist keine Veränderungen des Eigenkapitals durch Eigenkapitalerhöhungen oder -herabsetzungen geplant.

7. Finanzentwicklung und Risikoausblick

Die gute Liquiditätslage der ELS GmbH ermöglicht es der Gesellschaft im Jahr 2015, weitere Projekte zu initiieren und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung von Vorhaben bereit zu stellen. Mit der Betrauung werden künftig keine größeren Liquiditätsreserven gegeben sein.

Die Personalfinanzierung ist nach derzeitigem Stand ab 2017 durch die Gesellschaft zu 100 Prozent zu tragen. Ohne nennenswerte Drittmittelfinanzierung wäre bei gleichem Personalbestand eine Erhöhung des bisherigen Zuschusses durch die Gesellschafter erforderlich, da dieser dann nicht einmal die Aufwendungen für Personal und sonstigen betrieblichen Aufwand decken würde.

Ein Risiko stellt der Verkauf der Braunkohlensparte durch Vattenfall dar. Vertragliche Anschlussregelungen sind voraussichtlich mit einem neuen Eigentümer vorzunehmen.

Geplant ist die Fortführung der Personalfinanzierung für eine Projektmanagerstelle durch die Firma Vattenfall bzw. dem neuen Eigentümer sowie die weitere unentgeltliche Arbeitnehmerüberlassung der BASF Schwarzheide GmbH. Gespräche sollen hierzu im Jahr 2015 aufgenommen werden.

Cottbus, den 12. Dezember 2014



Norman Müller
Geschäftsführer

Erfolgsplan 2015

Nr.	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €	Plan 2019 €
1. Umsatzerlöse	106.089	87.839	75.089	0	0	0
2. Erhöhung od. Verminderung. d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	428.361	441.411	300.000	300.000	300.000	300.000
5. Materialaufwand a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren b) Aufwend. f. bezogene Leistungen						
6. Personalaufwand	198.000	200.400	207.180	262.080	262.080	262.080
7. Abschreibungen	8.607	2.373	1.935	1.935	1.069	540
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	327.843	326.477	165.974	128.700	128.700	128.700
Betriebsergebnis	0	0	0	-92.715	-91.849	-91.320
9. Erträge aus Beteiligungen dav. aus verbundenen Unternehmen						
10. Finanzanlagevermögen dav. aus verbundenen Unternehmen						
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge dav. aus verbundenen Unternehmen						
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen dav. an verbundene Unternehmen						
Finanzergebnis						
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	-92.715	-91.849	-91.320
15. Außerordentliche Erträge						
16. Außerordentliche Aufwendungen						
17. Außerordentliches Ergebnis						
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19. Sonstige Steuern						
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	0	0	0	-92.715	-91.849	-91.320
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	0	0	0	-92.715	-91.849	-91.320

Plan GuV 2015

[illegible]

1) Projektstudium vorgeblich: Erstellung Forum und Samplings des Meeres der Erziehungswissenschaft
2) Projektstudium vorgeblich: das Projektstudium durch das Projektstudium
3) Projektstudium vorgeblich: das Projektstudium durch das Projektstudium

[illegible]

Finanzplan 2015

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	IST 2013 €	Plan 2014 €	V-IST 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €	Plan 2019 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	0	0	0	0	0	-92.715	-91.849	-91.320
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	9.574	8.607	8.607	2.373	1.935	1.935	1.069	540
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.921	-20.000	-20.000	0	0	0	0	0
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen								
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens		-108.361	-31.308	0	0	0	0	0
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge								
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-11.540							
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-124.491	0	0	-131.411	0	0	0	0
9.	± Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-148.377	-119.754	-42.701	-129.033	1.935	-90.780	-90.780	-90.780
10.	± Einzahlungen aus Investitionszweckungen								
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens								
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände								
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens								
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
15.	± Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen		-5.000	-7.300	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände								
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen								
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit								
20.	± Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-5.000	-7.300	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
21.	± Mittelzu-/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit								
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen								
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen								
25.	± Einzahlungen aus Anschubfinanzierung Sachanlagevermögen								
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen								
27.	± Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit								
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen								
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde								
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen								
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen								
33.	± Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit								
34.	± Mittelzu-/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit								
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven								
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven								
37.	± Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven								
38.	± Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-148.377	-124.754	-50.001	-134.033	-3.065	-95.780	-95.780	-95.780
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	343.267	194.890	194.890	144.889	10.851	7.786	-87.994	-158.774
40.	± Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	194.890	70.136	144.889	10.851	7.786	-87.994	-158.774	-229.554

Datum: 12.12.2014

Investitionsplan 2015

Nr. Maßnahme	Planjahr 2015 €	Folgejahre				Summe Planjahre €
		Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €	Plan 2019 €	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2						0,00
3						0,00
4						0,00
5						0,00
6						0,00
Technische Anlagen und Maschinen						
1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2						0,00
3						0,00
4						0,00
5						0,00
6						0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1 diverse PC-Technik	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	12.500,00
2 Lizenzen an gewerblichen Schutzrechten						0,00
3 Multifunktionsgerät						0,00
4 Präsentationstechnik						0,00
5 Büroausstattung	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	12.500,00
6						0,00
Investitionen gesamt						
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	20.000,00
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.373,00	1.935,00	1.935,00	1.069,00	540,00	7.852,00
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	2.373,00	1.935,00	1.935,00	1.069,00	540,00	7.852,00
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						0,00
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						0,00
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						0,00
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						0,00
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						0,00
	2.627,00	3.065,00	3.065,00	3.931,00	4.460,00	17.148,00

Datum: 12.12.2014

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres		Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -				
		2015	2016	2017	2018	2019
2015						
2015						
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme		keine	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	IST 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €	Plan 2019 €
1.	Einzahlungen	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
	Zuschüsse der Gemeinden ¹⁾						
	- davon als Kapitalzuschüsse						
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste	0	0	0	0	0	0
	- davon als Investitionszuschüsse						
	- davon als Betriebskostenzuschüsse	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
	- davon als Verlustausgleichszuschüsse						
2.	Darlehen der Gemeinden	0	0	0	0	0	0
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden	0	0	0	0	0	0
	Einzahlungen gesamt	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
1.	Auszahlungen						
	- Ablieferungen an die Gemeinden	0	0	0	0	0	0
	- von Gewinnen						
	- von Konzessionsabgaben						
	- von Verwaltungskostenbeiträgen	0	0	0	0	0	0
	- bei Eigenkapitalentnahmen						
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschließl. Zinsen	0	0	0	0	0	0
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden	0	0	0	0	0	0
	Auszahlungen gesamt	0	0	0	0	0	0

¹⁾ entsprechend der Festlegungen des Beiratsgremies

Nachrichtlich:

Die Betriebskostenzuschüsse unter Punkt B/ Einzahlungen/ 1./ teilen sich wie folgt auf:

Landkreis Elbe-Elster	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Landkreis Dahme-Spre	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Landkreis Spree-Neiße	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Stadt Cottbus	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Datum: 12.12.2014

Stellenübersicht 2015

Von der Gesellschaft finanzierte Stellen

Bezeichnung	Art der Vergütung	IST 2012	IST 2013	IST 2014	Plan 2015	Erläuterungen
Geschäftsführung	Gehalt	1	1	1	1	
Büroleitung	Gehalt	1	1	1	1	
Projektmanager Forum Ländliche Entwicklung/ Neue Landschaften/ Klimaschutz und Marketingkommunikation	Gehalt	1 (ab 07/12)	1	1	1	
Marketingkommunikation	Gehalt/Entgelt					
Studentische Hilfskraft	Entgelt	1	1	1	2	

Von Dritten finanzierte Stellen

Bezeichnung	Art der Vergütung	IST 2012	IST 2013	IST 2014	Plan 2015	Erläuterungen
Projektmanager Forum Infrastruktur	Gehalt	1	1	1	1	Arbeitnehmerüberlassung BASF
Projektmanager Forum Wirtschaft/ Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/ Bildung	Gehalt	1 (ab 07/12)	1	1	1	Finanzierung Vattenfall
Projektmanager Forum Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/ Bildung und Forum Klimaschutz/ Neue Landschaften	Gehalt					Finanzierung Vattenfall
Bürokraft		1 (bis 05/12)				Kommunal-Kombi-Stelle
Gesamt zum 31.12.		6	6	6	7	

Anlage 1
(zu § 14 Absatz 1)

Formblatt 1

Gesellschaft je zu gleichen Anteilen der Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster und der kreisfreien Stadt Cottbus;

Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH

Festsetzungen nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2015

1 Es betragen

1.1 im Erfolgsplan

die Erträge	529.250 €
die Aufwendungen	529.250 €
der Jahresgewinn	0 €
der Jahresverlust	0 €

1.2 im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss	
aus laufender Geschäftstätigkeit	129.038 €
Mittelzufluss/Mittelabfluss	
aus der Investitionstätigkeit	5.000 €
Mittelzufluss/Mittelabfluss	
aus der Finanzierungstätigkeit	0 €

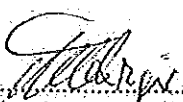
2 Es werden festgesetzt

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite auf	0 €
2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 €
2.3 die Verbandsumlage (nur bei Zweckverbänden)	0 €

Nach § 19 Absatz 2 Satz 1 GKG haben die einzelnen Verbandsmitglieder dabei folgende Anteile zu tragen:

a)	€
b)	€
c)	€
.....	€

Forml, 05.03.2015
Ort, Datum


Vorsitzender der Gesellschafterversammlung

Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH, Cottbus
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

- A. Anlagevermögen
I. Immaterielle Vermögensgegenstände
Entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen
an solchen Rechten und Werten
II. Sachanlagen
Andere Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattung
- B. Umlaufvermögen
I. Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände
1. Forderungen aus Lieferungen
und Leistungen
2. Sonstige Vermögens-
gegenstände
II. Guthaben bei Kreditinstituten
- C. Rechnungsabgrenzungsposten

Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2012
EUR	TEUR
	2
970,00	
	22
13.854,00	24
	22
22.433,52	
13.626,24	3
	25
36.059,76	343
194.890,99	
	368
230.950,75	
	2
2.016,14	
247.790,89	394

Passiva

Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2012
EUR	TEUR
	25
25.000,00	0
	25
	40
	38
	3
3.718,42	1
537,29	
	4
4.255,71	
	287
162.719,18	
247.790,89	394

- A. Eigenkapital
I. Gezeichnetes Kapital
II. Jahresüberschuss
- B. Sonderposten für Investitionszuschüsse
- C. Rückstellungen
Sonstige Rückstellungen
- D. Verbindlichkeiten
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen
und Leistungen
2. Sonstige Verbindlichkeiten
davon aus Steuern: EUR 0,00
(Vorjahr: EUR 0,00)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:
EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)
- E. Rechnungsabgrenzungsposten

CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus

CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

057 573 070

Inhalt:

Vorbericht
Erfolgsplan
Finanzplan
Investitionsplan
Anlagen
 Stellenübersicht
 haushaltsrelevante Positionen
 Sponsoring /Spenden

Beschluss AR 18.11.2014 ; Beschluss GV 14.01.2015

Arbeitsstand vom 18.11.2014

**Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2015
der CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH
(nachfolgend CMT GmbH)**

Der Betriebskostenzuschuss sichert die Existenz der Gesellschaft.

Die Erträge, die Finanzen und die Vermögenslage haben sich seit dem 2. Halbjahr 2002 kontinuierlich verbessert und stabilisiert, so dass die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote (31.12.2003 10,8 %) zum 31.12.2013 von 23,1 % ausweisen konnte.

Mit den voraussichtlichen Umsatzerlösen von 2.963 T€ wird die Planzielstellung 2014 T€ erreicht und gegenüber dem Ist 2013 werden 1,6 % Umsatzerlöse mehr erwirtschaftet werden. Auf dieser Grundlage wird auch das geplante Ergebnis von - 150 T€ eingehalten.

Die Grundlage für diese Erlöserwirtschaftung sind weiterhin die bewährten Veranstaltungsarten, als auch Innovationen innerhalb dieser Veranstaltungen.

Zu nennen sind insbesondere:

- die vielfältigen Show-, Konzert- und Theaterveranstaltungen,
- die sehr erfolgreiche Handwerkermesse, die Herbstmesse, die Messen von Fremdveranstaltern (Impuls, Reisen-Freizeit-Caravan-Boot/Fit & Gesund/Auto/Motorrad 2014, Zukunftstechnologietage) und Märkte (4. Oldtimer & Teilemarkt, Nachtflohmärkte),
- die Tanzveranstaltungen (Tanzball, Ü-30-Party, Neonpaint-Splash-Party, Abi-Bälle, Kaffe und Unterhaltung, Silvesterparty),
- Osteuropäische Filmfestival Cottbus,
- die Tagungen, Firmenevents und sonstige (u.a. Kirchentag, Neujahrsempfang, 100 Jahre CTK, KSA-Tagung, Urologenkongress, Pneumologenkongress, Brandenburgischer Zahnärztetag, Erdgasfachtagung, Jugendweiheveranstaltungen, GUB-Sommerfest, Bauder-Architektenseminar, Forum Europapolitik, Verleihung Betriebsräte Oscars, Sitzungen des Braunkohleausschusses, Personalversammlung Knappschaft, IHK-Prüfungen, Roadshow Friseure, Kindertobetage, Barbarafeier Vattenfall, Meisterfeier der Handwerkskammer, ALBA-Weihnachtsfeier)

Entsprechend der bestehenden Chancen

- im Kongressmarkt,
- in der Durchführung von Firmenevents,
- in der Organisation neuer Messen unter Beteiligung der örtlichen Wirtschaft und
- im noch spezifischeren und komplexeren Angebot gastronomischer Leistungen innerhalb der gesamten Veranstaltungstätigkeit

besteht das Ziel das erreichte Umsatzniveau mindestens zu halten und im Jahr 2015 Umsätze in gleicher Höhe zu erwirtschaften.

Bedingt durch

- das o.g. Umsatzvolumen,
- das erreichte Betriebskostenzuschussniveau (im Jahr 2003, 4.690,5 T€ ohne Bäder) kontinuierliche Senkung auf 2.962,4 T€ jeweils in den Jahren 2011 bis 2014 und 2.932,4 T€ im Plan 2015, wobei weitere Senkungen für 2016 auf 2.902,4 T€ und für 2017 auf 2.872,4 T€ vorgesehen sind,

- das kontinuierlich steigende Preisniveau (Lieferantenpreise),
- die durch Arbeitsrechtsstreit entschiedene Anwendung des TVöD, mit kontinuierlich steigenden Personalkosten (Tariferhöhungen) und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 2015 müssen die Personalkosten zum V-Ist 2014 um 114 T€ von 2.473 T€ auf 2.587 T€ erhöht werden,

wodurch im Plan 2015 ein Jahresverlust von 153 T€ ausgewiesen werden musste.

In der gegebenen Ertrags- und Kostenstruktur und dem kontinuierlich sinkenden Betriebskostenzuschuss ist die Gesellschaft gezwungen für das Jahr 2015 einen Jahresfehlbetrag von 153 T€ zu planen.

Der Finanzplan enthält die jährlichen Abschreibungen, die für die Tilgung von Krediten, die für die Errichtung der Messe Cottbus und zur Sanierung der Stadthalle Cottbus aufgenommen wurden, verwendet werden. Darüberhinaus verfügbare finanzielle Mittel werden für Investitionen bzw. beim Auslaufen der Zinsbindungsfrist für die Sondertilgung o.g. Darlehen eingesetzt, um eine zusätzliche Senkung des Betriebskostenzuschusses bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen.

So erfolgen im Jahr 2014 die Tilgungen in Höhe der bestehenden Verträge. Im Jahr 2015 (30.06. bzw. 15.08.2015) und 2016 (30.07.2016) sind zum Ende der Zinsbindungsfrist, Sondertilgungen möglich.

So sind im Jahr 2015 Tilgungen von 2.619 T€ und im Jahr 2016 von 1.560 T€ vorgesehen.

In der Planung der Zinsen und Tilgungen ist unterstellt, dass gegenüber den bestehenden vertraglichen Zinssätzen eine Senkung um jeweils 1 % erreicht wird. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Höhe des Kapitaldienstes (Annuität) nach Umschuldung beibehalten wird.

Durch diese Tilgungen und Neuabschlüsse wird der Zinsaufwand von 604 T€ im Jahr 2014, auf 481 T€ im Jahr 2015 und 337 T€ im Jahr 2016 nachhaltig gesenkt.

Hierdurch wird das Ziel wieder ein ausgeglichenes Planergebnis zu erreichen und damit eine Minderung des Eigenkapitals auszuschließen ab dem Jahr 2016 möglich sein.

Die Eigenkapitalausstattung ist im Wesentlichen konstant und die Liquidität ist als gesichert anzusehen, unter der Voraussetzung, dass der Zuschuss der Stadt Cottbus wie geplant, gewährt wird.

Innerhalb der Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus auswirken ist der Betriebskostenzuschuss ausgewiesen. Dieser wird im Jahr 2015 um 30 T€, im Jahr 2016 um 60 T€ und im Jahr 2017 um 90 T€ gegenüber dem Jahr 2014 gesenkt werden.

Auszahlungen an die Stadt Cottbus erfolgen für die Pacht entsprechend des Betriebsüberlassungsvertrages und Grundbesitzabgaben. Diese sind unter sonstige Auszahlungen an die Stadt Cottbus ausgewiesen.

Im Wirtschaftsplan wurden 46 AN für das Jahr 2015 geplant.

Zur personellen Sicherstellung der Veranstaltungen besteht ein Pool von derzeit rund 80 Aushilfskräften, mit deren temporären Einsatz der Geschäftsbetrieb insgesamt realisiert wird.

Die geplanten Investitionen betreffen überwiegend Ersatzinvestitionen in die Baukörper, Technische Anlagen und Maschinen und das Inventar entsprechend dem Verschleißgrad. In den Jahren 2015 und 2016 werden die Investitionen in Höhe der Jahre 2013 und 2014 erfolgen. Ab dem Jahr 2016 und dem zunehmenden Alter der Betriebsstätten werden diese entsprechend dem Verschleißgrad steigen. Es erfolgt die Finanzierung über Eigenmittel aus Abschreibungen.

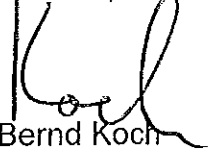
Innerhalb des Sponsoring und der Spendenleistungen ist die nach Genehmigung der Stadt Cottbus an die Cottbuser Gartenschau-Gesellschaft 1995 mbH übergebene Vergnügungssteuer ausgewiesen. Es erfolgt kein weiteres Sponsoring oder Spenden.

Der Planung ist weiterhin unterstellt, dass

- die Geschäftsbesorgung der CMT GmbH für die Cottbuser Gartenschau-Gesellschaft 1995 mbH auch im Jahr 2015 fortbesteht,
- die Bewirtschaftung von Parkplätzen fortgeführt wird,
- der Betrieb der Jugendherberge fortgeführt wird,
- die Bewirtschaftung des CottbusService in seiner Einheit als
 - Tourist-Information, Anbieter von touristischen Leistungen (Programmgestaltung wie Stadt- und Parkführungen, Zimmervermittlung, Souvenirverkauf),
 - Polnisch-Deutsches Zentrum für touristische Information
 - Ticketvorverkaufsstelle mit vier Ticketvorverkaufssystemen (Stadthallen-intern, FCE- intern sowie deutschlandweit, CTS und Reservix) aller wesentlichen regionalen und überregionalen Veranstaltungen,
 - die Absicherung der Abendkasse aller Stadthallenveranstaltungen,
 - der Ticketverkauf während aller Veranstaltungen der Messe Cottbus sowie
 - der Ticketverkauf während aller Großveranstaltungen im Spreeauenpark

weiterhin durch die CMT GmbH erfolgt.

Cottbus, den 18.11.2014


Bernd Koch
Geschäftsführer

Erfolgsplan

Nr.		Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	Umsatzerlöse	2.916	2.963	2.963	2.963	2.963	2.963	2.963
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen							
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	3.314	3.231	3.227	3.201	3.171	3.141	3.141
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.962	2.962	2.962	2.932	2.902	2.872	2.872
	dav. Betriebskostenzuschuss	864	685	711	709	709	709	709
5.	Materialaufwand	262	277	315	315	315	315	315
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	602	408	396	394	394	394	394
6.	Personalaufwand	2.240	2.455	2.473	2.587	2.587	2.587	2.587
	a) Löhne und Gehälter	1.828	2.003	2.018	2.111	2.111	2.111	2.111
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	412	452	455	476	476	476	476
7.	Abschreibungen	1.252	1.270	1.238	1.195	1.147	1.167	1.150
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.081	1.253	1.244	1.270	1.270	1.270	1.270
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
	Betriebsergebnis	793	531	524	403	421	371	388
9.	Erträge aus Beteiligungen							
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens							
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	10	5	9	4	1	1	1
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	618	604	604	481	337	306	290
	dav. an verbundene Unternehmen							
	Finanzergebnis	-608	-599	-595	-477	-336	-305	-289
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	185	-68	-71	-74	85	66	99
15.	Außerordentliche Erträge							
16.	Außerordentliche Aufwendungen							
17.	Außerordentliches Ergebnis							
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	71	82	79	79	79	79	79
19.	Sonstige Steuern							
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	114	-150	-150	-153	6	-13	20
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	114	-150	-150	-153	6	-13	20

Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	114	-150	-150	-153	6	-13	20
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	1.252	1.270	1.238	1.195	1.147	1.167	1.150
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-4						
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-32						
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	22						
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.352	1.120	1.088	1.042	1.153	1.154	1.170
10.	± Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens							
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen		-400	-100	-100	-100	-400	-400
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-32						
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen							
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-32	-400	-100	-100	-100	-400	-400
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-32	-400	-100	-100	-100	-400	-400
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit							
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen, Sondertilgungen, 2015, 2.000 T€ u. 2016, 840 T€	-538	-519	-519	-2.619	-1.560	-698	-707
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde							
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-538	-519	-519	-2.619	-1.560	-698	-707
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-538	-519	-519	-2.619	-1.560	-698	-707
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	± Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	782	201	469	-1.877	-507	56	63
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	2.328	2.888	3.110	3.579	1.902	1.395	1.451
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	3.110	3.099	3.579	1.902	1.395	1.451	1.514

Investitionsplan

Nr. Maßnahme	Planjahr 2015 T€	Folgejahre				Summe Jahre T€
		2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt						
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	100	100	400	400	400	1.400
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen						
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
	100	100	400	400	400	1.400
	100	100	400	400	400	1.400

Stellenübersicht

Anzahl	Ist 2013	Plan 2014	Ist 30.06.2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Arbeitnehmer	46	46	45	46	46	46	46
Auszubildende	3	3	3	3	3	3	3
Stellen gesamt	49	49	48	49	49	49	49
Arbeitnehmer	44	46	43	46	46	46	46
Auszubildende	3	3	3	3	3	3	3
Beschäftigte in VZE gesamt	47	49	46	49	49	49	49

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
Einzahlungen								
1.	Zuschüsse der Gemeinden davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse	2.962	2.962	2.962	2.932	2.902	2.872	2.872
2.	Darlehen der Gemeinden	2.962	2.962	2.962	2.932	2.902	2.872	2.872
3.	Sonstige <u>Einzahlungen</u> der Gemeinden	2.962	2.962	2.962	2.932	2.902	2.872	2.872
Auszahlungen								
1.	Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen							
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	102	110	102	102	102	102	102
3.	sonstige <u>Auszahlungen</u> an die Gemeinden	102	110	102	102	102	102	102
	Auszahlungen gesamt	102	110	102	102	102	102	102

Sponsoring und Spendenleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	V-Ist 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	Spende an die Buga (anstelle Vergütungssteuer)	25	24	23	23	23	23	23
2.								
3.								
4.								
5.								
	Sponsoring und Spendenleistung gesamt	25	24	23	23	23	23	23

